

# message

14,00 € – [www.message-online.com](http://www.message-online.com)



## Die globale Nachrichtenkluft

Informationsrevolution im Süden, Überdruss im Norden

Journalistenpreise: Qualitätsverstärker oder PR-Instrumente? S. 30

Warum Journalisten mit Migrationshintergrund kaum zu Wort kommen S. 82



# **Pressefreiheit ist ein teures Gut. Aber kein kostspieliges.**

**Schon mit 5,50 Euro im Monat unterstützen Sie  
unseren Einsatz für freie Berichterstattung.**

**Spendenkonto: 5667777080  
BLZ: 10090000 Berliner Volksbank  
[www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de)**

**REPORTER  
OHNE GRENZEN**  
**FÜR PRESSEFREIHEIT**

liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir müssten eigentlich an dieser Stelle auf die bedenklichen Tendenzen eingehen, die auf Qualitätsverfall hindeuten und kritisch zu beleuchten wären: der Missbrauch des Interviews für ein marketing-affines Polit-Spektakel (Guttenbergs Selbstdarstellung in der *Zeit*) oder das ebenfalls marketingaffine Vorabdrucken selbst fabrizierter Bücher (nochmals die *Zeit*, aber auch das *Hamburger Abendblatt* und andere Springer-Zeitungen) wie auch das Vermenscheln aktueller Konfliktthemen (rechtsradikaler Terrorismus; der unaufrichtige Bundespräsident) in Fernseh-Talks und Magazinen – und noch vieles mehr.

Doch für dieses Mal geht es hier nur um *Message*. Denn mit dieser Ausgabe vollziehen wir einen Umbau, der auch unser Leseangebot verändern wird: Mit dem Jahreswechsel zog *Message* von Leipzig an die Universität Hamburg um. Produziert und verantwortet wird *Message* ab jetzt am Lehrstuhl von Volker Lilienthal, der an der Universität Hamburg die Rudolf Augstein-Stiftungsprofessur innehat, die sich vor allem um die Praxis des Qualitätsjournalismus kümmert.

Das passt. Denn genau dieses Aufgabenfeld bearbeitet *Message* seit seiner Gründung 1999. Während eines halben Jahrzehnts, bis 2010, wurde *Message* von der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig gefördert, indem die Redaktion überwiegend von Stipendiaten betreut wurde, die dank eines Promotionsstipendiums im Themenfeld Journalistik doktorierten. Für diese Unterstützung sind wir der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig sehr dankbar.

Dass *Message* im Jahr 2011 bis zum Wechsel nach Hamburg weiter hat erscheinen können, ist verschiedenen Förderern zu verdanken. Ein besonderer Dank geht an die Otto Brenner-Stiftung, die mit einem Zuschuss zu den Produktionskosten die Herausgabe der Ausgaben 3 und 4 tatkräftig gefördert hat.



Volker Lilienthal

Das altbewährte Konzept – Forschung und Journalismus in der *Message*-Redaktion zu vereinen – wird in Hamburg wieder aufleben. Dank der Unterstützung durch die Medienstiftung Hamburg Schleswig-Holstein und dank mehrerer Promotionsstipendien werden wir auch in Zukunft den analytischen Blick der Medienwissenschaft mit dem Erfahrungswissen der Medienpraktiker eng verknüpfen.

Und doch bleibt nicht alles beim Alten. Denn mit dem Wechsel nach Hamburg und der neuen Redaktion (wir werden sie Ihnen in der nächsten Ausgabe vorstellen) verändert sich die Perspektive und erweitern sich die Themenschwerpunkte. Dass dies keine leeren Versprechungen bleiben, dafür wird unser neuer Mitherausgeber Volker Lilienthal schon sorgen. Viele von Ihnen, liebe Leser, kennen ihn bereits seit 2006 aus einem *Message*-Bericht: Er wurde damals als verantwortlicher Redakteur von epd medien für seine Enthüllung des Schleichwerbeskandals in der Bavaria-Filmgesellschaft/ARD-Vorabendserie »Marienhof« mit dem »Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien« der Leipziger Medienstiftung ausgezeichnet. Seither war er wiederholt auch als Autor in *Message* zu lesen.

Dass Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, neben den bewährten auch die neuen Themen (in diesem Heft zum Beispiel das durchaus heikle Thema »Journalistenpreise«) zusagen und Sie unsere Berichte und Analysen mit Gewinn lesen, wünschen sich Ihre *Message*-Herausgeber

h. Ullrich. L. Müller



53

**EU-Journalismus:** Wie in Brüssel Medienmacher auf gutes Europäertum eingeschworen werden und (fast) alle mitmachen. Ein polemischer Erfahrungsbericht eines langjährigen Korrespondenten.

**30 Journalistenpreise:** Für wen oder was werden eigentlich Preise ausgerichtet und Journalisten geehrt? Welche der vielen Auszeichnungen fördert die »öffentliche Aufgabe«, welche dient der Qualitätssicherung? Unsere kritischen Analysen zeigen: Es gibt viel Spreu und wenig Weizen.



68

**Ghana:** Nach der Devise »Naming, shaming, jailing« geht Anas Aremeyaw Anas gegen Korruption und Verbrechen vor. Seine Reportagen laufen bei BBC und Al Jazeera. Seine Spezialität: Undercover-Recherchen.

**78 Mobbing:** Fiese Vorgesetzte, hämische Kollegen, gezielte Überforderung: In Redaktionen ist die Mobbing-Gefahr groß. Doch Chefredakteure können verhindern, dass Mitarbeiter seelisch leiden. Ein Plädoyer für eine neue Fairness.

**8 Auftakt**  
di Lorenzo und Guttenberg: *Message* fragte europäische Journalisten, ob ein Buch wie »Vorerst gescheitert« auch in ihren Ländern möglich wäre

## NACHRICHTENKLUF

**10 Wa(h)re Nachricht**  
Während im Süden Nachrichten gesellschaftliche Debatten rasant vorantreiben, scheinen westliche Medien vor allem Besitzstände zu wahren  
*von Gemma Pörzgen*

**14 Gesellschaftliche Katalysatoren**  
Journalisten aus Asien, Afrika und dem Nahen Osten sprechen über Kraft und Grenzen von Journalismus  
*von Lutz Mücke*

## MEXIKO

**18 Reporter im Drogenkrieg**  
Täglichen Morddrohungen ausgesetzt, berichten mexikanische Journalisten aus den Konfliktzonen. Viele haben mit ihrem Leben bezahlt  
*von José Gil Olmos*

**22 Psychische Belastungen wie in Vietnam**  
Eine Studie zeigt, wie sich im Drogenkrieg Angst und Depression unter Reportern ausbreiten  
*von Rogelio Flores Morales*

**25 Mord an Reportern**  
Gemeinsame Recherchen von mexikanischen und US-amerikanischen Journalisten legen korrupte Strukturen offen  
*von Michel Marizco*

## JOURNALISTENPREISE

**30 Jeder Preis hat seinen Preis**  
Einige fördern die Qualität der Berichterstattung, andere sind verdeckte PR: die ambivalente Rolle von Journalistenpreisen  
*von Volker Lilienthal*

**32 ■ Die Qual der Auswahl**  
Hunderte Beiträge, etliche Fallen, wenig Zeit: Juryarbeit ist Kernerarbeit, wie der Insiderbericht vom Otto-Brenner-Preis zeigt  
*von Volker Lilienthal*

**34 ■ Die wahren Kämpfer für Pressefreiheit**  
Wie die Jury des Leipziger Medienpreises feststellt, wer eine Auszeichnung verdient hat  
*von Michael Haller*

**36 Gepriesene »Reportage«**  
Ein Spiegel-Reporter bekommt den Kisch-Preis und ist ihn gleich wieder los. Was sich aus dem Pfister-Eklat lernen lässt  
*von Christian Sauer*

- 39 **Sauber bleiben**  
Darf man als Journalist einen Lorbeer annehmen, den die Wirtschaft sponsert? Drei Journalisten über Standesregeln und Gewissensbisse  
von *Thomas Schnedler*
- 42 **Radio hinter Bildern**  
Der Deutsche Radiopreis feiert das Medium – und würdigt den Journalismus nur am Rande  
von *Steffen Grimberg*
- 44 **Wenn der Rückhalt brösel**  
Der Deutsche Fernsehpreis muss sich Spott und Kritik gefallen lassen – und neuerdings auch eine Akademie, die einen Gegenpreis vergibt  
von *Diemut Roether*

## EU-JOURNALISMUS

- 48 **Attacke auf die Informationsfreiheit**  
Die EU will »nachteilige« Dokumente nicht mehr herausgeben  
von *Staffan Dahllöf*
- 53 **Getrimmt auf »gute Europäer«**  
In Brüssel sehen Politik und Konzerne im Journalismus ihren Hoffungsanker. Ein Essay  
von *Hajo Friedrich*

## RECHERCHE

- 68 **Ghana undercover**  
Der Ghanaer Anas Aremeyaw Anas ist in Afrika wegen seiner Undercover-Recherchen berühmt  
von *Eduard Steiner*
- 70 **»Bestellte Wahrheiten«**  
Was tun, wenn der Auftraggeber seine eigene Biografie nicht autorisiert? Norbert Pötzl recherchierte erneut und veröffentlichte trotzdem ein Buch  
von *Thomas Schuler*
- 75 **■ Der Fall Newhouse**  
Warum eine 800 Seiten starke Biografie nicht erscheinen sollte  
von *Thomas Schuler*
- 76 **Aus dem Netzwerk Recherche**  
Fachkonferenz über Datenjournalismus: von Rohdaten und Statistiken zur exklusiven Geschichte  
von *Christina Elmer*

## MOBBING

- 78 **Redakteure unter Druck**  
Journalismus ist anfällig für Mobbing. Mangelnde Führungskompetenz richtet seelischen Schaden an  
von *Christoph Fasel*

## MIGRANTEN IN REDAKTIONEN

- 82 **Wer darf Journalist sein?**  
20 Prozent der Deutschen haben einen Migrationshintergrund. In den Redaktionen merkt man das nicht  
von *Cem Sey*

- 85 **■ Bunt ist Trumpf**  
Andere Blickwinkel, mehr Fremdsprachenkompetenz, neue Zielgruppen: Migranten sind in vielerlei Hinsicht ein Gewinn für deutsche Medien  
von *Anna Toelke*
- 88 **Zurück als Europäerin**  
Nach 16 Jahren in Deutschland kehrte sie zurück in die Heimat, die Türkei – und war eine Fremde  
von *Fidan Oezen*

## FORSCHUNG

- 90 **Qualitätsjournalismus im Netz**  
Was wollen die User von journalistischen Websites? Jedenfalls mehr, als selbst renommierte Regionalzeitungen derzeit bieten  
von *Pierre Gehmlich*

## NORMEN

- 94 **Deutscher Presserat**  
Nach den Anschlägen in Norwegen kam es zu groben Fehleinschätzungen durch Spekulationen  
von *Horst Schilling*
- 98 **Schweizer Presserat**  
Der Blick am Abend war zu sensationsgierig. Und die Basler Zeitung muss ihre Besitzverhältnisse offenlegen  
von *Max Trossmann*

## RUBRIKEN

- 6 **Feedback**
- 28 **Medientheater**  
Gutti, GodiLo, Hacke, Bille  
von *Lutz Mücke*
- 46 **Wolf sieht fern**  
VON FRITZ WOLF
- 67 **Vorbilder**  
*Peter Scholl-Latour über Charles de Gaulle*
- 100 **Die Top-Ten des Buchjournalismus**
- 102 **Buchbesprechungen**
- 106 **Highlight**  
Nellie Bly, die erste US-Undercover-Reporterin, und ihre Recherchen  
von *Martin Wagner*
- 110 **Holger's Cartoon Corner**  
Impressum

## MESSAGE – PODIUM

**Wie die ungarische Politik auf die Medienfreiheit zugreift. Dokumentation eines unhaltbaren Zustands**

**S. 57-65**



AUSGABE 4/2011

message 4/2011

## Mythen der Mediengesellschaft: »Vor dem Ende der Aufklärung« und »Die neuen Bilderkriege«

### Bequemlichkeit statt Neurose?

Michael Haller sieht das Ende der Aufklärung heraufziehen, weil deutsche Journalisten lieber (Katastrophen- und Helden-)Geschichten wiederkauen statt rational zu analysieren. Das sei am 10. Jahrestag von 9/11 sichtbar geworden; der Vorwurf ist vor allem an die Bildschirmmedien gerichtet. Haller sieht psychische Mechanismen am Werk, die vor allem dem Angst-Management der Journalisten dienen: Wiederholungszwang statt Deutung, Mythisierung statt Aufklärung, neurotische Verschiebung.

Möglich, dass dies bei einigen der Kollegen zutrifft. Möglich aber auch, dass es eher ein Problem von Wollen und Können ist. Analysen machen Arbeit. Sie setzen Wissen voraus, das man sich erst einmal aneignen muss. Es ist bequemer, Heldenstories aufzuwärmen als Hintergründe und Spätfolgen des Anschlags aufzudröseln. Also lässt man immer wieder die staubbedeckten Feuerwehrmänner aus dem Gebäude stolpern oder »interviewt« tränenüberströmte Hinterbliebene. Und es ist ja nicht nur bequemer: Es ist auch »zeitgemäßer«. Längst ist der sogenannte *narrative turn* und das *storytelling* auch im Journalismus zur Dauermode geworden: Emotionalisieren und Personalisieren um jeden Preis, »Identifikationsmöglichkeiten« bieten, eine »gute Geschichte erzählen« – alles im Glauben, die Leser, Hörer, Zuschauer wollten dies so. Sie seien mit Fakten und Analysen überfordert und stiegen bei jeder analytischen Zumutung aus.

Haller hat schon Recht – Heldenstories bannen die Angst vor dem Tod, wie Ernest Becker uns in seinem sehr analytischen Buch »The Denial of Death« erklärt. Mythen immunisieren uns gegen diese Angst und bieten uns in der Tat einfache Erklärungsmuster, zumal in komplizierten Zeiten. Aber auch Bequemlichkeit ist ein starkes Motiv.

*Heiko Ernst ist Chefredakteur der Zeitschrift »Psychologie Heute«.*

### Lamentieren hilft wenig

Man könnte darüber diskutieren, ob diese Art der Betonung des 11. Septembers gerechtfertigt ist. Was die Wirkung im Westen betrifft, wird man den for-

mulierten Thesen kaum widersprechen können. Nach allem, was über die Hauptakteure bekannt ist, erscheint allerdings die These der Inszenierung für die westlichen Medien auf den ersten Blick einleuchtend, auf den zweiten Blick sehr kühn. Gab es vielleicht doch noch andere Akteure? Das wäre eine Verschwörungstheorie mehr.

Viel interessanter: Was ist mit den Medienakteuren bei uns? Sind sie zwanghaft solchen »Mechanismen des Mediums und der Medien« ausgesetzt? Funktionieren sie einfach, weil die industrialisierte Medienproduktion dies erzwingt? (Eine Nebenfrage: Gilt das nur für die visuellen Medien?)

Stichworte für unser Thema: Medienkompetenz (ist die für Journalisten eigentlich schon definiert?), Medienethik, Sach- und Fachkompetenz auch hinsichtlich des Visuellen. Zu lamentieren, dass die Voraussetzungen dafür schon in der Schule nicht vermittelt werden, hilft wenig.

*Dr. Jochen Schlevoigt ist Dozent für visuellen Journalismus an der Universität Leipzig*

message 4/2011

## Norwegen und die Breivik-Anschläge: »Bewährungsprobe im Terrorchaos«

### Feines Bild des Dilemmas

Was ist für die Informationspflicht notwendig, was Sensationslust? Ihr Artikel greift die Grundsatzfragen unserer Arbeit auf. Dabei wäre es allerdings sehr kurz-sichtig, den Zeigefinger nur auf die Boulevardpresse zu richten. Denn ihrer ethischen Verantwortung müssen sich alle Journalisten stellen.

Dass Leichen nicht großformatig abgelichtet werden, wird jeder unterschreiben, der sich eben diesen ethischen Prinzipien verpflichtet fühlt und seine Arbeit ernst nimmt – das ist kein Alleinstellungsmerkmal der norwegischen Presse. In einer Extremsituation wie dieser aber angemessen zu reagieren und einer Katastrophe nahe zu kommen, ohne die journalistische Distanz aufzugeben, ist ein Balanceakt, der nicht immer gelingt.

Bei einem Terroranschlag nur zerborstene Fenster zu zeigen, wenn gleichzeitig dutzende Menschen verletzt oder getötet wurden, würde dem Ausmaß des Ereignisses nicht gerecht. Es sind die Betroffenen, die Erlebtes auch für andere erlebbar und begreifbar machen, aber muss ich sie fotografieren, wenn

sie – zunächst vor Blicken geschützt – hinter einer Absperrung auftauchen?

Ihr Artikel zeichnet ein feines Bild, wie unsere modernen Mediensysteme funktionieren, innerhalb derer sich nahezu jeder seine Informationen in immer schnellerer Geschwindigkeit »zusammengogeln« kann. Im Bestreben, sich von der Konkurrenz abzugrenzen, ist die Versuchung groß, um jeden Preis noch »bessere« Bilder, eine noch exklusivere Story zu bekommen. Groß ist in manchen Redaktionen auch die Angst davor zu »versagen«, wenn die Konkurrenz neue Informationen schneller verbreitet als man selbst. Denn da sind jene Kritiker, die einerseits ethische Grundsätze einfordern, gleichzeitig aber mit ihrer Stoppuhr Charts erstellen, auf denen später öffentlich abzulesen ist, welcher TV-Sender als Erster mit einer »Breaking News« auf Sendung war.

Ihr Artikel zeigt eine wichtige Diskussion auf, die immer wieder geführt werden muss. Das Attentat in Norwegen steht da nur stellvertretend für andere Ereignisse.

*Tom Palluch ist stellvertretender Redaktionsleiter beim ZDF-Boulevardmagazin hallo deutschland. Er war vorher als Reporter im ZDF-Landesstudio Wiesbaden und als Mitarbeiter der heute-Redaktion tätig.*

## message 4/2011

### Rechercheprotokoll zum Pulitzer-Preis: »Das Geschäft mit den Wirbelstürmen«

## Handwerk und Hartnäckigkeit

Was die Arbeit von Paige St. John über das ruchlose Verhalten der Gebäudeversicherer Floridas auszeichnet, ist zunächst ihre Hartnäckigkeit. Drei Jahre Recherche, ein Jahr Veröffentlichungszeit widmet sie der »Follow the money«-Frage: Was passiert mit dem Geld, das Immobilienbesitzer an ihre Versicherungen bezahlen? Gegen das Desinteresse der Zeitungen, auch der eigenen – erst der neue Arbeitgeber *Sarasota Herald Tribune* nimmt das Thema.

Zweitens ihr solides journalistisches Handwerk, etwa den Gouverneur Jeb Bush zwischen zwei Terminen abzapfen und zu »stellen« – meist exklusive Termine, wie sie bemerkt. Oder (nach dem FOIA) Einsicht in Bürger-E-Mails an den Gouverneur zu verlangen, die voll von Hilferufen sind. Solides Fact-Checking und das Anzapfen von Quellen

durch Informanten. Der direkte Kontakt zu einem Versicherungs-CEO, den seine Pressestelle abblockt, indem sie seine Mailadresse erschließt.

Dabei hat sie weniger Interesse an Zitaten, mehr Interesse an Fakten. Denn ihre Arbeit ist auch ein schönes Stück Datenjournalismus: Sie baut aus Rechercheergebnissen eine eigene Datenbank, besteht auf elektronischer Überlassung von Datensätzen. Sie arbeitet mit Datenvisualisierungen, Zeitleisten, Netzwerkgrafiken (und lernt dabei die Unsicherheiten des »Cloud-Computing« kennen – sensible Daten gehören nicht in die »Wolke«). Schließlich beauftragt sie gar eine externe Firma, Webanwendungen aus den Daten zu erstellen.

Solche Arbeit wird zu Recht ausgezeichnet, denn davon braucht es mehr!

*Albrecht Ude ist freier Journalist und Recherchetraîner in Berlin.*

## Gute Hinweise auf Methoden

Die Geschichte über Paige St. Johns Arbeit an der Pulitzer-prämierten Story ist wie ein spannender Roman zu lesen. Man erfährt leicht echtes Wissen über Methoden im Journalismus, ohne Handouts oder Lehrbücher lesen zu müssen. Diese Geschichte ist ein menschlicher Roman. Wir fühlen mit der Reporterin mit, wenn sie ihre konkrete Geschichte von der Recherche erzählt. Andererseits tendieren viele Geschichten dieser Art dazu, Kriegsgeschichten von Helden zu sein, ohne groß über die Methoden zu reflektieren. Dieser Text enthält so viele gute Hinweise auf Methoden, dass er für mich als Datenjournalismus-Trainer von großem Nutzen ist, Leute auf den praktischen Nutzen hinzuweisen, dieses oder jenes zu lernen. Ich mag besonders den Teil darüber, wie man Daten aus verschiedenen Quellen erhalten kann und wie man diese Daten nutzt, um die Geschichte wasserdicht zu machen, ohne dabei von jemandem abhängig zu sein, der sagt, wie die Dinge sich verhalten. Und ich mag den Teil darüber, warum es wichtig ist, auf Konferenzen und an anderen Orten unterwegs zu sein, um Menschen zu treffen – berichten beim Herumhängen sozusagen. Die Geschichte ist wie ein guter Kriminalroman – angefüllt mit wertvollen Hinweisen.

*Nils Mulvad ist Privatdozent an der Danish School of Media and Journalism und Mitgründer des Global Investigative Journalism Network sowie Mitgründer von Farmsubsidy.org.*

*An dieser Stelle äußern sich Publizisten zu den Themen des vergangenen Heftes. Sie erreichen uns ...*

*... per Post:  
Redaktion Message  
Universität Hamburg  
Institut für  
Journalistik und  
Kommunikations-  
wissenschaft  
Rudolf-Augstein-  
Stiftungsprofessur  
Allende-Platz 1  
20146 Hamburg  
Tel. 040 42 838-  
6181  
Allende-Platz 1  
20146 Hamburg*

*... per Fax:  
040 4 28 38 36 37*

*... oder per E-Mail:  
redaktion@message-  
online.com*

# Politiker, Plagiate und blumige Nähe

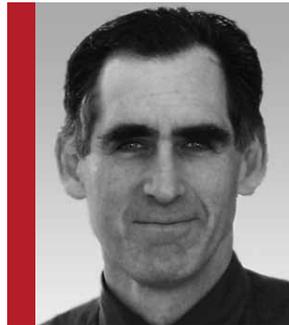


Alan Rusbridger, Chefredakteur des *Guardian*, würde sich mit einem Buch wie »Vorerst gescheitert« nicht die Hände verbrennen. Der Grund dafür? – Die Mediengruppe, in der der *Guardian* erscheint, sieht ihre öffentliche Aufgabe wie folgt: »Anstatt Aktionäre oder Eigentümer profitieren zu lassen, werden die Gewinne

von GMG in Journalismus reinvestiert. Dieser ist frei von politischen oder wirtschaftlichen Störungen zu halten und folgt einer Reihe von Werten von CP Scott, dem großen Chefredakteur des *Manchester Guardian*. Diese Werte sind: Ehrlichkeit, Reinheit, Mut, Fairness und ein Gefühl der Pflicht den Lesern und der Gesellschaft gegenüber.« Ein so umfangreiches Interview mit Guttenberg zu diesem Zeitpunkt und ohne Thematisierungszwang wäre diesen Grundsätzen zuwider gelaufen. Ähnlich hätten sich sicher auch die anderen britischen Qualitätsmedien *The Daily Telegraph* und der *Independent* entschieden. Auf diesem Niveau würde schwerlich jemand eine solche Nähe zu einem Politiker wie Guttenberg suchen, egal aus welcher Partei der auch kommt.

Hätten wir einen ähnlichen Skandal wie den Betrug zu Guttenbergs unter britischen Politikern, hätte auch die Boulevard-Presse heftiger reagiert, als sie das in Deutschland getan hat. Ein Comeback nach so kurzer Zeit wäre unvorstellbar.

*Jane Wyatt arbeitet als Radiojournalistin und Dozentin an der London Metropolitan University.*



Der Fall Guttenberg verdeutlicht die Differenzen zwischen dem öffentlichen Leben in Frankreich und Deutschland. Es ist sehr schwierig, sich einen französischen Minister vorzustellen, der via Plagiat zu seinem Doktor-Titel kommt. Genauso schwierig ist es aber auch, sich vorzustellen,

führende Journalisten schrieben zusammen mit einem wie Guttenberg ein solches Interview-Buch. Oder?

Im April wurde enthüllt, dass Patrick Poivre d'Arvor, die Ikone des führenden französischen Nachrichtenmagazins auf TF1, 100 Seiten seiner Biografie von Ernest Hemingway abgeschrieben hatte. Sein Verleger wollte die Situation entschärfen, indem er anmerkte, die an die Journalisten verschickten Rezensionsexemplare seien noch nicht »definitiv«.

Im November klagte die Witwe eines Wissenschaftlers den ehemaligen Chef von Télévision France, Patrick de Carolis, an, er habe die Arbeit ihres Mannes ohne Quellenangabe geplündert. Oder: Thierry Ardisson, wurde bereits zwei Mal des Plagiats bezichtigt. Sechs Seiten räumte er ein, eine unabhängige Untersuchung fand 60. Ardisson arbeitete weiter für Frankreichs führende, öffentlich-rechtliche und private TV-Stationen und ist dort einer der bestbezahlten Figuren.

*Mark Hunter ist investigativer Journalist und Journalismus-Dozent in Paris.*

*Giovanni di Lorenzo und Karl-Theodor zu Guttenberg sorgten mit ihrem Buch »Vorerst gescheitert« für großes Aufsehen. Wir haben Journalisten aus der Schweiz, Großbritannien und Frankreich gefragt, ob ein ähnlicher Fall in ihren Ländern denkbar wäre.*



Die Schweizer Medien sind nicht so antagonistisch gegenüber der Politik wie die amerikanischen und nicht so verbandelt mit ihr wie die italienischen. Sie hinterfragen das politische System kaum je kritisch und stützen das Konkordanzprinzip, die Regierungsweise also, bei der alle maßgeblichen Kräfte schon früh berücksichtigt und eingebunden werden. Zwar decken die Medien durchaus Affären auf und bringen so Diplomaten, Richter, den Chef der Armee oder den Bundesratskandidaten Bruno Zuppiger zu Fall. Doch die Medien haben noch nie Bundesräte »gemacht«. Sie wirken bloß als Verstärker oder Kritiker der von den Parteien Auserkorenen.

Natürlich haben die Journalisten der rechtsliberalen *Neuen Zürcher Zeitung* in der Regel zu anderen Bundesräten einen guten Draht als jene des linksliberalen *Tages-Anzeigers*, diverser Sonntagszeitungen oder der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG). Doch kann sich das aus personellen Gründen immer wieder ändern. Konstant und sehr eng ist hingegen die Beziehung zwischen dem Wochenmagazin *Weltwoche* und Christoph Blocher von der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Der Milliardär ist nach wie vor einer der wichtigsten Politiker des Landes. Er, der vier Jahre dem Bundesrat angehörte und 2007 nicht bestätigt wurde, ist eben wieder ins Parlament gewählt worden. Interviews, die *Weltwoche*-Chef Roger Köppel mit ihm führt, wirken wie Audienzen, bei denen der Journalist mit kritischen Stichworten den Monolog beflügelt. Neuerdings kann Blocher auch auf die feste Unterstützung der *Basler Zeitung* zählen. Erstens, weil Chefredakteur Markus Somm ebenfalls auf ihn schwört. Zweitens, weil das Blatt dem Blocher-Freund Tettamanti gehört. Dass die beiden Blätter dem Oligarchen permanent huldigen und so seine Politik-, Finanz- und Medienmacht untermauern, ist viel schlimmer als die Plattform der *Zeit* für Guttenberg.

*Roger Blum arbeitete 20 Jahre lang als Professor für Medienwissenschaft an der Universität Bern.*

# Über die Wa(h)re



# Nachricht

*Während im Süden Nachrichten gesellschaftliche Debatten rasant vorantreiben, scheinen Medienmacher der westlichen Welt eher Besitzstände zu wahren – und verkennen die Lage. Ein Essay.*

VON GEMMA PÖRZGEN

Die Zeitschrift *Landlust* gilt in Deutschland als die publizistische Erfolgsstory der letzten Jahre. Seit das Wohlfühl-Magazin 2005 erstmals erschien, ist die Auflage konstant gestiegen und bei sagenhaften 800.000 Stück angelangt. Das Konzept des Hochglanzmagazins ist so erfolgreich, dass es zahlreiche Nachahmer findet. Längst liegen auch *Liebes Land*, *Landidee* oder *Landleben* in den Zeitschriftenläden. Der Norddeutsche Rundfunk widmet sich demnächst in »Landlust TV« am Sonntagabend 90 Minuten lang den schönsten Seiten des norddeutschen Landlebens.

Diese Art Publizistik nennt die *Frankfurter Rundschau* treffend den »behaglichen Gegenpol zur Globalisierung«. Sie sei nur eines der Symptome dafür, dass in einer zunehmend komplizierten Welt deutsche Medien ihren Lesern und Zuschauern gerne vorgaukeln, die Wohlstandsinsel Bundesrepublik bliebe von den Krisen dieser Welt unbeschadet.

Der Rückgriff auf die scheinbare Idylle verträgt sich allerdings wenig mit den rasanten Veränderungen unserer Gesellschaft. Bietet der Rückzug eines großen Bevölkerungsteils ins Private letztlich wirklich mehr Halt und Sicherheit?

Auch außerhalb der bunten Illustrierten-Welt wirkt das *Landlust*-Virus ansteckend und kann als Symptom einer mittlerweile mehr als zwanzigjährigen Entwicklung gelten: Medial ist es seichter, boulevardiger, unpolitischer, merkantiler geworden. Selbst politische Redaktionen fragen komplizierte Zusammenhänge heute weniger nach. »Möglichst simpel« gilt immer häufiger als journalistisches Erfolgsrezept. Da finden EU-Themen in Online-Medien kaum statt, weil sie sich nun mal »schlecht klicken lassen«. Auslandsthemen gelten im Fernsehen als echte Quotenkiller. Deutsche

Rüstungsexporte oder sicherheitspolitische Themen werden selten tiefgründig recherchiert, gelten selbst für Zeitungen als sperrig. Den Afghanistan-Krieg, in dem Bundeswehrsoldaten kämpfen, glauben deutsche Medienhäuser sogar journalistisch begleiten zu können, ohne auch nur einen ständigen Korrespondenten ins Land zu entsenden

Erstaunlicherweise glauben Chefredakteure und anderes Redaktionspersonal genau zu wissen, was ihre Leser, Zuschauer oder Zuhörer zu erfahren wünschen und was nicht. Dem Rezipienten wird immer weniger zugemutet. Das Gesamtniveau sinkt merklich. Dabei ist kritischer, unabhängiger Journalismus

in einer funktionierenden Demokratie unverzichtbar. Die »Vierte Gewalt« wird in Sonntagsreden auch immer wieder gern als notwendiger Bestandteil der Gewaltenteilung und Pressefreiheit bejubelt. Doch viele Journalisten in Westeuropa glauben allen Ernstes, im digitalen Zeitalter sei die »Nachricht« wertlos geworden. Andere warnen, die Zukunft seriöser politischer Berichterstattung sei gefährdet.

Themen erleben eine Inflation, die von den Medien selbst inszeniert werden. Jüngstes Beispiel ist das Interview-Buch des *Zeit*-Chefredakteurs Giovanni di Lorenzo mit dem zurückgetretenen Politiker Karl-Theodor zu Guttenberg. Trotz fehlender Relevanz avancierte es zum Aufmacher der *Zeit* und füllte vier Seiten. Alle Leitmedien der Republik beschäftigten sich mit dem

*Die scheinbare publizistische Idylle verträgt sich allerdings wenig mit den rasanten Veränderungen in unserer Gesellschaft.*

Thema. Interessanterweise löste dieser Fehlgriff bei der bildungsbürgerlichen Leserschaft einen Sturm der Empörung aus, der darauf hindeutet, dass zumindest die gehobene *Zeit*-Leserschaft politisches Marketing von Journalismus zu unterscheiden vermag. Jahrzehntlang hatten Pressefreiheit und Journalismus made in Germany eine Art Vorbildcharakter, trafen deutsche Journalisten mit russischen, kenianischen oder algerischen Kollegen zusammen. Wer heute allerdings mit Berufskollegen aus anderen Teilen der Welt über Journalismus spricht, findet sich oft längst auf Augenhöhe wieder.

**D**as spricht zum einen für die Geschwindigkeit, in der sich Pressefreiheit und Journalismus in vielen Ländern der Welt in den vergangenen Jahren zum Positiven entwickelt haben. Zum anderen ist es aber auch Ausdruck der skizzierten Entwicklungen bei uns: Die Lust am freien Wort und die Vielfalt an politischem Journalismus ist in vielen Redaktionen eingeschlafen und weicht einer saturierten Besitzstandswahrung und ökonomischen Prämissen. Ganze Redaktionen wie bei der *Frankfurter Rundschau* und der *Berliner Zeitung* werden zusammengelegt, die Pressekonzentration steigt, der Dudelfunk gewinnt an Boden. Sinkende Anzeigenerlöse und Auflagenschwund treiben Medienhäuser ratlos um, wie sie in Zukunft das herkömmliche Geschäftsmodell ihrer Blätter neu ausrichten sollen. Die Verdrängung etablierter Medien durch das Internet verunsichert die Branche und setzt sie einem Kostendruck aus, der dringend notwendige Investitionen in guten Journalismus verhindert. Online-Ableger so wichtiger Leitmedien wie *Spiegel* oder *Stern* bleiben in ihrem intellektuellen Niveau weit unter dem der Originalmarken. Man nähert sich eher dem Boulevard als der politischen Analyse. Die Innovationskraft im Internet erlahmt. Tabuthemen, Selbstzensur und Anpassung nehmen in deutschen Redaktionen in dem Maße zu, wie Arbeitsplätze für Journalisten unsicherer werden. Die Entlassungswellen der letzten Jahre spülten viele Journalisten aus ihrem Beruf, vergeblich die Suche nach Möglichkeiten, sich weiter relevanter Themen publizistisch zu bemächtigen. Der Einfluss von Lobbyismus und politischem Agenda-Setting jedoch wächst. Der Wechsel in die PR wird massenhaft gang und gäbe, selbst Regierungssprecher werden hierzulande Intendanten und einflussreiche Journalisten Regierungssprecher mit Rückkehrrecht.

Gegenläufige Tendenzen sind hingegen in Ländern des Südens zu erkennen. Im zurückliegenden Jahr machten die arabischen Revolutionen deutlich, was massenhaft kommunizierte Nachrichten und politischer Journalismus zu verändern in der Lage sind. In den arabischen Staaten hat dazu maßgeblich der Nachrichtensender Al Jazeera beigetragen, der zur gängigen eurozentrierten oder westlichen Sicht auf die Welt eine andere Perspektive hinzugefügt hat. Anfangs übrigens gegen starke Widerstände insbesondere der USA. Ein ähnlich erfolgreiches kultur-räumiges Medienprojekt hat Europa nicht zu bieten. Da ist weit und breit nichts zu sehen von einem populären, grenzüberschreitenden Sender, der mit engagierter Berichterstattung und dem Mut zur Kontroverse professionelle Politikberichterstattung über internationale Themen anbietet. Der Nahost-Experte Michael Lüders spricht zu Recht davon, dass Al Jazeera bei den arabischen Revolutionen als deren »Verstärker« gewirkt habe. Er schildert, wie aufgrund dieser neuen Konkurrenz auch staatliche arabische Medien und das politische System gezwungen sind, sich zu öffnen. Seit Al Jazeera auf Englisch sendet, entfaltet der von Qatar finanzierte Sender zunehmend auch globale Strahlkraft.

**E**s ist vor allem die Perspektive »von unten«, die den Nerv arabischer Zuschauer trifft und »den Sender zum Meinungsführer in der arabischen Welt« machte, schreibt Lüders in seinem jüngsten Buch »Tage des Zorns« und hebt auch den Unterschied zur westlichen Berichterstattung hervor: Westliche Journalisten blieben weit ab vom eigentlichen Geschehen und nehmen die Auseinandersetzungen häufig nur embedded wahr. Al Jazeera dagegen baut auch User Generated Content bereits (auch notgedrungen) weit professioneller in die journalistische Recherche und in seine Berichterstattung ein: Nachrichten ägyptischer Demonstranten, gesendete Handy-Aufnahmen oder Vernetzungen zwischen Journalisten und Bloggern sind mittlerweile Bestandteil des Arbeitsprozesses.

Der Umgang mit Twitter und Facebook zeigt, dass Journalisten und Netzaktivisten in Ländern wie Ägypten, aber auch in Russland oder Usbekistan schnell erkannt haben, dass sich ihnen ganz neue Möglichkeiten bieten, die Medienkontrolle ihrer Regierungen zu unterlaufen. Die globale Vernetzung ermöglicht dabei politische Schlagkraft

über Grenzen hinweg. Hintergründiger Politik-Journalismus kann in »Ländern des Südens« enorme Diskurse auslösen, während in westlichen Gesellschaften das Bewusstsein für den hohen Wert politischer »Nachrichten« verloren zu gehen scheint. Journalisten in Transitionsstaaten nehmen einiges dafür in Kauf, um an diesem gesellschaftlichen Diskurs teilzuhaben. Häufige Motivation: Sie wollen ihre Welt gerechter machen. – Ein Rollenbild, das sich im Westen immer seltener findet.

**A**uf einer Konferenz in Stockholm schilderte die palästinensische Journalistin und Lateinamerika-Korrespondentin von Al Jazeera, Dima Khatib, wie sie zu Beginn der Ereignisse in Tunesien einige Wochen Urlaub einreichte, um sich vom normalen Berufsalltag völlig zurückzuziehen und vom Schreibtisch aus die Ereignisse twitternd zu begleiten. Die umtriebige Journalistin, die aus Syrien stammt, hat heute mehr als 70.000 Follower, weil sie mit profunder Kenntnis arabische Quellen bewertete und über ihre Meldungen maßgeblich zum Informationsfluss während der Ereignisse in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien beitrug. Sie ist nur eine der journalistischen Akteure, die mit Hilfe der neuen Medien daran mitwirkten, die Nachrichtenlage während der historischen Umbrüche klarer zu machen und zu dirigieren. Khatib unterscheidet jedoch zwischen ihrer »objektiven« journalistischen Tätigkeit für Al Jazeera und ihren »Tweets«, mit denen sie bewusst als engagierte Bürgerin agiert und ihre journalistischen Kenntnisse für die arabische Revolution einsetzte.

In den arabischen Staaten, in Russland, China oder Usbekistan sind engagierte Journalisten bereit, mit den Mächtigen in Konflikt zu treten. Solche Persönlichkeiten werden im Westen zwar immer wieder gerne mit Preisen bedacht und in ihrem Wirken gewürdigt. Aber ihr Beispiel bringt deutsche Journalisten nicht dazu, ihre eigene Rolle in der sich wandelnden globalen Gesellschaft neu zu reflektieren. Häufig wird so getan, als ginge es heute allein darum, sich den neuen technisch-digitalen Herausforderungen zu stellen. Die Veränderungen provozierten bei etablierten Journalisten jedoch lediglich »einen bemerkenswerten Unwillen, sich auf Neues einzulassen«, beklagt der SZ-online-Chefredakteur Stefan Plöching. Hinzu kommt: In Deutschland wird vor allem dem Mantra des

verstorbenen Fernsehjournalisten Hans-Joachim Friedrichs gefolgt: »Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache.« Dieser Leitspruch verpflichtet Journalisten zu einer Unabhängigkeit, die scheinbar Objektivität zu sichern schien. Fraglich bleibt, ob dieser Satz angesichts der großen politischen Herausforderungen in der globalisierten Welt überhaupt noch zeitgemäß ist. Dient das Bonmot hierzulande nicht eher als Ausrede dafür, dass Journalisten bei ihrer Arbeit einen verbreiteten Zynismus pflegen und es an eigener Haltung, politischer Verantwortung und Leidenschaft fehlen lassen?

Die Branche diskutiert heftig die Frage funktionierender Geschäftsmodelle, arbeitet sich am aufgebauchten Konflikt zwischen Bloggern und Journalisten ab, aber weicht einer ernsthaften Debatte darüber aus, welche Rolle Journalisten in einer zunehmend unter Druck geratenen Demokratie spielen müssen, um diese zu erhalten. Gern werfen westliche Journalisten einen wohlwollenden Blick auf die »unfreie Welt« und analysieren, welche Rolle Pressefreiheit, Journalismus, Youtube, Twitter und Co. dort spielen. Im Ausland gebärden sie sich als Missionare der Demokratie. Und zu Hause?

**P**löchinger schreibt in seinem Essay »Lehren aus der Revolution«: »Journalismus wird gerade neu erfunden in dem Sinne, dass das neue digitale Multimedien allen anderen Medien veränderte Aufgaben zuweist.« Dabei könnte es sich lohnen, den Blick stärker darauf zu richten, wie Journalisten in Ägypten, Tunesien und anderswo das nutzen, um relevante Informationen unter die Leute zu bringen und eine Demokratisierung ihrer Gesellschaften zu bewirken. Auch Europa und die Bundesrepublik könnten mit der gewandelten Weltwirtschaftslage, der Überalterung ihrer Gesellschaften, der Ressourcenknappheit, den Energieproblemen oder der zunehmenden Militarisierung des Westens schnell vor einem Demokratie-Test stehen, dem die bisherige Wohlstandsinsel nie ausgesetzt war. Der Journalismus ist auf seine Rolle in einem solchen Szenario kaum vorbereitet. Vielleicht hilft, was Plöchinger schreibt: »Es hilft, die Lage der Medien wie ein Puzzle zu sehen, dessen Teile man neu zusammenlegen muss. Fangen wir an.« ■

*Gemma Pörzgen ist freie Journalistin mit Osteuropa-Schwerpunkt und lebt in Berlin. Als Auslandskorrespondentin berichtete sie aus Südosteuropa und Israel/Palästina.*



# Demokratietreiber

Welche gesellschaftliche Kraft hat Journalismus? Was kann er bewirken? – Drei Journalisten aus Thailand, Ghana und Libanon berichten über Erfahrungen, Risiken und Nebenwirkungen.

**Thaweeporn Kummetha** lebt und arbeitet in der thailändischen Hauptstadt Bangkok. Sie ist Redakteurin einer großen chinesischen Nachrichtenagentur. Neben ihrer Arbeit engagiert sie sich im Thai Netizen Network (TNN), einer Initiative, die sich für die Informationsfreiheit im Internet einsetzt.

## 1. Welche gesellschaftliche Kraft hat Journalismus?

Thailand kämpft immernoch um Meinungsfreiheit, das wird vor allem beim Thema »Monarchie« deutlich. Wir haben ein striktes Majestätsgesetz, das Haftstrafen von bis zu 15 Jahren vorsieht. Nun



könnte man einige positive Bemerkungen darüber erwarten, wie thailändische Medien für mehr Freiheit streiten. Jedoch machen die meisten Mainstream-Medien genau das Gegenteil. Sie konzentrieren sich auf die Mittelklasse Bangkoks und setzen sich für das Establishment ein. Sie tragen eine große Mitverantwortung für die Schwierigkeiten bei der Lösung der politischen Konflikte Thailands. Der kommen sie aber nur bedingt nach, weil

sie sich selbst stark zensieren. Den Versuch, beim Thema Monarchie mehr Meinungsfreiheit zu erreichen, behindern sie durch einen stark verallgemei-

nerten Lobgesang – nach dem Motto: »Alle Thais lieben den König.« Das kann man unmöglich glauben, denkt man nur an das besagte Gesetz. Außerdem werden dadurch Leute marginalisiert, die eine andere Meinung über den König haben. Das alles spielt bei der Politik-Berichterstattung eine große Rolle. Das Königshaus ist sehr einflussreich.

## 2. Die Bedingungen in Ihrem Land sind für unabhängigen Journalismus nicht die günstigsten. Weshalb betreiben Sie ihn dennoch?

Ich will als Journalistin arbeiten, weil freie Medien in Thailand keine Selbstverständlichkeit sind. Wenn ich mir den Journalismus in anderen Ländern anschau, sehe ich, wie dort darum gekämpft wird, die Qualität der Berichterstattung zu steigern. Aber in Thailand kämpfen wir immer noch um das grundlegende Recht der Meinungsfreiheit und gegen die Selbstzensur bei den Meinungsmachern. Das ist sowohl Herausforderung als auch Tragödie.

Mein Mentor und Vorbild ist Pravit Rojanaphruk, Reporter bei der Zeitung *The Nation*, der sehr engagiert für Meinungsfreiheit kämpft. Seit den Demonstrationen gegen das Establishment im Jahr 2009 haben die Mainstream-Medien unwiderruflich ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Im Gegenzug ist die Popularität alternativer Medien rasant gestiegen. Das Publikum hat jetzt eine größere Auswahl. Deshalb mussten sich die Mainstream-Medien in den vergangenen zwei Jahren auch langsam öffnen und, was ihre Qualität angeht, anpassen.

## 3. Welchen Preis sind Sie für Ihren Beruf zu zahlen bereit?

Ich versuche jeden Tag, den Spielraum für Meinungsfreiheit auszudehnen. Damit laufe ich Gefahr, wegen Majestätsbeleidigung eingesperrt zu werden. Die Ultra-Royalisten interpretieren das

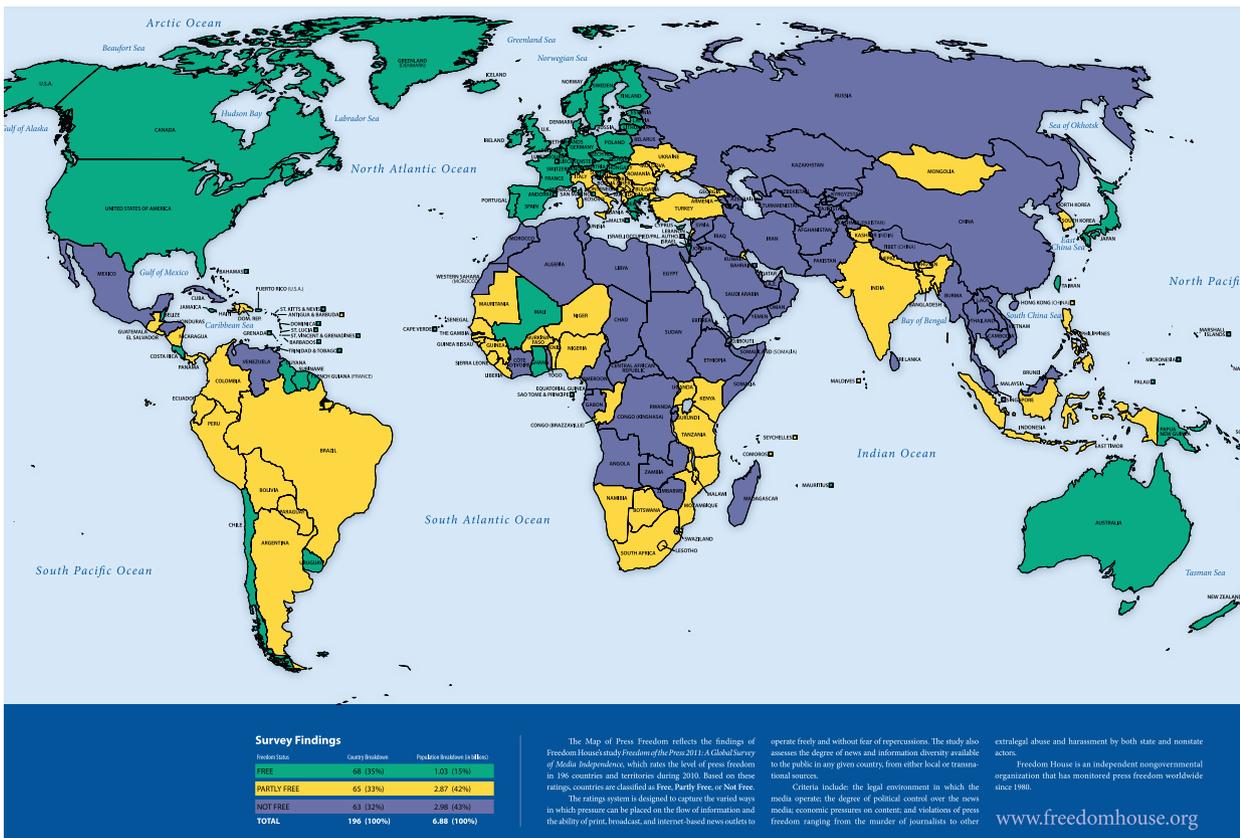
# Journalismus

Gesetz immer laxer und nutzen es zur Hexenjagd. Vor dieser habe ich weniger Angst als vor einer Verhaftung – auch deshalb, weil die Bedingungen in thailändischen Gefängnissen nicht den internationalen Standards genügen. Aber es ist sehr schwer, diese Frage so direkt zu beantworten. Wenn es drauf ankommt, hoffe ich, dass ich meinen Mut zusammennehmen kann, um meinem Gewissen zu folgen.

**Anas Aremeyaw Anas** ist in seiner Heimat Ghana ein Star vergleichbar mit Günter Wallraff. Er arbeitet als Undercoverjournalist auf dem ganzen Kontinent. Seine Undercover-Recherchen werden auch von CNN, BBC oder Al Jazeera gesendet (siehe Seite 68).

## 1. Welche gesellschaftliche Kraft hat Journalismus?

Lassen Sie mich etwas ausholen, um die Frage zu beantworten. Ghana ist schon 1957 unabhängig geworden. Das Land startete bei null. Doch bereits damals wurde in der Verfassung die Pressefreiheit als konstituierend festgeschrieben. Das geschah, weil Journalismus im Kampf gegen den Kolonialismus und für die Unabhängigkeit eine wesentliche Kraft gewesen ist. Der Wert einer freien Presse war vor dem Hintergrund kolonialer Unterdrückung sehr hoch geschätzt worden. Aber Papier ist geduldig und Ghana hatte nach der Unabhängigkeit mehrere Militärregierungen, die kaum Meinungspluralität zuließen, sondern alle Medien staatlich kontrollierten. Journalismus konnte damals nur in engen Grenzen praktiziert werden. Aber seit etwa zwanzig Jahren entwickelt sich Journalismus in Ghana eigentlich nur noch zum Positiven. In kleinen Schritten trug er zur



Demokratisierung des Landes bei und professionalisierte sich dabei selbst. Heute haben wir mehr als 30 Radio- und zehn Fernsehstationen. Wir verändern die Welt! – Beantwortet das ihre Frage?

**2. Die Bedingungen in Ihrem Land sind für unabhängigen Journalismus nicht die günstigsten. Weshalb betreiben Sie ihn dennoch?**

Journalismus spielt für eine gesunde Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. In Ghana kontrollieren wir Journalisten immer stärker die Institutionen und die Mächtigen. Ich will nicht sagen, dass der Journalismus in Ghana nun von herausragender Qualität wäre. Ghana ist in Transition. Aber wir sind da. Mit uns Journalisten muss man rechnen.

Was immer die Regierenden in Ghana heute tun, wir kontrollieren und diskutieren das. Wir haben Einfluss auf Wahlergebnisse, lassen korrupte Politiker und Beamte auffliegen. Unser Journalismus ist stark entwicklungsorientiert. Wir haben ganz andere Themen als der Westen. Wir fragen, was bringt unsere Gesellschaft vorwärts, was ist wichtig für die einfachen Leute, die keine Stimme haben und deren Leben es

zu verbessern gilt. Das steht im Westen kaum mehr auf der Agenda. Wir machen hier in Ghana keinen Journalismus über Weltraumforschung. Das ist nicht unser Thema. Das kann der Westen machen. Der Westen hat die Schlacht, die wir noch kämpfen, längst geschlagen und kann jetzt die Früchte tragen. Selbst den Skandal über *News of the World* kann ich so positiv einordnen: Kollegen im Westen können es sich offensichtlich leisten, mit solchen Recherchemethoden an so unwichtigen Geschichten zu arbeiten. Wir nicht.

**3. Welchen Preis sind Sie für Ihren Beruf zu zahlen bereit?**

Zunächst einmal ist zu sagen, dass ich von meinem Beruf lebe. Das kann ich, weil ich mein eigenes Journalismusverständnis entwickelt habe. Ich nenne es »name, shame and jail«. Ich will, dass Verbrecher zur Verantwortung gezogen werden, vor Gericht. Das mag vielleicht dem westlichen Verständnis von Journalismus nicht entsprechen, aber ich handle im Kontext Ghanas und dem Entwicklungsstand unserer Demokratie. Ich schaue nicht nach London oder Paris, wie Kollegen dort arbeiten. Keiner muss mir sagen, wie und welche Art Journalismus ich machen soll. Für mich gibt es einen zentralen Punkt: Journalismus hat dem Gemeinwohl zu dienen. Ich will meine Gesellschaft vorwärtsbringen und mir von meinen Enkeln nicht sagen lassen, ich hätte nichts getan. Ich will, dass meine Enkel einmal in einer besseren Gesellschaft leben.

Die demokratischen Institutionen in Ghana brauchen Kritik und Kontrolle, um stärker zu werden. Wenn Journalisten nur kritisieren und die bösen Buben können das einfach schulterzuckend aussitzen, dann werden die noch dreister und uns gegenüber noch aggressiver. Also lautet mein Ziel: Bring sie vor Gericht, bring sie hinter Gitter! Deshalb arbeite ich auch sehr eng mit der ghanaischen Justiz zusammen. Ich trete häufig als Zeuge vor Gericht auf. Die Kakao-Story, die Hafen-Story, die Mafia-Story, die Krankenhaus-Story – in manchen Fällen stehen ein Dutzend Kriminelle vor Gericht. Ich brachte einige für Jahrzehnte hinter Gitter, manche für immer. Das Risiko können sie sich selbst ausmalen. Das sind Hardcore-Recherchen teilweise unter Schwerekriminellen, die viel zu verlieren haben. Aber ich habe mich für den Undercover-Journalismus entschieden. Andere Storys will ich nicht machen, auch wenn ich mein Leben riskiere, um Verbrechen ans Licht zu zerren. Vorrecherche



Anas bei der Recherche für »Spell of the Albino«, einer Al Jazeera-Reportage über Organhandel in Tansania.

ist bei solchen Storys alles. Es braucht detaillierte Planung, der modus operandi muss klar sein. Auch internationale Kooperationen mindern das Risiko etwas. Ich arbeite mit Kollegen von Al Jazeera, BBC oder CNN. Wir kooperieren, weil wir Profis sind und das gleiche Berufsverständnis von gutem Journalismus haben. Und solche Kooperationen setzen die bösen Jungs stark unter Druck: zum einen, weil über sie international berichtet wird, zum anderen, weil wir gemeinsam grenzüberschreitende, international organisierte Schweinereien aufdecken können, die man in der globalisierten Welt gar nicht mehr alleine recherchieren kann.

**Daoud Kuttab** ist Direktor des Institute of Modern Media der palästinensischen Al Quds University und Chef des arabischen Internetradios AmmanNet.

### 1. Welche gesellschaftliche Kraft hat Journalismus für Sie?

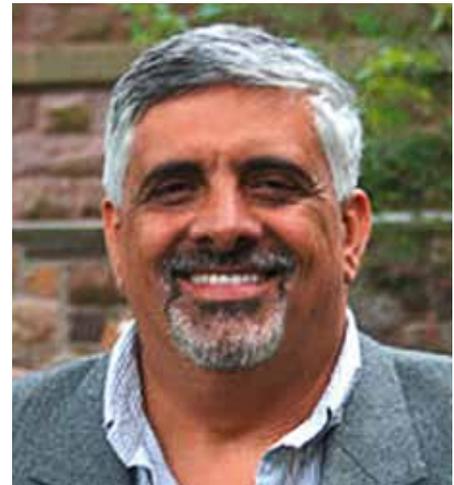
Die arabischen Länder leiden seit mindestens vier Jahrzehnten unter autokratischen Regimen. Das betrifft auch die Medien: Der Staat betreibt den nationalen Rundfunk und besitzt in vielen Ländern die nationalen Zeitungen. Wer private Medien besitzt, ist meist Geschäftsmann mit engen Verbindungen zur Macht. Diese Leute zensieren sich selbst, um ihre Freunde aus der Regierung zu schützen. Der Arabische Frühling hat viele Pfeiler traditioneller arabischer Medien erschüttert, aber nicht einstürzen lassen. Es war einfacher, Diktatoren zu beseitigen als die Medienregulierungen zu verändern.

Dass nun ganz normale Bürger Plattformen wie Twitter und Facebook nutzen, hat positive und negative Folgen für uns Journalisten. Mit dem Ausbruch der Demonstrationen nach den Freitagsgebeten mussten wir beispielsweise Lösungen finden, um die personellen Engpässe am Wochenende zu kompensieren (das Wochenende beginnt bei uns am Freitag). Also fragten wir Mitglieder unseres Hörerclubs, die in vielen Gegenden der Hauptstadt Amman leben. Wir haben diese Bürger kurz geschult und gebeten, uns per Handy nur das zu berichten, was sie mit eigenen Augen sehen. Diese und andere Fortschritte bei Bürgermedien haben eine größere Vielfalt bewirkt. Und sie geben couragierten Bürgerjournalisten die Möglichkeit, sich zu äußern. Andererseits haben nicht voll ausgebildete Journalisten auch schon niedrige Qualität abgeliefert, was manchmal desaströse Folgen hatte.

2. Die Bedingungen in Ihrem Land sind für unabhängigen Journalismus nicht die günstigsten. Weshalb betreiben Sie ihn dennoch?

### 2. Die Bedingungen in Ihrem Land sind für unabhängigen Journalismus nicht die günstigsten. Weshalb betreiben Sie ihn dennoch?

Pressefreiheit entsteht nicht über Nacht. Man muss Schritte in die richtige Richtung gehen, immer wieder dafür kämpfen. Das gilt für alle Grundrechte, etwa auch Frauenrechte. Insofern verstehe ich den Kampf für Meinungsfreiheit als Teil des Kampfes für eine insgesamt liberalere Gesellschaft. Dazu braucht man Geduld. Sie dürfen nicht vergessen, dass wir in relativ jungen Staaten mit einer schwierigen Vergangenheit leben. Der Westen hat Jahrhunderte gebraucht, um dorthin zu gelangen, wo er jetzt steht.



### 3. Welchen Preis sind Sie bereit für Ihren Beruf zu zahlen?

Wirklich unabhängige Journalisten stehen im Nahen Osten vor großen Herausforderungen, vor allem, wenn sie in abgeschotteten Ländern leben. Wer professionell arbeitet und die Wahrheit erzählt, riskiert seinen Job oder sogar sein Leben. 1996 wurde ich von den palästinensischen Behörden verhaftet, weil ich im Fernsehen über eine Sitzung der Gesetzgeber berichtet hatte, bei der es um Korruption in der palästinensischen Regierung ging.

2006 unterband das jordanische Parlament den Versuch unseres Senders Radio Al Balad, aus dem Parlament zu berichten, weil uns jemand angerufen und das Parlament on air beschimpft hatte. Wir wurden zu einer Geldstrafe von 10.000 Jordanischen Dinar, 15.000 US-Dollar, verurteilt. Später verwarf ein Berufungsgericht diese Entscheidung. In Syrien brachen regierungsfreundliche Schläger einem Karikaturisten die Finger, um ihn einzuschüchtern. Einige wurden eingesperrt, andere starben, weil sie journalistische Werte hochhielten und der Regierung die Wahrheit sagten.

*Die Fragen stellte Lutz Mücke.*

# Im Kreuzfeuer der



# Drogenkartelle

*Mexikanische Reporter setzen sich täglich Morddrohungen der Drogenmafia aus. Um trotzdem zu berichten, müssen sie sich zusammenschließen. Viele haben ihren Job mit dem Leben bezahlt.*

VON JOSÉ GIL OLMOS

**C**uernavaca heißt in der Sprache der Ureinwohner »in der Nähe der Bäume«. Die Stadt im mexikanischen Hochland, gut 55 Kilometer von Mexiko City entfernt, ist seit jeher ein Ort der Erholung. Nun liegen täglich Leichen mit Drohbotschaften der Drogenhändler auf der Autobahn. Häufig werden die Körper an Brücken gehängt, damit sie von den Behörden und Bürgern gesehen werden. Die Drogenkartelle haben Cuernavaca zur Konfliktzone erklärt.

Hier war es auch, wo am 27. März 2011 sieben Personen ermordet wurden. Unter ihnen Juan Francisco, der Sohn des Dichters Javier Sicilia. Als Anführer einer Friedensbewegung hat er die Familien der vielen Opfer des Drogenkriegs zusammengebracht. Journalisten und Fotografen, die über die Morde berichten wollten, erhielten schon Todesdrohungen, bevor sie überhaupt mit der Arbeit begonnen hatten. Die Kartelle befahlen den Medien, über bestimmte Dinge nichts zu veröffentlichen. Tun sie es trotzdem, werden sie sterben, so die Drohungen.

Und die Erfahrung zeigt: Mit diesen Drohungen spielt man nicht. Um trotzdem berichten zu können, organisieren sich die Journalisten als Gruppe. Alleine fährt man nicht mehr an einen Tatort; es geht nicht mehr darum, eine Nachricht schnell und exklusiv zu haben, sondern darum, das Thema überhaupt abzudecken, ohne dafür mit dem Leben zu bezahlen.

## **Wie in einem Mafia-Film**

Die Journalisten, die über die Morde von Cuernavaca berichten wollten, merkten schnell, dass nicht nur sie mit Kamera vor Ort waren: Auch die Drogengangs filmten – und zwar die Reporter. Die Kartelle wollen wissen, wer die Journalisten sind, wollen wissen, wie sie aussehen. Im Drogenkrieg wird zurückgefilmt.

Manche Reporter in Mexiko fragen sich jeden Morgen beim Verlassen ihres Hauses, ob sie abends zurückkommen und ihre Familie jemals wiedersehen werden. Andere haben sich in dem Glauben, nicht mehr zurückzukehren, schon von ihren Kindern verabschiedet. Viele mexikanische Journalisten träumen, dass sie verfolgt oder auf der Straße umgebracht werden, von den bewaffneten Männern, die keine Gnade mehr kennen. Es klingt wie in einem Mafia-Film – und ist in Mexiko alltägliche Realität.

## **Tote und Vermisste**

Laut der nationalen Menschenrechtskommission wurden in den vergangenen zehn Jahren 74 Journalisten aufgrund ihrer Berichterstattung umgebracht. Die kolumbianische Stiftung für Meinungsfreiheit spricht gar von 83 getöteten und 12 vermissten Reportern. Kein einziger Fall wurde aufgeklärt, nie die Verantwortlichen gestellt. Die Zahlen sind alarmierend – und machen Mexiko für Journalisten zum gefährlichsten Land Lateinamerikas.

Zwar spiegeln die Zahlen die schwierige Situation mexikanischer Reporter wider; ihren täglichen Kampf können sie jedoch kaum ausdrücken. Die Probleme sind gravierend – besonders derjenigen, die aus den Kriegsgebieten berichten. Dort ist die Konfrontation zwischen den Drogenbanden und Soldaten, die Morde, Hinrichtungen und das Verschwinden von Menschen zur Gewohnheit geworden. Seit 2006 dauert der Konflikt nun schon an. Damals erklärte

*74 Tote in zehn Jahren, zahlreiche Vermisste: Mexiko ist für Journalisten das gefährlichste Land Lateinamerikas.*

Wenn die Ermittler ihre Ergebnisse bekanntgeben, ist der Andrang groß. Recherchen im Milieu der Kartelle und bei den Opfern brauchen hingegen viel Mut.



Foto: Ricardo Ruiz/Proceso

Präsident Felipe Calderón den Krieg gegen die Drogen. In den mexikanischen Bundesstaaten, in denen das organisierte Verbrechen herrscht und in denen die Behörden Verbündete der Drogenbosse sind, gibt es für Journalisten nur eine Option, wenn sie nicht in den Konflikt hineingezogen werden wollen: Selbstzensur. Angesichts direkter Todesdrohungen, die sich nicht nur gegen die Reporter selbst, sondern auch gegen ihre Familien richten, haben sie entschieden, nicht mehr über das zu informieren, was in den vom Drogenkrieg geprägten Regionen passiert: etwa in den nördlichen Bundesstaaten Tamaulipas, Chihuahua oder Sinaloa, vermehrt aber auch im Süden, in Guerrero und Veracruz. Hier hat es in den letzten Jahren immer wieder Massaker und blutige Gefechte gegeben. Ganze Dorfgemeinschaften sind aus Angst geflüchtet.

#### **Nicht mal Weiterbildungskurse**

In den lokalen Medien wird auch darüber nicht berichtet; die Macht der Drogenkartelle ist zu groß. Erst, wenn sich ein Bürger, ein Augenzeuge traut, in den sozialen Netzwerken über das Geschehene zu berichten, werden die ersten Informationen bekannt. Erst dann beginnen Journalisten aus anderen Städten, manchmal sogar nur aus anderen Ländern, zu recherchieren. Und nur dann wagen auch die örtlichen Behörden, mit der Aufklärung zu beginnen.

Der Psychologe Rogelio Flores hat in seiner Studie über die Auswirkungen der Gewalt auf mexikanische

Journalisten (siehe Seite 22) herausgefunden, dass diese in einigen Regionen den Belastungen eines Kriegssoldaten gleichen. Der Stress ist auch höher als bei Kriegskorrespondenten, die an einen Ort reisen, dort das Kampfgeschehen nur für eine bestimmte Zeit erfahren, um dann an ihren Heimatort zurückzukehren. Viele mexikanische Journalisten können dies nicht: Sie leben im Krisengebiet.

Auch ihre posttraumatischen Störungen, die von der Berichterstattung über die Gewalt zurückbleiben, ähneln deshalb denen der Kriegssoldaten: Die Reporter leiden unter Alpträumen, Schlaflosigkeit, Panik und gesundheitlichen Problemen wie Rückenschmerzen, Herzproblemen, Magenbeschwerden und Gesichtslähmungen. Weil sie von ihrem Arbeitgeber keine Unterstützung erhalten, können sie ihre Beschwerden oft nicht behandeln lassen. Mexikanische Medienunternehmen bieten professionelle Hilfe – psychologisch oder medizinisch – für ihre Angestellten nicht an. Auch Weiterbildungen oder Sicherheitsmaßnahmen gibt es nicht. Abgesehen von einigen wenigen Medien stellen die Unternehmen ihren Reportern keine Lebensversicherung oder Versicherung für höhere Arztkosten zur Verfügung.

#### **Aufpasser schützen Journalisten**

Möchten mexikanische Journalisten nicht der Selbstzensur verfallen, gibt es nur einen Ausweg: Sie müssen selbst aktiv werden, ihre eigenen

## MEXIKO: FÜR JOURNALISTEN HOCHGEFÄHRLICH

Bestimmte Regionen in Mexiko sind wahre Kriegsgebiete nach mehr als 50.000 Hinrichtungen in den letzten fünf Jahren, nach mehr als 230.000 Verschleppten allein im Jahr 2010. Die Gewalt äußert sich alltäglich in diesem Land, das wortwörtlich Tag für Tag ausblutet. Dies ist das Szenario des »México bárbaro«, des »grausamen Mexiko«, in dem viele Journalisten seit mindestens fünf Jahren arbeiten.

Nationale und internationale Organisationen wie Reporter ohne Grenzen, das mexikanische Zentrum für gesellschaftliche Kommunikation (CENCOS) und die Londoner Menschenrechtsorganisation »Article 19« beklagen das hohe Risiko für Journalisten in Mexiko. Bundesstaaten wie Tamaulipas, Baja California,



Chihuahua, Sinaloa, Guerrero, Michoacán, Durango und Veracruz (siehe Karte) haben sich in wahre »Gebiete des Schweigens« verwandelt – der Selbstzensur geschuldet, die Drohungen und Gewalttaten der Presse gegenüber auslösen. In dem Land wurden seit 2000 bis zum heutigen Tag 75 Journalisten ermordet. tun.

*Rogelio Flores Morales*

Sicherheitsmaßnahmen entwickeln, um weiterhin informieren zu können. Die Journalistin Marcela Turati zitiert in ihrem kürzlich veröffentlichten Buch »Fuego Cruzado« (»Kreuzfeuer«) mexikanische Reporter, die sich als Frauen oder andere Personen verkleiden müssen, um ihre Arbeit ausführen und über den Krieg der Drogenbanden berichten zu können. Sie unterstützen sich gegenseitig, organisieren Kurse, um gemeinsam die Situation zu analysieren, Erfahrungen auszutauschen und zu lernen, wie man mit den Opfern des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen umgehen sollte.

Die Journalisten aus Cuernavaca haben ein Selbstschutzprogramm erstellt. Sie begreifen sich als Einheit und arbeiten zusammen, unabhängig vom Medium. Das Schutzprogramm sieht vor, aus

der Gruppe einen Aufpasser zu ernennen. Diese Person bleibt anonym; nur die Gruppe weiß, wer gerade ihr Schutzpatron ist. Mit ihm sind alle Kollegen ständig in Kontakt. Sie informieren ihn über alle Handlungen und Bewegungen. Melden sie sich nicht in der vereinbarten Zeitspanne, löst der Aufpasser sofort einen Notruf aus und meldet das Verschwinden den lokalen und bundesweiten Behörden.

Trotz dieser kleinen Lichtblicke bleibt ungewiss, wie es mit Mexiko und seinen Reporter weitergeht. Momentan weist alles darauf hin, dass sich die Situation noch verschlechtern wird. Denn im kommenden Juli wird in Mexiko ein neuer Präsident für sechs Jahre gewählt. Die Drogenkartelle werden die Wahl beeinflussen wollen – auf blutige Weise. ■

*José Gil Olmos ist Reporter für die mexikanische Wochenzeitschrift Proceso. Übersetzung: Laura Schneider*





# Krank vom Krieg

*Der Drogenkrieg in Mexiko treibt die Reporter in den Krisengebieten in Angst und Depression. Eine psychologische Studie zeigt: Der Stress erreicht Werte wie bei Vietnam-Soldaten.*

VON ROGELIO FLORES MORALES

Die mexikanische Reporterin Rosalba Ayala\* war gerade dabei, ihre Schicht in der Zeitungsredaktion zu beenden. Da informierte man sie, dass sich auf einer Straße im Stadtzentrum mehrere verstümmelte Leichen befinden. Es war fast Mitternacht und ihr blieb nichts anderes übrig, als rauszugehen und einen Bericht zu machen, wie sie es schon so viele Male getan hat. Gemeinsam mit einem Fotografen der Zeitung machte sie sich auf in Richtung der finsternen Straßen von Los Mochis, eine Stadt im Norden Mexikos mit vielen Drogenhändlern.

Ayala ist kein Neuling: Seit mehr als 20 Jahren arbeitet sie mit großer Ernsthaftigkeit. Doch was sie nur 100 Meter entfernt vom Rathaus vorfand, hinterließ ein tiefes Gefühl der Hoffnungslosigkeit: In einer schwarzen Plastiktüte erwartete sie der Anblick eines mit menschlicher Haut überzogenen Fußballs. Auf die Oberfläche war ein Gesicht gebrannt, komplett mit Kopfhaut und dem Bart eines offenbar gefolterten Opfers. Später findet man in anderen Teilen der Stadt den Brustkorb, die Extremitäten und den mehrfach gebrochenen Schädel. Die Mörder hinterließen auf den Resten eine makabere Inschrift: »Frohes neues Jahr!«

Die finstere Entdeckung hinterließ die Reporterin gebrochen. Von dieser Nacht an war sie nicht mehr dieselbe. »Nach so vielen blutigen Berichten wurde ich krank. So viel Grausamkeit konnte ich nicht begreifen«, sagt Ayala ein Jahr nach dem Ereignis in einer wissenschaftlichen Befragung des Autors. Seitdem leidet sie unter Beklemmung, Alpträumen, Vereinsamung, Herzrasen, Panikanfällen, Bluthochdruck. Und das Bild des Balls mit dem menschlichen Gesicht geht ihr

nicht mehr aus dem Kopf. »Die Angst verfolgt mich wie ein Schatten«, sagt sie.

Rosalba Ayala ist eine von vielen mexikanischen Journalisten, die von ihrer Arbeit emotional mitgenommen werden. Einer Untersuchung des Autors zufolge zeigen sich Symptome von Beklemmung bei 68 Prozent einer Stichprobe von mexikanischen Journalisten, die über den Drogenhandel berichten. 35 Prozent weisen Depression auf, 34 Prozent posttraumatischen Stress, eine der häufigsten Störungen im Zusammenhang mit Kriegszuständen. Die Zahlen liegen höher als bei Korrespondenten in Tschetschenien, Bosnien, dem Nahen Osten, Ruanda oder in anderen Konfliktgebieten.

*Cruz ist wie ein Arzt: Er sieht Blut als Teil seiner Arbeit an. Auch die Angst ist Teil seiner Arbeit, glaubt er.*

## Die Angewohnheit, Tote zu sehen

Jorge Cruz\* ist freier Fotograf, der in Cuernavaca gearbeitet hat. Die Stadt ist einer der Schwerpunkte von Gewalt in Mexiko. Cruz pflegt ein makaberes Grinsen, jedes Mal, wenn er mit der Kamera auf die Blutlachen hält und abdrückt. Er hat sich bereits daran gewöhnt, Fotos von Verstümmelten und Geköpften zu machen. »Ich bin wie ein Arzt: Das Blut sehe ich als Teil meiner Arbeit an«, sagt Cruz in der Befragung, als erzähle er ein Märchen und nicht eine Geschichte der Barbarei, die er täglich durchlebt. »Man gewöhnt sich an alles.«

Cruz nimmt die Gefahr kaum noch wahr: »In jeder Nacht, in der ich die Zeitungsredaktion verlasse, sehe ich ein Auto, das mir folgt. Sie beobachten

\*) Name vom Autor geändert

## STUDIE ZUR PRESSEFREIHEIT IN MEXIKO

Auch auf Deutsch ist eine Forschungsarbeit zum Thema erschienen: Laura Schneider hat für ihre Studie „Journalismus und Pressefreiheit in Mexiko“ mit mexikanischen Reportern über deren lebensbedrohliche Arbeitsbedingungen gesprochen und die aktuellen Probleme der Pressefreiheit in Mexiko umfassend untersucht. Die Autorin hat zwölf mexikanische Reporter aus verschiedenen Bundesstaaten, Medien und Ressorts mit unterschiedlichem Gefährdungsgrad interviewt. Ihre Einschätzung wird mit den Ergebnissen der Untersuchung verglichen und vor dem Hintergrund der Gesamtsituation analysiert. Das Buch gibt außerdem einen Überblick

über verschiedene Konzepte von Pressefreiheit, ihre spezifischen Muster in Lateinamerika sowie über das mexikanische Mediensystem. Es richtet sich an alle, die sich für Pressefreiheit und die Arbeit von Reportern in Extremsituationen interessieren. Laura Schneider, M.A., hat Journalistik und Lateinamerikastudien in Hamburg und Guadalajara, Mexiko, studiert und in Deutschland und Mexiko als Rundfunk- und Printjournalistin gearbeitet.

**Laura Schneider: Journalismus und Pressefreiheit in Mexiko. Münster: Lit-Verlag 2011, 176 Seiten, 19,90 Euro**

uns, aber das ist mir schon zur Gewohnheit geworden. Es macht mir auch keine Angst. Ich fühle nichts! Ich bin ein Profi und das ist meine Arbeit. Das darf ich ja wohl so machen, oder?»

Was Jorge nicht weiß, ist, dass nichts zu fühlen, vor allem keine Gefühle zu zeigen, schon an sich ein Anzeichen davon ist, was Fachleute Affektstarre nennen – eine Erkrankung, die auftritt, wenn man systematisch Zeuge von Gewalttaten wird. Der Zynismus und die Unfähigkeit mitzufühlen, sind Formen, in denen sich die Affektstarre ausdrückt.

Andere mexikanische Fotografen haben das Gefühl für Gefahr noch nicht verloren – und leiden dafür unter Nervenzusammenbrüchen oder Panikanfällen. Alberto Díaz beispielsweise fühlt jedes Mal, wenn er mit dem Auto die Galerías-Brücke überquert, dass sich sein Herz aufbläht. Er zittert, und seine Hände beginnen zu schwitzen. Dann erwachen die Erinnerungen an das Jahr 2010.

Damals hielt ein Konvoi von Killern mit ihren Luxuswagen auf Höhe der Galerías-Brücke an. Sie schmissen ein junges Paar, an ihren Hälsen zusammengebunden, aus dem Auto. Das Paar war noch am Leben. Doch die Körper blieben am Brückengeländer hängen.

Díaz hat seinen Beruf aufgegeben und den Wohnort gewechselt. Eine schwierige Entscheidung in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit und besonders niedrigen Löhnen. Ein Monatslohn macht hier umgerechnet 500 US-Dollar aus, ohne Sozial- und Krankenversicherung.

### Die Familie gerät ins Visier

Rosalba Ayala, die den Fußball mit menschlichem Gesicht entdecken musste, erzählt von einem Urlaubstag. Sie fuhr mit ihren Kindern über die Landstraße nach Hause, als in ihrer Nähe eine Schießerei ausbrach. Auf ihrem Mobiltelefon prasselten Nachrichten von Freunden ein, die sie warnten: Im Ort werde jeder umgebracht, der die Straße überquere.

»Ich bat meine Kinder, hinter das Auto zu gehen. ›Wenn ihr Schüsse hört, schmeißt euch auf den Boden‹, gab ich ihnen Bescheid. In diesem Moment bereute ich, das Presse-Autoschild angebracht zu haben. Ich kam in der Stadt an, die wie ausgestorben war und wir sperrten uns alle im Haus ein. In dieser Nacht hatte ich einen furchtbaren Alptraum: Ich träumte, dass ich meine Kinder verloren hätte. Ich wachte weinend auf und da verstand ich, dass dies meine größte Angst ist«, erzählt Ayala.

Auch sie nimmt Tafil, ein Beruhigungsmittel, das bei Reportern an vorderster Front massenweise gebraucht wird. »Ich bete zu Gott, dass unser Land eines Tages seinen verlorenen Frieden wiedergewinnt.« Ayala hat Angst: »Nicht davor, was mir passieren könnte, sondern was meinen Kindern passieren könnte.« Die Angst geht so weit, dass sie Konsequenzen ziehen muss: Nach 20 Jahren wird sie bei der Zeitung aussteigen und sich der Ausbildung widmen. »Ich bin der Überzeugung, dass ich geboren wurde, Journalistin zu werden, aber unter diesen Bedingungen geht es einfach nicht. Es geht nicht!«

Rogelio Flores Morales ist Doktorand der Psychologie an der Universidad Nacional Autónoma de México. Übersetzung: Björn Siebke





Foto: Diego Fernández

Mit Militärgewalt und Elite-Polizisten versucht der mexikanische Staat, das organisierte Verbrechen in den Griff zu bekommen. Doch auch ranghohe Ermittler sind nicht unfehlbar:

# Mord ohne Sühne

*Seit 2005 recherchiert ein Team von Grenzreportern in Mexiko und den USA. Der Fall eines getöteten Fotojournalisten legt die korrupten Strukturen offen, denen die Reporter dort begegnen.*

VON MICHEL MARIZCO\*

**G**regorio Rodriguez war der erste. Ein Fotojournalist für eine Tageszeitung im mexikanischen Bundesstaat Sinaloa. Man sagt, der Fotograf habe nebenher frei gearbeitet, bei Hochzeiten und Geburtstagen fotografiert für Einheimische in einer Küstenstadt am Golf von Kalifornien. Diese liegt an der südlichsten Ecke von Sinaloa, der Geburtsstadt fast jeder größeren Drogenboss-Fehde. Die Führer des Sinaloa-Kartells, des Juárez-Kartells, der Arellano-Felix-Familie – alle haben sie hier ihren Ursprung.

Der Schuss fiel an einem ruhigen Samstagabend um zehn Uhr im späten November 2004. Zeugen sagen, drei Männer seien hereingekommen und hätten sich ihm entgegengestellt. Stimmengewirr erhob

sich, ein Mann zog eine Neun-Millimeter-Pistole. Rodriguez stand da, eine Hand erhoben, schreiend: „Nein!“ Der Mann schoss fünf Mal auf ihn, einen Schuss in den Kopf, zwei in den Hals, einen in die Brust, einen in den Arm.

Die Mörder gingen fort; Rodriguez' fünf Jahre alter Sohn schmiss sich auf den Körper seines Vaters und weinte. Seine Tochter, acht Jahre alt, rannte auf die Straße und schrie um Hilfe.

Der Mord an Gregorio Rodriguez bedeutete einen Wandel im Selbstverständnis und der Position von Reportern, die in Mexiko arbeiten. Kurz gefasst, es war eine Grenze überschritten worden; Reporter wurden zu Zielen. Einige wurden während ihrer Arbeit umgebracht, andere wegen Verstrickungen mit dem organisierten Verbrechen getötet. Nur ausnahmsweise wird, wenn überhaupt, jemals ermittelt.

Ende 2008 wurde in Ciudad Juárez der Namensvetter Armando Rodriguez getötet, nachdem er einen

\*) Der Autor ist Mitglied im Border Journalism Network beim Dart Center for Journalism and Trauma, New York City. Elf Universitäten bilden das Netzwerk sowie Journalisten auf beiden Seiten der Grenze zwischen Mexiko und den USA.

Artikel über ein Familienmitglied des Staatsanwalts geschrieben hatte, welches mit dem Kartell zusammenarbeitet. Ein Fernsehsender filmte unbeabsichtigt den Mord, der Kameramann von TV Azteca wollte eigentlich etwas anderes unten auf der Straße filmen. Sie zwangen ihn, die Aufnahmen zu löschen. Später in der Nacht wurde eine Granate in das Foyer des Senders geworfen. Die Bundespolizei unterließ es auch in diesem Mordfall zu ermitteln.

Es ist oftmals unmöglich, die Motive für diese Tötungen zu kennen. Im Fall Gregorio Rodriguez könnte er vielleicht getötet worden sein, weil jemand auf der Party, für die er zum Fotografieren angeheuert war, dachte, er sei in seiner Rolle als News-Fotograf dort. Ein Freund machte mich mit der Witwe bekannt, Maria, einer schüchternen Frau. Sie ist misstrauisch, sogar gegenüber unserem gemeinsamen Freund, einem angesehenen Journalisten aus Sinaloa. »Ich weiß nicht, wem ich glauben soll«, sagte sie. In all den Jahren wurde der Mord nicht aufgeklärt.

### **Mexiko bat nicht um Auslieferung**

Mexikaner benutzen ein wunderschönes Begriffspaar, um diejenigen zu beschreiben, die sich an größeren Verbrechen wie Mord beteiligen: der materielle Täter des Verbrechens und der intellektuelle Urheber der Tat. Im Fall Rodriguez wurde der intellektuelle Urheber, die Person, die möglicherweise auf der Party fotografiert wurde, niemals gefunden.

Die lokale Polizei wusste Bescheid: Irgendwann an jenem Tag hatte Polizeichef Abel Enriquez seine Männer auf eine Streife geschickt, die sie aus der Stadt herausführte, während der Schuss fiel. Dann stöpselte er das Notrufsystem aus. Und bevor die Landespolizei von Sinaloa eintreffen konnte, um

zu ermitteln, befahl er seinen Polizeibeamten, das Blut auf dem Fußweg mit Wassereimern zu beseitigen. Fast vier Jahre später wurde Enriquez wegen Komplizenschaft zu elf Jahren Haftstrafe verurteilt. Zwei weitere Männer wurden mit ihm verurteilt. Keiner von ihnen war der Schütze.

Einem Hinweis folgend, durchsuchte die Landespolizei von Sinaloa die Wohnung von Antonio Frausto Ocampo. Sie beschlagnahmte eine Neun-Millimeter-Pistole. Die ballistischen Eigenschaften stimmen mit denen jener Pistole überein, mit der zuvor der Fotojournalist getötet worden war. Frausto ist auch für einen anderen Überfall tatverdächtig; dennoch wurde er nicht verhaftet.

Der Fall kam nicht voran, schließlich tauchte Frausto 2009 in den Vereinigten Staaten wieder auf. Er wurde festgenommen, als er versuchte, knapp zwei Kilogramm Methamphetamin an einen verdeckten US-Drogenermittler in einem Coffeeshop in Omaha, Nebraska, zu verkaufen – mehr als 2.000 Kilometer entfernt von der mexikanischen Grenze.

Es gab einige Aufregung in der Presse von Sinaloa: Endlich, fünf Jahre nach dem Mord am Fotografen, müsse sich der Hauptverdächtige für sein Verbrechen verantworten. Während einer Verhandlung wegen des Drogenschmuggels vor einem Bundesgericht informierte der Staatsanwalt den Richter, dass den Medien zufolge Frausto als Mörder verdächtigt werde und ein großes Fluchrisiko bestünde.

Der Richter lehnte das Ansinnen ab: »Angesichts des Zustands der weltweiten Berichterstattung wäre das die letzte Quelle, der ich irgendein Gewicht einräumen oder die ich als bedeutsam betrachten würde.« Frausto wurde wegen des Drogenhandels zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Mexiko hat niemals um Auslieferung gebeten. Der Fall des Fotografen bleibt ungeklärt. Wie die meisten folgenden auch.

### **Der Präsident schaltet sich ein**

Der Fernsehreporter Amado Ramírez wurde zwei Mal durch die Autoscheibe beschossen. Er schaffte es, in ein Hotel zu rennen; doch dort erledigten ihn die Killer, indem sie ihm in den Rücken schossen. Ein Mann wurde in diesem Fall bestraft, eine Seltenheit. Später erklärte einer der Tatzeugen, er sei zu einer Aussage genötigt worden.

Amando Rodriguez (von links) und Gregorio Rodriguez. Beide Journalisten wurden ermordet.

Fotos: El Diario de Juárez, El Debate



Alfredo Jiménez, ein auf organisiertes Verbrechen im Grenzbundesstaat Sonora spezialisierter Reporter, wurde im April 2005 umgebracht. Er war gerade erst 22 Jahre und hatte bei der *El Imparcial* in der Stadt Hermosillo gerade erst angefangen. Schon nach sechs Monaten war er als investigativer Reporter bekannt, ein Journalist, der die Debatten um die öffentliche Sicherheit in Mexiko genau verfolgte und das Polit-Theater durchschaute. Er deckte in der regionalen Abteilung der Bundeskriminalbehörde einen korrupten Beamten auf; offenbar hatten Kollegen als Whistleblower geplaudert. Tagelang belagerten Bundesbeamte den Journalisten in seinem Redaktionsbüro, um das Leck ausfindig zu machen.

Monate später, es war im Frühling 2005, tat er es noch einmal. Diesmal konnte er aufgrund eines Geheimdienst-Dossiers eine lokale Drogenhändler-Familie aufdecken. Wenige Tage später hatte er sich zum Abendessen mit einer Freundin verabredet. Kurz vor acht Uhr rief er sie an und sagte, er könne sie nicht treffen, ein Informant wolle mit ihm sprechen. Der Informant sei nervös, sagte er. Man fand ihn nie. Der Einzelverbindungsanruf seines Mobiltelefons verzeichnet in der Nacht sechs kurze Anrufe.

21:28 Uhr: Er empfängt einen Anruf. 38 Sekunden lang spricht er mit der Person.

22:12 Uhr: 103 Sekunden.

22:52 Uhr: Er wählt eine Nummer, spricht 36 Sekunden lang.

23:04 Uhr: schnell, 16 Sekunden. Zur selben Zeit ruft ihn jemand auf seinem zweiten Mobiltelefon, seinem persönlichen, an. 112 Sekunden.

Dann der letzte Anruf um 23:17 Uhr: Sie rufen ihn wieder an. 23 Sekunden.

Es dauerte fast zwei Jahre, bis ein Polizeiinspektor schließlich zugab, dass er die Person war, die Alfredo anrief, die nervöse Quelle, von der Alfredo gesprochen hatte. Der Mann bestand darauf, dass er nichts mit dem Verschwinden des Reporters zu tun habe. Tatsächlich habe er Alfredo vor seiner Wohnung aufgegabelt und ihn dann am Einkaufszentrum wieder abgesetzt, wo wiederum jemand anderes mit ihm gesprochen habe.

Der damalige Präsident Vicente Fox gab bekannt, er werde sich persönlich in den Fall einschalten und traf sich mit Alfredos Eltern in Hermosillo. Ein Team von Ermittlern, angeführt von Alejandro Mendoza, kam Tage später vorbei. Sie gehören zur Elitegruppe SIEDO, Abkürzung für »Spezialermittlungsbehörde

des Generalstaatsanwalts zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens«.

Mendoza und sein Team bezogen die Garnison der Armee in Hermosillo; sie wagten sich nur heraus, wenn sie von einem kleinen Regiment Soldaten in Hummer-Geländewagen begleitet wurden. Mendoza willigte in ein Treffen mit dem Autor dieses Textes ein. Drei Soldaten standen am Tor, halbautomatische Gewehre trugen sie quer über der Brust. Ich wusste nicht, ob ihre stoische Art üblich ist oder ob sie für einen Fremden eine Show einlegen.

„Für wen arbeiten Sie?“, fragt Mendoza plötzlich und für einen Moment bin ich durcheinander. Ich denke, er nimmt an, ich sei amerikanischer Bundesbeamter. Mir wird flau im Magen. Es gehört zum schlimmsten in diesem Land, wenn jemand von dir denkt, du würdest für irgendeine verdeckte amerikanische Schattenbehörde arbeiten, für das FBI, den Zoll oder – schlimmer noch – für die US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA. Das ist gleichbedeutend einer Zielscheibe auf dem Rücken. Dann bemerke ich, dass er wissen möchte, für welches Medium ich arbeite. „NBC? New York Times?“

### Lager für Funkgeräte und Geheimnotizen

Mendoza verdient Anerkennung, denke ich bei mir. Er und sein Team haben den Fall des Reporters vorangebracht. Trotz ihrer eigenen Bedrohung versuchten sie, den Fall zu lösen.

Ich rief ihn am nächsten Tag wieder an, keine Antwort. Ich versuchte, ihn später aus einer Telefonzelle zu erreichen, keine Antwort. Nichts; er war entweder nicht da oder blockte meinen Anruf. Monate später, Ende Januar, brachte eine Zeitung aus Hermosillo die Story. José Melesio und Maria Valle, Opfer von Tötungsdelikten, wurden tot in einem Auto gefunden, den Hals aufgeschlitzt. Mordermittler durchsuchten ihr Haus. Der tote Mann war Besitzer einer Telekommunikationsfirma in San Diego. Das Haus war ein geheimes Lager für Satellitentelefone, digitale Funkgeräte und massenweise Mobiltelefone. Und für Notizbücher, Abrechnungsbücher voll mit Namen von Polizisten, Armeeingehörigen des lokalen Stützpunkts. Beträge über zehn-, zwanzig-, dreißigtausend Dollar. Einer der Namen fällt mir ins Auge: Ein SIEDO-Ermittler, erster Name unbekannt, zweiter Name: Mendoza.

Ich habe nie wieder von Mendoza gehört. Das Verschwinden des Reporters bleibt ungeklärt. ■

*Michel Marizco ist für das öffentliche Radio des US-Bundesstaats Arizona, KJZZ, tätig.*



# Dieses Mal: Realsatire

## Die ganz großen

*Giovanni di Lorenzo und Axel Hacke nehmen sich die wirklich großen Themen des Lebens vor: Gerechtigkeit, Tod, Klimawandel. Und Karl-Theodor zu Guttenberg. Rezension einer Bühnenshow aus dem Leipziger Centraltheater.*

VON LUTZ MÜKKE

**F**reitagabend, Leipzig, Centraltheater. Auf der Bühne: Giovanni di Lorenzo, Axel Hacke, Thomas Bille. Hacke und di Lorenzo lesen. Bille moderiert. Der Mitteldeutsche Rundfunk hatte die Lesung wie folgt angekündigt:

»Ist die Generation der heute 50-Jährigen opportunistisch bis zur Unkenntlichkeit? Diesen Vorwurf wollten *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo und der Autor Axel Hacke nicht auf sich sitzen lassen. Also suchten die beiden Freunde in ihren eigenen Biografien nach Antworten«. Heraus kam das Buch »Wofür stehst Du? Was in unserem Leben wichtig ist. Eine Suche«. – Das Theater ist voll.

Di Lorenzo ist noch gar nicht auf der Bühne (Zug in Hamburg verpasst), da hantiert Bille schon ausgiebig mit einem anderen Buch herum. In seinen Händen hält er »Vorerst gescheitert«. Vom Cover des Interviewbandes schaut der ungeschminkte und vom Gel befreite Karl-Theodor zu Guttenberg in den Theaterraum. – Die Erwartungen steigen.

**B**evor Bühnenmeister Bille den Guttenberg-Skandal aufrollt, wenden sich di Lorenzo und Hacke dem eigentlichen Thema des Abends zu – einem richtig großen. Glaubt man dem Klappentext, ist »Wofür stehst Du?« eine hochrelevante gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Denn die Autoren »beschreiben, welche Werte sie für wichtig halten. Sie suchen nach Antworten in den großen Themenfeldern Politik und Staat, Klimawandel, Gerechtigkeit, Migration und Fremdheit, Angst und Depression, Krankheit und Tod.« Also ein bedeutsames Werk, ein Wachturm wider die Gleichgültigkeit und den »unübersehbaren Rückzug ins Persönliche, einer nachgerade verbissenen, ja verzweifelten Glückssuche im Privaten, der massenhaften Ablehnung gesellschaftlicher Verantwortung«.

**J**e länger die beiden Mimen jedoch aus ebensolchem Buch von der Bühne herab rezitieren, desto stärker drängt sich der Eindruck auf, die pathetische Ankündigung sei ... nun, eben Theater: Da sitzen der humorige Unterhaltungsliteratur schreibende, ehemals erfolgreiche Politikjournalist der *Süddeutschen Zeitung* Axel Hacke zusammen mit seinem früheren Kollegen Giovanni di Lorenzo, dessen Haltung als *Zeit*-Chefredakteur derzeit höchst umstritten ist, und sie lesen launige Anekdoten aus ihrem persönlichen Erleben vor. Hacke bringt seine Rolle locker mit exzellentem Wortwitz, di Lorenzo kokettiert mit sonorer Märchenonkelstimme. Aber was erzählen sie? – Weite Teile sind triviales Figurentheater, das kaum jemand spannend fände, wären die Hauptdarsteller nicht prominent.

Foto: Frank Pusch



# Thematisierer

Di Lorenzo erinnert den Bugatti seines Großvaters; das Gefühl, von seinen Lehrern »fast nie anerkannt« worden zu sein, die Probleme eines pubertär-schüchternen Schülersprechers italienischer Herkunft.

Zwischendurch bemüht sich Bille ausdauernd um das Make-up und jazzt die zu Gehör gebrachten Lebensweisheiten mit gesellschaftskritischen Fragen auf. So zum Beispiel mit der, was man gegen die in Deutschland dramatisch wachsende soziale Ungerechtigkeit und die sich verschlechternden Bildungschancen tun könne. Di Lorenzo empfiehlt seine Hollywood-American-Dream-Lösung: Man müsse eben solche Lebensläufe stärker herausstellen, die es zwar verdammt schwer hatten, es aber trotzdem gegen alle Widrigkeiten geschafft hätten, von ganz unten nach ganz oben aufzusteigen. Hackes Rouge ist nun vollends ab, frei und ehrlich sagt er: Er wisse keine Lösung und habe »alle Hoffnung aufgegeben«.

Offenbar schien den zwei Artisten der Budenzauber selber zu groß. Den Anspruch ihres Buches erklären sie in vorgeschobenen, nebulös-rhetorischen Pirouetten so: Das Private sei eben immer auch politisch. Man wolle keinen »abstrakten Tugendkatalog« aufstellen. Reflexion sei angesagt in Form »einer Art Inventur bisheriger Lebensführung«. – Das Bühnenstück à la di Lorenzo & Hacke ist ein narrativer Guckkasten in ihre privaten Lebensläufe. Die Zuhörer müssen sehen, wie die angekündigte große Gesellschaftsrelevanz mit dem Vorgetragenen zusammenpasst.

Maskenbildner Bille kommt irgendwann nach etwa einer Stunde auf Guttenberg zu sprechen und stellt genau so viele Fragen, dass ihm nicht vorgeworfen werden kann, er habe das »heiße Eisen« nicht angepackt. Der MDR-Journalist versichert dem Theaterpublikum, der *Zeit*-Chefredakteur habe im Guttenberg-Buch wirklich alle kritischen Fragen gestellt, die gestellt werden konnten. Und auch er selbst, Bille, sei ja zunächst ein großer Verehrer

der »Lichtgestalt« Guttenberg gewesen. Es folgt eine Plauderei, während der di Lorenzo zu großer Gestik greift. Ein Comeback von Guttenberg halte er für unwahrscheinlich: »nicht zuletzt wegen dieses Interviews.« – Ein heiliger Moment! Ein großer Moment! Pathos und Mut zur Wirklichkeitskonstruktion: Das Theater bringt Gemeinsamkeiten von di Lorenzo und Guttenberg ans Licht. Und ganz nebenbei schafft es di Lorenzo mit seiner Heldenrolle als Guttenberg-Verhinderer auch, dass das Leipziger Centraltheater seinem Ruf noch ein bisschen gerechter wird.

Ist die Generation der heute 50-Jährigen opportunistisch bis zur Unkenntlichkeit? Angesichts des auf der Bühne gezeigten Varietés beantwortet der Abend diese Frage: Nein, sie ist es nicht. Es ist ganz anders, viel schlimmer: Alles liegt ganz offen. Man erkennt sie. Und wen diese Entblößung nicht beschämt, der stimme ein in den frenetischen Beifall der Theaterbesucher. Und so war's: Überglücklich und lachend nehmen der eloquent-schüchtern dargestellte Mime di Lorenzo und der wortwitzige Rhetor Hacke im begeisterten Schlussapplaus ein Bad in der Menge. Und Bille versprüht gute Laune auch noch nach dem Schluss. Ein großer Abend! Gute Unterhaltung!\*

\* Die Veranstaltung vom 9. Dezember 2012 war eine Koproduktion zwischen MDR Figaro, dem Centraltheater Leipzig und der *Zeit*. Der MDR zeichnete sie auf und sendete eine fast komplette Version – fast, denn heikle Aussagen zum Fall Guttenberg fielen der Dramaturgie zum Opfer und wurden rausgeschnitten.



# Gute Preise haben



# ihren Preis

*Journalistenpreise können den Qualitätsjournalismus fördern. Doch auch das Gegenteil kommt vor: verdeckte PR und Interessenklüngel. Selbst namhafte Preise geraten mitunter in die Krise.*

VON VOLKER LILIENTHAL

**J**ournalistenpreise sind Dutzendware. Viel schlimmer: Als Hundertschaften sorgen sie für Unübersichtlichkeit, wo sie eigentlich die Spreu vom Weizen trennen sollten. Zählungen zufolge werden im deutschsprachigen Raum bis zu 460 Auszeichnungen für journalistische Leistungen verliehen. Bedenkt man, dass die meisten Wettbewerbe in mehreren Kategorien ausgeschrieben werden, kommen alljährlich nach einer groben Schätzung 1.500 deutschsprachige Journalisten in den Genuss einer Auszeichnung – mitunter gut dotiert, manchmal auch nur mit einer Ehrenurkunde versehen.

Schon wurden Journalistenpreise als Nebeneinnahme für notleidende freie Journalisten ausgemacht. Ein paar tausend Euro einzuheimsen tut immer gut. Als Geschäftsmodell über den Glücksfall hinaus bleibt es wohl eher die Ausnahme.

## Mit Preisen überhäuft

Einer der preisgekrönten Freiberufler ist Mario Kaiser. Berichten zufolge hat der freie Journalist, der für Blätter wie *Spiegel*, *Die Zeit* und *brand eins* schreibt, bereits mehr als 20 Preise gewonnen. Die eingesammelten Preisgelder sollen sich auf mehr als 60.000 Euro summiert haben. Heute lebt Kaiser in New York und ist als Ex-Preisträger assoziiertes Jurymitglied beim Deutschen Journalistenpreis – von dem noch zu sprechen sein wird.

Annähernd 500 Auszeichnungen – man sollte sich von dieser Zahl nicht blenden lassen und sie vor allem nicht für das Zeichen einer generellen gesellschaftlichen Wertschätzung für Qualitätsjournalismus halten. Wie Arne Orgassa erstmals in seiner Münchener

Masterarbeit 2010 nachgewiesen hat, sind viele Preise PR-induziert. Unternehmen oder Verbände haben sie initiiert, um bestimmte Themen in die Öffentlichkeit zu lancieren. Der Business of Beauty – Medienpreis Friseur war ein bizarres Beispiel für diesen Trend, mittlerweile wird er nicht mehr verliehen. Mario Kaiser übrigens hat auch den »BoB« gewonnen – allerdings ohne sich beworben zu haben.

Die große Zahl von Wettbewerben für Journalisten hat nichts daran geändert, dass es nur wenige renommierte Medienpreise gibt. In Deutschland sind das natürlich der Theodor-Wolff-Preis, der Henri-Nannen-Preis, der Wächterpreis (für Presse), der Adolf-Grimme-Preis (für Fernsehen) und mehrere gemischte, d.h. für alle Medientypen vergebene Themenfeldpreise. Eine deutliche Schwerpunktbildung gibt es hier bei der Wirtschaftspublizistik. Handel und Industrie sind halt in der Lage, hohe Preisgelder auszuloben.

## Tradition, Ruf und Dotierung

Was (und auch wer) entscheidet über das Renommee eines Preises? Zuallererst sind seine Bekanntheit und Tradition zu nennen. Ist der Wettbewerb mehr als eine Eintagsfliege, hat er sich sein Ansehen über die Jahre dank überzeugender Juryentscheidungen erarbeitet.

Der thematische Rahmen des Wettbewerbs – welche Art von Journalismus gilt als preiswürdig? – darf nicht zu eng gezogen sein, darf keinem bloß partikularen PR-Interesse, sondern sollte einem

*Journalistenpreise gelten bisweilen als Nebeneinnahme für notleidende Freiberufler – ein paar tausend Euro tun immer gut.*

So schön: Yang Yankang mit dem Henri-Nannen-Preis für die Beste Fotoreportage 2009. Foto: Babiradpictures/Stern

Gemeinwohlinteresse (Aufklärung und Kritik, Information und Bildung) gewidmet sein. Werden somit die Werte des Journalismus proklamiert, wird

*Die Höhe der Dotierung entscheidet mit über das Renommee eines Preises: Aufmerksamkeit wird eben auch über Geld organisiert.*

der Preis selbst auch eher in seiner Bezugsgruppe und Branche (Journalismus und Medien) akzeptiert.

Auch die Höhe der Dotierung entscheidet mit über Renommee. Das mag man bedauern, doch wird in unserer Gesellschaft Aufmerksamkeit eben auch über Geld organisiert. Mit jeweils 60.000 Euro sind der Theodor-Wolff-Preis und der Deutsche Journalistenpreis, der erst seit 2007 verliehen wird, die höchstdotierten deutschen Medienpreise. Es folgen, mit jeweils 50.000 Euro, drei Preise für Wirtschaftspublizistik: der Ernst-Schneider-, der Hans-Strothoff- und der Herbert-Quandt-Preis. Bald darauf folgt der Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus, der mit 45.000 Euro dotiert ist und den die Otto-Brenner-Stiftung, die Wissenschaftsstiftung der IG Metall, 2005 ins Leben gerufen hat (siehe Kasten).

### **Pompöser Titel**

Der oben erwähnte Deutsche Journalistenpreis ist trotz seines pompösen Titels mit nationalem Anspruch vor allem ein Preis für Wirtschaftsjournalismus. Seine Sponsoren kommen aus den Branchen Wirtschaft, Börse und Finanzen, zum Beispiel die Fondsgesellschaft DWS Investment, der Flughafenbetreiber Fraport und die Royal Bank of Scotland. Fördern will der Preis auch Berichterstattung über Private Equity und Mergers and Acquisitions – offenkundig eine kapitalismuskritische Engführung, was die Organisatoren nicht daran hindert, ihren Wettbewerb als »Maßstab für Qualitätsjournalismus« zu bewerben.

In Wahrheit steht die instrumentelle Absicht der Wirtschaftsförderung im Vordergrund. Anlässlich der ersten Verleihung 2007 in Frankfurt hat Thomas Richter (DWS Investment) daraus keinen Hehl gemacht. Die Deutschen, so sagte er in einem Interview mit dem privaten Regionalsender RheinMain-TV, hätten zu wenig Ahnung von Wirtschaft: »Wir haben da sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten, insbesondere auch im Bereich Geldanlage. Und ein guter Finanzjournalismus ist das wichtigste Element dabei,

## MAN MUSS AUCH

**Wie erlangt ein Journalistenpreis Reputation? Neben dem Preisgeld spielt auch die Kompetenz der Jury eine Rolle. Doch dies genügt noch nicht – hier eine Innenschau der Otto-Brenner-Jury.**

VON VOLKER LILIENTHAL

**G**anz subjektiv sein, den eigenen pflegebedürftigen Vater porträtieren, und doch in journalistischer Form etwas Allgemeingültiges sagen über die Pflegekrise unserer alternden Gesellschaft – *Spiegel*-Redakteurin Katja Thimm hat es gewagt und geschafft. Für ihre Titelgeschichte »Vaters Zeit« erhielt sie die mit 10.000 Euro dotierte Spezial-Auszeichnung beim Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus 2011.

Bei der Verleihung am 22. November in Berlin sagte Thimm, über diese Auszeichnung freue sie sich besonders, weil der Brenner-Preis »keinem kommerziellen Interesse verpflichtet« sei. Das stimmt, und das unterscheidet den Brenner-Preis von manchen anderen Journalistenpreisen.

Kein Wunder, wird doch mit dem Attribut »für kritischen Journalismus« eher der skeptische Blick auf die Welt gefordert – und gefördert. In Meldungen über die seit 2005 (in fünf Sparten) vergebenen Brenner-Preise taucht jedoch hin und wieder das Beiwort »gewerkschaftsnah« auf – weil der Preis von der Otto-Brenner-Stiftung, der Wissenschaftsstiftung der IG Metall, vergeben wird.

Daran ist soviel wahr, dass beim Otto-Brenner-Preis der Verwaltungsratsvorsitzende der Brenner-Stiftung, IG-Metall-Chef Berthold Huber, mit in der Jury sitzt. Doch habe ich es in sieben Jahren Juryarbeit nicht erlebt, dass Huber oder früher sein Vorgänger Jürgen Peters ihre Position ausgenutzt und etwa versucht hätten, einen Beitrag über die Arbeitswelt nach vorne zu schieben oder einen gewerkschaftskritischen Artikel zu verhindern. Immer haben sie auf die Voten der Journalisten in der Jury vertraut. Das zeigt: Die gute Haltung eines Preisstifters kann auch Zurückhaltung bedeuten. Und Großzügigkeit.

Es war der Jurykollege Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung*, der dem damaligen IG-Metall-Vorsit-

## KLOTZEN KÖNNEN

zenden und Brenner-Verwaltungsratsvorsitzenden Jürgen Peters vor der ersten Auslobung 2005 bei einem vorbereitenden Abendessen der neuberufenen Jury klarmachte, dass man auch als gewerkschaftsnahe Stiftung mit Geld klotzen muss, wenn man gegen etablierte Preise antreten will. So kam es dann. Mit 45.000 Euro Preisgeld insgesamt gehört der Brenner-Preis heute zu den höchstdotierten Journalistenpreisen Deutschlands.

Inzwischen hat er sich in die erste Liga der deutschen Journalistenpreise hochgearbeitet. Er wird in den Redaktionen geschätzt. Etwas lästiger Nebeneffekt: Auch die Festivalkommissionen der Fernsehsender haben ihn entdeckt – mit der Folge, dass die Jury fast lückenlos bemustert wird mit allem, was irgendwie »Brenner-kompatibel« erscheint, Soziales vor allem. Auch das trug zur Steigerung der Bewerbungen in den vergangenen Jahren bei.

Im Jahr 2011 gingen 546 Bewerbungen ein; im Vorjahr waren es sogar 571. All diese Bewerbungen müssen dann vom Stab der Brenner-Stiftung sehr schnell für die Jury aufbereitet, d.h. kopiert, geordnet und verschickt werden. Vor allem auf den Vorjuror (in den letzten drei Jahren war das der Autor dieses Textes) kommt dann eine zeitraubende Lektüre und Sichtungsarbeit zu. Unterstützt wird er von einem Team junger Journalisten, die zu jedem Beitrag in der engeren Wahl – im Falle des Jahrgangs 2011 immerhin 74 Beiträge! – eine Inhaltsangabe und eine Kurzbewertung verfassen.

Was der Vorjuror in die engere Wahl nimmt, ist nur ein Vorschlag und wird von den Mitjuroren geprüft – aber auch alles andere, was Sonia Mikich (WDR), Heribert Prantl (SZ), Harald Schumann (*Tagesspiegel*), Thomas Leif (SWR) und Berthold Huber am Wegesrand auffällt. Dann kommt die alljährliche Jurysitzung in Frankfurt, und jeder der sechs Juroren hat seine Favoriten im Gepäck.

Der Otto-Brenner-Preis ist ein mediengemischter Preis, was an Organisation und Jury besondere Anforderungen stellt. Üblicherweise hat ein Presseartikel auf Papier bessere Chancen, wahrgenommen zu werden, als eine Radio- oder Fernsehsendung, die erst mittels einer technischen Apparatur zeitintensiv angehört und angeschaut werden muss. Dieses Problem stellt sich vor allem bei Jurys, die nur für einen Tag zusammenkommen – und nicht wie die Grimme-Jurys bis zu eine Woche lang tagen.

Die Brenner-Stiftung hat für dieses Problem eine Lösung gefunden, die State of the Art sein dürfte: Alle Radio- und Fernseh-Bewerbungen werden in Frankfurt digitalisiert und den Juroren auf einer geschlossenen Plattform zum Abruf bereitgestellt. So wird der Juror bei seiner Prüfung und Auswahl zeit- und ortsunabhängig. Funk-, Fernseh-, aber auch Internetbeiträge erhalten dieselbe Chance, wahrgenommen zu werden wie Presseartikel, die als PDF eingestellt werden. Der technische Aufwand, der dafür getrieben werden muss, ist allerdings erheblich und gehört zur guten Stiftungsarbeit hinter den Kulissen – eine Art Logistik der gerechten Wahrnehmung.

Ein Letztes: Jede Jury, die auf sich hält und nicht borniert ist, wünscht sich gute Gelegenheiten, auch einmal privaten Rundfunk auszuzeichnen. Das gelingt selten, auch bei Grimme nicht, wie diesem Seufzer des langjährigen Grimme-Jurors Volker Bergmeister (*Gong*) zu entnehmen ist: »35 Auszeichnungen in gut 25 Jahren Privatfernsehen – da ist noch Luft nach oben.«

Man ist also froh, wenn der Privatsender N24, wie zuletzt beim Brenner-Wettbewerb geschehen, einen auf den ersten Blick respektablen Film über »Al Jazeera und der Arabische Aufstand« einreicht. Autor ist der Amerikaner Jay Tuck, der seit 1969 in Deutschland lebt und arbeitet. Wenn man sich für dessen Vita zu interessieren beginnt, stößt man neben ARD-Engagements auch darauf, dass Tuck inzwischen die TV-Produktionsfirma Airtime Dubai Ltd. betreibt – und auch für Al Jazeera produziert. Das nährte natürlich Zweifel an der Unabhängigkeit seines Senderporträts.

Die kleine Geschichte zeigt: Recherche gehört unbedingt auch zum Handwerk einer guten Jury. Gerade die Fälschungsaffären, die es in den vergangenen Jahren im deutschen Journalismus gegeben hat, zwingen uns, hier und da genauer nachzufragen, ob die Entstehungsgeschichte eines medialen Produkts koscher war. Einen Fake preiszukrönen – das wäre der GAU für jeden renommierten Journalistenpreis.

*Volker Lilienthal ist als Journalist (früher epd medien) selbst mehrfach preisgekrönt. Seine Jury-Erfahrungen reichen von Grimme über Geisendörfer bis zu Brenner und der Hörbuch-Bestenliste des Hessischen Rundfunks.*

## DIE WIRKLICHEN KÄMPFER FÜR PRESSEFREIHEIT

**Sind Preisträger auch immer preiswürdig? Der renommierte Leipziger Medienpreis stützt sich auf ein ungewöhnliches Verfahren.**

VON MICHAEL HALLER

Nicht alle Journalisten sind aufrichtig. Viele sind eitel und manche auch geltungssüchtig. Ein Preis, eine Auszeichnung zu bekommen, schmeichelt dem Ego. Also warum nicht auch mal Fünfe gerade sein lassen und die eingereichte Arbeit als bedeutsamer und aufregender darstellen, als sie es war?

Ich meine nicht die Eisenbahn in Seehofers Keller – der Text war in Ordnung, den Fehler machte die Nannen-Preis-Jury, die die Story für eine Reportage hielt. Zu reden ist von jenen Preisen, die sich auf die öffentliche Aufgabe des Journalismus beziehen und für herausragende Rechercheleistungen vergeben werden – und denen nicht widerfahren soll, was 1980 in Washington passierte, als herauskam, dass die hochgelobte Pulitzerpreisträgerin Janet Cooke ihre große Enthüllung über den drogenabhängigen »Jimmy« erfunden hatte.

Als die Medienstiftung der Sparkasse Leipzig im Jahre 2000 die Idee umsetzte, in der Stadt der Montagsdemonstration und der basisdemokratischen Protestbewegung (Wir sind das Volk!) einen internationalen »Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien« auszurichten, dachte sie an die für Demokratisierungsprozesse konstitutive Pressefreiheit. In der Satzung wurde dies festgeschrieben: »Dieser Preis ist vor allem für Journalistinnen und Journalisten, Verlegerinnen und Verleger, aber auch für Medieninstitutionen gedacht, die sich mit Risikobereitschaft, hohem persönlichen Engagement, mit Beharrlichkeit, Mut und demokratischer Überzeugung für die Sicherung und Entwicklung der Pressefreiheit einsetzen.«

Doch wie trennt man Schaumschläger, Wichtigtuer und Polit-Lakaien von den mutigen, beharrlich um Sachaufklärung kämpfenden Publizisten, etwa, wenn es um einen Report über Missstände in der russischen Marine oder um ein »Kriegstagebuch« aus dem Balkan, um Korruption in Brüssel oder auch um Durchstechereien im Immobilienhandel in Ostdeutschland geht? Im Sommer 2001 setzte sich der Direktor der Medienstiftung mit

dem Leiter des Journalistik-Lehrstuhls der Universität Leipzig zusammen. Heraus kam das Rechercheprojekt »Medienpreis«: Jeder für den Preis nominierte Kandidat wurde von da an in einem Rechercheseminar von den Journalistik-Studierenden überprüft. Dabei konnten sie gleich das Handwerk der Überprüfungsrecherche üben.

Bis in die Nacht und am Wochenende wurden Archive durchstöbert, an den Rechnern Online-Datenbanken durchforstet und Fachleute einvernommen. So mancher Korrespondent und Menschenrechtsbeobachter wurde im fernen Ausland per Handy aus dem Schlaf geklingelt, um seine Einschätzung abzufragen. Und sei es auf Italienisch, Spanisch oder Russisch. Im Seminar kam es oft zu hitzigen Debatten über Berufsethik und Handwerk – und über die für journalistische Recherche notwendigen Rahmenbedingungen. Manchem der Jungjournalisten wurde offenbar, dass Pressefreiheit keine Selbstverständlichkeit, sondern auch in Mitteleuropa ein gefährdetes und stets zu verteidigendes Gut darstellt.

Nach sechs Wochen akribischer Wühlarbeit lieferten die Rechercheure ihre Materialmappen ab. Sie dienten als Grundlage für unser Gutachten; dieses sollte die Jury der Medienstiftung vor Irrtümern und Fehleinschätzungen bewahren. Nicht zuletzt dank dieser aufwendigen Prüfarbeit gilt der Leipziger Medienpreis als zuverlässig und war bald auch »Scout« für andere Journalistenpreise: David Protess und Anna Politkowskaja waren Leipziger Preisträger (und wurden später von der Henri-Nannen-Preis-Jury gecouvert), Seymour Hersh war einer, auch James Nachtwey, Fabrizio Gatti und Akbar Ganji.

Das Gutachten der Vorjury hat nur empfehlenden Charakter; die Auswahlentscheidung trifft die bunt zusammengesetzte Endjury. Sie hat sich fast immer im Sinn und Geist der Preisidee entschieden und herausragende Publizistinnen und Publizisten gewürdigt. Doch wie anderswo auch, so gewannen schon auch mal politische, persönliche oder irrationale Argumente an Durchschlagskraft. Man sieht daran, wie schwer es mitunter fällt, nichts anderes zu wollen als »die Freiheit und die Zukunft der Medien«.

*Michael Haller leitete acht Jahre die vorbereitenden Überprüfungsrecherchen und war Gutachter für den Medienpreis.*

das wichtigste Element zur Aufklärung. Es gibt nichts zu verstecken. Im Gegenteil: Es gibt sehr vieles, womit man gut Geld verdienen kann, womit man an der Börse partizipieren kann.«

Goldene Worte, die für sich sprechen. Als Juror für den Sektor Vermögensverwaltung wirkte am Deutschen Journalistenpreis – bislang jedenfalls – übrigens auch der bisherige Leiter der ARD-Börsenredaktion beim Hessischen Rundfunk, Michael Best, mit. Inzwischen ist Best als Kommunikationschef zur Deutschen Bundesbank gewechselt. Kritische Distanz? War da mal was?

### Professionalität in der Juryarbeit

Nicht zuletzt die Professionalität der Jury und das Ansehen, das ihre Mitglieder genießen, entscheiden über das Renommee, das einem Preis zugeschrieben wird (oder eben nicht). Die Berufsvita der Juroren, ihr journalistisches Urteilsvermögen und die argumentative Schlüssigkeit, mit der sie ihre Entscheidungen begründen, das sind die Elemente, die die Qualität eines Wettbewerbs öffentlich beglaubigen.

Juryberatungen sind vertraulich, insbesondere was Entscheidungen über Auswahl und noch mehr Nicht-Auswahl angeht. Und doch müssen auch Jurys und die Preisauslober für ein Mindestmaß an Transparenz sorgen. Die Veröffentlichung der Laudationes genügt nicht. Mindestens die (etwa webbasierte) Dokumentation der ausgezeichneten Beiträge muss hinzukommen – so werden auch Juryentscheidungen öffentlich überprüfbar.

In den Jurys des Adolf-Grimme-Preises ist es zudem seit vielen Jahren gute Übung, juryinterne Diskussionen, auch Kontroversen, in denen für und wider bestimmte Fernsehbeiträge gestritten wurde, hinterher offenzulegen. Aus Gründen der Fairness muss dabei oft eine Andeutung genügen, denn weder kann man Mitjuroren bloßstellen noch die als Ergebnis der Debatte aussortierten Bewerber blamieren.

Nicht zu vergessen ist die Anforderung der Unabhängigkeit, die über die Seriosität und Qualität eines Journalistenpreises mitentscheidet. Juroren müssen sich frei machen von Einflüsterungen ihres kollegialen Umfelds, sie dürfen nicht als Chefredakteure pro domo entscheiden und den eigenen Redakteur aufs Schild heben (dessen kann man sich beim Henri-Nannen-Preis nicht immer sicher sein). Vor allem aber müssen sie frei sein im Verhältnis zum Preisstifter. Selbst angesehene, professionell gemanagte Preise

können in eine Krise geraten, wie die Beispiele Henri-Nannen-Preis und Deutscher Fernsehpreis zeigen (s. folgende Seiten).

Auch der Herbert-Quandt-Medienpreis geriet mehrfach in die Kritik. Im Jahr 2008 traten mehrere Juroren zurück, nachdem NDR-Recherchen die NS-Verstrickung des Namenspatrons Herbert Quandt thematisiert hatten. HR-Intendant Helmut Reitze, dessen Sendersystem die – später mehrfach preisgekrönte – Filmdokumentation ausgestrahlt hatte, sah keinen Grund, auf sein Juryamt zu verzichten. Auch 2012 wird er wieder dabei sein.

### Medienpreis für Demagogie

Irritationen löste es auch aus, als der Quandt-Medienpreis 2011 an die *Bild*-Zeitung für deren Serie »Geheimakte Griechenland« ging. Kurz zuvor hatte eine kritische Inhaltsanalyse, die die Brenner-Stiftung möglich gemacht hatte, aufgezeigt, dass es sich bei dieser Serie weniger um Journalismus als um politische Demagogie handelte ([www.bild-studie.de](http://www.bild-studie.de)). Das blieb nicht die einzige kritische Stimme. Und doch fand die Quandt-Jury dergleichen preiswürdig. Wie konnte das sein? Die Brenner-Stiftung wollte darüber öffentlich mit der Quandt-Stiftung diskutieren, stieß aber auf Ablehnung.

Wie können Krisen vermieden werden? Es dürfte klar geworden sein, dass die Erarbeitung konsistenter Juryentscheidungen das Wichtigste ist. Dies hat aber gewisse praktische Voraussetzungen. Öffentlich wenig diskutiert wird die schiere Menge an Bewerbungen, die bei namhaften Wettbewerben eingeht. Für den Henri-Nannen-Preis 2011 wurden 791 Presse- und Online-Texte sowie Fotoarbeiten eingereicht. Für den Otto-Brenner-Preis mit seinen diversen Sparten gingen 2011 546 Bewerbungen ein; im Vorjahr waren es sogar 571 gewesen.

Wer soll das alles lesen, hören, sehen? Die enormen Zahlen deuten auf ein Managementproblem für den Preisausrichter und auf ein Wahrnehmungsproblem für die jeweilige Jury hin – Herausforderungen, die die diversen Wettbewerbe annehmen müssen, wollen sie ihre Reputation wahren und ausbauen. ■

*Juroren müssen sich frei machen von Einflüsterungen ihrer Kollegen, als Chefredakteure dürfen sie nicht pro domo entscheiden.*

*Volker Lilienthal ist Inhaber der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg und seit dieser Ausgabe Mitherausgeber von Message.*



# Eine Jury zeigt Nerven

*Ein Spiegel-Reporter bekommt den Kisch-Preis und ist ihn gleich wieder los – ein skurriler Vorgang. Doch selten wurde so facettenreich über die Reportage diskutiert wie nach dem Pfister-Eklat.*

VON CHRISTIAN SAUER

**M**ai 2011: In einem befremdlichen Schritt erkennt die Jury des Henri-Nannen-Preises dem *Spiegel*-Reporter René Pfister einen Preis ab, den sie ihm nur drei Tage zuvor verliehen hat (siehe Kasten). Das löst eine zunächst ebenso befremdliche

*Es geht in diesem Fall um schlechte Recherche-Organisation, um ästhetische Mängel, aber nicht um einen handwerklichen Fehler.*

Debatte aus: Sie beginnt nämlich als Schuld-Diskussion, geht dann aber ins Handwerkliche, von dort ins Grundsätzliche. Es beteiligen sich Reporter aller Couleur, Chefredakteure, Medienkritiker und Wissenschaftler – ein seltener Glücksfall. Und es lohnt sich, Ergebnisse dieser denkwürdigen Reportage-Debatte festzuhalten. Dabei helfen sieben Leitfragen.

**Frage eins: Hat Pfister falsch berichtet und sein Publikum schuldhaft getäuscht?**

Kaum hat sich die erste Hysterie gelegt, sind sich zumindest die Fachleute einig: Augenschein ist nicht alles bei der Reportage, die Technik der szenischen Rekonstruktion aus Kolportage-Material ist sinnvoll und legitim. Oft geht es nicht ohne sie, etwa bei historischen Themen, Kriminalfällen oder Hinterzimmer-Entscheidungen in der Politik. Ein Reporter muss nicht überall selbst dabei gewesen sein. Mit Rekonstruktion sind zudem schon viele Journalistenpreise gewonnen worden.

Sicher, der Text hätte gewonnen, wenn Pfister selbst in Seehofers Hobbykeller gewesen wäre. Was hätte ein Reporter wie er aus der persönlichen Anschauung gemacht! Man merkt dem Textanstieg

ja an, wie Pfister die wenigen recherchierten Details zueinander zwingt und sich zugleich um eine sichere Mitteldistanz bemüht. Die Szene bleibt blutleer. So sehr, dass man sich fragt, ob wirklich niemand in der Jury hier auf eine Rekonstruktion getippt hat. Dennoch: Es geht in diesem Fall um schlechte Recherche-Organisation, um einen ästhetischen Mangel, aber nicht um einen handwerklichen Fehler.

**Frage zwei: Hätte Pfister seine Leser auf die Rekonstruktion hinweisen müssen?**

Auch hier entdecken die meisten Fachleute keinen schweren Fehler. Sicher, Pfister hätte sinngemäß besser geschrieben: »So geht es zu am Stellpult, erzählt Seehofer ...« Aber das hätte den Text Dynamik gekostet und am Nimbus des Reporters gekratzt. Genau deshalb hätten wohl nicht wenige Kollegen den erklärenden Zusatz weggelassen. Rasch finden sich Beispiele von anderen Autoren, die es ebenso gemacht haben. Ein Fehler zwar, aber einer, über den sich sonst niemand erregt, sofern er überhaupt bemerkt wird. Erst der Preis macht aus dem Lapsus einen schlimmen Fehler. Das aber kann man dem Autor nur in einem fragwürdigen Zirkelschluss vorwerfen.

Dennoch, Pfister hätte die Kolportage kennzeichnen sollen. Darauf weisen gerade erfahrene Redigier-Handwerker wie Stefan Willeke von der *Zeit* und Cordt Schnibben vom *Spiegel* hin (der den Text vor Veröffentlichung nicht gesehen hatte). Tenor bei den Reportageprofis: Besser recherchieren! Oder zu den Schwächen des Materials stehen. Dazwischen gibt es keine überzeugenden Lösungen.

**Frage drei: Muss die Jury jetzt zurücktreten?**

Wer jemals in einer Jury gesessen hat, weiß, dass eine Preisvergabe nicht abschließend begründbar ist.

Die Jury einigt sich eben. Gut, wenn niemand nachfragt, wie und warum.

Sie ist kein verlässliches Schiedsgericht, eher eine Kurzzeit-WG gestresster Medienmacher, die den Spülplan festlegen müssen. Dabei bauen Jurys auch mal Mist, zumal ihre Mitglieder oft nur noch wenig mit der praktischen Redaktionsarbeit zu tun haben.

Die Nannen-Jury tritt nicht zurück, vielmehr werden die Preis-Stifter sie wie jedes Jahr umbesetzen. Die diesjährigen Mitglieder – genauer: sieben von elf – haben nicht etwa ihre Legitimation für weitere Einsätze verspielt, wohl aber das Renommee des Preises beschädigt. Denn der Eindruck bleibt: Die Jurymehrheit hat entweder vor der Vergabe nicht genau genug gelesen oder hinterher die Nerven verloren.

#### **Frage vier: Welchen Sinn ergibt der Nannen-Preis?**

Der Nannen-Preis, dessen Teil der Kisch-Preis heute ist, hat einen noch schlechteren Leumund als der alte Kisch-Preis. Das liegt zum Teil an der Gala, zu der seine Verleihung gemacht wurde. Ein solcher Print-Bambi ist nicht jedermanns Sache. Andererseits: Die Preisverleihung ist eine Inszenierung, die auch der Selbstvergewisserung einer verunsicherten Branche dient. Es geht also um Gefühle. Hier Nüchternheit zu verlangen wäre widersinnig.

Schwerer wiegt der Vorwurf, die Jury pflege eine Art Preisträger-Inzucht, die Auszeichnungen wür-

den wie ein angestammter Besitz zwischen den Redaktionen von *Spiegel*, *Stern*, *Zeit* und *Geo* hin- und hergeschoben.

Nun sitzen zum einen auch starke Vertreter aus anderen Redaktionen in der Jury, die ein Wort mitreden. Außerdem arbeiten in den Hamburger Redaktionen ambitionierte Reporter unter sehr guten Bedingungen.

Dass sie häufig gute Texte schreiben und Chefredakteure für ihre Stars kämpfen, verwundert nicht.

Wenn man einmal von den ärgerlichen Nach-Nominierungen der vergangenen Jahre und der Pfister-Panik absieht, leisten Jury und Vorjury ordentliche Arbeit. Allerdings: Eine gewisse Gleichförmigkeit in Stil und Anlage weisen die prämierten Texte schon auf. Man wünschte sich auch mal einen unbekanntem Autor mit einem weniger mainstreamigen Stück auf dem Podest. Einen, der etwas gewagt hat.

Insgesamt ist der Nannen-Preis nicht so bedeutend, wie es vielen scheint, aber auch nicht so verkommen wie sein Ruf. Gut, dass es – vor allem mit dem Reporterpreis des Reporter-Forums – eine agile Konkurrenz gibt. Dessen Jurysitzungen finden öffentlich statt. Die Nannen-Jury könnte viel für die Kultur der Reportage tun, wenn sie es ebenso hielte.

*Als Preisträger wünschte man sich mal einen unbekanntem Autor mit einem unkonventionellen Stück – einen, der etwas gewagt hat.*

## CHRONIK EINES EKLATS

Im Frühjahr/Sommer 2010 recherchiert der *Spiegel*-Reporter René Pfister ein Porträt, das im August erscheint. Es geht um den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer.

Die Einstiegsszene zeigt Seehofer im Keller seines Ferienhauses, wo er mit einer Modelleisenbahn Situationen seines Lebens nachstellt. Anfang Mai 2011 entscheidet sich die Jury des Henri-Nannen-Preises nach kontroverser Diskussion, Pfister den begehrten Egon-Erwin-Kisch-Preis für die beste Reportage zu verleihen.

Bei der Gala zur Preisverleihung berichtet Pfister freimütig, dass er nicht selbst in Seehofers Keller war, sondern die Szene aus Gesprächen mit dem Politiker,

aus Fotos und Informationen Dritter rekonstruiert hat. Stephanie Nannen, Enkelin von Henri Nannen, empört sich danach im *Hamburger Abendblatt* über Pfister und zieht Parallelen zum Plagiator Gutenberg und zum Interview-Erfinder Tom Kummer. Ein Schlagabtausch zwischen dem *Spiegel* und einigen Springer-Medien beginnt.

Die Jury entscheidet am 9. Mai per Telefonkonferenz, Pfister den Preis wieder abzuerkennen. Begründung: Da der Leser im Glauben gelassen werde, Pfister sei selbst im Keller gewesen, könne der Text nicht Vorbild sein. Zudem habe die Stellpult-Szene eine zentrale Funktion im Text. Vier von elf Juroren stimmen gegen die Aberkennung: Mathias Müller von Blumencron vom *Spiegel*, Kurt Kister von der *Süddeutschen Zeitung*, Frank Schirrmacher von der *FAZ* sowie Peter Gaede von *Geo*.

**Frage fünf: War es eigentlich eine Reportage?**

Je länger die Fachwelt auf Pfisters Text sah, desto mehr wunderte man sich über die ursprüngliche Entscheidung der Jury. Klar, Szenen gibt es schon in Pfisters Text. Aber die Anschauung ist darin nur Mittel zum Zweck, zum Zweck der psychologischen Auf-

*Je länger die Fachwelt auf Pfisters Text sah, desto mehr wunderte man sich über die ursprüngliche Entscheidung der Jury.*

schlüsselung nämlich. Die Geschichte entwickelt keine Handlung, es gibt keinen Konflikt, folglich auch

keinen Sog. Es reihen sich Sittenbilder aneinander. Zusammengehalten werden sie von einer analytischen, nicht von einer dramaturgischen Klammer. Als Porträt spannend. Echte Reportagen glänzen anders.

**Frage sechs: Wo liegen die Grenzen des Psychologisierens in der Reportage?**

Wer »Am Stellpult« gelesen hat, dem ist Horst Seehofer nicht länger ein Rätsel. Pfister liefert die Psycho-Diagnose: »narzisstischer Charakter«. Aus ein paar Gesten Seehofers gegenüber seiner Frau Karin erschließt der Reporter »die Gleichgültigkeit in seiner Ehe«. Er schreibt: »Es war, als ob ein Feuer in ihm brannte.« Jedes Mal hält man kurz inne, sucht nach einer Quelle, fragt sich, wie Pfister das wohl recherchiert haben mag. Und muss sich damit begnügen, dass der Autor aus allerlei Material so seine Schlüsse gezogen hat. Jetzt schwebt er quasi allwissend über seinem Protagonisten, als auktorialer Erzähler, und der Leser weiß nicht, ob er sich über so viel Einsicht freuen oder sich über mangelnde Transparenz ärgern soll.

Denn genau hier verläuft die eigentliche Grenze, die gute von schlechten Reportagen scheidet: Es ist die zwischen »belegbar« und »nicht belegbar«. Diese Grenze missachtet Pfister. Er geriert sich als »Herrgott seines Protagonisten« (Michael Haller).

Nicht, dass das eine Spezialität Pfisters wäre. Auch andere Reporter nehmen sich zuweilen die Freiheit, ihre Eindrücke als recherchierte Realität zu verkaufen. Sie berufen sich dann gern auf den New Journalism à la Tom Wolfe, der ja in der Tat eine Art höhere, nicht abschließend belegbare Wahrheit jenseits der Fakten und Zitate suchte und die Grenze zwischen

Journalismus und Literatur bewusst ignorierte. Aber macht es sich der – Verzeihung – durchschnittliche Spiegel-, Stern- oder Zeit-Autor nicht etwas zu einfach, wenn er psychologisiert, dass man nur staunen kann? Ist diese Technik nicht doch etwas für größere Formate?

Dasklingt nach Regeln, Einschränkung, Kleingarten. Ja, man sollte wegen einiger Stellen in Pfisters Text nicht gleich einen neuen Reporter-Knigge fordern. Einfühlende Spekulation ist etwas Wunderbares, aber sie bleibt eben Spekulation, und mancher Leser ist spießig genug, auf einer Quellenangabe zu bestehen.

**Frage sieben: Steht der Qualitätsjournalismus in einer besonderen Pflicht zur Authentizität?**

Nein, es geht eben nicht um Authentizität, um das Wirklich-dagewesen-Sein. Auch nicht um Wahrhaftigkeit, die man nämlich von jedem journalistischen Medium erwarten muss. Es geht um Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit entsteht aus vielen Faktoren. Quellentransparenz kann dazu zählen, Plausibilität, subjektive Einschätzungen, die der Leser als solche erkennt. Das alles sorgt dafür, dass er ein Gefühl der »narrativen Kohärenz« entwickelt, wie die Journalistik-Professorin Margret Lünenborg (FU Berlin) es nennt.

Doch manche Reporter und Redaktionen scheren sich wenig um solche Bedürfnisse des Lesers. Es geht ihnen einseitig um Spannung und Anreiz, und dazu entwerfen sie immer ausgefeiltere Baupläne für ihre Geschichten. Sie lernen von Hollywood und wenden dramaturgische Tricks an, die den Leser fesseln und dem Reporter selbst einen perfekten Auftritt verschaffen. Qualitätsjournalismus ist das schon, aber einer, der Gefahr läuft, Teil einer »mediengemachten Überinszenierung« (Bernhard Pörksen) zu werden. Erlebt der Leser es so, dann ist es vorbei mit der Glaubwürdigkeit.

So sinnvoll es ist, sich vor und bei der Recherche Gedanken über Thema, Zuschnitt und Aufbau zu machen: Das Reportageschreiben darf nicht zum Konstruktionsakt werden, zur »Konzept-Kunst« (Wolfgang Michal). Wissen über Dramaturgie – neuerdings: Storytelling – hilft nur dem, der trotzdem in die Wirklichkeit eintaucht.

Erzählen heißt eben nicht, das Sperrige rund machen. Guter Reportagejournalismus kann niemals die perfekte Show sein. Das mag die wichtigste Lehre sein, die vom Pfister-Eklat bleibt. ■

*Dr. Christian Sauer ist Journalist und Redaktionsberater in Hamburg. Er arbeitet als Dozent und Autor zu den Schwerpunkten Textqualität und Redaktionsleitung.*



# Der Preis ist heiß

*Darf ein Journalist einen Preis annehmen, den die Wirtschaft sponsert? Wie verhindert man, als PR-Maskottchen zu enden? Sensible Fragen, auf die drei Journalisten Antworten suchen.*

**Martina Keller** ist freie Wissenschaftsjournalistin in Hamburg. Ihre Arbeiten wurden mit vierzehn Preisen ausgezeichnet. Für den 2011 erschienenen Sammelband »Interessenkonflikte in der Medizin« (Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg) hat sie u.a. Preise im Medizinjournalismus analysiert.

## 1. Worauf sollte man als Journalist bei Ausschreibungen von Journalistenpreisen achten, um nicht von PR-Profis instrumentalisiert zu werden?

Man sollte darauf achten, wer einen Preis ausschreibt. Im Medizinjournalismus sind häufig Interessengruppen die Sponsoren, etwa Pharmafirmen. Besonders kritisch ist ein Preis, der gezielt die Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Erkrankung – und ihre Behandlungsmöglichkeit – lenken soll. Akzeptabel ist für mich ein Preis, dessen Jury mit angesehenen Journalisten besetzt ist und dessen Thema eher weit gefasst ist.

Allerdings darf man sich nichts vormachen: Selbst wenn diese Kriterien erfüllt sind, lässt man sich auf gewisse Weise instrumentalisieren. Ein pharmagesponserter Preis verschafft der Firma öffentliche Aufmerksamkeit, womöglich einen Imagegewinn, wenn kritische Artikel ausgezeichnet werden. Er stellt Bindungen zu Journalisten her, die vielleicht beim nächsten Artikel unerschwellig wirksam sind. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Preisträger, sondern auch für die, die sich zur festlichen Preisverleihung mit Essen und Hotelübernachtung einladen lassen.

## 2. An welchem Beispiel lässt sich zeigen, wie die Grenze zur PR überschritten wird?

Ein Beispiel wären die Lung Cancer Journalism Awards. Die Roche Pharma AG unterstützte die 2006 erstmals ausgeschriebenen Preise mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 21.000 Euro, sie wurden für

Beiträge in Fach- und Publikumspresse, Radio oder Fernsehen vergeben, die sich mit dem Thema Lungenkrebs befassten. Wohl nicht zufällig war im Jahr 2005 das Roche-Medikament Erlotinib gegen Lungenkrebs europaweit zugelassen worden.

Ein anderes Beispiel ist der Advances in Renal Cancer Journalists' Award Europe. Die Bayer Health Care AG hat ihn gemeinsam mit der Kidney Cancer Association ins Leben gerufen – Bayer hatte 2006 das Nierenkrebsmedikament Sorafenib auf den Markt gebracht.

Angeblich werden Artikel ausgezeichnet, die sich »kritisch und objektiv« mit der Problematik des Nierenkrebses auseinandersetzen. Der Siegerbeitrag 2009 fällt allerdings eher durch unkritisches Lob für die neuartigen Medikamente gegen Nierenkrebs auf, zu denen das Bayer-Mittel zählt. Zum Beispiel schreibt die Autorin, Krebsmediziner würden von einer Revolution in der Nierenkrebs-Behandlung sprechen. Tatsächlich wurde die Therapie keineswegs revolutioniert. Ob Patienten mit fortgeschrittenem Nierenkrebs dank der neuen Medikamente länger oder wenigstens besser leben, ist weitgehend ungewiss.

## 3. Angenommen, der Journalistenpreis steht unter PR-Verdacht, aber das Preisgeld lockt: Wie sollte man sich als Journalist entscheiden?



Foto: Hartmut Schwarzbach

Bei krass PR-verdächtigen Preisen, wie den oben genannten, beteilige ich mich nicht. Bei pharma- oder firmengesponserten Preisen, die für ein allgemeineres Thema ausgeschrieben sind und deren Jury womöglich mit angesehenen Journalisten besetzt ist, habe

»Könnte ich es auf einer öffentlichen Diskussion mit Lesern und Kollegen vertreten, dass ich den Preis angenommen habe?«

ich sehr wohl mitgemacht und auch schon gewonnen. Konsequenter wäre, sich auch für solche Preise nicht

zu bewerben. Ich habe das für mich immer damit gerechtfertigt, dass meine Artikel sorgfältig recherchiert und kritisch waren, und dass ich nicht auf einen Preis hingeschrieben habe, was es auch geben soll. Allerdings kann das ja jeder von sich behaupten. Und die Firma wird schon wissen, was sie von ihrem Preis hat – siehe oben.

wichtigste Kriterium – aber leider auch eines, dessen Einhaltung man nicht von außen beurteilen kann.

Aber noch ein zweiter Punkt ist wichtig: Es darf nicht nur keinen tatsächlichen Einfluss geben, es darf auch gar nicht erst bei den Lesern, Zuschauern und Zuhörern der Eindruck eines solchen Einflusses entstehen. Da die Glaubwürdigkeit der Medien ihr Kernkapital darstellt, darf sich nicht der Eindruck verfestigen, dass Journalisten doch eh alle käuflich sind. Leider gibt es auch hier keine objektiven Kriterien. Zwar entsteht der Eindruck der Käuflichkeit sicher nicht so schnell, wenn renommierte Journalisten in der Jury sind, aber es kommt doch auf den Gesamteindruck an.

Wer sich für einen Journalistenpreis bewirbt, sollte daher diese zwei Fragen klar bejahen können: Könnte ich es auf einer öffentlichen Diskussion mit unseren Lesern vertreten, dass ich den Preis angenommen habe? Und könnte ich das auch auf einem Journalistenkongress vor Kollegen vertreten?



*Sebastian Heiser ist Recherchedakteur im Wochenendmagazin der taz. Dort hat er im Herbst 2011 gemeinsam mit Kollegen eine selbstkritische Debatte über die Instrumentalisierung von Journalisten angestoßen, nachdem die taz interne Dokumente der Atom-Lobby veröffentlicht hatte.*

### 1. Worauf sollte man als Journalist bei Ausschreibungen von Journalistenpreisen achten, um nicht von PR-Profis instrumentalisiert zu werden?

Erstens muss man darauf achten, dass es keinen tatsächlichen Einfluss gibt. Ich darf einen Text also nicht deshalb in die Zeitung bringen, weil ich mich damit für einen Preis bewerben will. Und selbst wenn ich ohnehin einen Artikel schreibe über ein Thema wie etwa die Behandlung der chronischen Herzinsuffizienz, dann darf ich darin die Position von niedergelassenen Kardiologen nicht deshalb so ausführlich darstellen, weil deren Bundesverband einen mit 2.000 Euro dotierten Journalistenpreis ausgeschrieben hat. Diese Nicht-Einflussnahme ist das

### 2. An welchem Beispiel lässt sich zeigen, wie die Grenze zur PR überschritten wird?

Es gibt da schon ein paar Preise, bei denen es sicher nicht jedem Journalisten gelingen wird, in der Diskussion mit Lesern und Kollegen zu bestehen. Dazu zählt nicht nur die Auszeichnung der Kardiologen, sondern auch der Journalistenpreis »Hollands Geheimnisse« des niederländischen Tourismusbüros. Oder der Preis der AHG Kliniken, einem der größten Anbieter von Suchtbehandlungen, die Artikel über Behandlungsansätze in der Suchttherapie prämiieren. Wenn ich mir die Übersicht von Journalistenpreisen anschau, die auf Journalistenportalen zusammengestellt sind, dann habe ich doch bei bestimmt der Hälfte bis zwei Dritteln der Preise arge Zweifel.

### 3. Angenommen, der Journalistenpreis steht unter PR-Verdacht, aber das Preisgeld lockt: Wie sollte man sich als Journalist entscheiden?

Jeder Journalistenpreis dient auch PR-Zwecken. Sogar das Netzwerk Recherche vergibt seinen »Leuchtturm« nicht nur, um damit kritischen Journalismus zu fördern, sondern auch, um die eigene Bekanntheit zu steigern. Entscheidend sind jedoch die oben genannten Kriterien. Das heißt: Wenn auch nur der Eindruck der Käuflichkeit entstehen könnte, dann darf man sich nicht bewerben – ganz egal, wie kritisch und unabhängig der Beitrag ist.

**Dr. Eva-Maria Schnurr** ist freie Journalistin in Hamburg, Dozentin und stellvertretende Vorsitzende von Freischreiber e.V., dem Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten. Der Verein sorgte jüngst für eine heftige Diskussion mit der Initiierung des Himmel-und-Hölle-Preises, der faire bzw. unfaire Redaktionen auszeichnen sollte.

**1. Worauf sollte man als Journalist bei Ausschreibungen von Journalistenpreisen achten, um nicht von PR-Profis instrumentalisiert zu werden?**

Man braucht sich nichts vorzumachen: Hinter jedem Journalistenpreis steckt ein Interesse, sonst würde so ein Preis ja gar nicht verliehen werden. Selbst wenn ein Preis so honorig daherkommt wie der Henri-Nannen-Preis und sich scheinbar nur der Förderung von Qualitätsjournalismus verschrieben hat: Natürlich geht es auch darum, den auslobenden Verlag Gruner + Jahr bekannt zu machen, ein bestimmtes Image in der (Branchen-)Öffentlichkeit zu vermitteln und die eigenen Produkte herauszuheben. Natürlich ist auch das PR, nur in der etwas eleganteren Variante.

Wenn eine wissenschaftliche Fachgesellschaft wie die Deutsche Gesellschaft für Ernährung einen Preis ausschreibt, so geht es ihr selbstverständlich darum, Artikel auszuzeichnen, die im Sinne der Fachgesellschaft sind und nicht etwa Außenseitermeinungen darstellen. Und wenn das Europäische Parlament einen Preis auslobt, ist das implizite Ziel, mehr Berichte über eben dieses Parlament und dessen Umfeld zu generieren.

Man kann also bei Journalistenpreisen nicht vereinnahmt werden. Die Frage ist nur, wofür man sich vereinnahmen lässt. Das ist eine Entscheidung, die jeder für den Einzelfall treffen muss. Folgende Fragen helfen dabei:

- Wer verleiht den Preis? Will ich, dass mein Name im Zusammenhang mit dieser Institutionen genannt wird?
- Warum wird der Preis verliehen? Wichtig sind hier die ungenannten Interessen des Auslobers. Die stehen nicht auf der Website, man muss darüber nachdenken und recherchieren. Und überlegen: Kann ich verantworten, mich bzw. meinen Artikel für dieses Interesse instrumentalisieren zu lassen? Welche Folgen könnte das für meine Arbeit haben?
- Gibt es Kriterien, anhand derer die Jury entscheidet? Was ist überhaupt gefragt? In eher fragwürdigen

Preisausschreibungen heißt es gerne mal sinngemäß, mit dem Artikel solle »das Wissen über XY in der Bevölkerung vermehrt werden«. Dann kann man davon ausgehen, dass eine bestimmte Richtung der Berichterstattung gefragt ist, nicht die Qualität oder Originalität eines Artikels.

- Wer sitzt in der Jury? Das ist ein Anhaltspunkt, aber keine Garantie. Je journalistisch hochkarätiger die Jury ist und umso weniger Firmenvertreter oder »Experten« in der Jury sitzen, umso eher kann man davon ausgehen, dass sie einigermaßen unabhängig entscheidet. Aber auch Jurys haben Interessen.
- Wie wird der Preis in der Branche beurteilt?

**2. An welchem Beispiel lässt sich zeigen, wie die Grenze zur PR überschritten wird?**

Immer, siehe oben. Die Frage ist dann also nur, ob es gute und böse PR gibt. Ist es besser, sich für die Interessen des Europäischen Parlaments vereinnahmen zu lassen oder für die einer Stiftung, die über das Metabolische Syndrom aufklären will und hinter der die *Apotheken-Rundschau* steht? Dahinter stehen persönliche Wertentscheidungen. Wer absolut sicher gehen will, nicht vereinnahmt zu werden, bewirbt sich besser um keinem Preis.

**3. Angenommen, der Journalistenpreis steht unter PR-Verdacht, aber das Preisgeld lockt: Wie sollte man sich als Journalist entscheiden?**

Die wichtigste Regel, um unabhängig zu bleiben, ist: Keine Artikel nur deshalb schreiben, weil ein Preis ausgelobt ist und man sich bewerben möchte. Sondern nur Artikel einreichen, die man ohnehin geschrieben und veröffentlicht hat. Und sorgfältig überlegen, ob das Geld es in diesem Einzelfall wirklich wert ist, sich vor den Karren des Auslobers spannen zu lassen, oder ob nicht die Nachteile wie verlorene Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit überwiegen.

*Die Fragen stellte Thomas Schnedler.*



Foto: Knut Gärtner

# Radio hinter Bildern

*Mit einem eigenen Preis sucht das deutsche Radio nach Selbstbewusstsein. Doch schon in fehlenden Wettbewerbskategorien zeigt sich die Unterbelichtung des Radiojournalismus.*

VON STEFFEN GRIMBERG

**H**elle Freude im Schlemmerbistro: Dorthin, wo Herr Ahlers, Udo und Opa Gehrke immer um 7 Uhr 17 auf NDR 2 ihr funkisches *Frühstück bei Stefanie* nehmen, ging 2011 der Preis für die beste Radio-Comedy. Die werktägliche Reihe *Frühstück bei Stefanie*, die zumindest im Norden Deutschlands mittlerweile Kultstatus hat, könnte auch gut beim privaten Konkurrenzprogramm *ffn* laufen – und wäre mit diesem Absender ver-

*In der Jury des Deutschen Radiopreises sitzen neben Senderhierarchen Radiolobbyisten und Marketingexperten.*

mutlich genauso bepreist worden. Denn gerade diese von seinen Auslobern immer wieder betonte »Gleichwertig-

keit« macht den Deutschen Radiopreis aus – und sorgt für reichlich Kritik.

Dabei klingt der Deutsche Radiopreis zwar nach Tradition und Etabliertem. Tatsächlich wurde die Auszeichnung am 17. September 2011 gerade erst zum zweiten Mal verliehen – und hadert weiter mit ihrer Grundkonstruktion. Denn getragen wird der Deutsche Radiopreis von ARD, Deutschlandradio und den privaten Hörfunkveranstaltern gemeinsam. Die Analogie zum Deutschen Fernsehpreis liegt auf der Hand.

## **Radio soll endlich seine Stärken zeigen**

Radio soll stärker sichtbar werden, in diesen fünf Worten lässt sich die Grundidee zusammenfassen. So wenig Anlass der Hörfunk habe, sein Licht unter den Scheffel zu stellen, »so selten rückt er bislang seine Stärken ins Scheinwerferlicht – ganz anders als die übrigen Mediengattungen«, schrieb Joachim Knuth,

Programmdirektor Hörfunk beim für die ARD federführenden Norddeutschen Rundfunk, dem Radiopreis ins Stammbuch, als die Idee im Frühjahr 2010 erstmals öffentlich präsentiert wurde. »Radiomenschen neigen gelegentlich dazu, es mit der Bescheidenheit zu übertreiben«, schrieb Knuth im Fachdienst *epd medien*.

Damit sollte nun Schluss sein. Auch das bei solchen Konzepten offenbar unvermeidliche Wort vom »Leuchtturm für das Medium Radio« fehlte nicht. Doch das, was die bisherigen zwei Deutschen Radiopreise mit ihren Galas entfachten, blieb bestenfalls ein Strohfeuer. Und auch dieses war überwiegend dem Unterhaltungsmedium Radio gewidmet – die journalistische Leistung des Hörfunks blieb bisher ein unterbelichteter Randaspekt.

## **Schlagseite hin zum Marketing**

Das offenkundig beabsichtigte Marketing für das Medium Radio an sich zeigt sich deutlich schon in der Konstruktion des Beirats. Denn dort sitzen mit NDR-Programmdirektor Knuth, seinem Amtskollegen Heinz-Dieter Sommer vom Hessischen Rundfunk und dem bei RTL fürs Radio verantwortlichen Geschäftsführer Gert Zimmer nicht nur drei Senderhierarchen. Sondern eben auch Lutz Kuckuck, Chef des Lobbyverbands Radiozentrale, sowie Florian Ruckert, Vorsitzender der Geschäftsführung beim Privatsendervermarkter RMS Radio Marketing Service, und sein öffentlich-rechtliches Pendant Elke Schneiderbanger, die die Geschäfte der ARD-Werbung Sales & Services führt.

Weil die Existenz so vieler Vermarkter dann doch anstößig wirken könnte, sind die letztgenannten drei nur »mit beratender Stimme« dabei. Ihr Rat sei allerdings höchst wahrnehmbar, heißt es im Umfeld

der vom Marler Grimme-Institut ausgewählten und organisierten Jury, und das sogar so deutlich, dass es manchmal schon an Bevormundung grenze.

### Proporz ja, aber nicht nur

Dem Preis nun blankes Proporzgebaren vorzuwerfen, wäre allerdings zu billig. Der Deutsche Radiopreis und seine Jury sind unabhängiger, als es zunächst den Anschein hat. Im Urteil der Jury 2011 lagen die privaten Sender oft berechtigterweise vorn – von der besten Höreraktion (Planet Project Start Up/*Planet Radio*) über den Innovationspreis (für das Fußballradio *90elf* bis zum besten Interview (Christina Weiss und Michael Merx mit einem transsexuellen Leistungssportler/*Radio 7*).

Allerdings gibt es kapitale Fehlstellen: Der Deutsche Radiopreis kennt weder die Kategorie Hörspiel noch Feature. Hintergrund: Beides wird von Privatsendern kaum je produziert, also würden diese Preise im Abonnement an öffentlich-rechtliche Sender verliehen. Mit dem Feature fehlt aber die wohl wichtigste journalistische Kategorie im Radio. Und auch gewisse Ersatzkategorien wie Interview und Reportage vermögen diesen Verlust nicht aufzufangen. Es gibt beim Deutschen Radiopreis nur die Kategorie Bestes Nachrichtenformat (Preisträger 2011: *BR5 aktuell* vom Bayerischen Rundfunk) – als ob sich Journalismus im Radio in den Nachrichten erschöpfte. So bildet der Preis eben nicht wirklich »das tagesaktuelle Radio ab«, und schon gar nicht »seine ganze Vielfalt«, die RTL-Mann Zimmer wie sein NDR-Counterpart Knuth eigentlich zum Maßstab machen wollten.

Genau das nehmen viele Kreative übel: Das »Bewusstsein für Radio« sei auch in den oberen ARD-Etagen kaum vorhanden, sagt ein Macher – und eine Idee, wo die Zukunft des Radios liegen könnte, noch weniger. »Dafür soll Radio lieber konsensfähig werden zwischen öffentlich-rechtlich und privat nach dem Motto ‚Wir reichen uns die Hand‘ – nur tun wir das die ganze Zeit schon.«

### Weder akzeptiert noch wahrgenommen

Der Deutsche Radiopreis scheint gewisse Akzeptanzschwierigkeiten bei Programmmachern und den Sendern zu haben. Im Wettbewerbsjahr 2011 wurden deutlich weniger Beiträge eingereicht als beim Premierenjahrgang 2010 – erwartet hatten die Organisatoren eigentlich eine deutliche Steigerung.

Der Rückgang hängt vielleicht auch mit der insgesamt eher dünn ausgefallenen Wahrnehmung des Deutschen Radiopreises zusammen. Zwar wurde die Preisgala 2011 von mehreren Dritten ARD-Fernsehprogrammen übertragen – 2010 hatte das zunächst nur der NDR getan, allerdings nur zeitversetzt im Nachtprogramm. Doch die Gala mit reichlich Medienprominenz – gedacht als Höhepunkt und sichtbarster Leuchtturm deutschen Radioschaffens – scheint immer mehr zum Pferdefuß der ganzen Veranstaltung zu werden. Was daran liegt, dass sie nicht aufs Radio, also auf Hörerlebnisse setzt, sondern durchgehend Fernsehkriterien gehorcht und in Showbildern schwelgt. Und so in sich den besten Beleg dafür liefert, dass sich Radio allein so recht nichts zutraut. Über ausgezeichnete journalistische Leistungen auf die Programmentwicklung einzuwirken und so die eigene Bedeutung zu dokumentieren, das verwehrt sich der Deutsche Radiopreis zudem selbst, indem er eben diese journalistischen Leistungen nur am Rande berücksichtigt.

### Nostalgiker und Ahnungslose

Schon 2010 merkte *epd medien* so knapp wie zutreffend an: »Das Radio will feiern und versteckt sich – hinter Bildern.« Ein Jahr später urteilte die *Süddeutsche Zeitung* ebenso eindeutig: »Ein Medium macht sich klein«, zumal die Würdigung der Geehrten eben auch »lauter bekannte Fernsehgesichter« übernommen hätten, »die entweder im Radio angefangen haben, nostalgische Erinnerungen ans Radio haben oder überhaupt keinen blassen Schimmer zu haben schienen, wieso sie eine Laudatio halten sollten«. Immerhin brachte die *SZ* 2011 noch einen längeren Beitrag zum Deutschen Radiopreis. Den meisten Medienseiten war er bestenfalls eine Meldung wert.

Das »Quantum Stolz«, das NDR-Radiochef Knuth seinem Medium mit dem Deutschen Radiopreis verschreiben wollte, gilt es also erst noch zu entwickeln. Denn wenn die Leistungsschau des Hörfunks mehr sein will als eine durchschaubare Marketing-Initiative mit ein bisschen Grimme-Glanz, bleibt noch viel zu tun. ■

*Weder Hörspiele noch Features werden ausgezeichnet – nur weil die Privatsender beide Formen so gut wie nie produzieren.*

Steffen Grimberg ist Medienautor der taz.



# Der Rückhalt bröseln

*Der Deutsche Fernsehpreis hat schon manche Krise durchgemacht. Ein Vorwurf unter anderen: Er sei ein Proporzpreis, bei dem RTL und ZDF berücksichtigt werden müssten. Jetzt formiert sich Konkurrenz.*

VON DIEMUT ROETHER

**A**ls der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki im Jahr 2008 die Annahme des Ehrenpreises der Stifter des Deutschen Fernsehpreises verweigerte, provozierte er einen Eklat, der eine wochenlange Debatte über den Deutschen Fernsehpreis im Besonderen und das deutsche Fernsehen im Allgemeinen auslöste. Denn so sehr Reich-Ranicki mit seinem Satz, er gehöre nicht in die Reihe derjenigen, die an diesem Abend ausgezeichnet

*Bei der Verleihung des Fernsehpreises sorgte Reich-Ranicki für einen Eklat. Doch die Kritik am Preis teilen viele Fernsehmacher.*

worden seien, den anderen Preisträgern auch Unrecht getan hatte, so hatte er mit seiner Ablehnung und der

Kritik an der Gala doch ein Unbehagen an dem Preis formuliert, das auch viele Fernsehmacher und Fernsehkritiker teilen.

## Die Wundertüte unter den Medien

Das Fernsehen ist ein sehr heterogenes Medium. Es ist, wenn man das Postulat des *Stern*-Gründers Henri Nannen aufnehmen will, vielleicht die letzte Wundertüte unter den Medien – Erfundenes steht neben Tatsachenberichten, Gespieltes neben der schrecklichen Nachricht vom Tage.

Vor diesem Hintergrund soll der Deutsche Fernsehpreis laut Statut hervorragende Leistungen für das Fernsehen würdigen und die Qualität der Fernsehprogramme fördern. Das, was das Fernsehen täglich an Hintergrundrauschen bietet, kann naturgemäß nicht als hervorragende Leistung ausgezeichnet werden. Dennoch macht dieses Tapetenfernsehen einen Großteil des täglichen Programms aus.

Seit seiner Gründung 1998 bemüht sich der Fernsehpreis, auch dieses Programm in seine Betrachtungen einzubeziehen. Zahlreich sind die Kategorien, die dafür erfunden und wieder verworfen wurden. Nur ein Beispiel: Im vierten Jahr des Bestehens, 2002, wurde die Kategorie Beste tägliche Sendung eingeführt, der Preis ging damals an das Sat.1-Format *Richterin Barbara Salesch*, eine Simulation des Geschehens vor Gericht. Entsprechend wurde die Auszeichnung von vielen Beobachtern als Skandal empfunden.

## Stifter im Zweifel

Der Blick in die Annalen des Fernsehpreises zeigt, dass einige Kategorien zwar unverändert beibehalten wurden, dass die Zahl der Kategorien im Lauf der Jahre jedoch stark variierte. War der Preis ursprünglich mit 26 Kategorien gestartet, so wurden zuletzt nur noch Preise in zwölf Kategorien vergeben, zuzüglich drei Auszeichnungen für Besondere Leistungen. Darin drückt sich wohl auch eine gewisse Unsicherheit der Stifter – ARD, RTL, Sat.1 und ZDF – aus, ob das, was jährlich ausgezeichnet wird, wirklich das Fernsehen in seiner Breite widerspiegelt.

Gelegentlich war auch zu hören, dass einzelne Senderchefs *not amused* gewesen sein sollen, wenn ihr Sender wieder einmal mit nur einem oder zwei Preisen nach Hause ging. Glaubt man den Gerüchten, so ist es jedoch vor allem der Privatsender RTL, der darauf drängt, dass das Gewicht der Fernsehfiktion beim Fernsehpreis, der ja aus dem Zusammenschluss von Telestar (ARD, ZDF) und Goldener Löwe (RTL) entstand, reduziert wird: Das Terrain des anspruchsvollen Fernsehfilms bespielt der Privatsender – von einigen Eventmovies abgesehen – seit Jahren nicht mehr.

Die jüngste Reform des Fernsehpreises, der 2010 beschlossene Verzicht auf Personalkategorien wie Beste Regie, Bestes Buch, Beste Kamera und Beste Musik, sorgte in der Branche für großen Unmut. Die Idee der Stifter, dadurch den »Werk- und Teamgedanken des Fernseherschaffens« in den Vordergrund zu stellen, mag zwar richtig sein, doch sind hervorragende Leistungen in der Regel auch das Verdienst einzelner herausragender Menschen.

### Preis für mutige Selbstbefragung

Eine Reportage wie »Alt sein auf Probe« (Fernsehpreis 2008) – übrigens eines der wenigen Beispiele für ein gelungenes journalistisches Presenterformat – lebt nun mal von einem Reporter wie Sven Kuntze, der sich und seine Ansichten in diesem Film mutig selbst in Frage stellt und der dadurch von seinen Gesprächspartnern offene und ungewohnt ehrliche Antworten erhält.

Von Anfang an reflektierte der Deutsche Fernsehpreis die Stärken und Schwächen im Dualen System: Während die Preise in den Kategorien Beste Reportage, Beste Dokumentation und Beste Informationssendung deutlich häufiger an öffentlich-rechtliche Sender gingen, wurden die Privaten häufiger in den Kategorien Comedy und Unterhaltung ausgezeichnet. Die Fernsehpublizistik ist nun mal die Domäne der Öffentlich-Rechtlichen. Die Privaten zeigen immer weniger Interesse, hier in ernsthafte Konkurrenz zu treten.

### Die Tagesschau geht leer aus

Natürlich versucht eine Jury bei einem Preis, der von allen Sendern getragen wird, einen gewissen Ausgleich zu schaffen, damit nicht etwa die Dominanz des öffentlich-rechtlichen Systems unter den Ausgezeichneten zu stark wird. So werden Kompromisse eingegangen.

Und so ist es wohl auch zu erklären, dass *RTL Aktuell* gleich zweimal ausgezeichnet wurde (2007 als beste Informationssendung und 2003 Peter Kloeppel als Bester Moderator Information), während die *Tagesschau*, die – bei aller Kritik an ihrer möglicherweise antiquierten Präsentation – seit Jahrzehnten die Nachrichtenstandards im deutschen Fernsehen bestimmt, noch nie einen Preis erhielt.

Mit der Abschaffung der meisten der personalen Kategorien, mit denen individuelle Einzelleistungen ausgezeichnet werden konnten, verlor der Fernsehpreis

2010 seinen Rückhalt bei einem beträchtlichen Teil der Fernsehschaffenden. Daran konnten auch die drei Auszeichnungen für Besondere Leistungen nichts ändern, die jetzt vergeben werden. Regisseure, Drehbuchautoren, Kamerateure, Cutter, Ausstatter und Komponisten fühlten sich übergangen. Die Schauspieler solidarisierten sich, obwohl ihre Leistung immer noch mit zwei Preisen gewürdigt wird.

### Kritik an wirtschaftlichen Aspekten

Eine Konsequenz des Rumors: Ende 2010 wurde die Gründung einer Deutschen Akademie für Fernsehen angekündigt, die künftig eigene Fernsehpreise vergeben will. Das Gründungs-Motto: »Das Fernsehen ist zu wichtig, um es allein den Sendern zu überlassen« ist Programm. Die Akademie will einen »Diskurs zu inhaltlichen und wirtschaftlichen Aspekten des Fernsehens« führen. 2013 will sie erstmals eigene Preise vergeben – in Konkurrenz zum Deutschen Fernsehpreis.

Mit der Gründung der Fernsehakademie ist eine Idee Wirklichkeit geworden, die ursprünglich auch einmal mit der Gründung des Fernsehpreises verbunden war. In der Mitteilung der vier Gründer im Jahr 1998 war noch die Rede davon gewesen, dass aus der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als vorbereitender Trägerorganisation eine Akademie nach dem Vorbild der Academy of Television Arts & Sciences in den USA hervorgehen solle, doch dieser Plan wurde später stillschweigend zu den Akten gelegt.

### Auf dem Weg zum deutschen Emmy?

Es ist schwer vorstellbar, dass es künftig – neben den zahlreichen anderen Fernsehpreisen – einen Fernsehpreis der Sender und einen Fernsehpreis der Akademie für Fernsehen geben wird. Dies könnte beide Preise beschädigen. Zwar betonen beide Seiten, dass sie gesprächsbereit seien, doch bislang scheinen die Gespräche wenig gefruchtet zu haben.

Dem Preis würde man wünschen, dass beide Parteien sich einigen. Denn getragen von starken Sendern und einer starken Akademie könnte er endlich wirklich zum deutschen Emmy werden. ■

*Damit die öffentlich-rechtlichen Sender nicht zu viele Preise bekommen, nehmen die Juroren auch Kompromisse in Kauf.*

*Diemut Roether war Redakteurin von taz und Tagesthemen und ist heute verantwortliche Redakteurin des Fachdienstes epd medien.*





FRITZ WOLF IST FREIER JOURNALIST  
IN DÜSSELDORF.

Zur genuinen  
Form des Krisen-  
entertainments hat sich  
die Talkshow entwi-  
ckelt: Einer ihrer wich-  
tigsten Protagonisten,  
Günther Jauch, arbeitet  
daran, sie zur staats-  
tragenden Talkshow  
weiter-  
zuentwickeln.

# Politik

Bei seiner ZDF-Zeitreise durch die Weltgeschichte hielt sich der Komödiant und Entertainer Hape Kerkeling auch etwas länger in der griechischen Antike auf. Er besuchte das Dionysostheater und sagte dann beiläufig den Satz: »Es kann übrigens kein Zufall sein, dass die Griechen Politik und Theater gleichzeitig erfunden haben«.

Die alten Griechen hatten noch keine Ahnung vom Fernsehen. Aber was sie von Tragödie und Komödie wussten, das hat sich bis in die modernen Massenmedien und in die Politik transformiert. Besonders jetzt, wo die Krisen sich vor den Türen drängeln, dass selbst den fröhlichen Moderatoren des Frühstücksfernsehens die gute Laune vergeht. Freilich halten sich nicht alle Krisen an den klassischen Dramenaufbau. So viele dramatische Wendungen, wie Politiker sie derzeit in beinahe wöchentlichem Rhythmus vorlegen, waren bei Sophokles gar nicht vorgesehen.

Zur genuinen Form des Krisenentertainments hat sich die tägliche Talkshow entwickelt. Einer ihrer wichtigsten Protagonisten, Günther Jauch, arbeitet daran, sie gleichzeitig zur staatstragenden Talkshow weiterzuentwickeln. Bundeskanzlerin Merkel durfte hier ehrerbietige Fragen entgegennehmen und wird sich hinterher wie Rumpelstilzchen gefühlt haben: Wie gut, dass keiner weiß, dass ich in der ARD auch noch einen heimlichen Regierungs-Pressesprecher sitzen habe.

Und bei der Schmidt-Steinbrück-Performance mochte man glauben, in ARD, *Spiegel* und *Zeit* säßen die gleichen Kampagnenplaner, so abgestimmt war das Vorgehen. Wobei das Fernsehen eben noch den Vorteil der Anschaulichkeit hat. Helmut Schmidt qualmte wie das Orakel von Delphi und prophezeite listig der SPD eine Zukunft mit Peer Steinbrück. Der selbst läuft schon seit längerem auf Kothurnen, um vergessen zu machen, dass er Wahlen bisher eigentlich nur verloren hat.

Doch nicht nur Tragödien und Tragöden kennt das moderne Politiktheater, sondern auch Dramolette und komische Zwischenspiele. Hans-Olaf Henkel, der jahrelang in den Talkshows zu wohnen schien, fühlt sich seit Neuestem so unverstanden, dass er gar nicht mehr hingehen mag; er wird das nicht lange durchhalten. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt missriet eine seiner Deklamationen, als ein

# und Theater

Moderator ihn fragte, ob es nicht schlimm sei, wenn Menschen von ihrer Arbeit nicht leben könnten: »Das ist natürlich nicht schlimm. Aber wir haben in zunehmendem Maße auch Arbeitsplätze, deren äh Wertschöpfung äh Entlohnungen nicht hergeben, die dann äh zur äh Bestreitung des Lebensunterhaltes reichen.«

**E**iner der gefragtesten Staatsschauspieler, der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker, beherrscht die dramatische Sprache in ihrer ganzen Spannweite. Auf die Frage eines Reporters, wie denn die Stimmung auf dem G20-Gipfel in Cannes gewesen sei, fiel seine Antwort herab wie die Keule des Herakles: »Mies«. Die Frage eines anderen Reporters wiederum, ob denn der Euro noch Zukunft habe, zeigte ihn auf der Höhe sophistischer Rhetorik: »Wenn ich Ihnen die Frage gestellt hätte und Sie wären ich, dann würden Sie auch die Frage nicht so beantworten, wie Ihre Frage tendenziell vermuten lässt, dass ich sie gerne beantworten würde.«

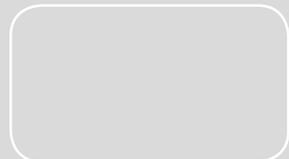
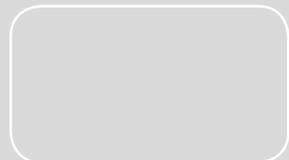
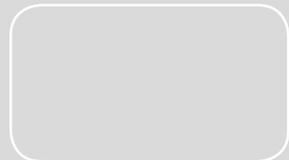
**D**as Volk kommt im griechischen Theater als Publikum und gelegentlich als Chor vor. Der Chor der Neuzeit äußert sich in Umfragen. Die werden dann wiederum von den TV-Auguren in Grafiken gepackt, die gelegentlich an Amphitheater erinnern. Oder sie packen sie in büstenähnliche Bildergalerien der politischen Protagonisten. Deren Platzierung soll angeblich dem Volk den Stand der Beliebtheit der politischen Klasse mitteilen, lässt sich aber prima dazu nutzen, eben jenes Volk mit Hilfe solcher elektronischen Orakel zu regieren. Fast wäre es übrigens in Neu-Griechenland sogar dazu gekommen, dass das Volk tatsächlich selbst sprechen sollte. Das schien einigen Verantwortlichen im großen Fernsehtheater nicht zu schmecken. Was, wenn das Volk sich nicht an die Regie, seine vorgegebene Rolle und an den vorgeschriebenen Text hält? Pures Misstrauen, ausgerechnet im Fernsehen, wo doch sonst Reporter bei jeder Gelegenheit dem Volk ein Mikrophon unter die Nase halten.

**D**as griechische Theater war nicht nur Erbauung sondern auch Belehrung, Einübung in Moral und Ethik. Moral und Ethik unserer Tage drücken sich in Dollar und Euro aus. Deshalb wird vielleicht der 27. Oktober als jener historische Tag in die Geschichte eingehen, indem eine Fernseh-Nachrichtensprecherin den Kredit-Betrag von 1 Billion Euro unfallfrei aussprechen konnte. So etwas versteht sich nicht von selbst. Manche Moderatoren verwechseln heute noch Milliarden mit Millionen. Selbst höherrangige Bankbuchhalter schaffen es, nachher 55 Milliarden zu finden, die sie vorher nicht vermisst haben. Der Umgang mit Zahlen ist insgesamt lockerer geworden, sagen wir: poetischer.

Das gilt auch für die Sprache. Sie wird bildhafter. Man kann kein Drama veranstalten mit Akronymen wie EFSF. Gefragt sind Metaphern, die komplexes Geschehen einkleiden, die die Menschen verstehen und die auch noch positiv klingen. Man brauchte so etwas wie Krisenangstvermeidungssprache.

So muss es zum Rettungsschirm gekommen sein. Aber was ist ein Rettungsschirm? Soll er abhalten, was von oben auf uns herabfallen könnte? Vulkanasche, Staatsschulden, rohe Eier oder was immer? Oder tragen wir ihn umgebunden, damit er sich rechtzeitig öffne, wenn wir uns im freien Fall nach unten wiederfinden? Wer hält den Schirm, und wer verbirgt sich unter ihm? Oder: Wie viele hängen am Schirm, und wer hat ihn vorher zusammengefaltet? Und dazu kommt noch der Hebel, den Finanzspezialisten auch bei Derivaten operativ ansetzen können? Kann man einen Schirm hebeln? Jedenfalls ist es den Info-Grafikern im deutschen Fernsehen nicht gelungen, die Krisenpoesie in Bilder zu verwandeln. Sie haben Finanzkrise, Eurokrise und Staatskrise mit allem erklärt, was die grafische Kunst so hergibt: Schirm und Hebel waren nicht darunter.

Nur einmal sah man einen geöffneten Herrenregenschirm verkehrt herum auf einem Fluss dahin treiben. Es sah aus wie das lächerliche Fahrzeug eines Verrückten, der auf die Meerenge zwischen Scylla und Charybdis zutreibt und hofft, heil durchzukommen und anzukommen. ■



# Attacke auf die

C 202/13

Official Journal of the European Union

EN

7.2011

## AGREEMENT

between the Member States of the European Union, meeting within the Council, regarding the protection of classified information exchanged in the interests of the European Union (2011/C 202/05)

national organisation  
the Parties.

GOVERNMENTS OF THE MEMBER  
UNION, MEETING WITHIN THE

Whereas:

(1) The Member States of the European Union, hereinafter referred to as 'the Parties', recognise that full and effective consultation and cooperation may be achieved through the exchange of classified information among the Member States of the European Union, and between the Member States of the European Union institutions or agencies, bodies or offices established by the latter.

For the purposes of this Agreement, the following shall be understood to mean any information which is disseminated or disclosed in a manner which may prejudice the security of the European Union or the interests of the European Union.

(2) The Parties share the common desire to contribute to the security of the European Union by putting in place a coherent and comprehensive general framework for the protection of classified information originating in the Parties in the interests of the European Union, in the European Union institutions, agencies, bodies or offices established by the latter or received from third States or international organisations in this context.

TRÈS  
to in  
which  
essen  
more

The Parties are convinced that access to and exchange of classified information requires appropriate security

'SEC  
info  
whi  
Eur

'CO  
ap

# Infreiheit

*In aller Stille wurde in Brüssel eine Übereinkunft getroffen: Künftig will die EU »nachteilig« Dokumente nicht mehr herausgeben, und auch alle Mitgliedsstaaten sollen sich an die Einstufungen halten.*

VON STAFFAN DAHLLÖF

**D**as Recht der Öffentlichkeit auf Information ist seit mehr als zwei Jahrzehnten ein Streitpunkt innerhalb der EU. Hier stoßen die gegensätzlichen Interessen der Regierungen und der Zivilgesellschaften in den Mitgliedsländern, der EU-Bürokratie und des Europäischen Parlaments aufeinander.

Gleichzeitig wird hinter den Kulissen ein anderes Spiel gespielt. Ohne große Aufmerksamkeit zu erregen, unterzeichneten die 27 EU-Botschafter im Frühling 2010 in Brüssel eine Vereinbarung, nach der die Geheimhaltungsabsprachen der EU-Institutionen von den Mitgliedsstaaten zu respektieren seien, so als wären diese ein integraler Teil der zentralen Institutionen. Die bislang internen Sicherheitsvorschriften über den Umgang mit Dokumenten sollen also nun auch für Behörden in Bremen, Bologna und Bukarest gelten.

## »Rückzugsort für Schurken«

Der Beschluss vom 4. Mai ist eine »interne Regierungsübereinkunft«, das heißt, sie muss von allen Mitgliedsländern ratifiziert werden, bevor sie in Kraft gesetzt werden kann. In einigen Ländern verlangt das die Ratifizierung durch das Landesparlament, in anderen reicht eine schnelle Entscheidung auf Regierungsebene.

Sensible Dokumente sollen mit »top secret«, »secret«, »confidential« oder »restricted« gekennzeichnet werden (siehe Kasten auf der nächsten Seite). Mit der untersten Einstufung »restricted« werden Dokumente markiert, deren Bekanntwerden für die Interessen der EU oder eines oder mehrere ihrer Mitgliedsländer »nachteilig« (»disadvantageous«) sein könnte.

Besonders über diese unterste Einstufung ärgert sich Tony Bunyan, Direktor des in London ansässigen

Dokumentationszentrums Statewatch und einer der Vorkämpfer für das Recht auf Informationsfreiheit: »Was heißt denn ‚nachteilig‘? Es bedeutet, dass es um Dokumente geht, die peinlich sein und eine öffentliche Auseinandersetzung anstoßen könnten. Diese Dokumente werden zurückgehalten oder nur mit vielen Schwärzungen herausgegeben. Ich nenne das einen Rückzugsort für Schurken.«

Die vier Einstufungen sind als solche nicht neu. Die EU hatte von Anfang an verschiedene interne Geheimhaltungsregeln für interne Dokumente. Neu ist die niedrigste Einstufung »restricted«, und neu ist auch, dass die rechtliche Geltung eines Brüsseler Stempels auf die anderen EU-Hauptstädte und auf alle anderen Verwaltungsorgane in den Mitgliedsstaaten ausgedehnt wird.

Aufschlussreich ist auch die Art und Weise, wie die Entscheidung getroffen wurde: in kleinem Kreis und ohne öffentliche Diskussion. »Was wir hier sehen, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie in der EU ohne jede Transparenz die Arbeit für den Bürger erledigt wird«, meint Arne König, Präsident der European Federation of Journalists. König beunruhigt außerdem eine seiner Meinungen nach fortschreitende Angleichung der europäischen Gesetze zur Informationsfreiheit auf dem niedrigsten Niveau.

## Deutsches Recht ohnehin eingeschränkt

Demgegenüber glaubt Manfred Redelfs, Informationsfreiheitsbeauftragter des Netzwerks Recherche und

*»Was heißt denn »nachteilig«? Es geht um Dokumente, die peinlich sein und eine öffentliche Auseinandersetzung anstoßen könnten.«*

Chefrechercheur von Greenpeace Deutschland, nicht an eine unmittelbare Auswirkung der Vereinbarung auf deutsche Journalisten: »Das deutsche Recht ist schon recht eingeschränkt. Es würde demnach keine große Wirkung haben, weil es das große Ganze nicht verändert. Die Kennzeichnung ‚restricted‘ kommt zum Tragen, wenn internationale Beziehungen berührt sind. Wenn also ein anderes Land behauptet, dass dies der Fall sei, würde die deutsche Bürokratie dieselbe Einschränkung anwenden.«

Dem stimmt der Rechtsanwalt Wilhelm Mecklenburg, der ebenfalls für die Informationsfreiheit in Deutschland gestritten hat, zu: »Wenn die EU oder ein anderes Land ein Dokument als geheim einstuft, werden die deutschen Behörden den Zugriff darauf automatisch einschränken und dieses Vorgehen mit dem Hinweis auf internationale Beziehungen begrün-

den. Die Auswirkung dieses Abkommens wird man wahrscheinlich kaum merken.«

Mecklenburg sieht, dass das Abkommen sehr fragwürdige Bestimmungen in Kraft setzt, die nicht im Rahmen der Gesetzgebung sind: »Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass nur solche Dokumente mit der Geheimhaltungsstufe versehen werden können, die unter die Ausnahmeregelungen des bundesdeutschen Informationsfreiheitsgesetzes fallen. Da ein solcher Hinweis hier fehlt, nehme ich an, dass eine förmliche Einstufungskennzeichnung ausreicht, wodurch das Abkommen theoretisch tatsächlich ein Frontalangriff auf die Informationsfreiheit ist.«

### »Leichtfertig und ungenau«

In den bisherigen EU-Bestimmungen für den Informationszugang (Bestimmung 1049/2001) gibt

## DIE NEUEN GEHEIM-KLASSIFIKATIONEN DER EU UND WELCHE DOKUMENTE SIE BETREFFEN

Die vier Geheimhaltungsabstufungen, wie sie Artikel 2 des Abkommens definiert, sind:

- **EU Top Secret:** »Diese Kennzeichnung erhalten Informationen und Materialien, deren unbefugte Weitergabe den wesentlichen Interessen der Europäischen Union oder eines oder mehrerer ihrer Mitgliedstaaten einen äußerst schweren Schaden zufügen könnte.«  
Sehr selten angewendet. Betrifft sensible Belange der Verteidigung sowie hochsensible Verhandlungen auf nationalen Ebenen.
- **EU Secret:** »Diese Kennzeichnung erhalten Informationen und Materialien, deren unbefugte Weitergabe den wesentlichen Interessen der Europäischen Union oder eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten schweren Schaden zufügen können.«  
Bislang selten angewendet. Typische Themen wären Daten und Analysen an und von SitGen (EU Joint Situation Centre, ein Organ des Europäischen Auswärtigen Dienstes mit nachrichtendienstlichen Aufgaben).
- **EU Confidential:** »Diese Kennzeichnung erhalten Informationen und Materialien, deren unbefugte Weitergabe den wesentlichen Interessen der Europäischen Union oder eines oder mehrerer ihrer Mitgliedstaaten schaden könnte.«  
Angewendet bei Informationen, deren Offenlegung für die nahe Zukunft geplante Aktionen gefährden könnte, wie zum Beispiel die bevorstehende Schließung aufgedeckter

Flüchtlingsrouten oder Debatten darüber, wessen Vermögen eingefroren werden soll oder wer als Terrorist auf die Schwarze Liste gesetzt wird.

- **EU Restricted:** »Diese Kennzeichnung erhalten Informationen und Materialien, deren unbefugte Weitergabe für die Interessen der europäischen Union oder eines oder mehrerer ihrer Mitgliedstaaten nachteilig sein könnte.«

Die häufigste Kennzeichnung, angewendet auf alle politischen Themen, zum Beispiel Strategien für die Verhandlungen mit Drittländern, sensible nationale Standpunkte bei gesetzgebenden Prozessen, technische Einzelheiten zur Sicherheit bei von der EU unterstützten Hightech-Projekten oder einfach Themen, deren Bekanntwerden die Entscheidungsfindung verhindern würde. Laut Schätzung einer informierten Quelle werden von den jährlich 17.000 vom EU-Rat produzierten Dokumenten 75 bis 80 Prozent als »limited« oder darunter gekennzeichnet (das heißt, sie sind nicht geheim), 15 bis 20 Prozent als »restricted«, 4 bis 5 Prozent als »confidential« und der Rest als »secret«, sehr selten als »top secret«.

Laut derselben Quelle würden die von Wikileaks veröffentlichten Diplomaten-Depeschen mit Analysen und Berichten im EU-System die Kennzeichnung »restricted« oder darüber erhalten.

*Staffan Dahllöf*

- Das Übereinkommen findet sich unter:  
<http://bit.ly/vVgneJ>

es Ausnahmen für Verschlussachen, die mit »top secret«, »secret« und »confidential« gekennzeichnet sind. Danach endet die Liste. Es gibt keine Ausnahme für Dokumente, die als »restricted« gekennzeichnet sind – die also Informationen enthalten, deren Veröffentlichung »nachteilig« für die EU oder ein Mitgliedsland sein könnte.

Die ehemalige schwedische Justizministerin Britta Lejon, die 2001 an den Verhandlungen über die bislang gültigen Zugangsregeln teilgenommen hatte, ist empört: »Das ist genau das, was wir damals vermeiden wollten. Man darf nicht so leichtfertig und ungenau mit Kennzeichnungen umgehen. Das beschädigt nicht nur die Transparenz, das wird auch die Rechtmäßigkeit der Abstufungskennzeichnungen schwächen, wenn sie wirklich gebraucht werden.«

### **Nachfolger des Solana-Coups**

Das EU-Einstufungssystem war bereits einmal Zielobjekt einer Entscheidung von Diplomaten. Im Jahr 2000 verabschiedeten die EU-Repräsentanten unangekündigt neue Vorschriften zur Geheimhaltung, die Javier Solana vorgeschlagen hatte, zu jenem Zeitpunkt Generalsekretär des Rates und Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Diese von Kritikern »Solana-Coup« genannte Entscheidung führte spezifizierte Kennzeichnungen für Informationen ein, die Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung betreffen. Vier der damaligen 15 Mitgliedsstaaten legten Widerspruch gegen die automatische Ausnahme bestimmter Kategorien vom allgemeinen Informationszugangsrecht ein.

Das neue Abkommen lässt nun den Konflikt zwischen notwendigen gemeinsamen Sicherheitsbestimmungen und unterschiedlichen Traditionen der Informationsbeschaffung wieder aufleben. Davon zeugen zwei Artikel in dem Abkommen, die in verschiedene Richtungen weisen:

Artikel 3.1 beschreibt, worauf das Abkommen abzielt: »Die Parteien ergreifen im Einklang mit ihren jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die unter dieses Übereinkommen fallenden Verschlussachen einen Schutz erhalten, der demjenigen entspricht, der durch die Sicherheitsvorschriften des Rates der Europäischen Union für den Schutz von EU-Verschlussachen mit einer entsprechenden, im Anhang aufgeführten Einstufungskennzeichnung gewährt wird.«

Kurz: Wir sollten alle denselben Regeln folgen.

Artikel 3.2 sagt dagegen: »Dieses Übereinkommen lässt die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, den Schutz personenbezogener Daten oder den Schutz von Verschlussachen unberührt.«

Kurz: Wir haben immer noch das Recht, uns an unsere eigene Gesetzgebung zu halten.

Dieser Interessenkonflikt ist in Schweden aufgetaucht, wo das Recht auf Zugang zu offiziellen Dokumenten schon 1766 in der Verfassung verankert wurde. Das

Justizministerium verlautbart in einem schriftlichen Kommentar zu dem Übereinkommen, es

sei, was Transparenz angehe, akzeptabel, da das nationale Recht davon nicht berührt werde und da die Staatsbediensteten selbst einschätzen würden, wann sie Dokumente herausgeben. EU-Einstufungskennzeichnungen würden beachtet, jedoch nur als einer von mehreren Faktoren, betont das Ministerium.

Dieser Aussage widerspricht in gewisser Weise Berndt Frederiksson, der sich mit Archiven und Sicherheitsbestimmungen im schwedischen Außenministerium bestens auskennt: »Natürlich ist es im Interesse aller, dass die gewünschte Sicherheit gewährleistet wird. Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Schweden kann nicht von den anderen Staaten abweichen oder gegen sie rebellieren«, meint Frederiksson.

Dieser Interessenkonflikt zwischen Sicherheitsvorschriften und dem verfassungsmäßigen Recht auf Informationszugang ist für viele EU-Länder ein hypothetischer, wenn nicht gar exotischer Konflikt. Aber die zugrundeliegenden Fragen sind allseits bekannt: Wo sind die Grenzen der EU-Gesetzgebung? Wer hat das letzte Wort in verfassungsrechtlichen Fragen – die EU oder die Mitgliedsstaaten?

### **Wachsam sein**

Deirdre Curtin, Professorin für Europäisches Recht und Direktorin am Centre for European Law and Governance an der Universität Amsterdam, warnt die Journalisten davor, das Abkommen auf

*»Natürlich ist es im Interesse aller, dass die Sicherheit gewährleistet wird. Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied.«*

## EUROPÄISCHES PARLAMENT KRITISIERT NEUE REGELN NICHT, SONDERN ÜBERNIMMT SIE

Das zwischenstaatliche Abkommen über Geheimhaltung ist kein EU-Gesetz und nicht bindend für andere Institutionen wie das Parlament. Mithin könnte man einen Aufschrei der gewählten EU-Politiker erwarten, da sie keinerlei Einfluss auf das Abkommen hatten. Nichts dergleichen ist geschehen.

Eine Erklärung könnte sein, dass die EU-Parlamentarier nicht einbezogen waren oder überhaupt nichts davon wussten. Eine andere wäre, dass das Parlament die gleiche Richtung eingeschlagen hat, da ihr führendes Verwaltungsorgan, das Parlamentsbüro, kurz nach den EU-Botschaftern eine ähnliche Entscheidung getroffen hat.

Am 6. Juni beschloss das Parlamentsbüro neue Bestimmungen, die den Umgang mit vertraulichen Informationen im Parlament selbst regeln. Dem Parlamentsbüro gehören Präsident Jerzy Buzek und die 14 Vizepräsidenten an, die 6 der 7 politischen Gruppierungen repräsentieren. Dieser Entscheid ist seit dem 1. Juli in Kraft. Die vier Einstufungskennzeichnungen für Dokumente entsprechen denen des Ratsabkommens zwischen den Mitgliedsländern.

### Keine Debatte im Parlamentsbüro

Diana Wallis, Mitglied des Parlaments für die Liberaldemokraten (UK) und ein Mitglied des Parlamentsbüros, sagt, die Entscheidung sei logisch und folge einem aktualisierten, interinstitutionellen Abkommen zwischen Parlament, Rat und Kommission: »Basierend

auf dem neuen Rahmenabkommen bauen wir ein völlig neues System zum Umgang mit Ratsdokumenten auf. Ohne Frage will der Rat sicherstellen, dass wir ein sicheres System haben und die nötige Routine, seine Anforderungen zu erfüllen.«

Wie deckt sich das mit den Ansprüchen auf Transparenz? »Das sind unterschiedliche Fragestellungen. Die Regelung des öffentlichen Zugangs basiert auf dem Prinzip, dass alles offen ist. Aber wir müssen ein angemessenes Sicherheitssystem haben, wenn uns geheime Dokumente erreichen. Das gilt im Wesentlichen für den Außen-Ausschuss, aber es könnte genauso gut der Handelsausschuss sein«, sagt Diana Wallis.

Auf die Frage, ob »nachteilig für die Union« nicht eine ziemlich vage Begründung für Geheimhaltung sei, antwortet sie:

»Wir müssen abwarten, wie die Dinge laufen. Zweifellos ist es eine Gratwanderung zwischen verschiedenen Interessen. Offensichtlich möchte das Parlament als ebenso vertrauenswürdig gelten wie andere Institutionen.«

Wurden die Regeln in irgendeinem Ausschuss oder einer Parteifraktion diskutiert?

»Sie wurden im Parlamentsbüro diskutiert.«

War irgendjemand gegen die Entscheidung?

»Soweit ich mich erinnere, nicht.«

Staffan Dahllöf

Staffan Dahllöf ist freier Journalist in Kopenhagen mit Schwerpunkt EU-Angelegenheiten und Mitherausgeber der Informations-freiheits-Website [wobbing.eu](http://wobbing.eu).  
Übersetzung: Rebecca Pohle.



die leichte Schulter zu nehmen, bloß weil sich Geheimhaltung begründen lässt: »Wir sollten alle wachsam sein angesichts der Angelegenheiten, die eine Einstufungskennzeichnung erhalten, wie zum Beispiel das geheime SWIFT-Abkommen zwischen der EU und den USA zum Austausch von Daten über den internationalen Bankzahlungsverkehr. Nicht einmal den Mitgliedern des Europa-Parlaments ist es gestattet worden, den Text zu sehen.«

### Lieber zu viel als zu wenig geheimhalten

Deirdre Curtin argumentiert, dass die Geheimhaltung der Exekutivkompetenz durch eine offene Gesetzgebung ausgeglichen werden muss und dass der Gerichtshof die Möglichkeit haben muss, die Entscheidungen zu beurteilen: »Geheimhaltung ist vertretbar, aber nur, wenn sie durch einen Prozess gerechtfertigt ist, der selbst nicht geheim ist. Das heißt, dass die Regeln, die über

Geheimhaltungskennzeichnung bestimmen, öffentlich diskutiert werden sollten.«

Sie fügt hinzu, dass nur sehr wenig über das System der Einstufungskennzeichnung öffentlich bekannt ist, und verweist auf die offenere Diskussion in den USA, von der man lernen könne: »Es konnte nachgewiesen werden, dass es eine deutlich geringere Risiko-Strategie für Staatsbedienstete ist, zu viel als geheim einzustufen als zu wenig, und es gibt wenig Anreiz für sie, Material nicht geheimzuhalten. Das führt zu Über-Einstufungen und zu unnötigen Verschlussachen.«

Wenn sich kein Gegengewicht zu dieser Entwicklung bildet, wird die Zahl der informationellen »schwarzen Löcher« in der ganzen EU stark zunehmen, und wir werden mit immer mehr »unbekannten Unbekannten« leben; mit Sachverhalten also, von denen wir nicht einmal wissen, dass wir nichts über sie wissen. ■



Foto: Cornelia Smet / EU

# Im Gleichschritt

*Wie Journalisten in Brüssel auf Verantwortungsbewusstsein und gutes Europäertum eingeschworen werden. Ein polemischer Erfahrungsbericht eines langjährigen Korrespondenten.*

VON HAJO FRIEDRICH

**E**ndlich hat Europa ein Narrativ. Vorbei sind auch die von Medien in Brüssel und den EU-Hauptstädten erhobenen Klagen, dass es keine europäische Öffentlichkeit gibt. Keine die EU-Bürger verbindende und an der Chiffre »Brüssel« angebundene Erzählung. Weder scheinbar bürgernahe EU-Verordnungen, wie die zur Begrenzung der Gebühren beim Telefonieren im Ausland, noch tausende Hochglanzbroschüren vermochten bislang den

Menschen eine europäische Identität zu verpassen.

Jetzt, in den sich immer mehr zuspitzenden Finanzmarkt- und Schuldenkrisen sowie drohender Insolvenz ganzer Volkswirtschaften kristallisiert sich eine europäische Öffentlichkeit heraus. Die fragwürdige Sehnsucht nach einem Neubeginn, einer »Stunde null« soll zur einenden Kraft werden. Dass dem ein Kladderadatsch namens massiver Geldentwertung vorangehen könnte, lässt jedoch Ungutes ahnen. Was für eine Wiedergeburt

aus der Tragödie. Auch die Medien, nicht zuletzt das Heer der rund 1.000 EU-Korrespondenten, tragen für die desolate Lage Verantwortung.

Entgegen landläufiger Meinung sind es nicht die ohnehin nur wenigen, auf Skandale und Enthüllungen ausgerichteten Medienvertreter, die Europas Ansehen geschadet haben. Mitverantwortlich sind die vielen, die – wie auch ich viele Jahre – ihrer Wächterfunktion nicht gerecht wurden. Die sich nicht als »vierte Gewalt« verstanden, sondern eher kreuzbrave Regierungsberichterstattung betrieben haben.

Gestern noch war ihnen die Welt der Finanzprodukte weitgehend unbekannt, heute schon rasonieren sie munter drauf los – etwa über die wunder-

### *Nicht erst in der Banken- und Schuldenkrise haben Regierungszentralen Denkverbote verhängt und Berichterstattung gesteuert.*

vollen Möglichkeiten der Geldvermehrung durch »Hebelung« staatlicher Milliardenkredite und einer damit verbundenen kaum schlagbaren »Feuerkraft« im Kampf gegen die »Märkte«. Wie soll das gutgehen?

Der Großteil davon ist pure Regierungsberichterstattung. Das Umschreiben von Presseerklärungen (»Re-writing«) oder die Umverpackung von Infos und Einschätzungen von Politikern, Diplomaten und Beamten in hintergründig tümelnde Rührstücke.

Grundlegende Fragen eines wachen und wachenden Journalismus werden kaum gestellt: Was genau bedeutet das? Woher eigentlich weiß ich das? Im Gegenteil. Immer mehr scheinen für staatstragende Medien ungeschriebene Notstandsgesetze zu gelten, denen sich auch die Korrespondenten auf dem Posten Brüssel nicht entziehen können.

Sie sondern im Brüsseler Laufrad zwar täglich brav ihre Berichte ab und hauen gelegentlich auch mal auf den Putz. Doch eingebettet in der EU-Machtelite waren wir zu lange einäugig oder blind für die wirklichen Gefahren des Zusammenhalts; im naiven deutschen Streben, »gute Europäer« zu sein, haben wir beim Projekt Europa viele Warnsignale fahrlässig übersehen. In Brüssel wird zwar ein Großteil der Politik und Regelungen beraten und entschieden, die dann nur noch von den nationalen Parlamenten durchgewinkt und von den Behörden exekutiert werden müssen. Doch vieles wird in Brüssel teilweise ganz bewusst nicht angepackt.

Zum Beispiel: Jahrelang machten sich in Brüssel Politiker und Journalisten lächerlich, die Regelungen gegen den Wildwuchs auf den Finanzmärkten, etwa eine Börsenumsatzsteuer, forderten. Das sei doch unsinnig und schade dem Standort Europa, weil die »Globalisierung« nur mal international geregelt werden könnte. Da müsse man halt warten, bis sich alle Welthandelspartner verständigt hätten. Jetzt, so will uns die Politik in Berlin und Paris verkaufen, sollen es Regelwerke richten, auf die sich noch nicht einmal sämtliche EU-Partner einigen können.

»Das will ich gar nicht wissen, was die Finanzminister der Eurozone da genau beraten«. Dies antwortete mir unlängst ein langjähriger Brüsseler Kollege, als ich forderte, dass es doch unsere verdammte Pflicht sei, akribisch zu berichten und zu bewerten, was in der schwersten Krise der EU hinter verschlossenen Türen in Brüssel und anderswo passiert. Wie, angeblich alternativlos, auf Kosten der Allgemeinheit ein Milliardenpaket nach dem anderen zur Rettung »systemrelevanter« Banken und bankrotter Staaten beschlossen wird. Doch wer es, wie die Kreditwirtschaft schafft, sich von Politik und Gesellschaft als »Too big to fail« attestieren zu lassen, immunisiert sich offenbar auch gegen Kritik und Kontrolle der Medien.

### **Totschlagargument »die Märkte«**

Warum willst Du das nicht wissen und berichten, wollte ich von dem ansonsten bei Hintergrundgesprächen engagiert nachhakenden Kollegen wissen? Weil es unkalkulierbare Auswirkungen haben könnte – den Euro, das ganze Projekt Europa gefährden könnte. Wie bitte? Na, so ganz habe er es auch nicht verstanden, gab er zu. Aber Insiderberichte beeinflussten nun mal »die Märkte« – sie könnten »die Märkte« auf die Idee bringen, gegen Länder zu spekulieren und damit verschlechtere sich irgendwie die Kreditwürdigkeit, ihr »Rating«, wie er kennerhaft andeutete.

Kurz: Er wolle nicht dabei sein, wie ganze Länder mit medialer Unterstützung in die Zahlungsunfähigkeit getrieben würden. Und überhaupt habe er Angst vor Schadensersatzklagen, die ihm drohen könnten, wenn sein Bericht gar Kurse an den »Märkten« beeinflusse und zu Verlusten oder gar Insolvenzen von Unternehmen beitrage. Dies zeigt, dass in den vergangenen Jahren offensichtlich auch in Brüssel das Sicherheitsdenken das Denken und Handeln in Freiheitskategorien abgelöst hat.

Dagegen hat der ›Spin‹, die offenen oder charmant verpackten Einflussversuche der Medien durch Regierungszentralen und Konzerne, derzeit Hochkonjunktur. Nie zuvor wie in den vergangenen drei Jahren haben zum Beispiel in Brüssel und Berlin Regierungschefs, Minister und ihre Handlanger in Hintergrundgesprächen und anderen Foren der subtilen Beeinflussung im Blick auf die Finanzmarktkrise die »Verantwortung« der Journalisten so hervorgehoben. Nur wer jetzt verantwortlich berichtet und kommentiert, sei für »Europa« und liefere den »Märkten«, keine Munition, den Euro kaputtzumachen.

»Verantwortungsvoller« Journalismus, das soll in diesen Zeiten wohl bedeuten: Teilt Lesern, Zuhörern und Zuschauern bloß nicht die ganze Wahrheit über den Schaden des anhaltenden Kasinokapitalismus und die dadurch verstärkte Schuldenkrise der öffentlichen Hände mit. Bloß keine Munition für Empörung, Proteste und Widerstand liefern. Ruhe halten und schaffen – ist dies in Zeiten drohenden Notstands etwa die Rolle der Medien?

### Sprachrohr Journalist

Immer offensichtlicher werden jedenfalls Medien als Sprachrohr für eine von interessierten Kreisen seit Jahren geforderte Schocktherapie (Naomi Klein) zur Wiederherstellung der »Wettbewerbsfähigkeit« des alten Europa in der Weltmarktkonkurrenz genutzt. Was EU-Industriobbyyisten jahrelang vergeblich versuchten, Brüsseler Journalisten in die Feder zu diktieren, das bekommen sie jetzt in der Krise geschenkt.

Und die EU-Machtelite jubiliert über die jetzt wieder aufkommenden Rettungsrufe und Forderungen nach »mehr Europa«, nach einer europäischen Wirtschaftsregierung. Was all die Sonntagsreden über Bedeutung und Nutzen der EU nicht geleistet haben, das schafft die größte Krise seit Gründung der Gemeinschaft. Fatale Lehre: Man versetze die Menschen in einen Schockzustand und dann geht alles automatisch: mehr Geld, Macht und Einfluss für Brüssel.

Was sich Politiker aus Angst vor Stimmenverlusten nun offenbar nicht zu wagen trauen, sollen Medien richten. Die Masse der Menschen auf Verzicht, Stillhalten vorzubereiten, auf die Akzeptanz eines niedrigeren Lebensstandards ohne Murren, Proteste und Widerstand.

Ob sie es wollen oder auch nicht. Ein Großteil der EU-Korrespondenten gehört zur EU-Machtelite. Jede

geschriebene Geschichte trägt zur Meinungsbildung bei. Noch größer ist die Zahl der Themen, die nicht aufgegriffen werden. Das hat viele Gründe: Mal ist der Rechercheaufwand zu groß, mal sind es Denk- und Schreibverbote. Wer will sich vorwerfen lassen, »populistisch« zu sein, am Ende gar das doch verehrte Projekt Europa zu gefährden.

### Hoffungsanker Journalismus?

Traditionelle Medienvertreter gibt es viele in Brüssel. Offenbar ganz verschwunden ist die Gattung der sogenannten investigativen Journalisten. Beide Gruppen

ignorieren sich oder sind bestenfalls in gegenseitiger Abneigung verbunden. Groß sind ihre Berührungs-

ängste und Abgrenzungsbemühungen. Eher abschätzig als bewundernd wurde *Stern*-Reporter Hans-Martin Tillack während seiner Brüsseler Zeit unter Kollegen »die Ratte« genannt. Dank exklusiver Zugänge in das EU-Amt für Betrugsbekämpfung konnte er sich lange Zeit mit Insidergeschichten über Korruption und Misswirtschaft profilieren.

Jeder tummelt sich in seinem Biotop. Man duzt sich zwar, doch Trennendes herrscht vor. Dies war auch eine Erkenntnis einer kleinen Umfrage über Erwartungen an investigativen Journalismus, die ich unlängst bei Journalisten und Organisationen im Brüsseler Umfeld durchgeführt habe. Nebenbei: Meine kleinen, wohl allzu naiven Versuche, eine Brücke zwischen beiden Welten zu bauen, sind bisher kläglich gescheitert. Das ist bedauerlich: denn traditionelle Journalisten könnten von investigativ tätigen Kollegen einiges lernen, ihren Job neu zu erfinden.

Investigativer Journalismus wird zwar gelegentlich in Medienhäusern als ein Geschäftsmodell am Rande der klassischen Redaktion gesehen, um mehr Leser zu binden und Einnahmen zu generieren. Doch eigenständige Themensetzung und gründliche Recherche mit vielen Hintergrundgesprächen ist den meisten EU-Korrespondenten fremd.

Nicht erst in der Banken- und Schuldenkrise haben Regierungszentralen in Brüssel und Hauptstädten Denkverbote verhängt und damit auch die Berichterstattung gesteuert. Was wurde der

*In Brüssel haben offene und verdeckte Einflussversuche durch Regierungszentralen und Konzerne derzeit Hochkonjunktur.*

FDP-Vorsitzende Philipp Rösler im Sommer dafür geprügelt, als er offen aussprach, was in den Regierungszentralen, wohl gemerkt off the record, längst en détail diskutiert wurde: dass wir uns auf einen Schuldenschnitt für Griechenland einstellen müssen, um den Staatsbankrott zu vermeiden.

Apropos Bubi Rösler, apropos Brüsseler Hinterzimmergespräche von Politik und Medien. Es sind nicht immer die armen Journalisten, denen Infos und

*In Brüssel ist es verpönt, über unangenehme Wahrheiten zu berichten. Besonders, wenn es um EU-Grundsatzfragen geht.*

Meinungen eingeblöbt werden. Ich erinnere mich, wie sich der frischgebackene Bundeswirtschaftsminister

und FDP-Vorsitzende von eingefleischten EU-Korrespondenten mehr als eine Stunde anhören musste, wie er Europapolitik im deutschen Interesse zu betreiben habe.

### **Einschwören auf die EU-Staatsräson**

In Brüssel ist es verpönt, über unangenehme Wahrheiten zu berichten. Besonders, wenn es um Grundsatzfragen der Europapolitik geht. Und dazu lässt sich alles erklären – ob nun der Beitritt einzelner Länder zur EU oder die Aufnahme in den Euro-Raum. Trotz vollmundiger Erklärungen, tausender Berichte und Delegationsreisen hat eine ernsthafte Prüfung von Beitrittsfähigkeit neuer Mitglieder offensichtlich niemals stattgefunden. Was politisch längst entschieden war, durfte nicht infrage gestellt werden.

Ähnlich wie heute – bei den Denk- und Schreibverboten im Blick auf den im Dollar- und Euroraum immer offensichtlicher betriebenen großen Schuldenschnitt durch Inflation – wurden Journalisten schon vor mehr als zehn Jahren darauf eingeschwo-ren, bloß nicht auf Gefahren der Erweiterung hinzuweisen. Wer das tat, galt nicht nur als dem nationalen Denken verhafteter Kleingeist, sondern auch als Brandstifter.

Jeder wusste vor Jahren: Nicht nur Griechenland, wohl auch Italien, Portugal und Belgien ist die Aufnahme in den Euroraum nur mit Tricks gelungen. Augen zu, hieß es, auch bei Journalisten in Brüssel. Auch beim EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien wussten alle, dass die Länder nicht reif sind. Und

doch hat die EU mit kräftiger medialer Unterstützung diese Vorhaben betrieben. Wehe den Journalisten, die kritische Fragen gestellt haben. Die wurden abgestraft, etwa nicht länger zu Hintergrundgesprächen oder Reisen eingeladen.

Fälle der Vorenthaltung von Informationen gegenüber Journalisten und von Journalisten gegenüber ihren Leser und Hörern, gibt es bei allen Themen, die das Projekt EU gefährden könnten. Also eigentlich bei allen. Vorangeschickt werden müsste allerdings noch, dass wohl noch mehr als 95 Prozent der Dinge, die in Brüssel beraten und entschieden werden, überhaupt nicht von den Medien wahrgenommen, schon gar nicht berichtet werden.

Das hat mit der chronischen Unterbesetzung des Korrespondentenplatzes Brüssel zu tun. Und mit der Kompliziertheit von vielen EU-Entscheidungen.

Hinzu kommt, dass oftmals die EU-Expertise langjähriger Brüsseler Korrespondenten und ihrer Fähigkeit zum genaueren Blick von ihren Zentralen gar nicht abgerufen wird. Immer häufiger müssen sich Korrespondenten zum Beispiel von ihrer Zentrale vorwerfen lassen, am Tropf der Kommission zu hängen. Ihre Karriere in Berlin und anderswo oder viel Platz in der Zeitung haben manche Journalisten eher dem Bedienen von zu Hause gehegten Klischees als einer differenzierten Sicht der Dinge zu verdanken.

### **Medien in der Euro-Krise**

Welche Rolle haben die Medien, insbesondere die EU-Berichterstattung aus Brüssel, bei der Euro-Krise im Jahr 2011 gespielt? So könnte der Titel einer großen Forschungsarbeit lauten, der sich Wissenschaftler in einigen Jahren in Kleinarbeit widmen. Mit folgenden Fragen etwa: Wo war die sogenannte vierte Gewalt, die Medien, als es darum ging, den langjährigen Irrsinn und die Gier auf den Märkten aufzudecken und Dummheit, Ohnmacht, Willfährigkeit von Politik und Verwaltungen zu benennen?

Jetzt entdecken auch traditionell staatstragende Blätter den Wahn, den sie jahrelang angebetet, zumindest wegen seiner großen Gewinne bewundert haben. Zum Beispiel: Eher im FAZ-Feuilleton als im Wirtschaftsteil finden wir erhellende Analysen und Kommentare zu Obszönität auf privaten Finanzmärkten und zu Sozialisierung ihrer Verluste. ■

*Hajo Friedrich berichtet als freier Korrespondent seit über 20 Jahren aus Brüssel, bis vor Kurzem auch für die FAZ.*



I-2012

# PODIUM **message**



## Pressefreiheit Ungarn

Wie die ungarische Politik auf die Medienfreiheit zugreift. Dokumentation eines unhaltbaren Zustands.



Fotos: UnAufgefordert.

- ▶ Die ungarische Regierung verweist gern auf die Medienpolitik anderer EU-Staaten, um sich zu rechtfertigen. S. 59
- ▶ Chronik von 20 Jahren ungarischer Medienpolitik S. 62
- ▶ Ein Besucherprotokoll: Ungarns Medien und die Behörden S. 651

# Presse-Knebel mitten in Europa

Die Übergriffe der ungarischen Politik auf die Medienfreiheit sind bislang einmalig in der Europäischen Union. *Message* dokumentiert die skandalösen Geschehnisse.

**U**nter den europäischen Staaten, die trotz formaler Demokratie die Medienfreiheit einschränken, ragt Ungarn heraus. Die dort regierenden Nationalkonservativen unter Ministerpräsident Viktor Orbán haben den Rundfunk unter ihre Kontrolle gebracht und versuchen nun Gleiches bei Presse und Onlinemedien.

Die Europäische Union agiert hilflos und konnte ihr gegen die freiheitlichen Prinzipien der Gemeinschaft agierendes Mitglied bislang nicht zur Raison bringen. Der internationale Protest gegen die Gängelung von Journalisten und den Umbau der Medien hält an.

Exklusiv für den deutschen Sprachraum veröffentlicht *Message* zwei aktuelle Analysen der ungarischen Wissenschaftler und Journalisten Mária Vásárhelyi und Pál Dániel Rényi. Sie untersuchen die Entwicklung der Pressefreiheit in Ungarn sowie die Argumentation der Befürworter des umstrittenen ungarischen Mediengesetzes.

Für ihre publizistischen Arbeiten erhielten Mária Vásárhelyi und Pál Dániel Rényi im Dezember vergangenen Jahres in Wien den »Press Freedom Award« von Reporter ohne Grenzen. *Message* dankt den Autoren für die Nachdruckerlaubnis sowie der Übersetzerin Judit Klein.

*Volker Lilienthal und Thomas Schnedler*



Demonstration für die Pressefreiheit in Ungarn Foto: UnAufgefördert

# Hinkende Vergleiche

Die ungarische Regierung rechtfertigt ihre umstrittenen Maßnahmen mit Verweisen auf die Medienpolitik anderer EU-Länder – und unterschlägt stets wichtige Unterschiede.

VON PÁL DÁNIEL RÉNYI (JOURNALIST UND SOZIOLOGE IN BUDAPEST)

In diesem Mediengesetz steht kein Absatz, der nicht in der Medienregulierung eines anderen EU-Landes stehen würde«, bekräftigte Ministerpräsident Viktor Orbán in einem Interview mit der Tageszeitung *Magyar Nemzet* (Ungarische Nation) vom 27. Dezember 2010. Das Gesetz wäre auch dann nicht »europäisch«, wenn der Ministerpräsident die Wahrheit gesagt hätte – er hat aber nicht die Wahrheit gesagt.

Das Parlament verabschiedete es, Staatspräsident Pál Schmitt unterschrieb es, und mit dem 1. Januar 2010 trat das international heftig umstrittene Gesetzespaket, das Gesetz über Medien und Massenkommunikation der neuesten ungarischen Demokratie, in Kraft. Am Ende des Jahres drückten neben westeuropäischen Zeitungen internationale Fach- und Zivilorganisationen ihren Protest aus, der von der Regierung am Anfang als Bagatelle dargestellt wurde. Nachdem Viktor Orbán im Hír TV (Nachrichten-TV) bekräftigt hatte, dass es »uns gar nicht einfällt, an dem Gesetz etwas zu ändern«, und sich die ungarische Regierung – auch wegen ihrer EU-Ratspräsidentschaft – immer größerer internationaler Aufmerksamkeit ausgesetzt sah, mussten die Zuständigen das Unerklärbare erklären.

Unerwartet traf die Aufgabe auch den Sprecher des Ministerpräsidenten, Peter Szijjártó, der sofort mit einem diploma-



Der Autor Pál Dániel Rényi bei der Verleihung des Press Freedom Award.

tischen Eigentor startete. Als Sprecher des Ministerpräsidenten watschte er den deutschen Regierungssprecher Steffen Seibert ab, der sich kritisch über das ungarische Mediengesetz geäußert hatte – was auch dann peinlich wäre, wenn die Regierung in erster Linie auf die Beruhigung der inländischen öffentlichen Meinung aus wäre und die diplomatischen Verstimmungen für zweitrangig hielt. Über diplomatische Kanäle begannen schon Mitte Dezember 2010 die Erklärungsversuche der ungarischen Regierung. Dafür verfertigte sie zwei

Dokumente, die im eigenen Land nicht veröffentlicht wurden. Beide sollten den vom Ministerpräsidenten behaupteten europäischen Geist des Gesetzes untermauern.

Das erste Argumentationspapier wurde noch vor der Verabschiedung des Gesetzes von einem Fachreferenten für internationale Beziehungen im von Tibor Navracsics geleiteteten Verwaltungs- und Justizministerium (KIM) verfasst und an Berichterstatter und Politiker der

Foto: Thomas Preis

EU verschickt. Am 30. Dezember veröffentlichte dann auch Péter Szijjártó auf seiner Homepage eine Stellungnahme, die wir ebenfalls als den offiziellen Standpunkt der Regierung ansehen können.

**D**as Ministerium (KIM) versucht zwanghaft, ähnliche internationale Beispiele aufzutreiben. Es bezieht sich auf die italienische Medienregulierung, obwohl doch Italien der einzige Mitgliedstaat der EU ist, in dem regelmäßig das Grundprinzip der Pressefreiheit verletzt wird. Nach der diesjährigen Analyse vom Freedom House und von anderen Fach- und Rechtsschutzorganisationen (Internationaler Journalistenverband, Reporters Without Borders) sichert Italien seinen Staatsbürgern nur teilweise die Durchsetzung der Pressefreiheit zu, manchmal weniger als einige sowjetische oder jugoslawische Nachfolgestaaten.

Die schlechte Beurteilung der Lage der Pressefreiheit in Italien wird nicht durch die dortigen strengen Gesetze ausgelöst. Freedom House untersucht das rechtliche und politische Umfeld und die Verflechtungen der politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen. Deshalb hat es Italien in erster Linie wegen des Machteinflusses des Mediencäsars und (ehemaligen) Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi auf die Medien des Landes verurteilt.

Während die italienische Medienaufsicht AGCOM nicht das Recht hat, von Fall zu Fall online oder gedruckte Inhalte zu untersuchen, besitzt die ungarische Medienbehörde NMHH dieses Recht sehr wohl. Wie NMHH ist auch AGCOM eine Organisation mit mehreren Zuständigkeiten, die auch für den Telekommunikations- und Nachrichtendienstemarkt gelten. Doch verglichen mit NMHH ist die italienische AGCOM eine richtig konvergente Behörde, in der der Telekommunikationsmarkt von einem

getrennten Fachgremium kontrolliert wird – bei NMHH laufen die Fäden von Medien und Telekommunikation hingegen in der Hand der Präsidentin zusammen.

Bis zur Bildung der ungarischen NMHH war AGCOM die mit den weitestgehenden Rechten versehene Aufsichtsbehörde innerhalb der EU. Doch nicht einmal die Delegierten von AGCOM bekamen ihre Mandate für neun Jahre. Die neun Delegierten – vom Senat und vom Haus der Abgeordneten ernannt – unterschreiben einen Vertrag für sieben Jahre.

## Verfassungswidrig in mehreren Punkten

Die Analyse des KIM-Ministeriums bietet zum Vergleich auch das portugiesische Mediengesetz an. Dieser Vergleich hinkt ebenfalls, denn im Statut der portugiesischen Medienbehörde, ERC genannt, steht eines im Vordergrund: Zur Aufgabe der Behörde gehören die Gewährleistung und die Sicherung der Pressefreiheit. Das – inzwischen aufgelöste – ungarische Institut für Angewandte Kommunikationsforschung (ATKI – Alkalmazott Kommunikációtudományi Intézet) beschrieb in einer Studie präzise, dass ERC »die Möglichkeit des Ausdrucks und der Konfrontation unterschiedlicher Ansichten sichert«. Dafür bürgen aber nicht nur die fünf vom Parlament gewählten Delegierten, sondern unter anderen auch Journalisten, die Medieninhaber, die Werbebranche, kulturelle und gesellschaftliche Organisationen und Verbraucherschützer. Zusammen bilden sie das Gremium zur Entscheidungsvorbereitung, die sogenannte Beratungsorganisation.

Die französische Medienaufsichtsbehörde CSA wird ebenfalls in den ungarischen Dokumenten angeführt.

Das Ministerium und die Website der Regierungspartei Fidesz behaupten, dass die Aufsichtsrechte der CSA auch Inhalte der Onlinepresse umfassen würden. Das ist aber eine Lüge. Die ungarischen Verteidiger des Gesetzes phantasieren oder beziehen sich auf das HADOPI-Gesetz aus dem Jahre 2009. Dieses Gesetz führte zur Gründung der Haute Autorité pour la diffusion des oeuvres et la protection des droits sur l'Internet, also einer Behörde, die vor allem gegen Urheberrechtsverletzungen im Internet vorgehen soll. Das ist aber nicht die CSA.

Das ungarische Verwaltungs- und Justizministerium KIM erwähnt als Beispiel auch das rechtliche Umfeld der slowenischen Medienregelung. Diese Parallele ist legitim in dem Maße, dass die zuständige slowenische Behörde tatsächlich Kontrollbefugnisse über einige Presseprodukte hat. Das rührt aber – wie aus der Studie von ATKI klar wird – aus dem unterentwickelten slowenischen Rechtssystem. »Das slowenische Mediengesetz«, so die Studie, »schreibt als allgemeine Verpflichtung weder für die gedruckten noch für die elektronischen Medien vor, vielseitige, sachliche, ausgeglichene Informationen anzubieten.« Es legt somit nicht einmal dem Fernsehen oder Hörfunk eine inhaltliche Verpflichtung auf.

Man kann es nicht oft genug niederschreiben, dass dies grundlegende Freiheitsrechte verletzt, in mehreren Punkten verfassungswidrig ist und dass darauf nur eine politische Antwort gegeben werden kann.

**D**as andere, von der Regierung veröffentlichte Dokument, das die Unterschrift von Péter Szijjártó trägt, proklamiert tapfer die Ansichten der Regierung über Öffentlichkeit und Pressefreiheit. Szijjártó, Sprecher von Ministerpräsident Viktor Orbán, erklärt: »Es geht nicht um die einheitliche Regelung der

gedruckten und der Internetpresse, des Fernsehens und Hörfunks. Die Vorschriften über die Letzteren entsprechen den Regelungsnormen der EU, die Ersteren verfügen nur über einige Verpflichtungen, die in den Gesetzen von fast jedem europäischen Land auftauchen. Wer will in Zweifel ziehen, dass die Menschenwürde, der Schutz der Privatsphäre, der Verbot der Hassrede oder der Schutz von Kindern wichtige allgemeine Gesichtspunkte sind, zum Schutz derer auch die Presse begrenzt werden kann?»

**S**zjártó hat aber Recht in dem Punkt, dass über die gedruckte und die Internetpresse in der Rechtsordnung jedes EU-Landes entsprechende Absätze stehen. Er vergisst aber hinzuzufügen, dass keines der EU-Länder dazu eigene Rechtsnormen kreiert und die Einhaltung dieser von einem surrealen Gremium erwartet, das mit Parteidelegierten besetzt wird, sondern die Beurteilung von Beanstandungen im Gegenteil unabhängigen Gerichten überlässt. Die Position der Regierung – ähnlich der früher verabschiedeten Medienverfassung – vermischt, nicht besonders elegant, aber konsequent, die Erwartungen gegenüber den audiovisuellen Dienstleistern einerseits und der gedruckten und der Internetpresse als Foren der freien Meinungsäußerung andererseits. Die Notwendigkeit zur Unterscheidung ergibt sich schon daraus, dass die audiovisuellen Dienstleister auf einmal größere Bevölkerungsgruppen erreichen können und dass sie eine suggestive Wirkung haben.

Die ungarische Regierung geht für alle Medien ohne Unterscheidung davon aus, »dass bestimmte, grundlegende, eng interpretierte, das Gemeinwohl in den Vordergrund stellende, die demokratische Öffentlichkeit nicht einengende Grenzen gegenüber jedweden Medieninhalten erlaubt sind«. Hier

möchten wir entgegnen, dass man natürlich auch so argumentieren kann. Dann aber bewegen wir uns im Grenzgebiet von Moldawien.

**M**an darf etwas oder man darf es nicht – es gibt kein »man darf ein bisschen«. Hier aber eignet sich die Macht das Recht an, darüber zu entscheiden, was als »begründete Einengung« der Pressefreiheit angesehen wird. »In dem Mediengesetz geht es nicht um die Pressefreiheit. Es geht um die Sicherung der Menschenwürde und den Schutz unserer Kinder. Jedes europäische Land macht es genauso, ganz zu schweigen von den USA, wo nicht einmal die Hälfte auf den Bildschirmen und in den Zeitungen dessen passieren könnte, was bei uns regelmäßig passiert«, erklärte Ministerpräsident Orban in dem schon erwähnten Interview in *Magyar Nemzet*.

## Sanktionen nicht definiert

Die ungarische Medienbehörde darf im Falle einer nicht genau definierten starken Rechtsverletzung die übertragenden Sender dazu verpflichten, den beanstandeten Inhalt auszusetzen, oder sie kann eine Internetseite abschalten lassen. Bei der Feststellung der Rechtsverletzung darf die Behörde willkürlich das Gesetz interpretieren. Schon das ist Beweis genug, dass die Beruhigungsformeln der Regierung ungläubwürdig sind, auch wenn wir annehmen, dass die Vorgesetzten der Behörde guten Glaubens sind.

Ohne Beispiel in Europa sind auch die in Ungarn festgeschriebenen Rechte für die Kommunikations- und Medienbeauftragten. Ähnliche Beauftragte gibt es zwar in den finnischen und irischen Medienbehörden.

Dort kann es aber nicht vorkommen, dass der Beauftragte auch in den Fällen, die mit der Medienbehörde nicht im Zusammenhang stehen, das Recht hat, in anderen Behörden und in Redaktionen Untersuchungen durchzuführen. Erst recht ist in Finnland und Irland nicht vorgesehen, dass der Beauftragte die Herausgabe von als geheim eingestuften Dokumenten verlangen kann und dass im Falle der Weigerung die Behörde eine Strafe von 50 Millionen Forint (rund 164.000 Euro) verhängen kann. Bei uns aber besteht dazu die Möglichkeit.

Es gibt keinen europäischen Präzedenzfall dafür, dass eine Medienbehörde wie die ungarische die Aufsicht über Redaktionen ausübt. Man kann diese Eingriffsrechte einer Behörde schwerlich als europäisch bezeichnen.

Das vom Ministerium KIM herausgegebene Dokument argumentiert damit, dass auch woanders Strafen gegen Medien verhängt werden können, schweigt sich aber darüber aus, dass es in anderen Ländern Strafen sind, die von der Behörde – aufgrund ihrer Befugnis – ausschließlich audiovisuellen Medien auferlegt werden können. Nur in Ungarn hat der Staat die Möglichkeit, auch die gedruckte oder die Internetpresse allein wegen eines »schlechten« Satzes zu bestrafen. Bei den Pressemedien beträgt die Strafobergrenze 25 Millionen Forint (rund 82.000 Euro), eine Drohung, die nach unserer Auffassung hoch genug ist, die politische Meinungsäußerung einzuengen und die freie demokratische Öffentlichkeit unmöglich zu machen.

**D**ie Regierungsanalysen schweigen sich aus über das bedrohlichste Element des Gesetzes überhaupt. Die Behörde formuliert nicht nur die Kriterien der »regelmäßigen« Meinungsäußerung nicht, sondern benennt auch das höchste Maß der Sanktionen und der verschiedenen Rechtsverletzungen nicht klar.

Das Gesetz ordnet den verschiedenen Typen der Rechtsverletzungen keine Strafmaßnahmen zu, sondern bestimmt nur das Maximum. Es umschreibt nicht, nach welchen Kriterien eine Rechtsverletzung als ernst betrachtet werden muss. Die Regel besagt nur so viel, als dass die Behörde nur nach mehrfachen Verletzungen berechtigt ist, Strafen zu erlassen – also darf sie schon

im Wiederholungsfall so stark auftreten, wie sie will.

Für die Normalisierung des gesellschaftlichen und politischen Diskurses ist es irrelevant, ob die Behörde von diesen brutalen Rechten Gebrauch macht, und wenn ja, dann wann und wo, oder ob sie nichts tut. Der ungarischen Öffentlichkeit wurde ein Gesetz verpasst, das nur schwer rückgängig

gemacht werden kann und dessen schädliche Konsequenzen nicht unterschätzt werden dürfen. ■

*Dieser Text erschien erstmals am 6. Januar 2011 im ungarischen Wochenmagazin Magyar Narancs und wurde im Dezember 2011 mit dem Press Freedom Award von Reporter*

*ohne Grenzen ausgezeichnet.*

*Übersetzung: Judit Klein*

# Chronik der Entwicklung

Wie die Pressefreiheit in Ungarn zugrunde ging – ein Rückblick auf 20 Jahre Medienpolitik eines demokratischen Staates.

VON MÁRIA VÁSÁRHELYI (KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLERIN AN DER UNGARISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN IN BUDAPEST)

Die Pressefreiheit starb zuerst in den Seelen. Nicht am Tag, als das ungarische Mediengesetz verabschiedet wurde, nicht als es in Kraft trat, sondern viel früher, irgendwann in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Die machtpolitischen Angriffe auf die freien und unabhängigen Medien sind fast ebenso alt wie die dritte Ungarische Republik; das jüngst verabschiedete Mediengesetz schließt eine 20-jährige kriegerische Zeitepoche ab, die mit der totalen Niederlage der Pressefreiheit endete. Die Bestrebungen zur Zerschlagung der demokratischen Öffentlichkeit, zur Beseitigung der freien Information, zur Zerrüttung der fachlich-moralischen Normen des Journalismus, zur Einschüchterung und zur Aushöhlung des journalistischen Berufsstands begannen gleich nach der Bildung des ersten frei gewählten Parlaments. Es steht zwar außer Frage, dass sich die ungarische

Medienwelt in den letzten 20 Jahren grundlegend geändert hat und einige Inseln der Freiheit auch heute noch existieren. Die Keime dessen, was heutzutage auf diesem Gebiet passiert, waren jedoch schon am Anfang der Wende sichtbar.

Die Massenkommunikation spielte ohne Zweifel eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung der politischen Wende; es ist kein Zufall, dass die zwei Jahre des Überganges, von 1988 bis 1990, als die freieste und progressivste Zeit in der Geschichte der ungarischen Presse gelten. In diesen Jahren war das Prestige der Medien am höchsten, die Menschen vertrauten den Massenmedien und spürten am stärksten, dass die Presse für sie da ist. Für die Medien und das Publikum war geradezu greifbar, wie aus den Mauern der Zensur und der

zentralen Presseleitung die Steine Stück für Stück herausbrachen, wie sich der Horizont der Öffentlichkeit weitete, wie man sich durch immer mehr Quellen über immer mehr Themen ehrlich und offen informieren konnte. Es verging kaum ein Tag, an dem kein neues Presseorgan gegründet worden wäre – und das immer differenziertere Angebot deckte fast das gesamte Spektrum der politisch-ideologischen Richtungen ab.

Etwa gleichzeitig begann die Privatisierung des Pressemarktes und die Mehrheit der etablierten, politischen Tageszeitungen wurde von ausländischen Investoren aufgekauft. Die meisten regionalen Tageszeitungen wurden von der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), dem Erben der Staatspartei, unter bis zum heutigen Tag ungeklärten Umständen an ausländische Investoren verkauft, aber auch die Mehrheit der landesweit erschei-

nenden Zeitungen ging an Ausländer. Auch wenn die Einzelheiten im Dunkel der Vergangenheit verloren gingen, so wissen wir heute, dass die eilends abgewickelte Privatisierung und die dadurch entstandene Eigentümerstruktur eine wichtige Rolle dabei spielten, dass die Medien in den vergangenen zwanzig Jahren immer weniger fähig waren, als Kontrolleure der Macht zu dienen. Den vor allem an Profitmaximierung interessierten ausländischen Investoren waren gute Beziehungen mit dem Staat und das rentable Funktionieren viel wichtiger als die demokratische Öffentlichkeit und der Zustand der Pressefreiheit in Ungarn.

**D**ie Mitarbeiter jener Medien, die während der politischen Wende eine wichtige Rolle gespielt hatten, genossen das berausende Gefühl der Freiheit und Unabhängigkeit nicht sehr lange. Gleich nach der Wahl des ersten freien Parlamentes begann der Medienkrieg, der bis vor kurzem andauerte. Es ist schwer zu bestreiten, dass in den Jahren nach der Wende – teils wegen des Erbes der Vergangenheit und teils wegen der Eigenheiten der Branche – die linken und liberalen Medien die Mehrheit bildeten. Und die erste frei gewählte Regierung unter der Leitung von Ministerpräsident József Antall musste erfahren, dass die Presse ungeduldig und mit wenig Verständnis die oft übermenschliche Kräfte verlangenden Systemänderungen beobachtete und kommentierte. Die Mittel aber, die die konservative Regierung seinerzeit für die Herstellung einer aus ihrer Sicht fairen Berichterstattung einsetzte, waren inakzeptabel und stellten sich als kontraproduktiv heraus.

»Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen zu Medien der Koalition gemacht werden, wir müssen alle Positionen mit unseren Leuten besetzen«, schrieb



Foto: Thomas Preiss

Die Autorin Mária Vársárhelyi bei der Verleihung des Press Freedom Award.

Imre Kónya, der Fraktionsvorsitzende der größten Regierungspartei in einem Aufsatz, der am 24. August 1991 veröffentlicht wurde. »Im Ungarischen Hörfunk und im Ungarischen Fernsehen muss man für Ordnung sorgen.

### »Jedweder Druck ist erlaubt«

Man muss – gegebenenfalls auch mit Polizeikraft – die Intendanten und ihre Leute entfernen; (...) jede administrative Maßnahme, jedweder Druck ist erlaubt...«, feuerte ein Jahr später ein anderes Fraktionsmitglied, István Csurka, die Koalitionsregierung an. »Gesunde Kinder vom Lande müssen ins Radio und Fernsehen« – diesen nicht besonders hochtrabenden Befehl gab Péter Boross, zweiter Ministerpräsident der Dritten Ungarischen Republik.

Den Worten folgten Taten. Zuerst versuchten sie durch Budget-Kürzungen das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu gängeln, einige Monate später wurden der rechtmäßig gewählte Fernsehpräsident und die Intendanten mit polizeilicher Unterstützung aus dem Gebäude der

öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt MTV (Magyar Televízió, dt.: Ungarisches Fernsehen) geleitet. Darauf folgten Drohungen und Schikanen. Das Ergebnis war, dass die Präsidenten der öffentlich-rechtlichen Medien abdankten und eine politische Säuberung in beiden Institutionen begann. Die leitenden Mitarbeiter von MTV wurden binnen weniger Wochen ausgetauscht – und im Hörfunk feuerte man an einem Tag 164 als links-liberal verbuchte Journalisten.

**Z**war investierte die Regierung ihre meiste Energie in die elektronischen Medien, unternahm aber auch einige gewaltsame, letztlich fehlgeschlagene Versuche auf dem Markt der gedruckten Presse, um eine »Gleichgewichtssituation« herzustellen. Neben dem politisch manipulierten Versuch, die Tageszeitung *Magyar Nemzet* (Ungarische Nation), die zur Zeit der Wende höchstes Prestige genoss, zu privatisieren, starteten die Regierungsparteien einen Versuch zur Übernahme der Tageszeitungen *Pesti Hírlap* (Pester Journal) und *Új Magyarorszag* (Neues Ungarn) aus Steuergeldern, aber die Gründung der Parteipresse wurde ein Fehlschlag.

In der vernichtenden Wahlniederlage der konservativen Partei MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) im Jahr 1994 spielte die Medienpolitik der Partei eine wichtige Rolle. Die Attacken gegen die Pressefreiheit schlugen fehl in einer Gesellschaft und bei Journalisten, die für die Werte der Demokratie und Freiheit empfänglich waren. Gleichwohl wurden der demokratischen Öffentlichkeit in dieser Zeit die ersten tiefen Wunden zugefügt.

Ein weiterer Schlag für die Anhänger der demokratischen Öffentlichkeit war die Verteilung der landesweiten Fernsehfrequenzen. Die ungarische Medienaufsicht ORTT (Országos Rádió és Televízió Testület), die immer mehr zu ihrer eigenen Parodie wurde, ignorierte die eigenen Ausschreibungskriterien, ließ das Gesetz außer Acht und vergab die Lizenz zur Programmausstrahlung nicht an den besten Bewerber, sondern an zwei Gesellschaften, deren eingereichte Materialien viele Schwachpunkte hatten. So konnte in Ungarn ein kommerzielles Fernsehen etabliert werden, das an die schlimmsten Traditionen des Privatfernsehens anknüpfte. Und 2009 wiederholte sich das Szenario bei der Evaluation der Vergabe der kommerziellen Radiofrequenzen.

Der Sieg der nationalkonservativen Partei FIDESZ eröffnete 1998 ein neues Kapitel im Medienkrieg. Die Partei begann sofort mit der Umstrukturierung der Medienlandschaft und machte klar, dass sie sich nicht einmal von den radikalsten Mitteln abschrecken lässt, um mehr Einfluss auf dem Markt zu gewinnen und der kritischen Presse Ordnung beizubringen. Eine rücksichtslose politische Säuberung setzte erneut ein. Die Regierung begann, ein eigenes Medienimperium aufzubauen, mit verschiedenen Eingriffen wie dem Stehlen des Medienportfolios der Postbank

oder der zentralen Parteikontrolle über die Werbeausgaben öffentlicher Unternehmen. Daneben startete sie einen Feldzug gegen die nicht-regierungsfreundliche Presse.

## Feldzüge und Schmähkampagnen

Die ungarische Journalistengemeinde teilte sich binnen kurzer Zeit in zwei verfeindete Gruppen auf. Das sich mit Vorliebe als bürgerlich bezeichnende rechte Lager startete beispiellose Schmähkampagnen gegen die eigenen Kollegen, gegen die Leiter der links-liberalen Presse – in einem Stil, den sich nur die Presse der schlimmsten Systeme der ungarischen Pfeilkreuzler oder der Kommunisten erlaubte. Das von FIDESZ erbaute Medienimperium fügte der ungarischen Demokratie nicht nur dadurch unermesslichen Schaden zu, dass es die Medienverhältnisse vollkommen verunstaltete, sondern auch dadurch, dass es die Sprache der Rechtsextremen in den rechten Mainstream-Medien hoffähig machte. Die von FIDESZ aufgebaute Medienwelt hat nichts mit der demokratischen Presse zu tun: Sie funktioniert wie die Presse einer Staatspartei, als Forum der Parteipropaganda, als Nachrichtenheft der Partei, das die ideologische Richtung vorgibt, als die Faust der Partei, die auf die Gegner zeigt und sie zerschmettert.

Wenn wir die Änderungen der Medienpolitik der letzten 20 Jahre analysieren, dann ist klar, dass die wichtigsten Fälle – insbesondere die Verabschiedung des Mediengesetzes, die Privatisierung der Fernseh- und Radiofrequenzen oder die Wahl der Präsidenten der Aufsichtsgremien – nur im Zusammenspiel mit den Sozialisten, den Liberalen und den Rechten erreicht werden konnten.

Hinter dem Zusammenwirken von FIDESZ und den Sozialisten im Bereich der Medienangelegenheiten steht neben einer ähnlichen Auffassung über die Medienregulierung auch der grundlegende Hass auf liberale und unabhängige Medien. Während aber die Sozialisten, wenn auch erzwungen und manchmal mit listigen Tricks, akzeptierten, dass sie in der Demokratie mit autonomen Medien zusammenleben müssen, tat FIDESZ schon während ihrer ersten Regierungsperiode alles, um die demokratische Öffentlichkeit zu verstümmeln, um die Mitarbeiter der Presse einzuschüchtern und die mit der Partei nicht sympathisierenden Organe unmöglich zu machen.

In der Zeit zwischen 1998 und 2002 lernte die linksliberale Presse viel. Sie lernten vor allem, sich vor Viktor Orbán, dem FIDESZ-Chef, zu fürchten. Unbarmherzig wurde ihnen klar gemacht, dass nicht nur ihr Marktanteil, sondern auch ihre Existenz auf der Kippe steht, wenn sie zu oft am Bart des Löwen ziehen. Die kommerziellen Medien flüchteten sich aus den gefährlichen Gewässern der Politik, sie verbannten ihre Pflichtprogramme mit öffentlich-rechtlichem Inhalt in die unsichtbaren Sparten, und den Platz der Politik übernahm der Boulevard.

Im Jahr 2010, als Viktor Orbán nach acht Jahren als Oppositionsführer im ungarischen Parlament bei der Wahl eine Zwei-Drittel-Mehrheit errang, machten wirtschaftliche Abhängigkeiten und Angst die Gemeinschaft der ungarischen Journalisten zu einer zerfallenden Truppe, die ihre elementaren, eigenen Interessen nicht vertreten konnte und unfähig zur Solidarität war. Die internationale Empörung über das neue Mediengesetz kaschierte nur für eine kurze Zeit die tiefe Krise der demokratischen Medien in Ungarn.

**E**s ist eine optische Täuschung, wenn wir glauben, dass der Skandal um dieses Gesetz eine ungarische Sache ist. Die Verabschiedung des Gesetzes ist ein Skandal in Europa, in Amerika und in den internationalen Journalisten-Organisationen – aber kein Skandal in Ungarn. Während anderswo gegen das Gesetz protestiert wurde, assistierten die ungarischen Medien der eigenen Entrechtung. Als gegen die Verabschiedung des Gesetzes mit einem leeren Titelblatt protestiert werden sollte, schlossen sich zunächst nur acht Zeitungen von den über 100 in Ungarn an. Die größten stiegen noch aus, und so erschienen nur sechs Namen unter einer Anzeige, als Dank der »unga-

rischen Medien« an die 99 ausländischen Redaktionen, Nachrichtenagenturen, Verlage und Journalistenorganisationen, die ihre Solidarität bekundet hatten.

**D**as Bild ist niederschmetternd! Der größte Teil der Verleger und der Redaktionen fand diese Form des Protestes gegen den ihnen aufgezwungenen Maulkorb zu riskant. Ein Teil der Akteure der ungarischen Medien-Öffentlichkeit applaudiert sogar lautstark, ein anderer Teil leidet stumm, die Mehrheit jedoch nimmt es gleichgültig hin, dass ihnen nun per Gesetz das konstitutionelle Recht auf die freie Rede und Meinungsäußerung genommen wird. Die freie Presse in Ungarn

starb, als in die meisten Redaktionen die Angst einzog. Das war nicht gestern oder vorgestern, sondern fing vor einem Jahrzehnt an. Jetzt ist der Krieg vorbei. „Die Pressefreiheit, meine lieben Freunde, ist nicht nur einfach ein verfassungsrechtlicher Zustand, sondern ein solcher verfassungsrechtlicher Zustand, der von freien Bürgern geschaffen wird.“ Dies schrieb der ungarische Schriftsteller Péter Nádas 1998 – und nichts kann den Wahrheitsgehalt dieser Bemerkung besser beweisen als der deprimierende Zustand der ungarischen Presse heute. ■

*Der Text erschien am 28. Januar 2011 in der ungarischen Zeitschrift Élet És Irodalom unter dem Titel »A hábonúrák vége«. / Übersetzung: Judit Klein*

## UNGARNS MEDIEN UND DIE BEHÖRDEN – EIN PROTOKOLL

»Es war eine Minute für die Hoffnung. Die Hoffnung, dass die Normalität wieder zurückkehren könne«, erinnert sich Attila Mong. Der ungarische Journalist moderierte bis Dezember 2010 die Morgensendung »180 Minuten« für den öffentlich-rechtlichen Sender MRI-Kossuth Rádió in Budapest. Als das neue Mediengesetz im ungarischen Parlament verabschiedet wurde, legte er eine Schweigeminute während seiner Live-Sendung ein. Es sei ein symbolischer Akt gewesen, um die Menschen auf die Veränderungen aufmerksam zu machen, so Mong.

Der Moderator und sein Programmleiter wurden daraufhin sofort suspendiert. Die eingeleiteten juristischen Verfahren verliefen zwar ergebnislos, doch Mong auf ein Jahr befristeter Vertrag wurde nicht verlängert. Auch sein ehemaliger Programmleiter musste wenig später seinen Platz räumen. Attila Mong spricht von einer durch die Medienbehörde geschürten Furcht unter den Journalisten. Niemand wolle seine Arbeit verlieren und kein Medienunternehmen seine Existenzgrundlage durch eine Strafe gefährden.

Dr. György Ocskó, juristischer Sachverständiger der Medienbehörde NMHH, kann eine etwaige Angst von Journalisten nicht verstehen. Es habe bisher keine Verurteilungen durch seine Behörde aufgrund der vom Mediengesetz vorgeschriebenen Standards gegeben, bis auf eine Strafe gegen eine Reality-Show. Ocskó gibt aber zu, dass einige Begrifflichkeiten des Gesetzes schwer zu interpretieren seien: »Es ist nicht leicht zu entscheiden, was ausgewogen ist«. Man halte sich in diesem Punkt jedoch an ein ungeschriebenes Gesetz, das auch allen Medienschaffenden im Land bekannt sei. Demnach sollen sowohl die

Regierung, die Regierungspartei als auch die Opposition etwa ein Drittel der Sendezeit in den Nachrichten erhalten.

András Plauschin ist beim ungarischen Medienrat im Bereich der Nachrichtenkontrolle beschäftigt. Er achte bei seiner Arbeit zum einen darauf, dass der durch Artikel 38 des Gesetzes festgelegte Mindestanteil an Nachrichtenprogrammen durch die Sender ausgestrahlt werde, erklärt er. Zum anderen kontrolliere er, dass keine Nachrichten gebracht würden, die nicht der »demokratischen Meinungsbildung« dienen. Zudem dürfe der Anteil der Berichterstattung über Kriminalverbrechen nicht die vorgeschriebene Jahreshöchstquote von 20 Prozent der Nachrichtensendezeit überschreiten. Plauschin erläutert, dass auf diese Weise eine Boulevardisierung der Nachrichten verhindert werden solle.

Attila Mong hält dem entgegen, dass das Mediengesetz mit diesen Vorschriften gerade eine Tendenz zur Boulevardisierung der Nachrichten auslöse. Besonders die beiden großen privaten TV-Sender des Landes, RTL-Klub und TV2, wählten den einfachen Weg und brächten in ihren Nachrichtenprogrammen immer mehr Buntes, Geschichten über Prominente und Kriminalberichte. Dies führe dazu, dass viele Menschen das Interesse an der Politik verlören. Bestätigt wird das nach seinen Worten durch rückläufige Einschaltquoten bei den Nachrichten. Mong warnt: »Wenn Leute unpolitisch sind, kann eine starke Macht dies ausnutzen.« *Christian Meckelburg, Daniela-Sophie Michel, Caspar Schwietering, Leonard Wolckenhaar*

*Der Text erschien im November 2011 in UnAufgefordert, der Studierendenzzeitung der Humboldt-Universität Berlin.*

# PRESSERABATTE



Nicht bei uns.\*

[www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de)

\* nr-Medienkodex, §6:  
Journalisten verzichten auf jegliche Vorteilsnahme und Vergünstigung.

# Mit Weitsicht

Namhafte Publizisten erzählen in Message von ihren Vorbildern. Diesmal erinnert sich **Peter Scholl-Latour**, Urgestein des deutschen Journalismus, an seine Anfänge an der Seite des damaligen französischen Präsidenten Charles de Gaulle.

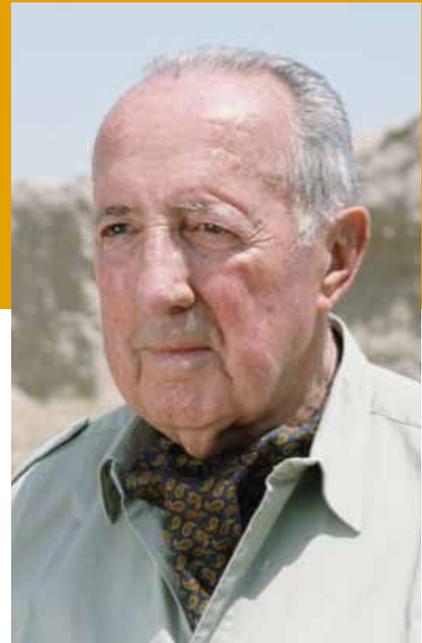


Foto: Ullstein Buchverlage

Mein Antrieb, Journalist zu werden, war der Wunsch, möglichst viel zu reisen – die Welt zu sehen und Menschen zu treffen. Karl Mays Beschreibungen von entfernten Ländern regten als Kind meine Fantasie an und ließen mich von Abenteuern träumen. Obwohl er selbst nie dort gewesen ist, sind beispielsweise seine Beschreibungen des Orients erstaunlich treffend. Karl May gehörte aber nie zu meinen Lieblingsautoren, geschweige denn zu meinen Vorbildern.

Vorbilder habe ich nämlich keine – sehr wohl aber Menschen, die ich schätze. Einer dieser Menschen ist Charles de Gaulle. Er war ein Mensch, der große und natürliche Würde ausstrahlte. Ich begleitete ihn als junger Journalist auf Reisen und erlebte ihn im Umgang mit Menschen. Was mich an ihm so sehr beeindruckte, waren sein politischer Mut, Entscheidungen zu treffen und seine Belesenheit. Er hatte Tugenden und Fähigkeiten, die vielen Journalisten gut zu Gesicht stehen würden.

Zwei Abschnitte aus seinem Leben, die ich nicht in unmittelbarer Nähe erlebt habe, sind mir in Erinnerung geblieben. Beispielhaft für seinen Mut war die Zeit, als sein Land von den Deutschen besetzt war. Trotzdem leite-

te er in dieser verzweifelten Situation Widerstand und rüttelte seine Mitbürger mit deutlichen Reden auf. Dazu gehört Rückgrat.

Beeindruckt hat mich aber auch eine spätere Episode seines Werdegangs. Zu Beginn seiner Zeit als Präsident hatte er eine schwierige politische Lage zu bewältigen. Der Algerienkrieg engte seinen Spielraum stark ein; der Widerstand gegen die französischen Armee in dem

»Vorbilder habe ich keine – sehr wohl aber Menschen, die ich schätze.«

nordafrikanischen Land, das damals noch offiziell zur Republik gehörte, war groß.

Im Januar 1960 drohte schließlich die Niederlage. Heftige Aufstände erschütterten das nordafrikanische Land. Die Moral der französischen Armee war am Boden, und das, obwohl sie eigentlich bereits die entscheidende Schlacht gewonnen hatten. De Gaulle musste nun die Aufstände klar verurteilen und einen Weg finden, die französische Armee ein

letztes Mal zu motivieren. Diese Radio- und Fernsehansprache war eine seiner besten Reden – durch sie verhinderte er, dass sich die Franzosen letztendlich in den Aufständen endgültig aufrieben.

Aber nicht nur das: Er hatte später die politische Weitsicht, den Algerienkrieg zu beenden. Das war angesichts der Ereignisse der vorangegangenen acht Jahre kein leichter Schritt, aber der einzige, der Frankreich aus der Starre holen konnte. Diese Entscheidung in ihrer historischen Dimension zu erkennen und zu treffen, erfordert ein ungeheures Maß an Weitsicht.

Ich habe mir keine Vorbilder oder Lehrmeister gesucht. Anfangs hatte ich nur meinen Traum, die Welt zu bereisen. Diesen Weg bin ich letztendlich gegangen und habe dabei einige wenige Menschen getroffen, deren Leistungen ich respektiere – und dazu gehört auch Charles de Gaulle. ■

# Ohne Gesicht

*Der Ghanaer Anas Aremeyaw Anas ist einer der berühmtesten Undercoverjournalisten und Star eines ganzen Kontinents. Sein Gesicht kennen nur wenige. »Die Presse am Sonntag« traf ihn in Kiew.*

VON EDUARD STEINER\*

**N**ein, gänzlich überrascht sei er damals nicht gewesen, sagt er. Um den außergewöhnlichen Moment aber verständlich zu machen, fragt er dann doch: »Was würden Sie tun, wenn Sie eines Morgens vom Präsidenten Ihres Landes angerufen und um Hilfe gebeten werden?« So geschehen im Frühjahr dieses Jahres im westafrikanischen Ghana. Der 33-jährige Anas Anas hatte noch nicht einmal gefrühstückt, als das Telefon klingelte. »Wir haben da ein Problem«, sagte Präsident John Evans Atta-Mills. Es gehe um den Hafen »Tema« an der Goldküste, wo offenbar ein Ring korrupter Beamter und Unternehmer Millionen von Dollars aus dem Im- und Export dem Staat entziehe. »Anas, könnten Sie uns helfen?!«

## Ein Anruf vom Präsidenten

Wie schon bei früheren Enthüllungen – etwa über die illegalen Ausfuhren von Kakao, dem neben Gold wichtigsten Exportprodukt Ghanas – ging er mit seinem sechsköpfigen Team inkognito der Sache auf den Grund. Schlüpfte undercover in die Rolle von Hafenangestellten. Und sammelte in einigen Monaten jenes Beweismaterial für seine Reportage, das den Ring auffliegen ließ. Die Verdächtigen kamen hinter Gitter. 200 Millionen Dollar hat der Staat seither an Mehreinnahmen aus dem Hafenhandel verzeichnet.

Dass Anas vom Anruf des Präsidenten, der seinen Beamten misstraute, also nicht überrascht war, muss nicht verwundern. In den 13 Jahren seiner Karriere ist man auf Anas nicht nur in Ghana, sondern in ganz Afrika und sogar darüber hinaus aufmerksam geworden. Nicht nur afrikanische Staaten oder etwa Indien

bedachten ihn mit Preisen. Ein Komitee – darunter Jimmy Carter, Kofi Annan und Desmond Tutu – überreichte ihm einen Menschenrechtspreis. Schließlich legte US-Präsident Barack Obama nach, der Anas auf seiner ersten Afrika-Reise 2009 »einen couragierten Journalisten« nannte, »der sein Leben riskiert, um die Wahrheit zu sagen«.

Anas ist der Star eines ganzen Kontinents. Und obwohl er durch Enthüllungen von Korruption und organisierter Kriminalität in aller Munde ist, kennt kaum jemand sein Gesicht. Tritt der studierte Jurist öffentlich auf, verhüllt er es hinter einer Maske.

## Dichtes Sicherheitssystem

Wir trafen Anas am Rande einer internationalen Konferenz für Investigativjournalismus in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Auch dort fehlte die Maske zum Schutz vor Fotografen nicht. Erst im Hotelzimmer gab Anas sein Gesicht frei. Unscheinbar wirkt es, sein ganzes Wesen eher zurückhaltend als forsch. Nichts verrät, dass der Sohn eines Militärs im Kampfsport trainiert ist. »Journalistische Geschichten sind immer riskant«, sagt er: »Und wenn du gegen die organisierte Kriminalität kämpfst, besonders.« Gefahren gelte es zu erkennen, bevor sie akut werden. Gemeinsam mit seiner Zeitung »New Crusading Guide« hat er daher ein dichtes Sicherheitssystem aufgebaut. »Beschützer sind immer in der Nähe. Mein Haus ist gut bewacht«, erklärt er. »Und du musst eben überlegen, wann du hinausgehen kannst und wann nicht.«

Die größte Kunst ist, in die Rolle anderer Menschen zu schlüpfen. So etwa für die Geschichte über Kinderprostitution, für deren Aufdeckung er als Hausmeister in Bordellen Bettwäsche wechselte und gebrauchte Kondome einsammelte. In einem

\* Nachdruck eines am 22. Oktober erschienenen Artikels mit freundlicher Genehmigung von »Die Presse«, Wien.



Gefängnis wiederum habe er als Pastor recherchiert, erzählt er. Sogar als Frau in einem Waisenhaus. Als Zuhälter. Oder als psychisch Kranker in einer Nervenklinik. Immer geht es um Menschenrechte. »In der Nervenklinik habe ich gesehen, wie Menschen misshandelt wurden«, erzählt er. »Ich habe lange Zeit heimlich gefilmt, wie Bedienstete Heroin und Kokain an die Patienten verkauft haben.« Der Effekt: Der Staat begann, die Kliniken zu inspizieren.

Anas ist nicht der Einzige, der in Afrika als Undercoverjournalist arbeitet. Aber er ist der Einzige, der den Weg konsequent seit dem 20. Lebensjahr geht und Geschichten in Größenordnungen anfasst, sodass die Reportagen von Kanälen wie BBC oder Al Jazeera weltweit ausgestrahlt werden.

Da große Kriminalität transnational spielt, ist Anas häufig auf dem ganzen Kontinent unterwegs. So etwa für die Geschichte über den Frauenhandel »Undercover Inside the Chinese Sex Mafia«. Als Barbediensteter eines Nobelhotels im Nadelstreifen sammelte er Beweise, dass chinesische Mädchen für 6.000 Dollar verkauft werden. Zwei Ringe chinesischer Frauenhändler flogen auf, drei Personen inklusive Bandenchef King James wurden zu insgesamt 42 Jahren Haft verurteilt.

### Der perfekte Beruf

»Was immer ich enthülle, es muss Konsequenzen haben«, erklärt Anas seinen Anspruch an Journalismus generell: »Naming, Shaming, Jailing.« Etwa bei Korruption sei es ja nicht so, dass Ghana viel tiefer im Sumpf stecke als andere Staaten. »Staatliche Institutionen neigen überall zur Korruption«, sagt Anas. »Wir glauben, dass sie gut arbeiten. Und wir haben sie mit Macht ausgestattet, auf uns zu schauen. Aber wer kontrolliert die Kontrolleure?«

Dass Anas sich unter Zwang sieht, Leute hinter Gitter zu bringen, wird von Branchenkollegen skeptisch gesehen. Auch, dass er zur Überführung von Straftätern sogar Mittel wie Bestechung oder Scheinidentität anwendet. »Ich konnte immer alles als Mittel zum Zweck beweisen und habe noch keinen Gerichtsprozess verloren«, entgegnet er.

Stattdessen hat ihm das US-State Department für die Aufdeckung des Frauenhandels den »Heroes Acting to End Modern-Day Slavery«-Award verliehen. »Extreme Schocktherapien gegen extreme Krankheiten«, sagt Anas gegen Ende des Gesprächs, ehe er sich auf den Weg zum Flugzeug Richtung Nigeria macht: »Ich habe einen perfekten Beruf.« ■

In seiner neuesten Undercover-Reportage von Ende November 2011 geht es Anas um Korruption: Im Sender Al Jazeera zeigt er, wie korrupte Beamte ein krankmachendes System illegaler Goldminen stützen.

*Eduard Steiner ist Korrespondent in Moskau für die österreichische Tageszeitung Die Presse.*



# Das Buch, das nicht

*Krupp-Legende Berthold Beitz engagierte den Journalisten Norbert F. Pötzl als Autor für seine Biografie, doch das Manuskript durfte nicht erscheinen. Pötzl überarbeitete alles und veröffentlichte unautorisiert.*

VON THOMAS SCHULER

**N**orbert F. Pötzl hätte gewarnt sein müssen: Als der Journalist 2001 ein Buch über den ehemaligen Chef des DDR-Staatsrats Erich Honecker recherchierte und dazu Berthold Beitz als Zeitzeugen befragte, empfand er das Gespräch als offen und »freimütig«. Beitz erzählte »lebhaft und anschaulich« von gemeinsamen Jagdausflügen in der Schorfheide, von Empfängen im Ost-Berliner Staatsratsgebäude, von opulenten gemeinsamen Festmahlen.

Das auf Tonband aufgezeichnete Gespräch dauerte etwa eine Stunde. Doch später wollte Beitz kaum etwas

davon autorisieren. Er strich fast alles und genehmigte zum Abdruck nur wenige, völlig neu formulierte Sätze. Pötzl

ärgerte sich: »Jedes gedruckte Wort, das ihn betrifft, scheint er unter allen denkbaren Aspekten so lange zu wägen, bis am Ende oft das Gegenteil von dem dasteht, was er im Interview ursprünglich gesagt hat.«

## Ein intimer Einblick

Im Interview boten die Schilderungen von Beitz »einen frappierenden Einblick, wie vertraut der westdeutsche Erzkapitalist und der ostdeutsche Oberkommunist miteinander umgingen«, wie sich Pötzl erinnert. Später behauptete Beitz dagegen, sein Verhältnis zu Honecker sei immer »distanziert« geblieben, »bei aller Freundlichkeit im Umgang miteinander«. Pötzl musste zusehen, wie Beitz farbige Details durch blutleere Floskeln ersetzte. Hätte er also nicht besser die Finger gelassen von weiteren Interviews mit Beitz? Eigentlich hätte ihm klar sein

müssen, dass Beitz kontrollieren und völlig umschreiben will, was über ihn geschrieben wird.

Aber Pötzl war fasziniert von Berthold Beitz – so sehr, dass er ihm vorschlug, über sein Leben ein Buch zu schreiben. Der 1913 geborene Beitz ist eine lebende Legende. Er hat Großes geleistet, indem er während der Nazi-Zeit im besetzten Polen Hunderte Juden rettete. Wie kommt ausgerechnet einer wie er dazu, die Leitung des Kanonenbauers des Kaisers und der Nazis zu übernehmen und wieder aufzubauen? Beitz hatte in Interviews und Porträts immer wieder darüber gesprochen. Aber es gab keine Darstellung, die alles anschaulich vereinte: die Erfahrungen im Krieg mit dem Aufbau von Krupp, den Einsatz für eine neue Ost-Politik mit seinem Einfluss auf die deutsche und internationale Politik. All das wollte Pötzl liefern: Wie der Judenretter in den fünfziger und sechziger Jahren aufsteigt und Hitlers ehemalige Waffenschmiede übernimmt und schließlich den iranischen Staat am Unternehmen beteiligt, wie ihn der letzte Krupp zu seinem Generalbevollmächtigten macht und Beitz damit lebenslang einer der mächtigsten Wirtschaftsbosse in Deutschland wird. Was aber wollte Beitz?

Es geht beim Autorisieren immer um Macht und Kontrolle. Wer darf bestimmen, wie die Öffentlichkeit eine Person sehen soll? Der Autor? Oder der, der beschrieben wird? Und wohin führt das, wenn der Beschriebene am Ende ein Veto einlegen darf gegen Formulierungen und Darstellungen, die ihm nicht gefallen? Führt das Wissen um eine drohende Endabnahme nicht zu ständigen Kompromissen, die bereits bei der Recherche beginnen? Und mit welchem Recht stellt sich der Autor als übergeordnete Instanz dar, obwohl er doch nur Ghostwriter ist? Erst im Nachhinein kann sich

*Und mit welchem Recht stellt sich der Autor als übergeordnete Instanz dar, obwohl er doch nur Ghostwriter ist?*

# erscheinen durfte

Pötzl eingestehen, dass er etwas versucht hat, was nicht möglich war: eine unabhängige Darstellung, obwohl ihm »schnell klar war, dass Beitz eine Heldendarstellung wollte«.

## »Bestellte Wahrheiten«

Die Entstehungsgeschichte der geplanten Biografie beschreibt Pötzl gegenüber *Message* wie folgt: Am 1. Oktober 2002 habe er erstmals mit Berthold Beitz über seinen Vorschlag gesprochen, als Ghostwriter seine Memoiren zu schreiben. Beitz war einverstanden; beide verabredeten sich für Anfang Januar 2003, um eine Woche gemeinsam in Bad Wörishofen zu verbringen. Dort überraschte Beitz Pötzl mit dem Hinweis, dass er es sich anders überlegt habe. Er wolle nun keine Autobiografie, sondern eine Biografie, deren Erscheinen allerdings von seiner Zustimmung abhängig sein solle. Pötzl sollte also dem Werk mit seinem Namen die Glaubwürdigkeit einer scheinbar unabhängigen, übergeordneten Instanz verleihen. Beitz wollte beides: die Glaubwürdigkeit von Pötzl, der sich beim *Spiegel* einen Namen als unabhängiger Journalist gemacht hat, und zugleich wollte Beitz die vollständige Kontrolle über das Skript.

Da Pötzl sich bereits intensiv auf die Gespräche mit Beitz vorbereitet hatte, willigte er ein. In Bad Wörishofen wie auch später bei Besuchen in Essen erzählte Beitz wieder »sehr freimütig« aus seinem Leben. Für die Nähe zu Beitz und für dessen Hilfe bei Arbeiten im Archiv bei Krupp und für die Vermittlung von Gesprächen mit Informanten akzeptierte Pötzl Einschränkungen bei der Recherche: »Beitz wachte darüber, dass ich nur mit von ihm vermittelten Weggefährten sprach und nur Dokumente aus dem Krupp-Archiv verwendete«. Der Journalist nahm es hin.

Anfang 2004 gab Pötzl sein fast fertiges Manuskript ab. Ihm war klar, dass Beitz selbst wenig liest und dem Rat seiner Tochter Susanne Henle vertraut. Es wunderte ihn nicht, dass sie mit ihm das Skript besprach. »Dabei gab es nur wenige marginale Einwände, die ich zu berücksichtigen versprach«, erinnert sich Pötzl. Danach traf er Beitz und dessen Frau noch einmal zu einem sehr freundlichen Gespräch. »Es gab also

noch keinerlei Anzeichen, dass er von der geplanten Biografie abzurücken gedachte.«

Doch im Mai 2004 ließ Beitz Pötzl überraschend mitteilen, dass er das Manuskript nicht zum Druck freigeben werde. Es gab ein letztes Gespräch mit Beitz bei einem gemeinsamen Mittagessen im Gästehaus der Villa Hügel am 15. Juni 2004. »Dabei wollte ich natürlich wissen, ob ihm die Qualität meines Textes nicht genüge, was er ausdrücklich verneinte. Gründe seiner Ablehnung wollte er mir jedoch nicht nennen.« In der formalen Kündigung des Vertragsverhältnisses schrieb er dann, er habe sich »aus übergeordneten Gesichtspunkten« dazu entschlossen.

Ein Vertrauter von Beitz äußerte Pötzl gegenüber, der Grund sei wahrscheinlich die Darstellung der Umstände bei der Fusion von Krupp und Thyssen. Damals hatte es auf Seiten von Thyssen böse Verletzungen durch Beitz gegeben, von denen Pötzl zwar wusste, die er aber ausklammerte. Stattdessen folgte er den Darstellungen der von Beitz vermittelten Gesprächspartner, mit denen Beitz offensichtlich eine Sprachregelung getroffen hatte. »Obwohl also mein Text keine Hinweise auf Zerwürfnisse enthielt, fürchtete Beitz vermutlich, dass auch die schöngefärbte Schilderung Diskussionen auslösen würde und alte Wunden aufgerissen werden könnten. Wie gesagt: Dies ist die Aussage jenes Vertrauten, die spekulativ, aber durchaus plausibel ist.«

Beitz selbst wolle seine Entscheidung gegenüber *Message* nicht begründen, heißt es in seinem Büro in der Krupp-Stiftung: »Herr Beitz selbst hat sich weder zur Kämpner-Biografie geäußert noch wird er sich zur

*Für die Nähe zu Beitz und für dessen Hilfe bei Archivarbeiten akzeptierte Pötzl Einschränkungen in der Recherche.*



Foto: Sabine Sauer

Norbert F. Pötzl bestellte Biografie Berthold Beitz wurde nicht autorisiert. Nach zeitintensiver Recherche erschien die Biografie nun im Herbst 2011.

Pötzl-Biografie äußern. Er bittet um Verständnis.«

Im Rückblick ist Pötzl klar geworden: Was er berichten sollte, waren »bestellte Wahrheiten«, wie er es im Prolog seines Buches formuliert. Pötzl hatte sich vertraglich gebunden, dass er im Falle der Nichtveröffentlichung aus den Gesprächen mit Beitz keine Zitate verwenden würde und keine Dokumente

»Die Konstellation war ein Glücksfall. Ohne den Versuch einer autorisierten Biografie wäre ich Beitz niemals so nahe gekommen.«

oder Quellen und Gesprächspartner, die Beitz ihm zugänglich gemacht hat. Normalerweise bedeutet eine

Absage bei so einer Abmachung das Ende eines Buchprojekts: Zumindest gingen Beitz und seine Berater in der Villa Hügel in Essen davon aus. Doch Pötzl gab sich nicht zufrieden mit der Entscheidung von Beitz.

### Neue Geschichtsschreibung im Falle Beitz

Ein ganzes Jahr später entschloss er sich, weiter zu recherchieren und suchte nun in Archiven nach Dingen, die Beitz nicht zugelassen hatte. »Ich wusste anfangs nicht, ob ich eine Biografie würde schreiben können ohne die mir von Beitz zugänglich gemachten Quellen, die ich aufgrund unserer Vereinbarung nicht verwenden durfte. Diese Sorge erwies sich jedoch als unbegründet, je länger ich recherchierte.«

Plötzlich erschien ihm vieles in einem neuen Licht: Es sei eine Legende, dass Beitz ein überaus erfolgreicher Wirtschaftsführer gewesen sei. Tatsächlich habe er den Weltkonzern Krupp wiederholt an den Rand des Abgrunds gesteuert. Eine Legende sei es auch, dass Krupp auf Beitz' Betreiben freiwillig und als erstes deutsches Unternehmen ehemaligen Zwangsarbeitern Entschädigungen gezahlt habe. In Wahrheit mussten Beitz, der die Verhandlungen führte, mühsam Almosen abgerungen werden, schreibt Pötzl.

Es liege auf der Hand, dass Beitz eine solche Darstellung nie geduldet und autorisiert hätte. Derselbe Mann, der im Krieg auf heldenhafte Weise Juden gerettet hat, pflegte anschließend einen seltsam unbekümmerten, auch geselligen Umgang mit alten Nazis. Derselbe Mann, der die Situation ausgebeuteter jüdischer Zwangsarbeiter aus eigenem Erleben kannte, speiste die ehemaligen Krupp-Zwangsarbeiter mit Almosen ab, weil Alfried Krupp nicht mehr zu zahlen

bereit war. Der gar zu freundschaftliche Umgang mit Erich Honecker sei Beitz im Nachhinein peinlich.

Pötzl hatte nun einen geschärften Blick dafür, wie Beitz Berichterstattung über sich und Krupp zu beeinflussen oder zu unterdrücken versuchte. In den siebziger Jahren hat Beitz den Historiker und Schriftsteller Golo Mann mit einer Biografie über Alfried Krupp beauftragt, den Beitz verehrt. (Alfried Krupp hat Beitz einst zu Krupp geholt.) Als Golo Mann den letzten Krupp als »ziemliche Null« beschrieb, durfte das Manuskript nicht erscheinen. Im Skandal um den Mord an der Prostituierten Rosemarie Nitribitt zahlte Krupp in den fünfziger Jahren auf Veranlassung von Beitz 50.000 Mark Schweigegeld an einen Bekannten der Prostituierten, damit nicht bekannt würde, dass Harald von Bohlen und Halbach, der jüngere Bruder des Firmeneigentümers Alfried Krupp, zu den Freiern zählte. Im Buch erwähnt Pötzl weitere Beispiele, wie Beitz unliebsame Veröffentlichungen verhinderte.

Sicherlich würde man im jetzt veröffentlichten Buch ein paar Sätze aus dem ersten Manuskript entdecken, sagt Pötzl; das meiste aber sei erst danach hinzugekommen. Finanziell musste er keine Verluste hinnehmen, denn Thyssen-Krupp hatte ihm im Auftrag von Beitz ein Ausfallhonorar gezahlt. »Im Grunde war die Konstellation, wie sie sich letzten Endes ergeben hat, für mich ein Glücksfall. Ohne den ersten Versuch einer autorisierten Biografie wäre ich Berthold Beitz niemals so nahe gekommen. Dieses Begreifen seiner Persönlichkeit kam mir bei dem jetzt veröffentlichten Werk zugute, ohne dass ich mich dafür in irgendeiner Weise verbiegen musste.«

Genutzt hat ihm das Archiv des *Spiegel*, wo er als stellvertretender Leiter für Sonderthemen verantwortlich ist. Geholfen hat ihm sicher auch, dass er sich in Sonderheften des *Spiegel* immer wieder mit Beitz und Krupp befassen konnte.

### Die autorisierte Biografie

Beitz hatte offenbar genaue Vorstellungen, wie ein Buch über ihn auszusehen hat, denn 2010 erschien eine Biografie des Journalisten Joachim Käppner, die ihm zusagte. Dass Beitz Einfluss nehmen will, deutet Käppner darin vorsichtig an, wenn er über Beitz und dessen »charismatische, kraftvolle Seite« schreibt. Diese Seite bestehe aus »Misstrauen und vor allem Verletzbarkeit«. Beitz reagiere auf öffentliche Kritik »mitunter mit einer Schärfe und Härte, die erstaunen

mag; und das gilt nicht allein für Kritik an Alfred Krupp, dessen Erbe er bis an sein Lebensende verwalten will.« Käppners Biografie sei autorisiert, bestätigt ein Mitarbeiter von Beitz. Das ist kurios, weil Beitz sie angeblich bis heute nicht gelesen hat. Aber der 98-Jährige lasse eben lesen – und habe zugestimmt. Pötzl sagt, Beitz habe Käppner offenbar auf ähnliche Art durch sein Leben und seine Kontakte geführt, wie er es erlebte. Die Darstellung beruhe im Wesentlichen auf den gleichen Informationen, die Beitz auch ihm zugänglich gemacht hatte.

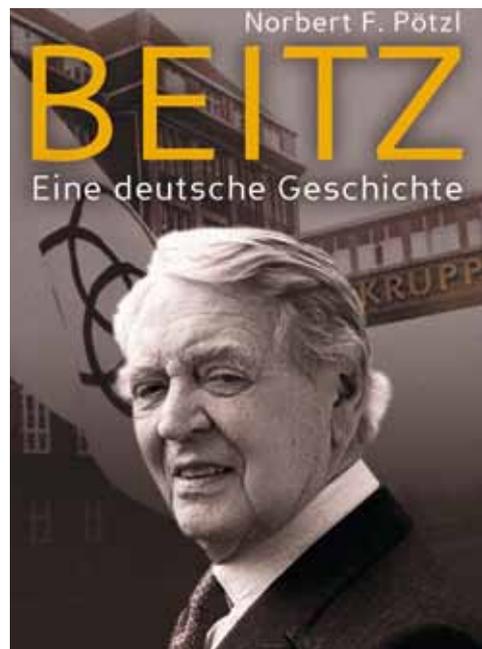
### Konstruierte Glaubwürdigkeit

Was ist das Besondere am Fall Pötzl? Dass mächtige Unternehmer Bücher in Auftrag geben und sich dann gegen das Erscheinen entscheiden, ist nichts Ungewöhnliches. 2004 erschienen zwei kritische Bücher über den Medienkonzern Bertelsmann und die Eigentümerfamilie Mohn. Eines davon, »Die Mohns«, stammt vom Autor dieser Zeilen, das andere von Hersch Fischler und Frank Böckelmann. Daraufhin hat der 2009 verstorbene Bertelsmann-Eigentümer Reinhard Mohn den Wirtschaftsjournalisten Michael Jungblut (ehemals Wirtschaftschef von *Zeit* und ZDF) beauftragt, die Geschichte seines Medienunternehmens Bertelsmann zu schreiben. Mohn erhoffte sich eine freundliche Darstellung.

Das Buch »Dann machen Sie mal« sollte nicht bei einem der Verlage von Bertelsmann, sondern beim Verlag Hoffmann & Campe erscheinen, damit das Buch unabhängig und glaubwürdig wirkt. Mohn stand Jungblut Rede und Antwort und machte Dokumente und Mitarbeiter zugänglich, sicherte sich aber das Recht, die Endfassung zu autorisieren. Als das 480 Seiten umfangreiche Skript fertig war, entschied Mohn sich gegen die Veröffentlichung. Das Buch war von Hoffmann & Campe bereits angekündigt, ist jedoch nie erschienen. Jungblut selbst sagt, er habe nie eine Begründung erhalten. Bei Bertelsmann werden hinter vorgehaltener Hand zwei Begründungen genannt. Die eine lautet, Jungblut habe Bertelsmann nicht positiv genug beschrieben. Die andere lautet: Jungblut habe die Verdienste der in Ungnade gefallenen Vorstandsvorsitzenden Mark Wössner und Thomas Middelhoff zu positiv geschildert. Jungblut fand sich damit ab, dass er gut bezahlt für den Papierkorb geschrieben hat. Sich auf die Autorisierung durch Mohn eingelassen zu haben, empfand er im Nachhinein als Fehler.

Genauso wenig wie Carol Felsenthal (siehe Kasten) fand Norbert F. Pötzl sich mit der Absage ab. Das, in Verbindung mit dem Umstand, dass Beitz ursprünglich mit ihm kooperiert hat, macht sein Vorgehen so ungewöhnlich. Beitz wurde von der Verlagsankündigung des Verlags Heyne überrascht. Seine Mitarbeiter versuchten, an das Skript zu kommen, um frühzeitig Verstöße gegen die Abmachung juristisch zu ahnden. Ohne Erfolg. Sie mussten das Buch im Handel kaufen und fanden keine Fehler, gegen die sie klagen konnten. Wenn sie in Hintergrundgesprächen von Pötzls Buch sprechen, dann schwingt Respekt mit: Beitz habe Pötzl als seriösen Journalisten kennengelernt und habe Verständnis für Pötzls Vorgehen. Allerdings habe man gehofft, dass Pötzl erst nach dem Tod von Beitz über ihn schreiben werde.

Großzügig verteilt man Lob: Pötzl verstehe sein Handwerk. Sehe man vom Prolog und vom Epilog ab, in dem Pötzl mit Beitz abrechnet, so sei es ein »schönes Buch« geworden, das Herrn Beitz gut zu Gesicht stehe. Das Lob bedeutet: Pötzl hat sorgfältig gearbeitet und so gut wie keine Fehler gemacht. Nichts Neues? Das Lob soll überdecken, dass Pötzl in seinem Buch



Oben: Für den Papierkorb geschrieben: Jungbluts Bertelsmann-Geschichte wurde zwar vom Verlag angekündigt, erschien jedoch nie. Unten: Pötzls unautorisierte Biografie.

eine Neueinschätzung der Person Beitz vornimmt, die seiner eigenen Darstellung in Interviews, Porträts und der 2010 erschienenen Biografie widerspricht.

Warum hat Pötzl dann die Ergebnisse seiner Recherchen nicht im *Spiegel* publiziert? Man habe über einen Auszug nachgedacht, schließlich aber davon abgesehen, weil es schwierig sei, die im Buch detailliert aufgefächerten Sachverhalte auf zwei Seiten angemessen wiederzugeben, sagt Pötzl. Was er nicht sagt: Ein Grund könnte auch sein, dass Pötzl sich mehrfach kritisch über seinen eigenen Arbeitgeber und dessen Rolle als Verteidiger von Beitz äußert. Das spricht für Pötzl, nicht aber für den *Spiegel*. So habe Rudolf Augstein, der mit Beitz befreundet gewesen sei, in seinem Blatt angeblich ein Buch von Willy Brandts Witwe verreißen lassen, weil die Autorin darin einen kritischen Beitrag über Beitz veröffentlichte. Augstein selbst habe in dem Interview Beitz Sicht der Dinge unkritisch ausgebreitet. So hätte ein Artikel über die Legenden von Beitz fast zwangsläufig die Komplizenschaft und Kritiklosigkeit von Augstein thematisieren müssen.

Pötzl und Beitz haben unterschiedliche Auffassungen, was seine Leistung betrifft: Pötzl schreibt, Krupp habe vor der Fusion mit Thyssen vor dem Ruin gestanden. Das wird in Essen als falsch zurückgewiesen. An anderer Stelle kritisiert Pötzl den übergroßen Einfluss von Beitz auf die Krupp-Stiftung, mit deren Hilfe Beitz das Unternehmen bis heute kontrolliert. In Essen verweist man darauf, dass dieser Einfluss gesetzlich erlaubt sei.

Nur bei der Ehrenpromotion der Universität Tübingen unterlief Pötzl ein Fehler: Wie im Anhang erwähnt, stützt er sich auf einen Artikel im *Schwäbischen Tagblatt*, der 2007 wenige Tage vor der geplanten Ehrung erschien. Beitz schlug die Ehrung im letzten Moment aus, weil er sich angeblich nicht ausreichend legitimiert fühlte. Pötzl sagt: »Wenn sie tatsächlich nicht stattgefunden hat, werde ich den Absatz in Nachauflagen streichen lassen.« Man hört eine gewisse Befriedigung, wenn er hinzufügt: »Zusammenfassend: Wenn Beitz und seine Höflinge nicht mehr vorzubringen haben, habe ich offensichtlich mit großer Sorgfalt gearbeitet.« ■

Thomas Schuler ist freier Journalist und lebt in München.



ANZEIGE

## Deutschlands ungenutzte Ressourcen.

»Im internationalen Wettbewerb können wir nur bestehen, wenn es uns gelingt, die Menschen in unserem Land besser zu qualifizieren und ihnen neue Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen.« Harald Christ

»Unsere Schulen produzieren zu viele Bildungsverlierer«, sagt Harald Christ. In seinem Buch *Deutschlands ungenutzte Ressourcen* fordert der sozialdemokratische Vordenker die Politik auf, endlich entschlossen gegenzusteuern – durch eine breit angelegte Zuwanderungspolitik und durch eine Bildungsoffensive.

»Harald Christ zeigt in seinem Buch eindrucksvoll, dass wir bei Bildung und Ausbildung, bei der Förderung von Innovationen und Spitzentechnologien die notwendigen Reformen noch nicht umgesetzt haben. Er mahnt zu Recht ein entschlossenes Handeln jenseits der föderalen Bildungsbürokratie an.« Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D.

Harald Christ:

*Deutschlands ungenutzte Ressourcen.*

Aufstieg, Bildung und Chancen für alle.

Mit einem Grußwort von Helmut Schmidt

248 Seiten. Gebunden mit Schutzumschlag € 24,99

Seit 1. Oktober im Buchhandel

oder direkt bestellen bei: <http://www.ambition-verlag.de/>



## DER VIELSCHILLERENDE MR. NEWHOUSE

Nicht immer ist es die beschriebene Person selbst, die eine kritische Darstellung unterdrücken will. Zu Hilfe kommen ihr – ob beauftragt oder nicht – willfährige Helfer in den Verlagen, die sich selbst zensurieren.

So war es bei dem amerikanischen Verleger Si Newhouse (Advance, Condé Nast). Vier Jahre lang hatte Carol Felsenthal an ihrer Biographie über den Medienkaufmann Si Newhouse gearbeitet, 1998 sollte der Viking-Verlag »Citizen Newhouse. Portrait of a Media Merchant« auf den Markt bringen. Nachdem die Autorin ihr 800-Seiten-Manuskript im November 1997 eingereicht hatte, lobte Lektor Al Silverman Felsenthals Arbeit. Im Januar 1998 jedoch entschied Verlagschefin Phyllis Grann, dass sie das Buch doch lieber nicht publizieren werde. Als Begründung ließ sie wissen, dass es kaum eine Seite in dem Buch gebe, auf der nicht Freunde oder gute Bekannte auftauchten. Die guten Beziehungen zu Leuten wie Alberto Vitale, dem damaligen Chef der Verlagsgruppe Random House, wolle sie nicht aufs Spiel setzen, sagte Grann und erzählte vom gemeinsamen Skiurlaub mit Vitale. Inzwischen hat Newhouse seinen Verlag Random House an Bertelsmann verkauft; heute verlegt Newhouse vor allem Zeitschriften (unter anderem *New Yorker*, *Vogue*, *Wired*, *GQ*, *Vanity Fair*).

### Von Konzentration zu Zensur

Die Konzentration im Buchgeschäft verringere die Vielfalt der Stimmen und führe zu Selbstzensur, sagte damals der Medienkritiker Ben Bagdikian: Amerikanische Großverlage wie Penguin-Putnam, Bantam Doubleday Dell (Bertelsmann) oder Random House mögen über einen kleinen Kreis von Bestseller-Autoren konkurrieren. Im Grunde gingen sie Auseinandersetzungen jedoch aus dem Weg. Bantam zum Beispiel hatte 1991 eine Biographie von Marc Eliot über Walt Disney verhindert. Kurz darauf erfuhr Eliot, dass Bantam eine neue Reihe namens »Disneys Bibliothek« in Supermärkten vertreibt.

Felsenthals Buch wurde verhindert, bevor Newhouse seinen Buchverlag Random House an

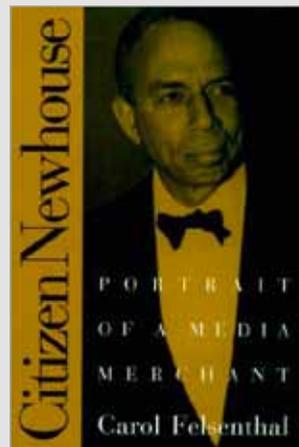
Bertelsmann verkauft hat, und da Viking nicht zu Random House gehörte (sondern zu Penguin-Putnam des britischen Medienkonzerns Pearson), sei dies ein beispielhafter Fall von Selbst-

zensur, betonte Carol Felsenthal. Obwohl Viking das Skript nicht bemängelte und das volle sechsstellige Honorar bezahlte, war keiner der anderen großen Konkurrenzverlage an ihrem Skript interessiert.

Das Thema Newhouse war Felsenthal 1993 von Viking angetragen worden. Damals hatte sie gerade eine Biographie über die inzwischen verstorbene *Washington Post*-Verlegerin Katharine Graham veröffentlicht. Als sich Graham über einige Stellen beschwerte und juristische Schritte androhte, machte ihr Verlag kaum noch Werbung für das Buch. Dabei hatte Felsenthal in einer Auseinandersetzung mit Grahams Anwälten nicht einen Satz zurücknehmen müssen. Aufgrund dieser schlechten Erfahrung mit Phyllis Grann, der Leiterin ihres damaligen Verlages Putnam, wechselte Felsenthal zum kleinen Viking-Verlag. »Wir stehen fest hinter dir«, habe ihr neuer Lektor Al Silverman ihr damals versichert. Drei Jahre später wurde Viking von Putnam aufgekauft, und Phyllis Grann zur Leiterin ernannt. »Ich war geschockt, als ich von der Übernahme erfuhr«, erinnerte sich Felsenthal. »Schlimmer wäre nur noch gewesen, wenn Newhouse meinen Verlag aufgekauft hätte.«

Ihre Biographie erschien schließlich bei Seven Stories Press, einem kleinen unabhängigen New Yorker Haus, das einige Titel über strukturelle Zensur und andere Folgen von Medienkonzentration verlegt hat.

Thomas Schuler



# Die Story hinter

*Von Rohdaten und Statistiken zur exklusiven Geschichte mit interaktiver Infografik: Die nächste nr-Fachkonferenz soll Interessierten den Einstieg in den Datenjournalismus erleichtern.*

VON CHRISTINA ELMER

**E**igentlich kann die Formel nur aufgehen: Faktenbasierte Recherchen, exklusive Geschichten und digitales Storytelling. Es ist gerade die Verknüpfung journalistischer Ansprüche und neuer Möglichkeiten, die den Datenjournalismus so spannend macht. Denn wenn Journalisten Datenbanken am Computer auswer-

*»Wenn ich Mathe gekonnt hätte, wäre ich nicht Journalist geworden.« Viele Kollegen vermeiden tunlichst Zahlen und Statistiken.*

ten und ihre Ergebnisse in interaktiven Infografiken präsentieren, bedient das nicht nur unsere Faszination

für neue Technologien; vielmehr stärkt guter Datenjournalismus die journalistische Unabhängigkeit und ermöglicht besonders fundierte Storys, die sich abheben vom Mainstream: wie Parteispenden verschleiert werden, was Facebook über uns weiß oder wie weit die Vorratsdatenspeicherung reicht.

## **Trend mit Anlaufschwierigkeiten**

Kein Wunder also, dass Datenjournalismus zurzeit dermaßen präsent ist: in Fachmagazinen, auf Konferenzen, in Ausbildungsplänen und bei Preisverleihungen. Trotzdem gehören Datenjournalisten noch immer zu den Exoten der deutschen Medienlandschaft. Meist treten sie als Spezialisten in Erscheinung, die für einzelne Projekte eingekauft werden und für Leuchttürme sorgen sollen. Integriert ist die Datenrecherche nur in ganz wenigen Redaktionen.

Dass sich diese Arbeitsweise nicht schneller verbreitet, liegt sowohl an der Mentalität der Journalisten als auch an der Datenkultur in Deutschland. Für viele Kollegen passen Zahlen und Journalismus ein-

fach nicht zusammen. Sie vermeiden es tunlichst, mit Statistiken zu arbeiten, in ihren Texten räumen sie Zahlen nur ungern Platz ein. »Wenn ich Mathe gekonnt hätte, dann wäre ich doch nicht Journalist geworden«, meinte einmal eine Seminarteilnehmerin. Vielen Kollegen fehlen schlicht der Zugang zu Daten und die Ausbildung, um sicher und kreativ mit ihnen umzugehen. Deshalb bleiben Statistiken für sie zwangsläufig leblos, dröge und unhandlich. Sich selbst definieren Journalisten gerne als Schreiberlinge – und halten Datenjournalisten nicht selten für sonderbare Freaks.

Zudem ist der Einstieg alles andere als einfach. Wer sich als Datenjournalist versucht, muss einen langen Atem haben und nicht nur neue Techniken und Werkzeuge lernen, sondern auch eine neue Herangehensweise an journalistische Geschichten. Wo die Recherche hingehet, wird oftmals erst klar,

## **NEUER NR-VORSTAND**

**N**etzwerk Recherche hat einen neuen Vorstand: Auf der Mitgliederversammlung am 11. November in Köln wurde Oliver Schröm (*Stern*) zum 1. Vorsitzenden gewählt. 2. Vorsitzender wurde Markus Grill (*Spiegel*). Kassenwart ist nun David Schraven (WAZ-Mediengruppe) und Schriftführer ist Alexander Richter (ARD-aktuell). Als Beisitzer wurden Renate Daum (Gruner + Jahr Wirtschaftsmedien), Markus Frenzel (MDR *Fakt*), Bernd Kastner (*Süddeutsche Zeitung*) und Gert Monheim (freier Autor, ehemals WDR) gewählt. Kassenprüfer sind Frank Brendel (freier Rechercheur) und Andreas Kolbe (Deutschlandfunk).

# den Zahlen

wenn die Datengrundlage bereinigt, Kerngrößen berechnet und weitere Datensätze hinzugezogen sind. Vielleicht zeigt sich an diesem Punkt aber auch, dass die Grundlage zu wenig hergibt und das Thema gestorben ist. Dermaßen ergebnisoffen kann nur arbeiten, wer seine zeitlichen und technischen Ressourcen flexibel einsetzen kann. Dafür fehlt vielen freien Journalisten die Absicherung. In Redaktionen lässt sich diese Arbeitsweise darüber hinaus nur schwer integrieren.

## **Mangelhafte Behördendaten-Kultur**

Nachholbedarf besteht auch bei der hiesigen Datenkultur, die das Recherchieren in Statistiken tendenziell erschwert. Zwar gibt es Informationsfreiheitsgesetze (IFG) für die Bundesbehörden und einige Landesbehörden. Aber das System ist uneinheitlich, lückenhaft und noch relativ jung. Seit 2006 gilt das IFG des Bundes – ein junges Gewächs, verglichen mit entsprechenden Regelungen in anderen Ländern. In den USA, dem Vorzeigebispiel für eine offene Datenkultur, haben entsprechende Gesetze seit mehr als vier Jahrzehnten das öffentliche Bewusstsein geformt. Dass Behördendaten prinzipiell zugänglich sein sollten, ist Bürgern, Journalisten und auch Behörden dort sehr viel stärker bewusst als hier in Deutschland.

Leider verstärken sich die beschriebenen Probleme zusätzlich gegenseitig: Wenn Behörden ihre Daten unter Verschluss halten, erschweren sie die Arbeit von Datenjournalisten und demotivieren jene, die erste Erfahrungen in der Datenrecherche sammeln wollen. Und wenn Journalisten nicht offensiv nach Daten fragen und ihre Veröffentlichung einfordern, setzen sie ein falsches Signal.

## **Workshops, Training und Projekte**

Auf der nr-Fachkonferenz »Daten, Recherchen, Geschichten« stehen datenjournalistische Techniken und Werkzeuge im Fokus. In Workshops lernen die Teilnehmer, wie sie Daten beschaffen, sinnvoll auswerten und aussagekräftig visualisieren können. Einzelne Werkzeuge wie Google Fusion Tables und Excel werden ebenso vorgestellt wie Strategien für

die Recherche und Analyse von Daten. Zudem zeigen Experten, wie sich datenjournalistische Ergebnisse für verschiedene Medienkanäle aufbereiten lassen – etwa als interaktive Karte, mehrstufiges Flächendiagramm oder animierter Zeitverlauf. Dazu gehört online in der Regel auch die Veröffentlichung der zugrundeliegenden Rohdaten.

Neben Vorträgen und Workshops wird die Konferenz den Teilnehmern die Möglichkeit geben, Techniken vor Ort mit Hilfestellungen erfahrener Trainer zu vertiefen. Dafür wird ein offenes Forum bereitgestellt, das von Experten unterschiedlicher Schwerpunkte betreut wird.

Teilnehmer können dort neue Werkzeuge ausprobieren, eigene Projekte voranbringen oder Teams für komplexe Fragestellungen bilden. Damit soll die Konferenz zu einem Nährboden für Netzwerke werden, in denen sich angehende wie gestandene Datenjournalisten austauschen und Ideen gemeinsam realisieren können.

## **Viel Fleiß, viel Ehr'**

Wie aus Rohdaten Vorzeigeprojekte werden, zeigt die Fachtagung anhand prominenter Beispiele – von der Idee bis zum fertigen Produkt. Im Erzählcafé berichten Datenjournalisten von erfolgreichen Recherchen und zeigen, welche Bandbreite an Impulsen, Konstellationen und Stolpersteinen bei datenbasierten Geschichten möglich ist. Sie sollen einen realistischen Eindruck geben, wie viel Zeit und Aufwand in solche Projekte investiert werden muss. Und sie sollen die Teilnehmer motivieren, trotzdem in Daten nach Geschichten zu graben – unabhängig, ergebnisoffen und mit der Chance auf großartige Visualisierungen.

Die nr-Fachkonferenz »Daten, Recherchen, Geschichten« wird an einem Wochenende im Frühjahr 2012 bei Gruner + Jahr in Hamburg stattfinden. ■

*Teilnehmer können neue Werkzeuge ausprobieren, Projekte voranbringen oder Teams für komplexe Fragestellungen bilden.*

*Christina Elmer ist Redakteurin für Datenjournalismus im Team Investigative Recherche des Stern.*



# Ein Zeichen von



# Schwäche

*Fiese Vorgesetzte, hämische Kollegen, gezielte Überforderung: In Redaktionen ist die Mobbing-Gefahr groß. Doch Chefredakteure können verhindern, dass Mitarbeiter seelisch leiden.*

VON CHRISTOPH FASEL

**A**m Samstag früh fand Sabine S., Redakteurin einer Tageszeitung in einer norddeutschen Großstadt, gleich zwei Briefe ihres Chefredakteurs im Briefkasten. Keiner von beiden enthielt einen Glückwunsch zu ihrem Geburtstag, den sie einen Tag später feiern wollte. Im Gegenteil: Im Inhalt fast gleichlautend, enthielt jeder Brief eine Abmahnung an die altgediente Lokalredakteurin.

»Die eine Abmahnung erhielt ich, weil ich angeblich einen Abendtermin nicht wahrgenommen hätte«, erzählt die immer noch sichtlich erboste 45-Jährige, »und die zweite, weil ich angeblich durch meine langsame Arbeitsweise einmal den Produktionstermin in Frage gestellt hätte.«

Der Haken war nur: Beide Anlässe hatte es, so wie in den Abmahnungen dargestellt, nie gegeben, wie auch Kollegen der seit 17 Jahren in der Zeitung tätigen Redakteurin bestätigen. Das war auch offensichtlich für den Absender der Schreiben gar nicht wichtig, meint Sabine S. »Denn diese Abmahnungen waren eindeutig nur ein weiterer Schritt, mich weichzukochen, damit ich einen Auflösungsvertrag unterschreibe.« Schon ein dreiviertel Jahr vor den kuriosen Abmahnungen musste die Redakteurin erkennen: Ich werde in meiner Redaktion gemobbt.

## **Redaktionen sind ein guter Nährboden**

Von Mobbing Betroffene erdulden ständige Belästigungen am Arbeitsplatz – immer und immer wieder, bis sie seelisch zermürbt sind. Mobbing gibt es von oben nach unten, oft auch auf gleicher Hierarchie-Ebene oder gar von unten nach oben.

---

Redaktionen sind ein guter Nährboden für Mobbing. Chefs mangelt es an Führungsqualitäten, dies zu bekämpfen. Foto: Flickr/bareknuckleyellow

Allerdings: Belastbare Zahlen über von Mobbing Betroffene im Journalismus existieren nicht. Dabei sind Redaktionen – ähnlich wie Theater-Ensembles und Hochschulinstitute – beim Thema Mobbing ganz vorne dabei. Hier wie dort werden Mitarbeiter mittels gezielt eingesetzter schädigender Gerüchte, durch Ausgrenzung aus dem Team, mit sinnlosen Tätigkeiten oder auch weit überzogener Kritik verunsichert, im Jargon »weichgekocht«. Oder der Chef mahnt sie gehäuft und ungerechtfertigt ab, so wie bei Sabine S.

Das Landesarbeitsgericht Thüringen hat sich als erstes deutsches Arbeitsgericht mit dem Thema Mobbing auseinandergesetzt und in einem Urteil 2001 (AZ: 5 Sa 403/00) folgende Definition aufgestellt: »Im arbeitsrechtlichen Verständnis erfasst der Begriff des Mobbing fortgesetzte, aufeinander aufbauende oder ineinander übergreifende, der Anfeindung, Schikane oder Diskriminierung dienende Verhaltensweisen, die nach Art und Ablauf im Regelfall einer übergeordneten, von der Rechtsordnung nicht gedeckten Zielsetzung förderlich sind und jedenfalls in ihrer Gesamtheit das allgemeine Persönlichkeitsrecht oder andere ebenso geschützte Rechte wie die Ehre oder die Gesundheit des Betroffenen verletzen.«

Die Gründe dafür, einen Mitarbeiter oder Kollegen zu mobben, können strategisch, persönlich motiviert oder sadistisch sein. Egal, mit welchem Hintergedanken Mobbing ausgeübt wird: Die Auswirkungen auf die Opfer sind ähnlich: Sie verlieren ihr Selbstwertgefühl, versuchen vergeblich, sich mit unsinnigen Anweisungen zu arrangieren, verstehen schließlich im besten Sinne des Wortes »die Welt nicht mehr«. Am Ende steht bei vielen Opfern Verzweiflung – und Flucht aus der unerträglich gewordenen Arbeitssituation.

Warum aber bietet gerade der Journalismus ein so gutes Umfeld für Mobbing? »Die Mechanismen des Mobbing arbeiten in Redaktionen besonders subtil, weil die Arbeitsabläufe im Journalismus subtiler sind«, gibt der Personalberater Jürgen Althans, Dozent an der Hamburg Media School, zu bedenken. Er war unter anderem Leiter der Personalentwicklung des Hauses Gruner+Jahr. Was sind die Gründe, warum sich aktive Mobber gerade in Redaktionen so effektiv betätigen können?

- Viele Journalisten sind Einzelkämpfer: Sie sind leichter zu isolieren als andere Arbeitnehmergruppen – eine gute Voraussetzung, subtiles Mobbing als Führungsinstrument zu institutionalisieren.
- Journalistische Leistung wird häufig von Führungskräften immer noch eher gefühlt als definiert – das öffnet dem Geschmacksurteil Tür und Tor. Anders wäre es, wenn nachvollziehbare Qualitätsmaßstäbe für alle Redaktionsmitglieder transparent und verstehbar gemacht würden.
- Mangelhaft organisierte Arbeitsabläufe, schlechtes Briefing wie auch Unklarheiten bei der Abnahme von Texten provozieren geradezu Missverständnisse; deshalb bietet eine professionelle Redaktionsorganisation allein schon wegen der Klarheit einen guten Schutzwall gegen Mobber.
- Ähnlich wie Künstler ziehen viele Journalistinnen und Journalisten aus ihrer Tätigkeit eine hohe narzisstische Befriedigung. Sie leiden daher besonders unter Kritik. Dies nutzen Missgünstige aus.
- Journalistische Führungskräfte werden nach wie vor auf Personal-Führungsaufgaben nicht genügend vorbereitet. Aber Führung muss gelernt werden, wenn sie funktionieren soll.
- Regelmäßige Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen sind in vielen Redaktionen unbekannt. Aber gerade sie helfen, die gegenseitigen Erwartungen und auch die Wertschätzung auszudrücken und Enttäuschungen vorzubeugen.

### **Zu den Opfern gehören meist die Stillen**

»Mobbing ist ein fortwährendes, insistierendes, offenes oder latentes Missachten oder Bloßstellen von Mitarbeitern, eine Herabwürdigung innerhalb einer sozialen Gruppe in übler Form«, sagt Achim Wolff, Geschäftsführer des Deutschen Journalisten Verbandes (DJV), Landesverband Hessen. Als DJV-Jurist kennt sich Wolff mit den Nöten gemobbter Mitarbeiter in

Redaktionen aus. Seine Erfahrung zeigt: Opfer sind meist die Stillen, die Ruhigen, die ihre Arbeit oft über viele Jahre verlässlich gemacht haben und nun einer neuen Führungskraft nicht ins Konzept passen. Bei diesen Menschen greifen Mobber besonders gerne an – denn sie machen den Eindruck, als wären sie leichte Opfer.

Auch in Medienredaktionen stecken hinter solchen Auseinandersetzungen oft persönliche Probleme: Kollegen, die neidisch auf den Erfolg des anderen in der Redaktion sind; Vorgesetzte, denen ein geerbter Mitarbeiter nicht untertänig genug ist; Menschen, die einander nerven, bei denen die Chemie nicht stimmt. »Es gibt auch bei manchen Zeitgenossen eine diebische Freude an der Niedertracht«, sagt Wolff.

Das weiß auch Arne B. zu berichten, der in einer Zeitschrift in Hamburg tätig war – bis er vor einem halben Jahr entnervt das Handtuch warf. »Der Vorgesetzte suchte sich ein Opfer aus. Und auf dem hackte dann bis auf wenige Ausnahmen der ganze Hühnerhof herum«, erinnert sich der Redakteur. »Wer dem Boss nicht passte, der wurde so lange drangsaliert, bis er unfreiwillig freiwillig ging.« Im vorigen Jahr war er nun an der Reihe. Aus Leistungsgründen? Wohl kaum. »Nach 14 Tagen hatte ich einen neuen Job« – einen besser bezahlten übrigens.

»Aus meiner Erfahrung basiert Mobbing in den meisten Fällen auf emotionalen Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Kollegen«, sagt Kathrin Jacob, verantwortlich für Personalfragen im Jahreszeiten-Verlag in Hamburg. Doch statt Kommunikation offen und gleichberechtigt aufzunehmen, Missverständnisse und Unbehagen auszuräumen und konstruktiv zum Betriebsfrieden beizutragen, beginnt jemand, der aktiv mobbt, gezielt wichtige Grundlagen menschlichen Zusammenlebens zu demontieren: Zu diesen Grundlagen gehören zum Beispiel Fairness, Wertschätzung und Wahrhaftigkeit. Wenn ein Vorgesetzter diese Werte über Bord wirft, beginnt er zugleich, diese Werte im Team zu untergraben.

»Eine professionell erlernte Personalführung ist in Redaktionen als Vorbeugung von Mobbing besonders wichtig«, sagt Kathrin Jacob. Zu dieser professionellen Personalführung zählt nicht nur das Handeln auf der Basis der genannten Werte, sondern auch die Techniken der Mitarbeiterführung wie Zielsetzung, Dialogfähigkeit, Argumentationsfähigkeit, Streitkultur. Abgesehen von der fachlichen Führung kommt hier die persönliche Fähigkeit zur Führung

## WIE MAN MOBING IN REDAKTIONEN VORBEUGT

■ Gute Journalisten sind nicht automatisch gute Führungskräfte. Sie müssen, wenn sie in der Hierarchie aufsteigen, die psychologischen und methodischen Grundsätze von Personalführung eingeübt haben;

■ Orientierung an klar definierten Zielen bieten: Journalistisch definierte Qualitätskriterien müssen in den Redaktionen als Maßstab für die transparente Bewertung von Leistungen Einzug halten – »Bauchgefühl« ist out.

■ Institutionalisierte Mitarbeitergespräche pflegen: Führung bedeutet Kommunikation – und die muss auch in Redaktionen praktiziert werden, ohne deshalb zeitfressende Palaverunden zu veranstalten: Präzise organisierte

und offene Gespräche auf Augenhöhe sind einzurichten.

■ Ansprechbarkeit nach oben und unten zeigen und auch praktizieren statt Gesprächsvermeidungsverhalten.

Kritik ist wichtig – aber sie muss konstruktiv sein: eine neue Kritik-Kultur muss in der Redaktion eingeführt werden.

■ Umgangsstil und Arbeitsorganisation müssen den Fairness-Regeln genügen; zur Führungskompetenz gehört auch zu erkennen, wenn sich innerhalb des Redaktionsteams Ansätze von Mobbing zeigen, etwa durch Ungleichbelastung oder andere Formen der Benachteiligung oder Ausgrenzung.

ins Spiel, die für die Personal-Expertin Jacob sogar noch wichtiger ist. Denn das Einfühlungsvermögen des Chefs und seine möglichst gut ausgebildete Sozialkompetenz sind die wichtigste Voraussetzung für eine gelungene Kommunikation innerhalb der Redaktion.

Hinter dem Mobbing »steht fast immer eine Schwäche des Mobbers«, schildert DJV-Experte Wolff seine Beobachtungen. Und wenn diese Schwäche von oben kommt, ist sie ein Zeichen mangelnder Führungskompetenz. Eine vom Verfasser durchgeführte Analyse einer Reihe von Mobbing-Fällen zeigt als durchgängiges Merkmal einen Mangel an Kommunikationskompetenz der Verursacher. Die häufigsten Defizite waren:

■ Unwillen zur offenen Kommunikation über Probleme, die sich auf der Organisationsebene stellen;

■ Unfähigkeit, Ziele transparent und nachvollziehbar zu definieren und zu vermitteln;

■ Unfähigkeit, Kritik konstruktiv (motivierend) und verständlich zu üben;

■ Weigerung, Entscheidungen gegenüber den Betroffenen zu begründen;

■ Unfähigkeit zum rationalen Diskurs über getroffene Entscheidungen;

■ Weigerung, Lösungsangebote von Dritten zu akzeptieren.

### Wer einmal mobbt, mobbt wieder

Mobbing ist, so definiert Kathrin Jacob, »das Rezept der schwachen Führungskraft, die in eine Sozialfalle

getappt ist.« Schwach übrigens in mehrfacher Hinsicht. Denn die häufig erhoffte Wirkung, einen persönlich unliebsamen Mitarbeiter auf diese Weise loszuwerden, erfüllt sich tatsächlich nur in den seltensten Fällen. »Das ist das dümmste Mittel der Mitarbeiterführung, die schlechteste aller Strategien. Rausmobben ist als Methode viel zu aufwendig«, sagt DJV-Experte Wolff.

Wenn es doch mal gelingt, so agiert mancher Chef mit seiner »Methode Mobbing« umso aktiver weiter: Der Täter sucht sich erfahrungsgemäß ein neues Opfer. Denn oft genug geht es im Grunde nicht darum, nur jemanden loszuwerden: »Es geht vielen Tätern um eine spezielle Art von Machtausübung«, sagt Achim Wolff. Deshalb kann ein solches Verhalten nur wirksam bekämpft werden, wenn Mobbing in der Redaktion öffentlich gemacht und von den Verlagen konsequent sanktioniert wird. Schon seit den 90er-Jahren sorgt so zum Beispiel die Personalentwicklung des Axel Springer Verlags konsequent dafür, dass angehende Führungskräfte in den Redaktionen durchweg mit dem Handwerkszeug ordnungsgemäßer Personalführung vertraut gemacht werden.

Das alles hilft, aber es kommt noch zusätzlich auf einen anderen Faktor an: die Vorbildfunktion desjenigen, der in den oberen Etagen eines Verlages Führungsverantwortung bekleidet. Wenn er als Vorbild vorangeht und seine Untergebenen, auch seine Redaktionsleiter, zur offenen Kommunikation in Lob und Tadel anhält, beugt er den Mobbing-Tendenzen in den Redaktionen seines Hauses vor. ■

*Christoph Fasel ist Professor für Medien- und Kommunikationsmanagement und Direktor des Instituts für Verbraucherjournalismus.*



# Wer darf in die



# Redaktionen?

*Zwanzig Prozent der Deutschen haben einen Migrationshintergrund. Doch in den Redaktionen liegt ihr Anteil bei zwei Prozent. Unser Autor fordert eine stärkere Einbindung von Migranten.*

VON CEM SEY

**K**annst du uns einen Artikel gegen *Hürriyet* schreiben?«, fragte mich eine junge Redakteurin einer linksliberalen deutschen Tageszeitung. Es war zu der Zeit, in der das Thema Ehrenmorde Konjunktur hatte, es in den Medien verstärkt um Integration und den Einklang des Islam mit europäischen Rechtsnormen ging. Gegen *Hürriyet*? Ich schaute die Redakteurin verdutzt an.

Die konservative türkische Zeitung *Hürriyet* hatte gerade die beiden türkischstämmigen Autorinnen und Islamkritikerinnen Necla Kelek und Seyran Ates scharf angegangen. Beide sind als erbarmungslose Kritikerinnen der türkischen Community in Deutschland bekannt. *Hürriyet* warf ihnen vor, alle türkischstämmigen Migranten undifferenziert in einen Topf zu werfen. Der deutschen Medienredakteurin schwebte vor, der türkischen Postille eins vor den Bug zu geben, um zu demonstrieren, wie die deutsche Öffentlichkeit den beiden Autorinnen Schutz vor den patriarchalen Debatten ihrer Heimatkultur gewährt.

## **Einfache Vorstellungen der Redakteure**

»Natürlich muss man *Hürriyet* kritisch sehen«, warf ich ein und sagte, dass man im Artikel aber fairerweise auch die langjährige positive Integrationsrolle der Zeitung würdigen müsse. Ohne *Hürriyet* würden die türkischen Migranten kaum etwas über Deutschland wissen. Und schon gar nichts über die deutsche Debatte über den Ehrendmord-Komplex. Es war die *Hürriyet*, die in den 80er Jahren als erste Tageszeitung damit begann, ihre ausgewanderten Landsleute ausführlich über Deutschland und die deutsche Politik zu unterrichten. Doch etwas Positives und Differenziertes über die türkische *Bild* wollte die deutsche Redakteurin jetzt nicht haben. Nicht von mir.

Häufig sind die Vorstellungen der Redakteure darüber, welche Themen man an Journalisten mit Migrationshintergrund vergeben kann, dieser Art. Ich bekomme zahlreiche Angebote, weil die Redaktionen mal was »aus türkischer Sicht« bringen wollen. Viele Migranten, die für deutsche Medien arbeiten, haben im Arbeitsalltag das Gefühl, dass alles, was darüber hinausgeht

– Vorschläge zu neuralgischen Themen und ihre Sicht auf konfliktreiche Stoffe –, abgelehnt

wird, weil sie Migranten sind. Deutsche Redakteure werden schnell misstrauisch und unsicher, wenn wir Ereignisse und Verhältnisse in Deutschland und auf der Welt anders beurteilen als sie. Solche Erfahrungsberichte türkisch-, kurdisch- oder arabischstämmiger Journalisten sammle ich – unfreiwillig – seit vielen Jahren im Kollegenkreis.

Dass dies nicht nur von einer kleinen, mimosenhaften Minderheit »gefühl« wird, bestätigt auch eine, die es in der deutschen Medienlandschaft geschafft hat: Die indischstämmige Fernsehredakteurin Navina Sundaram, die 1970 beim NDR anfang, war die erste Migrantin bei einem öffentlich-rechtlichen Sender in der Bundesrepublik. Als Ausländerin habe man ihr lange Jahre wenig Objektivität bei Themen aus dem Ausland und wenig Kompetenz bei Inlands-Themen zugetraut, erzählte sie rückblickend bei einer Veranstaltung des DJV Berlin.

Wie Anna Toelke in ihrer gerade erst vorgelegten Journalistik-Diplomarbeit an der Uni Leipzig zu »JournalistInnen mit Migrationshintergrund in

*Der indischstämmigen Fernseh-Journalistin Navina Sundaram hat man wenig Kompetenz bei Inlands-Themen zugetraut.*

Deutschland« empirisch belegt, hat von den rund 100 Befragten rund ein Drittel schon mal seltsame Bemerkungen von deutschen Kollegen und Vorgesetzten zu hören bekommen (siehe Kasten auf Seite 61): »Du willst doch nur deine Türken gut dastehen lassen!« Oder: »Wir sind hier nicht auf einem Basar!« Und auch: »Du brauchst dich doch nicht gleich in die Luft zu sprengen!«

Die Frotzeleien sind meistens sicher nicht böse gemeint, doch aber Ausdruck eines latenten

*Dass in Redaktionen Migranten fehlen, liegt nicht daran, dass sie ungern Medien machen. Um Volontariate bewerben sich viele.*

Rassismus, wie er in der Gesellschaft aufzuspüren ist. Viele deutsche Journalisten und Redaktionen hätten sich,

so folgert auch Anna Toelke, einfach noch nicht ausreichend mit der kulturellen Vielfalt in Deutschland auseinandergesetzt und empfänden sie keineswegs als normal.

Woran liegt es, dass Kollegen mit Migrationshintergrund nicht »reinkommen« in die deutschen Medien? Wollen sie es gar nicht? Werden Sie von deutschen Kollegen als Konkurrenten »weggebissen«? Der Anteil der Kollegen mit Migrationshintergrund in deutschen Redaktionen liegt bei ungefähr 2 Prozent. Diese Zahlen schätzt die Arbeitsgruppe Medien und Integration des Essener Instituts für Medien- und Kompetenzforschung. Der Anteil der »Personen mit Migrationshintergrund« in der deutschen Gesellschaft beträgt aber etwa 20 Prozent.

#### **Mehr Bewerber mit Migrationshintergrund**

Dass in deutschen Redaktionen solche Kollegen fehlen, liegt nicht daran, dass Migranten nicht gern Medien machen. Im Gegenteil. Die Zahl der jungen Bewerber mit entsprechendem Hintergrund steigt stetig an – das hört man aus vielen Medienhäusern. Die Taz Panter Stiftung hat extra Mittel dafür eingeworben, dass eine Frau mit Migrationsgeschichte bei der taz volontieren kann.

Und es ist auch keinesfalls so, dass deutsche Journalisten Angst vor Multikulti-Konkurrenz hätten. Es sind vielmehr ihre unsichtbaren ideologischen Scheuklappen, ein sozialisationsbedingt schmaler Horizont, die ein konstruktiv-streitbares Miteinander unmöglich machen. Mal polemisch aus-

gedrückt: Gerade von uns türkisch- und arabischstämmigen Journalisten wünschen sich deutsche Blattmacher und Senderchefs am liebsten, dass wir unsere fremd klingenden Namen hergeben – um dem Publikum einen pluralistischen Geist zu suggerieren. Aber bitte nicht an den Sichtweisen der Mehrheitsgesellschaft rütteln!

»Migranten beschwerten sich doch gar nicht«, bekomme ich öfter überrascht entgegengehalten. Natürlich nicht: Diejenigen von uns, die einen Platz in deutschen Redaktionen ergattern konnten – sei es durch fleißige Arbeit, Opportunismus oder durch Quotenvorgaben wie bei den Öffentlich-Rechtlichen –, reden ungern laut über ihre Probleme. Angesichts des Stellenabbaus und diverser Sparrunden fürchten sie, als provokant und undankbar aufzufallen.

#### **Strukturell enge Weltsicht**

Die teilweise Voreingenommenheit und Beschränktheit mancher Berichterstattung ist ein strukturelles Problem. Journalisten mit Migrationshintergrund müssten besser in die redaktionellen Prozesse eingebunden werden: Fehlt schon morgens in den Konferenzrunden der Redaktionen ein pluralistisches Korrektiv, dann kann abends eben kein umfassend ausgewogener Beitrag in Druck oder auf Sendung gehen. Das ist eine Frage des Qualitätsanspruches. Deutsche Medienmacher tendieren aus vielfältigen Gründen jedoch dazu, über die Entwicklungen in der facettenreicher werdenden deutschen Gesellschaft und der sich globalisierenden Welt weiter aus einer Art Froschperspektive zu berichten.

Ein Beispiel dafür ist die erhitzte Debatte um die sogenannten Ehrenmorde. Im Sommer 2005 wurde die Berlinerin Hatun Sürücü durch ihren Bruder ermordet. Die türkische Community stand daraufhin im Fokus und wurde teilweise undifferenziert angefeindet: Schärfstes Beispiel ist dafür wohl die Rede von »einer breiten Kultur der Billigung von Ehrenmorden«.

Ein Schuldirektor aus Berlin-Neukölln berichtete der Öffentlichkeit, drei seiner Schüler rechtfertigten im Unterricht Ehrenmorde. Die Folge: Eine hysterische Debatte bricht los – immer wieder befeuert von deutschen Medien, die sich emsig an männlichen türkischen Migranten abarbeiten: *Die Welt* berichtet regelmäßig, dass sich Lehrer über die Respektlosigkeit mancher Türken beschwerten. Die taz zitiert den Berliner Ex-Schulsenator Klaus Böger, der sagt: »Wir

haben zu lange unsere kulturellen Werte wegdrängen lassen« – er habe damit »den Nerv der anwesenden Lehrerinnen getroffen«, heißt es weiter im Artikel (Ausgabe vom 9. März 2005).

Alles passt ins Bild der misslungenen Multikulti-Gesellschaft. Deutsche Redaktionen waren zu beschäftigt damit, die Missstände der rückständigen anatolischen Männerkultur zu beklagen, als dass sie mitbekommen hätten, dass es sich bei den drei inkriminierten Schülern um ein türkisches und ein arabisches Mädchen sowie einen katholischen polnischen Jungen handelte.

### Medialer Druck auf Migranten

Deutsche Medien debattieren weder die pädagogischen Ansätze des Schuldirektors, der seine Schüler erst zu einer offeneren Debatte über Ehrenmorde auffordert – um dann mit den gesammelten Statements in die Öffentlichkeit zu stürmen –, noch berichten sie über die intensive und ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema unter Türken selbst. Die meisten deutschen Medienmacher waren von Anfang an mit der These zufrieden, die Türken seien das Problem an sich und eine Wertediskussion mit den »muslimischen Türken« nun höchste Zeit. Man müsse es doch endlich einmal sagen dürfen.

Spätestens nach dem Erfolg Thilo Sarrazins mit seinem Buch »Deutschland schafft sich ab«, haben zahlreiche Kollegen mit Migrationshintergrund den Verdacht, dass es schon bei der Ehrenmord-Debatte weniger um die Sache an sich ging, als vielmehr darum, Druck auf Migranten aufzubauen. Allen voran auf die türkischen Migranten, die hierzulande oft pars pro toto für alle anderen stehen.

Medien könnten in solchen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt heiklen Situationen ein wichtiges Korrektiv sein. Doch oft genug wird gerade dann lax und fehlerhaft recherchiert. Über

## BUNT IST IM VORTEIL

Deutschland ist bunt – seine Redaktionen sind es nicht. Laut Statistischem Bundesamt haben derzeit etwa 20 Prozent der Menschen in Deutschland einen sogenannten Migrationshintergrund. In den Redaktionen trifft dies – Schätzungen der Experten zufolge – nur auf 2 bis 3 Prozent der Journalisten zu. Ihre genaue Anzahl ist statistisch nicht erfasst; auch deren berufliche Situation wurde bislang nicht untersucht. An der Universität Leipzig wurde deshalb die bislang umfassendste Online-Befragung unter Journalisten mit Migrationshintergrund in Deutschland durchgeführt. Ergänzend wurden sieben renommierte Medienmacher, teils mit Migrationshintergrund, in Leitfadeninterviews befragt.

Die rund hundert Journalisten, die sich als Zugehörige zu dieser Gruppe zu erkennen gaben, liefern ein kulturell diverses Bild: Sie entstammen 42 Ländern, die meisten aus Vorderasien (inklusive Türkei), gefolgt von Osteuropa und den westeuropäischen Staaten. 46 der befragten 100 Journalisten arbeiten als Freie. Nimmt man alle Journalisten, ist dieser Anteil nur halb so hoch. Allerdings hatten die befragten Journalisten auch häufiger Teilleitungspositionen inne als der Durchschnitt und verdienten insgesamt besser. Sie arbeiteten zudem öfter in den Ressorts Politik/Aktuelles, Wirtschaft und Kultur und dafür seltener im Lokal-Ressort. Es bleibt also festzuhalten, dass es denjenigen Menschen mit Einwanderungsbiografie, die es in den Journalismus schaffen, in ihrer beruflichen Situation recht gut geht.

Zu den erfreulichen Befunden der Studie gehört auch, dass die Mehrheit der Befragten keinerlei Diskriminierung erlebte, nicht während der Ausbildung, nicht bei der Jobsuche und auch nicht im redaktionellen Alltag. Allerdings gab knapp ein Drittel an, mindestens einmal von Kollegen und/oder Vorgesetzten abfällige Äußerungen über ihre Einwanderungsbiografie gehört zu haben. Diese Bemerkungen waren wohl meist als Scherz gemeint, doch so drastisch formuliert, dass sie zweifelsfrei diskriminierend wirkten. Nach Meinung der hierzu befragten Experten handelt es sich dabei generell um das Problem des latenten Rassismus in der Gesellschaft, den es nun eben auch in Medienredaktionen gebe.

Zu den guten Nachrichten gehört auch, dass Redaktionen mit kultureller Diversität in vielerlei Hinsicht Vorteile gewinnen, so etwa durch zusätzliches Fachwissen, durch die verschiedenen und erweiterten Blickwinkel, durch die fremdsprachliche Kompetenz und auch aufgrund der veränderten Diskussionskultur. Manche Experten vertreten sogar die These, dass die »gemischten« Redaktionen mit ihren Produkten neue Zielgruppen erschließen und damit auch wirtschaftlich einen Mehrwert erzeugen könnten.

Wieso aber finden nur so wenige Menschen mit Einwanderungsbiografie zum Journalismus und in die Redaktionen? Als wichtigsten Grund vermuten die meisten Befragten die strukturelle Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen im deutschen Bildungssystem. Dem könnten nun viele Medienunternehmen gegensteuern, indem sie die gesellschaftlichen Realitäten besser abbilden und verstärkt Journalisten mit Migrationshintergrund einstellen.

von Anna Toelke

eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Thema Jugendgewalt schrieb die *Süddeutsche Zeitung*, die Wissenschaftler hätten herausgefunden, dass muslimische Jugendliche gewaltbereiter seien als ihre Altersgenossen. Je gläubiger, desto gewaltbereiter. Bingo, dieses Fazit machte in Windeseile die Runde. Die Medien stürzten sich auf diese Studie.

Auf Nachfrage teilte mir ein Mitarbeiter des Instituts mit, dass »die Studie keine Korrelation zwischen der

*Alle Redakteure der Deutschen Welle, die nicht »im deutschen Kulturkreis sozialisiert« wurden, dürfen nicht kommentieren.*

Gewaltbereitschaft und der Religiosität muslimischer Jugendlicher ergab«. Er sagte zu mir: »Das stellen wir

nicht so in den Vordergrund, sonst interessiert sich ja niemand für die Ergebnisse. Aber wir sagen es jedem Journalisten, der danach fragt. Aber niemand fragt!«

Christiane Schloetzer von der *Süddeutschen Zeitung* erinnert sich an die betreffende Diskussion in der Redaktion: »Mehrere Kollegen konnten dem präsentierten Ergebnis erst nicht so recht glauben. Aber schließlich haben wir uns gesagt, dass der Autor das ja sicher recherchiert habe – der Autor genoss bei allen großes Vertrauen.« Hätte ein Redakteur aus dem türkischen oder arabischen Kulturkreis diese notwendige Nachrecherche vergessen? Hätte man so den Artikel nicht verhindern können? Möglich ist es. Nur, dieser Redakteur fehlt bei der *Süddeutschen Zeitung*.

#### **Kommentarverbot für Migranten**

Diskussionen um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei verlaufen in den Redaktionen ähnlich. Immer wieder versäumen es Journalisten, Behauptungen von Beitrittsgegnern nachzurecherchieren. Längst ist unter türkischen Migranten dadurch der Eindruck entstanden, dass viele deutsche Journalisten grundsätzlich misstrauisch gegenüber der Idee sind, die Türkei könne EU-Vollmitglied sein.

Im Herbst 2010 veröffentlichte die *Deutsche Welle*, die für sich den Anspruch erhebt, die »mediale Visitenkarte Deutschlands« zu sein, einen Kommentar mit der Aussage, die Türkei könne nicht in die EU, da ihre Wirtschaftskraft im Vergleich zu der der EU-Staaten zu gering sei. Die *DW*-Redaktion

lässt sich auch von den bis zur Finanzkrise zuverlässig hohen Wachstumsraten der türkischen Ökonomie und positiven Gutachten von IWF und OECD nicht vom Gegenteil überzeugen.

Der Kommentar kam nicht etwa aus der in diesen Fragen sicherlich kompetenten *DW-Türkisch*-Redaktion, sondern aus dem Brüsseler Studio. Denn beim Sender, der sich in Broschüren für seine zahlreichen internationalen Mitarbeiter rühmt, herrscht ein mündlich verordnetes Kommentarverbot für alle, die nicht »im deutschen Kulturkreis sozialisiert« wurden – scheinbar nach der Überzeugung: Über die eigene Heimat kann der Migrant nicht objektiv denken.

#### **Migranten mit besserem Einblick**

Positivbeispiele, bei denen Redaktionen bewusst das Wissen und die Perspektive von Kollegen mit Migrationshintergrund und Community-Kontakten einsetzen, gibt es auch – doch leider noch zu wenige. Medienhäusern in Deutschland ist vorzuwerfen, dass sie viel zu spät und zu zaghaft damit angefangen haben, in ihrer Struktur abzubilden, was sich draußen vor ihrer Redaktionstür abspielt: Nämlich eine sich stark diversifizierende und auffächernde Realität – eine Gesellschaft, die immer multikultureller, immer bunter wird.

Und dabei bedarf es der kulturellen Expertise der Kollegen mit Migrationshintergrund: Studien wie die PISA-Studie belegen Defizite des deutschen Bildungssystems bei der Integration von Migranten. Und die Geschichten dazu lässt man sich doch am besten von denen erzählen, die sie selbst erlebt haben. Oder nehmen wir die vielfältigen Entwicklungen und Konflikte in der arabischen Welt: Die unterschiedlichen Perspektiven und Denkweisen lassen sich wohl am besten von Migranten aus dieser Region erklären.

In der Unternehmensberatung gibt es viele Meter Literatur zur Notwendigkeit von Diversity-Management. Doch kommerzielle deutsche Medienhäuser denken bis auf wenige löbliche Ausnahmen – wie *die Zeit* und die *taz* – nicht daran, spezielle Volontariate für Nachwuchs mit Migrationshintergrund auszuschreiben. Statt im eigenen Interesse zu organisieren, dass alte Gewissheiten auf neue Sichtweisen treffen, sehen die Medien Migranten lieber entweder als Opfer oder als Bedroher. Sie begeben sich damit nicht auf die einzig produktive Ebene, nämlich die der Auseinandersetzung in der Redaktion auf Augenhöhe. ■

*Cem Sey berichtet seit 1989 für türkische Medien (CNN Türk, Taraf, TRT) aus Deutschland und Europa. Er ist Kolumnist der türkischen Tageszeitung Taraf sowie der türkisch-armenischen Wochenzeitung AGOS.*



# Zurück als Europäerin

*Nach sechzehn Jahren in Deutschland ist unsere Autorin wieder in ihre Heimat Türkei gezogen. Im türkischen Journalismus ist sie zunächst eine Fremde: Journalismus zwischen zwei Welten.*

VON FIDAN OEZEN

**E**ndlich sitze ich an meinem Schreibtisch mit Blick auf den Bosphorus. Ich schaue auf die Brücke, die Asien und Europa miteinander verbindet. Tag und Nacht wechseln darauf Menschen die Erdteile. Seit Tagen bin ich nicht zum Schreiben gekommen, da ich ständig Gäste habe: Seit ich in Istanbul wohne, bekomme ich oft Besuch aus Deutschland. Seit über einer Woche wohnen zwei Freunde aus Köln bei mir. Sind sie aus dem Haus, um Museen zu besuchen oder sich die Stadt anzuschauen, kündigt sich auch schon mein Bruder an. Er leistet in der Nähe von Istanbul seinen Militärdienst und will seinen freien Tag nicht in der Kaserne verbringen.

In Deutschland habe ich seit dem Jahr 2000 als freie Journalistin für die türkischsprachige Sendung des WDR Funkhaus Europa, Köln Radyosu, gearbeitet. In der Türkei selbstständig und von zu Hause aus zu arbeiten, ist schwierig: Eine Arbeit ohne Chef, ohne festen Dienstplan und vorgeschriebene Regeln – das verstehen die meisten Menschen hier nicht. Keiner meiner Freunde und Familienmitglieder macht sich darüber Gedanken, wann und wo ich meine Beiträge verfasse. Meine Freunde in der Türkei konnten sich zunächst nichts unter Hörfunkjournalismus vorstellen. Journalismus fürs Radio gilt in der türkischen Medienlandschaft als so etwas wie ein Nebenprodukt, als eine Art hobbymäßig betriebener Journalismus.

Es hat Jahre gedauert, bis meine Familie und meine türkischen Freunde verstanden haben, dass freier Journalismus kein Hobby oder eine Nebenbeschäftigung ist, sondern ein Beruf. Diese Überzeugungsarbeit muss ich nun aufs Neue in Istanbul leisten. Das Berufsbild des frei arbeitenden Journalisten existiert hier praktisch nicht. »Freiberuflich« klingt hier wie »ehrenamt-

lich«. Beim privaten Rundfunk läuft fast ausschließlich Musik, es gibt kaum redaktionelle Beiträge. Zudem stoße ich häufig auf fehlende Übung im Umgang mit Medien: Das Format des Radiointerviews ist wenig verbreitet, ich muss den Interviewpartnern viel erklären. Schließlich aber wird meine Arbeit sehr ernst genommen.

Ich ging vor sechzehn Jahren nach Deutschland. Meine Schwestern lebten bereits dort und so fiel meine Entscheidung für Deutschland. In Ankara hatte ich bereits Wirtschaftswissenschaften studiert, meinen Master wollte ich nun in Deutschland machen, um in der Türkei eine akademische Laufbahn starten zu können. Schließlich entdeckte ich meine Liebe fürs Schreiben und landete beim Journalismus.

## Ein Gefühl des Unbehagens

Bei der zentralen Kundgebung am 1. Mai habe ich hier in Istanbul eine Straßenumfrage gemacht. Auf der Veranstaltung waren viele kurdische Frauen. Sie trugen bunte Kleider und tanzten. Nach meinen Interviews habe ich mich zu den Tanzenden gesellt. Ich bin selbst Kurdin und fühle mich eigentlich nicht konkret gefährdet. Doch mich beschlich, obwohl ich nicht investigativ über politische Themen berichte, nachher ein ungutes Gefühl.

Ich musste in diesem Moment an den Journalisten Metin Göktepe denken, den 1996 türkische

*Das Berufsbild »freier Journalist« existiert in der Türkei praktisch nicht. »Freiberuflich« klingt hier wie »ehrenamtlich«.*



Foto: Fidan Oezen

Für diesen Blick – und natürlich nicht nur für den – tauschte Fidan Oezen die berufliche Sicherheit in Deutschland ein.

Polizisten umgebracht haben. Er wurde zunächst verhaftet, als er über die Beerdigung von zwei politischen Gefangenen berichten wollte, die im Istanbuler Gefängnis Ümraniye erschlagen worden waren. Die Ermordung des 27-jährigen Reporters der linken Tageszeitung *Evrensel* löste damals eine landesweite Protestwelle aus. Noch immer gibt es in der Türkei keine echte Meinungs- oder Pressefreiheit. Viele kritische Journalisten werden häufig unter Vorwänden inhaftiert und angeklagt. Ich fühle mich privilegiert und in meiner Arbeit geschützt, weil ich für deutsche Medien arbeite.

Als ich kürzlich wegen der Wahlen in der kurdischen Provinz Diyarbakır war, fühlte ich ähnlich. Ich besuchte dort eine Kundgebung kurdischer Wahlkandidaten. Da habe ich mich auch auf die Bühne begeben, auf der die Kandidaten ihre Wahlkampfreden hielten. Als auf der Rückfahrt mein Bus bei einer Straßenkontrolle angehalten wurde, fühlte ich mich etwas mulmig. Zwar blieb ich selbst unbehelligt, aber ein junger Mann wurde aus dem Bus gezerrt. Ich war in den 1990er Jahren selbst einmal in Untersuchungshaft, weil mein Bruder in einer kurdi-

schen Jugendorganisation politisch aktiv war. Damals genügte es, an einer kurdischen Demonstration teilgenommen zu haben, um verhaftet zu werden. Fast alle meiner Familienangehörigen waren einmal im Untersuchungsgefängnis – mein Schwager war sogar sieben Jahre in Haft.

### Sicherheiten aufgeben

Das hinterlässt eine tiefe Angst vor der Polizei, Angst zu sagen: »Ich bin Kurde.« Diejenigen, die den Putsch in den achtziger Jahren miterlebt haben, werden ihr Leben lang ängstlich im Umgang mit der Polizei sein. Selbst in Deutschland spürte ich Unbehagen beim Umgang mit Polizisten. In der Türkei hat sich die Lage mittlerweile deutlich verbessert. Die Stimmung auf Demonstrationen ist entspannter, Polizisten treten weniger aggressiv auf. In Diyarbakır hat es mich erstaunt, wie offen die Menschen waren, denen ich auf der Straße begegnete. Vor sieben Jahren war das noch anders. Damals hatten sie Angst, ins Mikro zu sprechen.

In Köln genügte der Verweis auf den Westdeutschen Rundfunk, um Interviewpartner zu gewinnen oder mir

anderweitig Türen zu öffnen. Hier fragt man skeptisch nach, ob ich offizielle Auslandskorrespondentin bin. Wenn man die deutsche Ordnung gewöhnt ist, kann man sich in der Türkei leicht ärgern. Wenn man bei Anfragen den Dienstweg einhält, dauert es mitunter endlos lange, bis man die gewünschten Informationen erhält. Ein persönliches Netz aus Kontakten ist eminent wichtig. Als »Fremde« habe ich es da noch sehr schwer. Bei Straßenumfragen hingegen finde ich grundsätzlich leichter Menschen, die bereit sind, ein Interview zu geben. Sie sind stolz, weil sie jemand nach ihrer Meinung fragt. Die Gesprächspartner wollen oft eine Aufnahme des Beitrags.

Mit meinem Weggang aus Köln nach Istanbul habe ich einige Sicherheiten aufgegeben. Als »feste Freie« hatte ich das Recht auf Urlaubsgeld oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, und ich war Mitglied bei Verdi. In die türkischen Berufsverbände komme ich nicht hinein, dafür müsste ich fest angestellt sein. In der Türkei ist man als Journalist erst angesehen, wenn man eine feste Kolumne in einer Tageszeitung hat oder wenn man im Fernsehen zu sehen ist.

Alle Zeitungen haben eine Vielzahl von Kolumnisten, die wie Stars gehandelt werden. Leser halten ihrem bevorzugten Kolumnisten die Treue und wechseln gegebenenfalls mit ihm die Zeitung. Die, die keinen eigenen Meinungsbeitrag haben, arbeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen und weitgehend anonym mit entsprechend niedrigen Verdienstmöglichkeiten.

### **Nähe zum Thema, Distanz zur Redaktion**

Istanbul bietet viele faszinierende und interessante Themen für eine Journalistin. Doch es ist schwer, deutsche Medien von Themen zu begeistern – sogar das Funkhaus Europa. Und es ist schwer, die Beziehung zu den Redaktionen, für die man Beiträge macht, zu pflegen. Als ich in Köln lebte, bekam ich schon mehr Aufträge als Kolleginnen beispielsweise aus Berlin, weil ich in der Nähe der Redaktion war.

Viele Redaktionen interessieren sich außerdem nicht mehr so sehr für Türkeiethemen. Ich kenne zwei Kolleginnen aus Köln, die es in Istanbul versucht haben und die dann zurückgingen, weil ihre Auftragslage so schlecht wurde. Eine hat es zwei Mal versucht. Beim ersten Mal blieb sie sechs Monate, beim zweiten Versuch zwei Jahre. Eine Lösung des Problems wäre, auch für türkische Medien zu arbeiten. Doch

die Konkurrenz ist groß. Am Anfang hatte ich die Hoffnung, für eines der zahlreichen Auslandsbüros deutscher Medien in Istanbul tätig werden zu können. Doch in den letzten Jahren sind einige deutsch-türkische Journalisten, die beider Sprachen mächtig sind, von Deutschland nach Istanbul gezogen und haben diese Nische besetzt.

Es gibt einen Trend »heimkehrender« türkischer Journalisten. Jeder hat dabei andere Beweggründe: Viele, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, wollen die Heimat ihrer Eltern erleben. Oder sie gehen in der Hoffnung in die Türkei, nicht mehr als »fremd« wahrgenommen zu werden. Es ist der Zwiespalt, in den viele Migranten geraten. Ich hatte Heimweh, wollte nicht bis ans Ende meines Lebens als »Migrantin« in Deutschland leben. Ich habe mich in Deutschland wohlfühlt. Meine Zeit dort war eine Liebesgeschichte, die schließlich zu Ende ging. Ich sagte mir: Jetzt oder nie! Ich sah das Bild von Menschen vor mir, die erst im Sarg in die Türkei zurückkehren. Das will ich nicht. Ich war nicht einsam, doch war der Zeitpunkt gekommen, zurückzugehen. Ich wollte nur zum Studium nach Deutschland – und schließlich wurden sechzehn Jahre daraus.

Auch ich spüre diese Hin- und Hergerissenheit: Dort bin ich Migrantin, hier bin ich fremd. Doch hat diese Konstellation auch Vorteile. Ich trage nun zwei Kulturen in mir, habe eine fremde Sprache und einen Beruf erlernt. In Deutschland war ich zunächst Exotin, in der Türkei stehe ich nun für Europa.

Obwohl ich in der Türkei groß geworden bin, fühlte ich mich noch immer wie in einem fremden Land. Nachdem ich innerhalb eines halben Jahres viermal in der Stadt umgezogen bin, wohne ich jetzt in »Kuzguncuk« auf der asiatischen Seite. Es ist ein alter kleiner Stadtteil mit steilen Hängen und vielen Straßenkatzen. Moschee, Kirche und Synagoge sind nur einen Steinwurf voneinander entfernt.

In fünfzehn Minuten bin ich mit der Fähre auf der europäischen Seite. Dieses Lebensgefühl möchte ich nicht mehr missen. Viele Freunde fragen, ob es in der Türkei nicht sehr schwer für mich ist. Ihnen entgegne ich: In Deutschland war es auch nicht einfach. ■

*Ich hatte Heimweh und sah das Bild von Menschen vor mir, die erst im Sarg in die Türkei zurückkehren. Das will ich nicht.*

*Fidan Oezen arbeitet als freie Journalistin in Istanbul – vor allem für das WDR Funkhaus Europa, für das sie schon in Deutschland tätig war.*



# Schnell, exklusiv

Was zeichnet journalistische Websites aus Nutzersicht aus? Eine Studie befragte die User und überprüfte daraufhin das Onlineangebot großer Regionalblätter. Befund: Vieles lässt zu wünschen übrig.

VON PIERRE GEHMLICH

**W**ie lässt sich mit Journalismus im Internet Geld verdienen? Eine Antwort auf diese Frage ist nicht nur für Zeitungsverlage überlebenswichtig, die in der Printkrise ihre Onlineangebote auf wirtschaftlichen Erfolg trimmen müssen. Alle Anbieter kämpfen seit Jahren mit einem großen Problem. Sie haben ihre Leistungen in der

*Web-Angebote müssen sich durch Qualitätsjournalismus auszeichnen und so von Blogs und PR-Seiten abgrenzen.*

Typische Shovelware: Diesen Beitrag hat HAZ.de schlicht aus dem Printmuttermedium übernommen (14.10.11), die Übernahme aber nicht als solche gekennzeichnet.

Vergangenheit online schlichtweg verschenkt und ihren Nutzern die inzwischen lautstark beklagte **Grat mentalität** selbst mit anerkennen. Derzeit bieten fast alle ihre Inhalte kostenlos an, obwohl es für alle besser wäre, Geld zu verlangen.

Einen Ausweg aus dem sogenannten Gefangenendilemma haben bisher nur einige wenige Anbieter gefunden. *Financial Times* und *Wall Street Journal*

konnten vor ihren exklusiven Analysen erfolgreich eine Paywall hochziehen, der britische *Guardian* und die *New York Times* experimentieren mit gegensätzlichen Konzepten.

## Nur der Primus ist rentabel

Die ganze Branche beobachtet mit Argusaugen, ob die *New York Times* mit ihrem Online-Abonnement oder der *Guardian* mit seiner Kostenlos-Philosophie am Ende erfolgreich sein wird. In Deutschland jedenfalls verdient *Spiegel Online* aufgrund seiner immens hohen Reichweite und guter Reputation mit Werbung gerade mal genügend Geld, um rentabel zu sein.

Die Lösungsvorschläge von Wissenschaftlern und Journalisten treffen sich in einem zentralen Punkt: Es muss gelingen, die Online-Angebote durch Qualitätsjournalismus auszuzeichnen und so von ähnlich erscheinenden Angeboten wie News-Portalen, Blogs, PR-Seiten oder Bürgerjournalismus abzugrenzen. Für ein herausragendes Angebot, so die These, zahlen die Nutzer dann auch.

## Was ist Qualitätsjournalismus im Internet?

Der Begriff Qualitätsjournalismus wird in zahlreichen Beiträgen mit Begriffen wie »saubere Recherche«, »Relevanz«, »exklusive Inhalte« oder »Verlässlichkeit« umschrieben. Doch diese beziehen sich auf Offline-Medien. Für die Qualität journalistischer Onlineangebote fehlt ein allgemeingültiger Kriterienkatalog, der auf repräsentativen Untersuchungen aufbaut. Eine zentrale Rolle, so viel steht fest, spielen die Erwartungen und Interessen des Publikums, denn schließlich soll es in Zukunft für die Inhalte bezahlen.

Bisherige Studien im Forschungsbereich »Medienqualität«, die sich für die Rezipienten-

Calenberger Neustadt

## Rostpartikel schädigen ganze Häuser

14.10.2011 20:11 Uhr

**In der Calenberger Neustadt werden immer mehr Flecken durch Metallteilchen bekannt. Die Stadtwerke wollen ihre Kessel aber weiter mit Dampf reinigen.**



# und transparent

perspektive interessierten, ließen zwei wichtige Themen unbearbeitet: Zum einen wurden die spezifischen, auf journalistische Angebote gerichteten Nutzungswünsche der Online-Rezipientengruppen nicht untersucht. Und zum anderen griffen die Forscher meist auf dieselben Qualitätskriterien zurück, die sich aus Normenkatalogen oder der journalistischen Praxis herleiten lassen.

## Multimedia gewünscht

Ob diese Merkmale auch von den Nutzern als treffend empfunden werden, blieb offen. Diese lückenhafte Studienlage mag einer der Gründe dafür sein, dass die meisten journalistischen Onlineangebote deutlich hinter den Erwartungen ihrer Nutzer zurückbleiben.

Welche Kriterien ziehen die Nutzer heran, um die Qualität von News-Websites zu bewerten? Und was müssen diese Sites tatsächlich bieten, um die Erwartungen der User-Gruppen zu erfüllen? Diese Fragen standen im Fokus einer Studie, die am Lehrstuhl Journalistik am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig durchgeführt wurde.

Mit einer differenzierten online-gestützten Publikumsbefragung wurden das Nutzerverhalten und die Auffassungen von insgesamt 501 Internetnutzern erhoben. Zentraler Befund: Journalistische Onlinenachrichten sollen vor allem schnell, permanent und zugleich mit möglichst viel Hintergrund informieren. Darüber hinaus wünschen sich die Nutzer Geschichten, die mit multimedialen Elementen wie Videos oder Infografiken erzählt werden.

## Deutliche Absage an »shovelware«

Folglich werden Angebote als qualitativ eher schlechter eingeschätzt, wenn eine dünn besetzte Onlineredaktion kaum mehr leistet als die Printinhalte des Muttermediums ins Web zu schaufeln. Oder plakatig gesagt: Wer die Stärken des Mediums Internet ungenutzt lässt, wird wahrscheinlich auch auf lange Sicht online kein Geld verdienen. Die Studie zeigt auch, dass die Onlineredaktionen ihre Ressourcen deutlich gezielter einsetzen sollten. Vieles wird ange-

boten, was die Nutzer nicht interessiert. Denn nicht alles, was im Internet derzeit möglich ist und von Web-Apologeten als Muss angesehen wird, interessiert die Rezipienten. So ist selbst jüngeren Nutzern weniger wichtig, ob interaktive Möglichkeiten angeboten werden oder nicht. Es scheint vielmehr, dass sie auch online die Rolle der Journalisten als Gatekeeper akzeptieren.

Sie legen auch weniger Wert darauf, sich am Rechercheprozess beteiligen zu können. So steht zum Beispiel Crowdsourcing, das Beschaffen von Informationen durch User/Leser, weit unten auf der Prioritätenliste der Nutzer. Dabei war vor allem in den USA Crowdsourcing in den letzten Jahren das Zauberwort in der Zeitungskrise. Der Rückgriff auf die »Schwarmintelligenz« galt als erfolgversprechender Weg zu hochwertigem Journalismus trotz zunehmend begrenzter Finanzen. Die mit der Alltagswelt verbun-

*Nicht alles, was im Internet derzeit möglich ist und von Web-Apologeten als Muss angesehen wird, interessiert die Rezipienten.*

## WISSENSCHAFTLICHE METHODE

Im Rahmen meiner Diplomarbeit am Lehrstuhl Journalistik I der Universität Leipzig habe ich mit einem mehrstufigen Forschungsdesign untersucht, welche Qualitätseigenschaften journalistische Internet-Angebote aus Sicht der Nutzer bieten sollten und tatsächlich bieten.

Mit einer explorativen Delphi-Befragung habe ich zunächst die Qualitätsmerkmale identifiziert, die nach Auffassung von Forschern und Anbietern für Onlinenachrichtenangebote gelten. Diese Kriterien wurden in einer quantitativen, onlinegestützten Befragung dem User-Publikum zur Beurteilung vorgelegt. 501 Nutzer gaben ihre Beurteilung ab. Mit dem daraus gewonnenen Anforderungskatalog wurden die Online-Angebote der regionalen Tageszeitungen *Augsburger Allgemeine*, *Stuttgarter Zeitung* und *Hannoversche Allgemeine* in einer quantitativen Inhaltsanalyse untersucht. Die Stichprobe wurde an zwei aufeinanderfolgenden Dienstagen und einem dazwischenliegenden Samstag gezogen und umfasst 441 Beiträge.

denen Wünsche der Mediennutzer sehen anders aus. Mit den Usern auf Du und Du? Auch dies könnte sich als Irrtum erweisen. Den Befragten ist nämlich weniger wichtig, ob die Redaktionen ihrer Internetmedien auf Kritik und Themenvorschläge ihrer Nutzer erkennbar eingehen und auf Facebook den Leser-Kontakt

*Vor allem aber ist den Nutzern eine strikte Trennung von redaktionellen Texten und Werbung sehr wichtig.*

pflügen. Keine Frage, das vergleichsweise schlechte Abschneiden von Merkmalen, die zur Dimension

»Interaktion« zählen, überraschte uns. Schließlich erreichte die Befragung vorrangig urbane Internet-Vielnutzer mit höherer formaler Bildung, die offener für neue Medien sind. Wenn bereits diese Zielgruppe auf Interaktionen kaum Wert legt, was ist dann mit den »Normalnutzern«?

Die Frage musste allerdings offen bleiben, ob die Rezipienten vielleicht der Meinung sind, dass sie auf die Internetredaktion ohnehin keine Einflussmöglichkeiten haben. Dies jedenfalls wird von einigen Forschern vermutet. Denkbar ist aber auch, dass die Befragten erheblich rationaler und nutzorientierter sind und von journalistischen Angeboten in erster Linie Information und Orientierung erwarten und keine virtuellen Kaffeekränzchen.

Ebenfalls nicht belegt werden konnte in der Untersuchung die These verschiedener Journalismusforscher, das Internet gewinne aus Sicht der Nutzer zunehmend auch als lokales und regionales Medium an Bedeutung. Unserer Erhebung zufolge wünschen sich die Nutzer zwar, dass sie Themen aus ihrem Lebensumfeld finden; auch sollten Journalisten komplexe Vorgänge in Brüssel oder Berlin für ihre Nutzer in der Region herunter zu brechen. Ein Beispiel: Wirken sich die aktuellen Herabstufungen der Ratingagenturen auf die Riesterreute und den Bausparvertrag aus? Und wenn ja: wie? Die damit verbundenen Qualitätsmerkmale landeten in der Befragung allerdings nur im Mittelfeld.

**Transparenz gewinnt hohen Stellenwert**

Auch ein wichtiger Befund der Studie: Die Befragten legen sehr hohen Wert auf Transparenz. Sie erwarten von Onlineredakteuren unter anderem, genutzte Quellen vollständig offenzulegen. Die Anbieter sollten zudem deutlich kennzeichnen, wenn Beiträge aus anderen Medien oder von Agenturen übernommen werden. Vor allem aber ist den Nutzern eine strikte Trennung von redaktionellen Texten und Werbung sehr wichtig.

Dieser Befund aus der Befragung scheint eine in zahlreichen anderen Erhebungen geäußerte Vermutung zu bestätigen: Offenbar hat die Flüchtigkeit der online veröffentlichten Informationen



Verstoß gegen Trennungsgebot von Werbung und redaktionellen Inhalten: Der Artikel auf Augsburg-Allgemeine.de (14.10.11) kommt vom holländischen Tourismusbüro, wird aber auf der Hauptseite als ganz normaler Beitrag verlinkt. Erst auf der Beitragsseite steht ganz klein in Weiß das Wörtchen »Anzeige« neben dem Anreißer:

und der ständige Druck auf die Journalisten, top aktuell zu berichten, negative Auswirkungen auf deren Glaubwürdigkeit. Dieser Malus kann aber durch das strikte Einhalten von Transparenzregeln zumindest abgemildert werden.

### Die Online-Praxis: weit weg vom Ideal

Im Fortgang der Studie wurden die Qualitätswünsche der User mit den Angeboten des real existierenden Onlinejournalismus abgeglichen. Als »gute Repräsentanten« des regionalen Onlinejournalismus gelten die Angebote *Augsburger-Allgemeine.de* (AA), *Stuttgarter-Zeitung.de* (SZ) und *HAZ.de* (*Hannoversche Allgemeine*), die zudem über soziodemografisch vergleichbare Einzugsgebiete verfügen. Diese Webseiten wurden zur Überprüfung herangezogen und mit einer Inhaltsanalyse stichprobenartig ausgewertet. Hauptbefund: Das tatsächliche Angebot erfüllt die User-Erwartungen bei weitem nicht. Woran liegt dies?

Eine Rolle spielt gewiss die personelle Ausstattung. In den Online-Redaktionen arbeiten vier (HAZ) bis sechs (AA) fest angestellte Journalisten, und bei dieser dünnen Personaldecke ist es wenig überraschend, dass alle drei Webseiten ihren Nutzern nur einen geringen Mehrwert gegenüber der zugehörigen Printausgabe bieten.

### Gattungstärken werden kaum genutzt

Nur jeder fünfte untersuchte Beitrag bei der AA und bei der SZ war eine Eigenleistung; bei HAZ wurde nur jeder siebte Artikel von den Online-Journalisten geschrieben oder von Kollegen exklusiv für die Webseite geliefert. In der überwiegenden Mehrzahl handelte es sich bei den selbst produzierten Artikeln um Kurznachrichten, um Sport- und Polizeiberichte.

Alle drei Anbieter ließen die Stärken des Hybridmediums Internet weitgehend ungenutzt. Während der Erhebungszeit verzichteten sie beispielsweise darauf, wichtige Beiträge mit multimedialen Elementen unterhaltsamer und leichter zugänglich zu machen.

Allerdings lieferte die SZ ein Paradebeispiel dafür, mit welchen Mitteln eine Geschichte online erzählt werden kann: Ein Beitrag über eine neue Stuttgarter Bibliothek wurde mit einer interaktiven Flash-Grafik mit Audio-Erzählungen ergänzt, mit der sich Nutzer die einzelnen Bereiche des Hauses selbst erschließen konnten.

Viel zu selten wurden Beiträge mit Hintergrund angereichert. Die SZ verlinkte in jedem vierten Beitrag auf externe Internetquellen und ergänzte jeden dritten Artikel mit selbst erarbeiteten oder fremden Zusatzinformationen. Die HAZ bot diese Ergänzungen bei rund 25

Prozent der Beiträge, leitete die Nutzer aber nur selten zu anderen Webseiten weiter (5 Prozent).

Bei der AA schließlich waren nur knapp 14 Prozent der Beiträge mit Hintergrund angereichert, nur 17 Prozent enthielten zusätzliche Quellen. Positiv: Alle Anbieter achten offenbar auf analytische Qualität und zeigten im Untersuchungszeitraum oftmals die Ereignisse in einem zeitlichen, geografischen oder thematischen Rahmen.

### Jeder dritte Beitrag ohne Quelle

Auch das Bedürfnis der Nutzer nach Transparenz wird von den Redaktionen noch nicht ernst genug genommen. So fehlte durchweg die Information, ob und von wem Beiträge übernommen wurden.

Ebenso zeigten sich beim Qualitätsmerkmal Quellentransparenz häufig Ungereimtheiten und Probleme. So fehlte auf allen untersuchten Webseiten bei jedem dritten Beitrag die klare Nennung der Quelle einer Information; oft wurde sie nur angedeutet. Zudem verstieß die AA mehrfach (3 Prozent der Beiträge) gegen das Trennungsgebot von Werbung und redaktionellen Inhalten (siehe Abbildung). Bei der SZ und der HAZ kam das nur zweimal bzw. nur in einem Fall vor.

Unsere Studie kann nicht belegen, dass Nutzerzahlen steigen, wenn die Redaktionen stärker auf die Wünsche der Rezipienten eingehen. Auffällig ist aber, dass im Qualitätsvergleich das Onlineangebot der *Hannoverschen Allgemeinen* gegenüber der AA und der SZ insgesamt etwas schlechter abschnitt; dies gilt insbesondere für jene Kriterien, die in der Befragung der User sehr weit oben auf der Prioritätenliste stehen.

Mag sein, dass diese Angebotsgüte mit erklärt, warum *Augsburger-Allgemeine.de* und *Stuttgarter-Zeitung.de* 3,4 bzw. 3,6 Millionen Unique Visits im Monat erreichen – und *HAZ.de* nur 1,63 Millionen. ■

*Nur selten werden Beiträge mit multimedialen Elementen unterhaltsamer und leichter zugänglich gemacht.*

*Pierre Gelmlich hat an der Universität Leipzig den Diplomstudiengang Journalistik absolviert und arbeitet als freier Journalist für den MDR.*



# Islamisten waren

*Kaum waren die Anschläge in Norwegen bekannt, spekulierten viele Medien über die Täter. Dabei kam es zu groben Fehleinschätzungen, wie eine Entscheidung des Deutschen Presserats zeigt.*

VON HORST SCHILLING

Die *Fuldaer Zeitung* hatte in ihrer Online-Ausgabe am 22. Juli 2011 die Vorgänge in Norwegen in Unkenntnis der tatsächlichen Sachlage kommentiert. Der Autor schreibt, dass man zwar den Urheber noch nicht kenne, vieles jedoch auf einen islamistischen Hintergrund deute. Er begründet seine Einschätzung damit, dass auch die norwegischen Medien die dänischen Mohammed-Karikaturen abgedruckt hätten und vor

*Ein Leser beklagt Vermutungen über die Drahtzieher der Anschläge, die als Tatsachen dargestellt werden.*

einem Jahr eine islamistische Terrorgruppe aufgefliegen sei. Zudem sei Norwegen als Nato-Mitglied am Afghanistan-

Einsatz beteiligt. Nun müsse die Regierung bitter erfahren, wie ihr ihre liberale Ausländerpolitik und ihr Dialog mit muslimischen Zuwanderern gedankt werden. Dem feigen Terrorpack mit Großzügigkeit zu begegnen, hieße, ein Feuer mit Benzin löschen zu wollen.

Der Kommentar löste eine Beschwerde beim Deutschen Presserat aus. Obwohl zu keiner Zeit der islamistische Terror verdächtigt worden sei, nutze der Autor die Gelegenheit, um ohne Anhaltspunkte Stimmung zu machen, monierte ein Leser.

Der stellvertretende Chefredakteur und der Ressortleiter Politik der Zeitung räumten zwar ein, dass der Kommentar auf einer bedauerlichen Fehleinschätzung des Autors beruhe. Der Anschlag werde aber keineswegs eindeutig islamistischen Terrorgruppen zugeordnet. Der Autor vertrete lediglich die Meinung, dass es Indizien für einen solchen islamistischen Hintergrund gebe. Kurz nach dem

Ereignis hätten viele Politiker, Sicherheitsexperten und Journalisten eine ähnliche Auffassung verbreitet. Einen Tag nach dem Anschlag habe man in Kenntnis der neuen Sachlage den Kommentar gelöscht und sich auch im Printprodukt für die Fehleinschätzung entschuldigt.

Der Beschwerdeausschuss des Presserates beanstandete, dass der Autor des Kommentars seine Gedanken über die Täterschaft nicht deutlich als Vermutung gekennzeichnet hat. Er kommentiere vielmehr vermeintliche Tatsachen. Dies veranschauliche insbesondere der Absatz, in dem er die liberale Ausländerpolitik der skandinavischen Länder als Hintergrund für den Anschlag benennt und das Fazit zieht, dass man »diesem feigen Terrorpack« nicht mit Großzügigkeit begegnen könne. »Wer diesen Fanatikern versöhnlich kommen will, muss damit rechnen, dass ihm dies als Schwäche ausgelegt und skrupellos ausgenutzt wird«, laute die Schlussfolgerung. Damit lege der Autor sich ohne hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte auf Islamisten als Tatverdächtige fest. Dies sei ein Verstoß gegen die Ziffer 2 des Pressekodex (»Sorgfalt«). Das Gremium verzichtete aber auf eine Maßnahme, da die Zeitung angemessen reagiert habe.

## Fragen nach den Hintergründen

»Was steckt hinter dem Terroranschlag in Oslo?«, hatte am 22. Juli 2011 um 19:58 Uhr auch *Bild Online* gefragt. Es habe zwar noch nie einen Anschlag in Norwegen gegeben. Vor einem Jahr hätten aber Fahnder drei Männer mit norwegischer Staatsbürgerschaft festgenommen, die Medienberichten zufolge für das Terrornetzwerk al-Qaida einen Anschlag hätten üben wollen. Der Beitrag lässt offen, ob das Ereignis in Norwegen ein politisch motivierter Anschlag gewe-

# es nicht

sen sei. Provozierende politische Entscheidungen, die Islamisten gereizt haben könnten, habe es in der jüngsten Vergangenheit nicht gegeben. Allerdings beteilige sich Norwegen an den Militäroperationen der NATO in Afghanistan und Libyen.

Ein Leser ist der Ansicht, Muslime würden in dem Beitrag als mögliche Täter des Attentats hingestellt. Dies sei eine als Tatsache dargestellte Vermutung und entspreche nicht dem Grundsatz der sorgfältigen Recherche. Sie diskriminiere unzulässigerweise Muslime und sei eine nicht hinnehmbare Vorverurteilung.

Die Rechtsabteilung des Verlages entgegnete, Muslime würden in dem Bericht nicht allein als mögliche Täter dargestellt. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung sei die Täterschaft noch völlig unklar gewesen. In allen Medien sei über die möglichen Tathintergründe – insbesondere über eine Verbindung zu al-Qaida – nur spekuliert worden. Ein Verstoß gegen Ziffer 2 liege nicht vor, da der Beitrag den Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Berichterstattung

zutreffend wiedergebe. Auch wenn sich der anfängliche Verdacht später als falsch herausgestellt habe, sei er rational und nachvollziehbar gewesen. In dem Beitrag seien nicht bloß religiöse Motive für möglich gehalten, sondern ergebnisoffen weitere mögliche Tathintergründe erörtert worden.

Der Presserat stellte fest, die Zeitung mache ganz eindeutig klar, dass es reine Spekulationen seien, die sie hier veröffentlichte. Es sei nachvollziehbar, dass man zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nur kurz nach Bekanntwerden des Anschlages auf mögliche Motive und Spekulationen verweise. Da keine falschen Tatsachen dargestellt worden seien, wurde die Beschwerde schließlich als unbegründet zurückgewiesen.

*Weil die Zeitung darauf hinweist, dass es sich um Spekulationen handelt, wies der Presserat die Beschwerde zurück.*

## FOTOS VON BREIVIKS MUTTER UND FREUNDIN

Ein Leser von *Bild* und *Bild Online* nahm Anstoß an Fotos, die den Attentäter als Kind sowie ungenau seine Mutter und eine Freundin zeigten. Die Bilder waren am 27. Juli 2011 unter der Überschrift »Die Abgründe im Leben der Killer-Bestie« veröffentlicht worden.

Die Rechtsabteilung des Verlages erklärte, es sei Aufgabe der Presse, die Hintergründe einer solchen Tat aufzuzeigen. In allen Medien sei über mögliche Motive berichtet worden. In dem von ihm veröffentlichten Manifest habe der Täter Auskunft über seine »verkorkste Jugend« gegeben. Damit bringe er die auf den Fotos illustrierte Kindheit in unmittelbaren Zusammenhang mit der Tat. Der Täter habe sich in seinem Manifest auch auf seine Mutter sowie auf die sexuelle Erziehung der 50er und 60er Jahre bezogen. Daher seien auch die Eltern und insbesondere die Mutter im Fokus der Öffentlichkeit. Da in dem Manifest auch die Rolle der Frau und die Vorstellung von Ehe und Familie

eine wesentliche Rolle spielten, sei es von öffentlichem Interesse, die Frauen zu zeigen, die im Leben des Täters wichtig gewesen seien.

Der Presserat reagierte auf die Beschwerde mit einer nicht-öffentlichen Rüge. In Ziffer 8, insbesondere Richtlinie 8.1 Abs. 3, sei geregelt, dass bei Familienangehörigen und sonstigen Betroffenen, die mit dem Unglücksfall oder der Straftat nichts zu tun haben, die Namensnennung und Abbildung grundsätzlich unzulässig seien. Zwar möge der Täter in seinem »Manifest« auch seine Erziehung und insbesondere seine Mutter erwähnt haben. Dies rechtfertige jedoch in keiner Weise eine identifizierende Berichterstattung über die Frau. Für die identifizierende Abbildung einer nicht näher bezeichneten Freundin gebe es ebenfalls keinen begründbaren Sachbezug. Beide auf den Fotos dargestellten Personen hätten nichts mit der Tat des Anders Behring Breivik zu tun.

*Horst Schilling*

### Vergleich zweier Tragödien

Die WAZ veröffentlichte am 25. Juli 2011 einen Kommentar unter der Überschrift »Duisburg und Norwegen im Schmerz verbunden«. Anlass war eine Gedenkfeier für die 21 Opfer der Loveparade, in der auch eine Fürbitte für die 77 Toten in Norwegen gesprochen worden ist. Schlampige, ignorante Planer und fahrlässige oder schlichtweg überforderte Organisatoren seien für die Folgen der Loveparade verantwortlich, schreibt der Autor. Die Gerichte würden – wann auch immer – entscheiden, ob Schuldige

auszumachen seien. Duisburg hätte durch verantwortliche Vorbereitung verhindert werden können, Norwegen dagegen wohl kaum.

Der Stadtdirektor von Duisburg empfindet die Verknüpfung der Tragödie in Duisburg mit dem Massaker in Norwegen als eine Zumutung. Er betonte in seiner Beschwerde beim Deutschen Presserat, dass das Unglück der Loveparade immer noch Gegenstand eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens mit offenem Ausgang sei. Beide Geschehnisse seien zwar furchtbar, jedoch nicht miteinander vergleichbar. Der

## IDENTITÄT DER OPFER IST UNERHEBLICH

Wie nach dem Amoklauf in Winnenden hatte der Presserat auch nach den Vorkommnissen in Norwegen die Frage zu bewerten, ob es nach einer derart außergewöhnlichen Tat gerechtfertigt ist, die Opfer zu zeigen. Auch diesmal hatten viele Medien Fotos veröffentlicht. Sie wollten den Opfern »ein Gesicht geben«, um den Lesern das Ausmaß dieses schrecklichen Verbrechens begreifbar zu machen. In einigen Fällen der Berichterstattung über Winnenden hatte der Presserat die in Richtlinie 8.1 festgehaltenen »besonderen Begleitumstände« berücksichtigt und eine sachliche und dezente Dokumentation auch in Bildern toleriert. Die vollen Namen der Opfer waren nicht genannt worden. Die Betroffenen waren zunächst nur in ihrer unmittelbaren Umgebung erkennbar.

Nicht in allen Berichten über das Massaker in Norwegen wurde der Schutz der Opfer dermaßen konsequent gewahrt. Unter der Überschrift »Sie wurden Opfer der Killer-Bestie« zeigte *Bild Online* am 25. Juli 2011 Fotos von sieben Opfern. Die Toten werden namentlich genannt. Ihr Alter wird angegeben. Es wird aus ihrem Leben berichtet. Am 28. Juli 2011 veröffentlichten *Bild* und *Bild Online* unter der Überschrift »BILD gedenkt der Toten von Norwegen« die Fotos von 44 Opfern. Auch diesmal werden die Namen genannt, das Alter der Betroffenen angegeben. Der Begleittext verweist darauf, dass *Bild* zum Gedenken an die Toten von Norwegen heute zum ersten Mal ohne Schlagzeile erscheint. Beide Veröffentlichungen lösten eine Beschwerde aus, veranlassten den Presserat zu Hinweisen.

Die Rechtsabteilung des Verlags betonte, man habe ausschließlich Bilder und Informationen verwendet, welche die norwegische Presse bereits veröffentlicht habe.

Die Personalisierung der Berichterstattung konkretisiere die Dimension des Ereignisses. Ohne Einbeziehung ihrer Identität würden die Opfer im Kontext der nachfolgenden Aufarbeitung und Diskussion über Ursachen und Vermeidung künftiger Straftaten gleicher Art auf anonyme Zahlen in der Verbrechensstatistik reduziert. Personalisierung und Illustrationen mit Fotos weckten bei Lesern erhöhte Aufmerksamkeit und erhöhtes Bewusstsein für Gefahr und Missstand. Sie lösten Mitgefühl mit den Opfern aus.

Der Presserat bezweifelte nicht ein öffentliches Interesse an dem Geschehen in Norwegen. Die Freiheit der Berichterstattung finde jedoch auch in diesem Fall ihre Grenzen in den Persönlichkeitsrechten der Opfer. Wenn Menschen zufällig Opfer eines schrecklichen Verbrechens werden, rechtfertige dies nicht automatisch eine identifizierende Berichterstattung über ihre Person. Nach Richtlinie 8.1 Absatz 2 sei das Wissen um die Identität der Opfer für das Verständnis des Tathergangs in der Regel unerheblich. Ausnahmen könnten nur bei Personen der Zeitgeschichte oder bei besonderen Begleitumständen gerechtfertigt sein. Diese Ausnahme sah das Gremium im vorliegenden Fall nicht gegeben. Den Hinweis der Rechtsabteilung, dass die Fotos bereits in Norwegen veröffentlicht worden seien, bewertete der Beschwerdeausschuss als unerheblich. Wenn die norwegische Presse dies so handhabt, könne sie dies tun. Der Deutsche Presserat halte sich an die eindeutigen Richtlinien des hier geltenden Pressekodex. Die mit den Fotos verbundene Emotionalisierung stelle lediglich eine erweiterte Information dar, die vom ethischen Standpunkt her zum sachlichen Verständnis des Amoklaufs so nicht erforderlich gewesen sei.

Horst Schilling

Autor des Beitrags vermittele den Eindruck, als ob Schuld und Verantwortung schon gerichtlich festgestellt worden seien. Dies sei eine Vorverurteilung und gefährde eine unvoreingenommene und objektive Aufarbeitung des Duisburger Unglücks.

Der stellvertretende Chefredakteur der *WAZ* erklärte, der Schmerz über den Verlust von Söhnen, Töchtern, Geschwistern oder Enkeln verbinde die Trauernden in Duisburg und in Oslo. Der strittige Kommentar verdeutliche aber auch die Unterschiede in den beiden Tragödien. Es sei wohl nicht in Abrede zu stellen, dass die Planer und Organisatoren in Duisburg bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung Fehler gemacht haben müssten. An keiner Stelle des Kommentars werde aber gesagt, wer aus dem Kreis der für die Veranstaltung Verantwortlichen schuldig sei. Mithin sei niemand vorverurteilt worden.

Die Mitglieder des Beschwerdeausschusses stimmten dieser Feststellung zu. An keiner Stelle werde eine einzelne Person für das Unglück verantwortlich gemacht. Der Beitrag spreche von einem recht großen Personenkreis von Planern und Organisatoren der Veranstaltung. Und in der Tat müsse genau dieser Personenkreis sich fragen lassen, wer die Verantwortung für die vielen Toten trägt. Dass ein Gericht letztendlich darüber urteilen müsse, werde in dem Beitrag deutlich gesagt. Dass in der Öffentlichkeit jedoch darüber diskutiert und die Frage gestellt werde, wer verantwortlich sein könnte, widerspreche nicht der Unschuldsvermutung und gehöre in einer Demokratie zwingend zu den Aufgaben der Presse. Den Hinweis des Beschwerdeführers, dass die Verknüpfung der Tragödie von Duisburg mit dem Massaker von Norwegen eine Zumutung sei, kann der Beschwerdeausschuss nicht nachvollziehen. Nur in einem Punkt, und dies werde in dem Beitrag auch sehr deutlich, gebe es eine Ähnlichkeit zwischen den beiden Vorkommnissen: Es gehe um die Trauer und um den Verlust von geliebten Menschen. Der Presserat wies die Beschwerde als unbegründet zurück.

### Der Täter in heroischer Pose

Missbilligt wurde ein Beitrag, den die *Abendzeitung* am 25. Juli 2011 unter der Überschrift »Der Massenmörder« veröffentlicht hatte. Ein Foto zeigt den Amokläufer Anders Behring Breivik in einer Phantasieuniform mit angelegtem Gewehr. Eine

Leserin warf in einer Beschwerde beim Presserat der Zeitung vor, sie setze genau das um, was der Täter sich erträumt habe, nämlich mit seinen abstrusen Ideen einmal absolut in der Öffentlichkeit zu stehen. Mit einem solchen »Heldenbild« mache sich die Zeitung mitverantwortlich für künftig mögliche ähnliche Taten.

Der stellvertretende Chefredakteur der Zeitung entgegnete, es gebe zwar Studien zu Suizid und Amokläufen, die eine Imitation solcher Taten für möglich hielten. Diese beschäftigten sich aber nicht explizit mit Heranwachsenden oder mit einem mit Norwegen vergleichbaren Tathergang. Die Studien wiesen darauf hin, dass solche Taten eher imitiert würden, je sympathischer und verstehbarer sie dargestellt würden. Dies sei in der *Abendzeitung* nicht geschehen.

Der Presserat hat bereits in der Vorprüfung Beschwerden über Veröffentlichungen, die ein einfaches, Passfoto-ähnliches Bild des Attentäters von Utøya zeigten, als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Die Persönlichkeitsrechte eines Täters, der seine Taten unter den Augen der Öffentlichkeit begangen hat, müssten in Abwägung mit dem öffentlichen Interesse zurückstehen. In dem vorliegenden Fall wirke die Darstellung des Täters jedoch heroisierend. Der Mann werde mit gezogener Waffe und in einer Art Kampfanzug gezeigt. Diese Wirkung werde durch die Platzierung auf dem Titel der Zeitung noch verstärkt. Die Überschrift »Der Massenmörder« relativiere diesen Eindruck nur zum Teil. Dadurch mache die Redaktion sich zum Werkzeug eines Verbrechers, verletze Jugendschutzaspekte und überschreite die Grenze, die in Kodexziffer-Ziffer 11 beschrieben werde. ■

*Die Persönlichkeitsrechte des Täters mussten in Abwägung mit dem öffentlichen Interesse zurückstehen.*

*Horst Schilling verfolgt regelmäßig die Sitzungen des Deutschen Presserates, dem er zwölf Jahre lang angehörte.*

Der Presserat hat einen 50-seitigen Leitfaden herausgegeben, der Empfehlungen zur Berichterstattung über Amokläufe enthält und die Vorgänge in Winnenden, Emsdetten und Erfurt dokumentiert. Er wurde Ende 2011 nochmals aktualisiert und ist über die Webseite [www.presserat.info](http://www.presserat.info) als PDF abrufbar.



# Brutal enthüllt

*Hier zu viel Offenheit, dort ein Mangel an solcher: Der Schweizer Presserat behandelte einen Fall von Sensationslust und einen von Geheimniskrämerei um Eigentumsverhältnisse.*

VON MAX TROSSMANN

Die Bildauswahl im Gratis-Tabloid *Blick am Abend* geschah für Donnerstag, den 22. Januar 2011, ohne lange nachzudenken. Fast seitenhoch sprang die Betrachter das Foto eines Arbeitsunfalls in der philippinischen Hauptstadt Manila an, bei dem zehn Bauarbeiter ihr Leben verloren, weil ein Lift kollabierte. Das Bild zeigt mehrere Tote mit teils verrenkten Gliedmaßen, vereinzelt Blut und eher undeutlich einige Gesichter der Opfer (siehe Bild rechts).

Ein Leser beschwerte sich beim Schweizer Presserat, das Bild verletze die Menschenwürde der Opfer. *Blick am Abend*, das dem Großverleger Michael Ringier gehört, räumte ein, das Bild sei grenzwertig; Schweizer Opfer würde man nicht so zeigen. Die Menschenwürde sei aber nicht schon deshalb verletzt, weil einzelne Unfallopfer in einem fernen Land erkennbar seien. Der Presserat gelangte zum gegenteiligen Schluss.

## **Opferbild ohne Informationswert**

Das Bild habe über die Tatsache hinaus, dass bei einem Unfall in Manila zehn Arbeiter ihr Leben verloren, für den Leser keinerlei Informationswert. Werde ein Foto von Leichen einzig wegen des ausdrucksstarken Arrangements der toten Körper ausgewählt und ohne Erklärung der näheren Umstände des Unfalls abgedruckt, missbrauche die Redaktion diese unbekannt Unfallopfer als puren Schockreiz und verletze damit deren Menschenwürde.

Das Ethikgremium stützte seine Rüge auf die Ziffer 8 des Schweizer Journalistenkodex über Menschenwürde und Diskriminierung. Danach liegen »die Grenzen der Berichterstattung in Text, Bild und Ton über Kriege, terroristische Akte, Unglücksfälle und Katastrophen dort, wo das Leid

der Betroffenen und die Gefühle ihrer Angehörigen nicht respektiert werden«. Die Richtlinie 8.3 über den Opferschutz bestimmt: »Journalisten sind sensationelle Darstellungen untersagt, welche Menschen zu bloßen Objekten degradieren.«

## **Scheinheilig oder gar zynisch?**

Nachgeschoben und scheinheilig wirkte auf den Presserat das Argument der Redaktion, sie habe das Bild gezeigt, »weil es eben nicht geschönt ist, weil es menschliches Leid nicht ästhetisiert, verharmlost (...). Das Bild ist so brutal und drastisch wie der plötzliche Verlust eines geliebten Menschen einen drastischen Einschnitt bedeutet.« Es habe die Leser zum Denken anregen sollen. Das Konzept der beliebten Bilderseite sei gerade, täglich ein Panoptikum des Lebens rund um die Welt zu zeigen, mit Freud und Leid nebeneinander.

Hätte *Blick am Abend* die Publikation jedoch sorgfältig abgewogen, hätte er entweder auf das Bild verzichtet oder dieses wenn schon in einen größeren Kontext eingebettet. In einer Reportage über die Arbeitsbedingungen auf Manilas Baustellen bekäme das genau gleiche Bild einen ganz anderen Sinnzusammenhang. Er gäbe den Toten ihre Würde als Opfer wieder ([www.presserat.ch](http://www.presserat.ch), Entscheid 33/2011).

## **Wieder mal ein Schweizer Sonderfall**

Ging es hier um die Pflicht der Journalisten, die Menschenwürde zu respektieren, so geht es im nächsten Fall um deren Recht auf Transparenz, nämlich zu wissen, wem das Medienunternehmen gehört, für das sie schreiben. Anders als in Deutschland führt der Schweizer Kodex nämlich nicht nur Pflichten der Journalisten auf, sondern auch Rechte.



Schweizer Journalisten haben gemäß dem Kodex »Anspruch auf Transparenz über die Besitzverhältnisse ihres Arbeitgebers«. Dieses Recht machten letztes Jahr verschiedene Medienorganisationen, der Verein »Rettet Basel« mit über 1.100 Unterzeichnenden und ein Journalist der *Basler Zeitung* beim Presserat geltend. Sie verlangten zu wissen, ob die *Basler Zeitung* effektiv dem Basler Unternehmer Moritz Suter

Dieses »Bild des Tages« hätte der *Blick am Abend* laut Schweizer Presserat weglassen oder in einen größeren Kontext einbetten müssen. Es zeigt Bauarbeiter, die in der philippinischen Hauptstadt Manila bei einem Arbeitsunfall ums Leben kamen. (Ausschnitt: *Blick am Abend*)

gehöre. Er hatte die Mediengruppe im November 2010 angeblich zu 100 Prozent übernommen.

Die »Basler Zeitung Medien« (BZM) entgegnete, das Offenlegungspostulat sei längst erfüllt. Sie habe bereits Ende November 2010 mitgeteilt, Suter sei alleiniger Besitzer und Verleger.

### Millionen kamen von Blocher

Der Presserat gab jedoch den Beschwerdeführenden recht. Begründung: Es bestünden ernst zu nehmende Zweifel, ob Verleger Moritz Suter die BZM auch wirtschaftlich beherrsche und den Kurs der *Basler Zeitung* allein bestimme. Daher genüge die Bekanntgabe der rechtlichen Eigentumsverhältnisse nicht.

Die BZM solle gegenüber Redaktion und Öffentlichkeit erklären, ob und falls ja, welche Drittpersonen oder Institutionen den millionenschweren Kauf der BZM finanziert hätten. Und welche Mitspracherechte sie sich ausbedungen haben.

Die Mediengruppe hatte argumentiert, die Forderung, Firmeninterna offenzulegen, verstoße gegen die Medien- und Wirtschaftsfreiheit. Tatsächlich müssen in der Schweiz nur die elektronischen Medien nach Radio- und TV-Gesetz ihre Besitzer offenlegen, nicht aber die Printmedien. Dies im Gegensatz zu Deutschland, wo die Landespressegesetze einiger Bundesländer vorschreiben, die Eigentumsverhältnisse an Druckwerken regelmäßig zu veröffentlichen.

Dennoch besteht der Schweizer Presserat auf Offenlegen der Besitzer: Medien, deren Aufgabe es ist, Transparenz über gesellschaftliche Akteure und Vorgänge herzustellen, dürften bei sich selber keinen anderen Maßstab anlegen als bei anderen Akteuren (Entscheid 34/2011).

Seit kurzem ist klar: Moritz Suter war nur vorge-schoben. Die 57 Millionen Euro kamen vom rechtskonservativen Milliardär Christoph Blocher, Leader der Schweizerischen Volkspartei. Neuste Wende: Die Zeitung gehört (wieder) Financier Tito Tettamanti. ■

*Max Trossmann ist Historiker und Publizist sowie Vizepräsident des Schweizer Presserats.*



# Die Top-Ten des

In jedem Quartal stellt Message die besten Bücher aus der Feder von Journalisten vor – ein Projekt des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.



**1. Daniel Glattauer: Mama, jetzt nicht! Kolumnen aus dem Alltag.** Wien: Deuticke im Zsolnay Verlag, 172 Seiten, 17,90 Euro

Daniel Glattauer war ein hervorragender Journalist. Jetzt ist er ein erfolgreicher Romanautor. Mit »Gut gegen Nordwind« (2006) besetzte er die Bestsellerlisten. Er mag es sich damit verbessert haben, wie man in Wien so sagt. Für die Leserinnen und Leser des *Standard*, wo er abwechselnd mit Hans Rauscher für den Kurzkommentar auf Seite eins, das sogenannte »Einserkastl« verantwortlich war, ist sein Abgang ein herber Verlust. Wie herb, zeigt diese Kompilation seiner Glossen aus den Jahren 2004-2008, in denen Glattauer für das Leben und den Alltag zuständig war.

Und jetzt also alte Glossen in einem neuen Buch? Die gebundene Sammlung erscheint nicht wie eine Wiederverwertung alter Bestände, da sie Glossenserien (bis zu drei Folgen), verstreute Anspielungen und Running Gags nutz- und sichtbar macht. Vor allem aber erweist sie sich als eine erstaunlich zeitlose Analyse der komplizierten österreichischen Seele und ihrer mitunter skurrilen Abgründe. Sie trifft noch immer punktgenau, provoziert »Ja eh«-Erlebnisse.



Das liegt an Glattauers virtuoser und präziser Sprache und der Gabe für die erstklassig aufgebaute und ebenso perfekt gesetzte Pointe.

**2. Gunter Hofmann: Polen und Deutsche. Der Weg zur europäischen Revolution 1989/90.** Berlin: Suhrkamp 2011, 504 Seiten, 32,90 Euro

Der Name dieses über Jahrzehnte bei der *Zeit* tätigen politischen Redakteurs und Korrespondenten ist längst zum publizistischen Markenzeichen geworden: Zeitgeschichte mit den Mitteln des Journalismus. Wie er sich hier selbst methodisch abgrenzt und einordnet, das lehrt ein langes einleitendes Kapitel »Zeithistoriker bei der Arbeit«: eine kenntnisreiche und – man muss diese Seminarnote anbringen – fleißige, kritische Rezeption der reichhaltigen Literatur von Historikern und Autobiographien der politischen Akteure.

Die eigentliche Substanz aber gewinnt dieses Buch aus einer drei Jahre dauernden Gesprächstour, bei der Gunter Hofmann Dutzenden von Persönlichkeiten (wieder-) begegnet, die zwanzig und mehr Jahre vorher am Weg dieser europäischen Revolution beteiligt waren. Viele Gespräche kreisen dabei um Willy Brandts Kniefall im Dezember 1970 vor dem Ghetto-Mahnmal in Warschau; auch im Rückblick erscheint dies als der entscheidende historische Moment in diesem Epochenbruch, »diesem Ende ohne Blutvergießen«, dieser »Renaissance Europas«. (S. 468)

»Kolumnisten haben den Ruf, die freiesten Journalisten zu sein, sie können ja schreiben, worüber sie wollen (sofern es der Chef des Hauses erlaubt). Als Kolumnist selbst fühlt man sich leider gar nicht so frei. Denn man kann immer nur schreiben, was einem einfällt. Hin und wieder hat man als Kolumnist eine gute Idee, manchmal sogar eine neue, meistens aber eine naheliegende, eine von Tagesaktualität vorgeschriebene, eine vom Lesepublikum zugeflüsterte, einer der Befindlichkeit abgetrotzte, eine aus dem Alltag entlehene. Unter all den Ideen, auf die man kommen könnte, darf man nur eine einzige niemals haben: keine.«

Daniel Glattauer: *Mama, jetzt nicht! Kolumnen aus dem Alltag.*  
Wien: Deuticke im Zsolnay Verlag 2011, S. 165

**3. Stefan Kreuzberger / Valentin Thurn: Die Essensvernichter. Warum die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet und wer dafür verantwortlich ist.** Köln: Kiepenheuer & Witsch 2011, 304 Seiten, 16,99 Euro

»Frisch auf dem Müll« wurde als Fernsehdoku im Oktober 2010 im Ersten (ARD) gesendet, dann

# Buchjournalismus

hatte Filmemacher Valentin Thurn einen bejubelten Auftritt bei der Berlinale im Februar 2011 und am 8. September 2011 startete »Taste the Waste« als Dokumentarfilm im Kino.

Diese Stationen sind die Geschichte eines beispiellosen Thematisierungserfolges: Jetzt begreifen nicht nur ein paar sensible Journalisten und eine Handvoll Bürgerinitiativen, welch Thema hier über Jahrzehnte brachlag, ignoriert und verdrängt wurde. Dieses Buch ist dazu die logische und ungeheuer materialreiche Fortsetzung und sollte mit seinen harten Fakten und dem berechtigten Pathos seiner Argumentation (»Anleitung zum Aktivwerden«) ein Vademekum dafür werden, um das Thema journalistisch, politisch und gesellschaftlich auf Dauer zu stellen.

So viel übersehener Skandal war selten! Dieser beginnt schon damit, dass es nirgendwo verlässliche Daten zu unseren Ernährungs- und Wegwerfgewohnheiten gibt (Ausnahme: Österreich, dank der Arbeit des Instituts für Abfallwirtschaft in Wien). Aber was hier zusammengetragen, recherchiert und gefilmt wurde, reicht, dass einem Entsetzen, Ekel und die Empörung bei der Lektüre bis zur letzten Seite nicht mehr verlassen. Tröstlicherweise begegnet man auch vielen imponierenden, widerständigen Menschen, so den Figuren der Mülltaucher, die es spielend schaffen, wenn sie es denn wollen, sich von aussortierten Lebensmitteln zu ernähren.

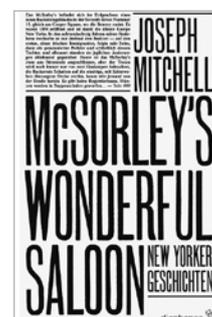
## UnserSpezialtipp:FremdsprachigerJournalismus in der Übersetzung.

**Joseph Mitchell: McSorley's Wonderful Saloon. New Yorker Geschichten. Aus dem amerikanischen Englisch von Sven Koch und Andrea Stumpf. Zürich: diaphanes 2011, 416 Seiten, 22,90 Euro**

Die einen nobilitierten ihn zum »Dickens ohne Tränen«, andere zum besten Reporter, der jemals für den *New Yorker* geschrieben habe. Joseph Mitchell (1908–1996), in den USA eine journalistische Institution, ist bei uns eine Entdeckung. Dieser von Sven Koch und Andrea Stumpf so großartig übersetzte und schöne Band wird seinen Ruhm mehren. Er enthält zwischen 1938 und 1955 erschienene

Reportagen über New York City, seine Straßen, das Hafenviertel und dessen Protagonisten: die »Bartfrau« Lady Olga, Barkeeper, »Zigeunerkönige«, Muschelfischer, Bettler oder Straßenprediger. Sie als »kleine Leute« zu bezeichnen, verbat sich Mitchell, »sie sind genauso groß wie du, wer immer du bist.« Er brillierte mit Inhalt und Form, hatte de facto 20 Jahre vor Wolfe und Capote den *New Journalism* erfunden, das Eintauchen in Milieus, die oft seitenlangen Zitate. Seine Storys brauchten viel Zeit: Oft bestand die Recherche vor allem in der »fine art of hanging around« (Gay Talese), er ließ seinen Figuren Würde und Sprache, verzichtete auf Mitleid, Hobo-Romantik und Lamento.

Besonders mysteriös ist seine Biographie nach 1955. Denn damals, am Höhepunkt seiner Karriere, hörte er plötzlich zu publizieren auf, blieb bis zu seinem Tod 1996 beim *New Yorker*, und ging täglich in sein Büro. Unfassbare 41 Jahre lang! Als Grund dafür wird eine Schreibblockade vermutet. Vielleicht hatte er aber auch gesagt, was zu sagen war.



## PLATZ 4 BIS 10

4. Jeanette Erazo Heufelder: Drogenkorridor Mexiko. Eine Reportage. Berlin: Transit Buchverlag 2011, 240 Seiten, 19,80 Euro
5. Elmar Theveßen: Nine Eleven. Der Tag, der die Welt veränderte. Berlin: Propyläen 2011, 347 Seiten, 20,60 Euro
6. Marcel Hänggi: Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance. Zürich: Rotpunktverlag 2011, 364 Seiten, 28,00 Euro
7. Sabine Adler: Russisches Roulette. Ein Land riskiert seine Zukunft. Berlin: Aufbau 2011, 360 Seiten, 19,99 Euro
8. Sigvard Wohlwend: Der Datendieb. Wie Heinrich Kieber den größten Steuerskandal aller Zeiten auslöste. Berlin: Rotbuch 2011, 256 Seiten, 19,95 Euro
9. Oliver Gehrs / Natascha Roshani: Das große Dummy-Buch. Das Beste und Schlimmste aus 30 Mal Magazinemachen. Zürich: Kein & Aber Verlag 2011, 492 Seiten, 24,90 Euro
10. Brigitte Reisenberger / Thomas Seifert: Schwarzbuch Gold. Gewinner und Verlierer im neuen Goldrausch. Wien: Deutike 2011, 240 Seiten, 17,90 Euro

Zusammengestellt von Prof. Dr. Hannes Haas und Prof. emer. Dr. Wolfgang R. Langenbacher.

Wolfgang R. Langenbacher ist Beiratsmitglied von Message.

## Ost und West im Fernsehen

### Einheitsglück?

Werner Früh/Hans-Jörg Stiehler/  
Hannah Früh/Claudia Böttcher:  
**Mediale Vereinigungsbilanzen. Ost- und  
Westdeutschland im Fernsehen: Event- und  
Alltagsberichterstattung. Berlin: Vistas Verlag  
2011, 288 Seiten, 22 Euro**

VON MICHAEL MEYEN



Das Fernsehen ist nicht schuld an irgendwelchen Ossi-Wessi-Kontroversen, es tut aber auch wenig für das Zusammenwachsen der beiden Landesteile – abgesehen von den großen Jahrestagen, wo Ost- und Westdeutsche miteinander in Talkshows und auf Quizbühnen reden oder spielen und wir daheim das Einheitsglück von einst erneuern können: mit den immergleichen Bildern (Demo in Leipzig, Brandenburger Tor, Schabowski, Grenzanlagen, Jubel), untermalt von der immergleichen Musik («Über sieben Brücken musst Du geh'n«, «Wind of Change«, «Freiheit«). Diese Zusammenfassung in einem Satz tut den Autoren natürlich (wie jede Zusammenfassung dieser Art) Unrecht. Auf den knapp 300 Seiten wird eine Fülle an Befunden ausgebreitet – detailliert, differenziert und mit vorsichtigen Interpretationsangeboten, die sich stets an den Daten orientieren und ohne jede Polemik auskommen.

Die Forschergruppe hat dabei eigentlich gleich zwei Bücher geschrieben. Im ersten wird gefragt, wie das Fernsehen 2009/10 die Jahrestage von Mauerfall, friedlicher Revolution und Vereinigung behandelt hat. Da solche Medienevents außerhalb der normalen journalistischen Routinen laufen, gibt es eine zweite Studie, die den »Fernsehalltag« beschreibt: Wie berichten ARD, ZDF, SAT.1, RTL und der MDR in Nachrichten und Infotainmentsendungen über Ostdeutschland? Die Ergebnisse zeigen, was die quantitativ orientierte empirische Kommunikationswissenschaft leisten kann – wenn sie sich denn (wie hier geradezu mustergültig vorgeführt) auf die Theoriediskussionen in den Kulturwissenschaften (Stichwort: kollektives Gedächtnis) und die Befunde der Zeithistoriker einlässt (etwa auf die idealtypischen Erinnerungslandschaften nach Martin Sabrow: Diktatur-, Arrangement- und Fortschrittsgedächtnis). Kombiniert mit der metho-



dischen Sorgfalt professioneller Inhaltsanalytiker ergibt dies einen Cocktail, der allen tagespolitischen Aufregungen den Boden entzieht.

Den einzigen Wermutstropfen hat der Verlag beige-steuert. Auch wenn Wissenschaft manchmal ernüchternd sein mag, kann man sich bei der Buchgestaltung ruhig etwas Mühe geben (keine Bilder und ein Schriftsatz, der den Lesewillen schon arg strapaziert).

*Dr. Michael Meyen ist Professor für  
Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-  
Maximilians-Universität München.*

## Mediensport

### Eine deutsch-deutsche Geschichte

Dietrich Leder/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.):  
**Sport und Medien. Eine deutsch-deutsche  
Geschichte. Köln: Halem Verlag 2011, 216  
Seiten, 28 Euro**

VON THOMAS HORKY

Das Forschungsfeld rund um die mediale Betrachtung von Sport erfreut sich in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zunehmender Aufmerksamkeit. Der erste Band der Schriftenreihe »Medien und Geschichte« im Halem Verlag bildet die Dokumentation einer Tagung zum Thema »Sport und Medien«, die verschiedene Schwerpunkte fokussierte: Schon der Untertitel – eine deutsch-deutsche Geschichte – verrät vor allem den Blick auf die Vergangenheit der beiden deutschen Staaten, aber auch die (mediale) Diskussion um Doping und die Geschichte des Fernsehfußballs stehen im Mittelpunkt der 14 Beiträge.

Der Band ist als sehr heterogen zu bezeichnen. Fundierte Aufsätze mit strengem, eher wissenschaftlichem Charakter wechseln sich ab mit der Dokumentation einer studentischen Magisterarbeit und feuilletonistisch geprägten Aufsätzen zur persönlich gefärbten, privaten Mediensport-Geschichte der Autoren. Diese Heterogenität schwächt zwar einerseits die Stringenz der Struktur des Bandes, doch gleichzeitig wird durch die Vielfalt die Aufmerksamkeit des Lesers immer wieder deutlich geschärft – und vielleicht wird die Uneinheitlichkeit der Zugänge auch dem Thema selbst gerecht.

Gleich mehrere Beiträge beschäftigen sich mit der Geschichte von Medieninszenierungen von Sportereignissen in beiden deutschen Staaten: Nach einer fundierten Einführung in die Geschichte durch Christopher Young und der analytisch starken Aufarbeitung der politischen Instrumentalisierung des DDR-Sportfernsehens (Friedrich) wird ein kurzes Kapitel mit Schilderungen zur Fernsehkritik präsentiert (Hamze), gefolgt von einer Darstellung der Karriere von Eiskunstläuferin Katarina Witt, die als das »schönste Gesicht des Sozialismus« auch im Kapitalismus zu medialer Berühmtheit gelangte (Mikos).

Mehr Aufmerksamkeit erreichen die beiden kenntnisreichen Beiträge von Dietrich Leder, der zunächst am Beispiel der Endspiele um die Fußball-Weltmeisterschaft 1966 und 2002 den Wandel der medialen Inszenierung von Fernsehfußball beschreibt, gefolgt von einem abschließenden Blick auf das Finale 2006. An diesem Kapitel wird der Mehrwert der historischen Sichtweise auf das Phänomen durch die Aufwertung der Ästhetik sowie der immens verstärkten TV-Produktion (Kameras, Perspektiven, Zeitlupen) des Sports besonders deutlich – letztlich scheint eine Fernsehgeschichte aus technischer Perspektive am Beispiel des Sports vorstellbar und sicher gewinnbringend. Auch der kurz gehaltene Überblick über die allgemeinen Phasen der bundesdeutschen Entwicklung der Fußballberichterstattung lässt für die heutige Präsentation der Bundesliga auch eine historische Einordnung und Bewertung zu.

Auch die Präsentation der Magisterarbeit zur Friedensfahrt im Staatsfernsehen der DDR (Thomas/Friedrich/Stiehler) bringt durchaus einen Erkenntnisgewinn: Der faktenreiche Beitrag lässt an einem Beispiel die Unterschiede zwischen DDR und BRD bei der TV-Präsentation von Sportgroßereignissen mehr als nur erahnen.

Gerahmt wird die deutsch-deutsche Mediensport-Historie von Schilderungen zweier (früherer) Journalisten aus BRD und DDR (Anschlag/Neumann), die ihre persönlichen Erlebnisse mit dem jeweiligen Sportprogramm am Beispiel von Großereignissen beschreiben. Amüsant, lesenswert, informationsreich – aber auch sehr individuell geprägt.

Ein weiterer Fokus des Bandes liegt auf der Präsentation von Ergebnissen des Forschungsprojektes zum Thema Doping (Franke/Spitzer). In Zeiten von Social Media nähert sich René Mertens mit vielen

(auch internationalen) Quellen der Frage: Wem gehört der Sport? Eine in Zukunft relevante Perspektive auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Medien und Sport.

Mit Behindertensport, Sport und Migration markiert Thomas Schierl von der Deutschen Sporthochschule Fragestellungen für sein Institut, deren Beantwortung noch zu leisten seien. Passend wagt Schierl damit einen historisch geprägten Ausblick in die Zukunft der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Forschungsbegriff Mediensport.

*Dr. Thomas Horkey ist Journalistikprofessor mit Lehrgebiet Sportjournalismus an der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation in Hamburg.*

## **Berufsethik**

### **Darf ich draufhauen?**

**Peter Studer/Martin Künzi: So arbeiten Journalisten fair. Was Medienschaffende wissen müssen. Ein Ratgeber des Schweizer Presserats. Interlaken 2011, 196 Seiten, 20 Franken**

VON MICHAEL HALLER

Ähnlich und doch ganz anders: Vor sechs Jahren gab der deutsche Presserat in Verbindung mit dem Institut für publizistischen Nachwuchs in München einen Ratgeberband unter dem gewichtigen Titel heraus: »Ethik im Redaktionsalltag«, dazu da, die Bestimmungen des Pressekodex praxisnah anzuwenden. Wie unter Deutschen üblich, wurde das Ganze mit human touch (was sagen/denken Alpha-Journalisten?) reich verpackt. Und wie in Deutschland üblich, wurde das Ganze von den Adressaten eher als anregende Unterhaltung in den Schrank gestellt - zu Unrecht übrigens, denn tatsächlich bot das Buch eine sehr wohl hilfreiche Fallsammlung.

Dem jetzt vorgelegten Schweizer Pendant wird eine größere Beachtung zuteil werden, davon bin ich überzeugt. Denn erstens ist Peter Studer ein besonders erfahrener und besonders kompetenter Ethiker im Schweizer Journalismus (war Chefredakteur zuerst des *Tages-Anzeigers*, dann des Schweizer Fernsehens DRS; er ist von Hause aus Anwalt



und präsierte sechs Jahre lang den Schweizer Presserat). Zweitens verzichtet das Buch, darin typisch schweizerisch, auf Promi-Schnickschnack und kommt direkt zur Sache. Und drittens, ebenfalls schweizerisch, werden die Problemfelder mit vielen, haarklein erläuterten Beispielen aus der Praxis auf Augenhöhe der Berufseinsteiger durchgespielt – von »Gibt es verbotene Themen?« über »Was ist ein Plagiat?« bis »Darf ich Leserbriefe an Dritte weitergeben?«. Und noch als Viertens: Der Buchtitel redet nicht überhöht von »Ethik im Alltag« (was begrifflich sowieso falsch ist), sondern von Fairness, ein Wort, das den journalistischen Nachwuchs direkt anspricht (und welches dem – im Buch leider nicht erläuterten – Berufsethik-Konzept Peters Studers entspringt, welches angloamerikanisch inspiriert ist). In jedem Fall: lesens- und auch nachahmenswert!

*Prof. Dr. Michael Haller ist Herausgeber von Message.*

## **Energie und Wasser**

### **Brisante Gegenwart**

**Claudia Mast/Helena Stehle/Florian Krüger:**  
**Kommunikationsfeld Strom, Gas und Wasser**  
**– brisante Zukunftsthemen in der öffentlichen**  
**Diskussion. Berlin: Lit Verlag 2011, 208 Seiten,**  
**19,90 Euro**

VON LUTZ MÜKKE

**M**it Strom, Gas und Wasser beschäftigen sich täglich bei weitem nicht nur Manager, Ingenieure und Installateure der Energiekonzerne, Stadtwerke und Handwerksbetriebe. Die öffentliche Diskussion über diese existenziellen Güter durchweht alle Politik-, Wirtschafts- und Alltagsfelder und umfasst eine Unmenge an Themenspektren: Preisentwicklungen, neue Energien, Umweltkatastrophen, internationale Krisen und Kriege, Börsenwerte, Atomenergie, Wirtschaftskriminalität... Durch seine Relevanz liegt eine wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem komplexen Themenspektrum nahe.

Claudia Mast, Helena Stehle und Florian Krüger haben ihr Buch »Kommunikationsfeld Strom, Gas und Wasser – brisante Zukunftsthemen in der öffentlichen Diskussion genannt«. Was erwartet Sie als Leser?

Das Buch bietet fünf Kapitel. Im ersten werden unter anderem »Themen und Akteure der Energiekommunikation« vorgestellt. Mithilfe einer Kommunikationsfeldanalyse werden die Pole »wirtschaftsnahe« oder »verbrauchernahe« Argumentationsmuster, Themenspektren und Kommunikations-Zielgruppen herausgearbeitet und systematisiert. Die präsentierten Ergebnisse sind zwar teilweise erwartbar, aber von Nutzen, um einen kompakten analytischen Überblick über die öffentliche Debatte zu gewinnen. Interessant ist zu lesen: Überregionale Printmedien argumentierten vielmehr wirtschaftsnah, regionale Printzeugnisse, Fernsehen und Hörfunk unterstützten eher verbraucherorientierte Argumentationsketten. Letztere seien damit »wichtige Störfaktoren« im öffentlichen Diskurs. Güter der Daseinsfürsorge oder zu liberalisierende Wirtschaftsgüter – oft wird um diesen zentralen Kernkonflikt gestritten.

Das Kapitel zwei präsentiert genauere Ergebnisse der Befragung von 40 »Energieexperten« aus Medien, Politik, Behörden, Verbänden, Verbraucherschutz und Wissenschaft. Die daraus erstellten »Imageprofile« von Kommunikatorengruppen bestätigen (auf der Negativseite) weitgehend bekannte Stereotype: Die Unternehmen der Strom-, Gas- und Wasserbranchen seien »unehrlich«, »verschlossen« oder »egoistisch«; die Branchenverbände gar auch »destruktiv«, »beschränkt« und »drückebergerisch« und die Politiker und Parteien »naiv«, »fachlich inkompetent« oder »hilflos«.

In den folgenden Kapiteln beschäftigen sich die Autoren mit der Zeitungsberichterstattung über »Energie und Wasser« und den Perspektiven der Bürger auf diese Themenfelder, um dann final »Denkanstöße für ein nachhaltiges Kommunikationsmanagement« zu präsentieren. Hier werden auch die dramatischen Ereignisse rund um die Reaktorkatastrophen in Japan angesprochen.

Das Buch resultiert aus einer Kooperation zwischen dem Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg und dem Fachgebiet für Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim. Es ist wahrscheinlich vor allem als Handreichung entsprechender Kommunikationsprofis verschiedener PR- und Lobbyismusbereiche hilfreich, die wissen wollen, wie sich »Meinungsklima« aufbaut. Auch interessierte Kommunikations- und Journalismuswissenschaftler finden reizvolle Aspekte,



an denen sich forschend anknüpfen ließe. Beispielsweise liegen bei diesem »brisanten Zukunftsthema« schon heute viele Forschungsfragen im Spannungsfeld PR und Journalismus oder der internationalen Kommunikation brach. Auf praktisch arbeitende Allround-Journalisten könnte das Buch hingegen ein wenig weit gefasst wirken.

*Dr. Lutz Mücke ist Herausgeber von Message.*

## **Textredaktion**

### **Redigieren mit Bügelfalte**

**Stefan Brunner: Redigieren. Konstanz: UVK Verlag 2011, 138 Seiten, 17,90 Euro.**

VON MICHAEL HALLER

**D**amals im Lokalressort der Tageszeitung: Wenn die Kollegen die gelieferten Berichte redigierten, dann bestand ihre Arbeit meist darin, die Texte von Rechtschreibfehlern und Wortschablonen zu befreien, die schlimmsten Schachtelsätze aufzulösen und Überschrift plus Unterzeile zu texten – fertig war die Laube. Das ist heutzutage anders (oder sollte es eigentlich sein). Denn heute muss die Tageszeitung im großen Konzert der Medien ihre Stimme wohlklingend und gut vernehmlich zur Geltung bringen – soll heißen: Ihr Textangebot sollte inhaltlich besonders interessant und sprachlich elegant zu lesen sein. Also muss der Redakteur wissen, für wen er was und wie aufbereitet.

Das Redigieren ist nicht nur in den Magazinredaktionen, sondern in den Zeitungsredaktionen ein anspruchsvoller Job geworden. Und viele schlechte Texte, die wir tagtäglich in der Zeitung antreffen, machen augenfällig, dass viele Kolleginnen und Kollegen nicht wissen, wie sie aus einem schlecht geschriebenen einen mit Gewinn zu lesenden Text machen können.

Ein Handbuch über das Redigieren journalistischer Texte war also überfällig. Erfüllt das mit netto 107 Seiten schmal geratene Bändchen (im Anhang finden sich entbehrliche Kollegen-Interviews) von Stefan Brunner die Erwartungen? Die Antwort fällt zwiespältig aus. Zum einen – und dies ist der Hauptgewinn dieser Fibel – stimmt das Konzept und damit die Botschaft des Buches: Gute Textredaktion

ist Dienst am Leser und vor allem dazu da, »den Text nach vorn zu bringen« (S. 57), wie es Stefan Brunner formuliert – und indem der Text gewinnt, fällt der Glanz auch auf den Autor zurück. Und richtigerweise behandelt Brunner nicht nur den Umgang mit Sätzen und Wörtern, sondern auch die Beziehung zwischen Redakteur und Textautor. Man merkt den Tipps etwa zur Kennzeichnung der Informationsquellen (vier Seiten) an, dass hier jemand mit reicher Redigiererfahrung schreibt.

Zwiespältig ist der Eindruck des Buches dennoch, da unter den schönen Kapitelüberschriften zu oft dieselben Hinweise auf schlechten Stil, Klischee-Formulierungen und Worthülsen zu finden sind. Über viele Seiten werden die bei »Zwiebelfisch« et al. schon gelesenen Stilblüten, Grammatikfehler, Worthülsen und Floskeln aufgezählt, die doch bitte zu vermeiden seien. Man gewinnt den Eindruck, der Verfasser habe rasch mal aus seinem Textspeicher die angesammelten Fundstücke herauskopiert und in die allzu knapp formulierten Abschnitte gepflanzt. Es fehlt, mit anderen Worten, ein systematisches und didaktisch zielführend entwickeltes Programm. Wie gehen Redaktion und freie Autoren miteinander um? Knapp drei Seiten. Wie lauten die Anforderungen an einen Bericht, an ein Erzählstück, an eine Story, ein Interview oder ein Kommentar? Eine halbe Seite. Bei welchen Textänderungen greife ich in das Autorenrecht ein und muss mir Zustimmung holen – und welche Umformulierungen hat der Autor hinzunehmen? Unklar.

Nur erwähnt, aber nicht behandelt wurden die Gattungsunterschiede: Den Tageszeitungsbericht habe ich anders zu optimieren als eine Magazingeschichte; ein Boulevardstück, das sich eher an bildungsschwache Leser richtet, funktioniert anders als der Hintergrundbericht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* oder die Wissenschaftsreportage in *Geo*. Was bedeutet dies für die Textredaktion? Woran messe ich Verständlichkeit (wenn ich begriffen habe, dass der Schulbuchttest von Langer, Schulz von Thun und Tausch nicht genügt)? Was hebt die Leseneugier, was die Durchlesequote? Wie berücksichtige ich die visuellen Begleitstücke? Fragen über Fragen.

So gesehen ist diese Fibel ein kleiner Anfang, aus dem vielleicht eines Tages ein wirkliches Handbuch wird.

*Prof. Dr. Michael Haller ist Herausgeber von Message.*



# Engagement und

*Für die erste US-Undercover-Reporterin waren Journalismus und Selbstdarstellung untrennbar miteinander verwoben. Der Katalysator ihres Werks war damals die Person Nellie Bly alias Cochran.*

VON MARTIN WAGNER

Auf dieser Seite berichten Journalistik-Fachleute über Umbrüche und Sternstunden, die den Journalismus nachhaltig verändert und zum Berufsbild des Journalisten beigetragen haben.

Eine bemerkenswerte Geschichte erfolgreicher Vortäuschung von Geisteskrankheit«, so betitelte Joseph Pulitzers *New York World* 1887 Nellie Cochrans epochemachende Reportage »Zehn Tage im Irrenhaus«. Es geht weniger um die erschreckenden Zustände in den heute längst abgerissenen Häusern und Baracken der psychiatrischen Anstalt auf der heutigen Roosevelt Island, die sie beschreibt. Stattdessen liegt der Fokus auf der persönlichen Leistung der Reporterin selbst, die unter dem Pseudonym Nellie Bly publizierte.

Dabei waren es nicht allein die Blattmacher, die Blys mutiges Engagement als Sensationsgeschichte über die erstaunliche Leistung einer jungen, 23-jährigen Frau verkauften. Auch Bly nutzte ihre Reportage

ausgiebig zur Inszenierung ihrer Person: Als keckes Mädchen, das nicht nur für Gerechtigkeit sorgt, sondern darüberhinaus ausnehmend attraktiv ist. Dazu gehört in der Reportage aus dem Irrenhaus etwa, dass sie ihr Alter um vier Jahre nach unten korrigierte. Und ebenso jene Koketterie, mit der sie inmitten all des Anstaltshorrors wiederholt um den Schutz ihrer »schönen« Haare kämpfte.

Nellie Bly stellte sich gern selbst in den Mittelpunkt. In ihrer Irrenhaus-Reportage, die zum amerikanischen Medienereignis des Jahres avancierte, genauso wie bei der zwei Jahre später folgenden Weltumrundung nach dem Vorbild von Jules Vernes

Roman. »In 72 Days around the World« erschien 1890 auf dem Buchmarkt und wurde zu Lebzeiten Blys größter Erfolg.

Das änderte sich auch später nicht, als aus der jungen Enthüllungsjournalistin eine gewichtige Industrieunternehmerin geworden war. 1895 hatte Bly den um vierzig Jahre älteren New Yorker Stahlbaron Robert L. Seaman geheiratet. Als Seaman einige Jahre darauf starb, erbt sie sein gesamtes Vermögen und die zwei Multimillionen-Dollar-Unternehmen, die sie fast zehn Jahre leitete. Auf den Visitenkarten aus dieser Zeit nennt Bly sich großspurig »die einzige Frau der Welt, die ein Industrieunternehmen von solcher Größe persönlich leitet.«

## Lust am Risiko

Jene Eitelkeit, mit der sie die Leiden ihrer Protagonisten zum Instrument ihres Egos machte, kann Nellie Bly zum Vorwurf gemacht werden. Doch wird man mit dieser Kritik weder der beeindruckenden Leistung der ersten investigativen Journalistin Amerikas gerecht noch dem damaligen Zeitungsbetrieb. Denn Nellie Bly rückte mit ihren dauernden Mitteilungen in eigener Sache nicht nur sich selbst in den Vordergrund, sondern auch die Geschichten derer, denen sonst keiner zuhörte, wie Armen, Witwen, Dienstmädchen, Arbeiterrechtlern in Gefängnissen und Fabrikarbeiterinnen.

Ihre Recherchen spiegeln die Lust am Risiko und ihren Hang zum Außergewöhnlichen: Sie versuchte sich als Elefantenzähmerin, im Central Park ließ sie sich von einem Zuhälter locken, um dessen Methoden zu erforschen. Und für eine Geschichte über einen Armenarzt wurden ihr beinahe selbst die gesunden Mandeln herausoperiert. Selbstdarstellung war notwendig für das, was sie vermitteln wollte.



# auch Eitelkeit

Denn was sich verkaufte, war die Marke Nellie Bly, nicht die Suada gegen Hungerlohn der Frauen in den Papierfabriken.

## Journalistinnen als Zugpferde

Tatsächlich war die Situation für Journalistinnen am Ende des 19. Jahrhunderts von einem tiefen Paradox geprägt. Einerseits hatten die Frauen in den USA zu dieser Zeit weit bessere Chancen als ihre männlichen Kollegen, in der Verfasserzeile namentlich genannt zu werden, doch andererseits blieb jene Form der Prominenz die einzige Möglichkeit für Frauen, über ernsthafte gesellschaftliche Themen zu schreiben. Schreiben konnten sie stets nur in ihrer Rolle als Frau. Anonym über tagespolitische Ereignisse zu berichten, war für sie praktisch unmöglich. Frauen sollten Stars sein. Von den Zeitungen wurden sie als Werbemittel in dem sich heftig verschärfenden Konkurrenzkampf eingesetzt. Die Erfindung des investigativen Journalismus in diesen Tagen war nicht zuletzt motiviert durch das Ringen um Marktanteile.

Nellie Bly war genau das, was die Zeitungen suchten: jung, mutig, gutaussehend. Und sie lechzte nach Erfolg und Anerkennung. Umgekehrt wusste sie aber auch die Marketingstrategien der Herausgeber und Chefredakteure für sich zu nutzen: um 1890 gab es wohl kaum einen besser bezahlten Journalisten in den USA.

Mit ihren sozialkritischen Texten trieb sie nicht nur die Verbesserung der Zustände in den städtischen Irrenanstalten mit voran, sondern nahm sich auch der Armenfürsorge an. Ebenso setzte sie sich in ihrer Funktion als Unternehmerin bis zur Pleite ihres Konzerns für die Arbeiter und Angestellten ein, schuf sie ein soziales Fürsorgesystem, richtete eine Leihbibliothek ein und ließ eine Turnhalle bauen. Während des Ersten Weltkriegs berichtete Bly als Kriegsreporterin über die österreichische Ostfront und über die Zustände in den Lazaretten der k.u.k. Armee. Zurück in New York machte sie die Vermittlung von Waisenkindern zu ihrer Sache. 1922 verstarb Nellie Bly an den Folgen einer Lungenentzündung.

Die für Nellie Bly charakteristische Spannung von Erfolgssucht und Eitelkeit auf der einen Seite und

sozialem Engagement auf der anderen, hängt mit ihrer Biographie zusammen.

1864 als Tochter des Unternehmers und Richters Michael Cochran im Bundesstaat Pennsylvania geboren (getauft unter dem Namen Elizabeth Cochran), wuchs sie zunächst in einem behüteten Elternhaus auf. Doch nach dem frühen Tod des Vaters verarmte die Familie. Eine zweite Heirat der Mutter mit einem brutalen Alkoholiker

scheiterte kläglich. So blieb Blys Schulbildung aus Mangel an finanziellen Mitteln rudimentär und schlug sich in dem schlichten und oft etwas ungelungenen Stil der frühen Zeitungstexte nieder. Doch was Bly später an Bildung fehlte, kompensierte sie durch Ehrgeiz und ein geschärftes Unrechtsbewusstsein. Sie hatte am eigenen Leib die Härte des sozialen und ökonomischen Abstiegs erfahren. Im Alter von zwanzig Jahren verfasste sie einen anonymen Leserbrief an den Chefredakteur des *Pittsburg Dispatch*, um sich über einen frauenfeindlichen Artikel zu beschweren. Beeindruckt von dem forschenden und unverblühten Stil der Unbekannten, bat der Chefredakteur sie per Anzeige, sich in der Redaktion vorzustellen. Auf den Antrittsbesuch folgten die ersten Aufträge. Nach rund einem Jahr kündigte sie, um in Begleitung ihrer Mutter für sechs Monate nach Mexiko zu reisen und von dort für den *Dispatch* zu berichten.

1887 zog sie nach New York. Ohne feste Anstellung, ohne gute Kontakte. Erst nach Monaten erfolgloser Jobsuche kam das entscheidende Angebot: »Am 22. September wurde ich von der *New York World* gefragt, ob ich mich in eine der New Yorker Anstalten für Geisteskranke einweisen lassen könnte. (...) Ich sagte, dass ich es könnte und dass ich es tun würde. Und ich tat es.« – So beginnt Nellie Blys Reportage über zehn Tage im Irrenhaus. Und so begann ihr Erfolg. ■

*Frauen sollten Stars sein. Zeitungen setzten sie als Werbemittel in dem sich ständig verschärfenden Konkurrenzkampf ein.*

*Martin Wagner ist Herausgeber der deutschen Erstausgabe von Nellie Blys »Zehn Tage in Irrenhaus«. Derzeit promoviert er an der Universität Yale, New Haven.*





# // // Einen Augenblick, bitte!

In Zeiten zunehmender Informationsflut müssen Medien vor allem eines: Orientierung bieten. Und dies bitte rasch und ohne Umschweife. Dies gelingt, wenn Form und Inhalt optimal zusammenspielen. Dann wirkt das Medium attraktiv und gewinnt größtmögliche Aufmerksamkeit.

Wie können diese Optimierungspotentiale erschlossen werden? Unsere Blickverlaufstechnologien, gepaart mit wissenschaftlicher Expertise und reicher Forschungserfahrung, geben die treffenden Antworten.

## // Die Methode Eyetracking

Die Wahrnehmung und Erschließung von Medienangeboten ereignet sich in Sekundenschnelle: Augenbewegungen laufen überwiegend unbewusst und hochautomatisiert ab.

Die heutigen Eyetracking-Technologien sind in der Lage, diese Blickbewegungen direkt während der Rezeption zu erfassen und auszuwerten: Sie zeichnen ein genaues Bild der Aufmerksamkeit.



Brille mit Mikrokameras



Funktioniert die Navigation?

## // Eyetracking zur Optimierung von Zeitungen und Zeitschriften

Leserinteressen und Lesegewohnheiten variieren bekanntlich sehr stark. Und doch gibt es für alle Menschen desselben Kulturraums übereinstimmende Wahrnehmungsmuster. Darum reagieren die Blicke auch unterschiedlicher Menschen auf ein visuelles Angebot ähnlich. Von der Hefstruktur über den Seitenaufbau und die Aufmachung einzelner Beiträge bis zur Aussage der Bilder und dem Einsatz von Gliederungs- und Farbelementen gibt der Blickverlauf Aufschluss darüber, was im Kopf des Betrachters erschlossen wird und was nicht.



Was wird gesehen, was gelesen?

## // Eyetracking und Neue Medien

Nachrichten aus einem ungeheuren Informationsangebot werden aufgenommen. Doch egal ob Laptop, Smartphone oder Tablet-PC – auch die Internetangebote der Medienhäuser müssen hohe Attraktivität und gute Orientierung bieten. Welche Angebote werden in welcher Abfolge gefunden und genutzt - und welche nicht? Wie viel Interaktivität ist hilfreich und was ist zu viel? Unsere Analysen tragen dazu bei, die Orientierung im Dschungel des WWW zu behalten und zu verbessern.



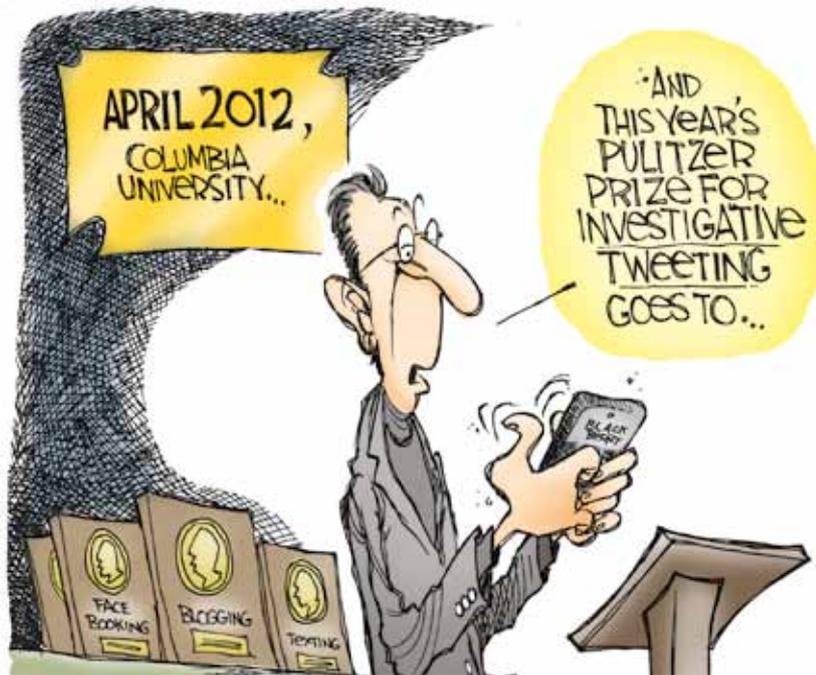
Gesucht und gefunden?

## // Eyetracking und Live-Kommunikation

Im Bereich der Live-Kommunikation bietet unser Eyetracking ganz neue Einblicke. Die Aufmerksamkeit der Konsumenten, ihre Markenwahrnehmung oder auch die Wirkung von Live-Kommunikationsmaßnahmen bilden den Kern der Untersuchungen. Diese Analysen erlauben dezidierte Empfehlungen zur Optimierung von Kommunikationsmaßnahmen und Markenauftritten. Die mobile Eyetracking-Analyse eröffnet neue Potenziale für die Optimierung von Markenkommunikation sowie für die Produktpräsentation am Point-of-Sale.

## // Kontakt

Institut für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung IPJ (gem. e. V.)  
 Menckestraße 27 – 04155 Leipzig | Tel.: 0341 – 200 403-11  
 Email: [info@journalismusforschung.de](mailto:info@journalismusforschung.de) | Internet: [www.journalismusforschung.de](http://www.journalismusforschung.de)



**John Cole** zeichnete seine ersten Cartoons bereits für die Zeitung seiner Junior Highschool. Nach ersten Gehversuchen als Journalist und Fotograf verschrieb er sich seit 1985 ganz dem Zeichenstift. Cole arbeitet als Editorial Cartoonist bei *The Times Tribune*. Er ist mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem 1. Preis beim John Fischetti Editorial Cartoon Wettbewerb. Mit seiner Frau Kate und seinen beiden Kindern lebt er in Waverly, Pennsylvania.

Coles Cartoon beschäftigt sich mit der Bedeutung neuer Kommunikationsformen für den Journalismus. Twitter und die sozialen Netzwerke haben sich in den letzten Jahren nicht nur als wichtige Informationsquelle für den klassischen Journalismus etabliert, sondern beeinflussen auch zunehmend die Kultur und Mechanismen der Berichterstattung. Als Folge ging 2010 der erste Pulitzer-Preis an eine Online-Publikation.

*Holger Isermann ist freier Journalist, Fotograf und Medienwissenschaftler an der TU Braunschweig.*

## message

ISSN: 1438-499X

### Herausgeber:

Prof. Dr. Michael Haller, Prof. Dr. Volker Lilienthal, Dr. Lutz Mücke

### Redaktion:

Janina Bembenek, Björn Siebke, Thomas Schnedler (Universität Hamburg)

Redaktionelle Mitarbeit: Rafael Barth, Uwe Krüger

### Layout:

Andreas Lamm – [www.andreaslamm.de](http://www.andreaslamm.de)

**Verantw. i. S. d. P.:** Michael Haller

### Korrektorat:

Rebecca Pohle, Claudia Nickels

**Titelfoto:** Benjamin Lowy/Gettyimages

## IMPRESSUM

### Internationaler Beirat:

Prof. Dr. Roger Blum (Bern)  
 Prof. Dr. Christoph Fasel (Tübingen)  
 Marion von Haaren, TV-Korrespondentin (Brüssel)  
 Dr. Mark Hunter (Paris)  
 Hans Werner Kilz (München)  
 Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber (Hamburg)  
 Prof. Dr. Wolfgang R. Langenbacher (Wien)  
 Prof. Dr. Miriam Meckel (St. Gallen)  
 Prof. Dr. Stephan Ruß-Mohl (Lugano)  
 Prof. Dr. Siegfried Weischenberg (Hamburg)  
 Dr. Dieter Wild (Hamburg)

### Anschrift der Redaktion:

Universität Hamburg  
 Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft  
 Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur  
 Allende-Platz 1  
 20146 Hamburg  
 Telefon 040 42 838 6181  
 E-Mail: [redaktion@message-online.com](mailto:redaktion@message-online.com)  
 Internet: [www.message-online.com](http://www.message-online.com)

### Verlag:

Gesellschaft für Medienentwicklung GbR  
 Isestraße 26  
 20149 Hamburg

### Aboservice:

Verlag der Evangelischen Gesellschaft  
 Postfach 103852, 70033 Stuttgart  
 Telefon 0711 60100 40  
 Telefax: 0711 60100 76  
 E-Mail: [message@evangemeindeblatt.de](mailto:message@evangemeindeblatt.de)

### Herstellung:

Holzmann Druck, 86825 Bad Wörishofen

**message** erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: Euro 48,00 (Lieferung in Deutschland frei Haus, Ausland: zzgl. Porto)  
 Abonnement für Studenten und Volontäre (gegen Nachweis): Euro 33,60  
 Kündigungsfrist: 4 Wochen zum Jahresende

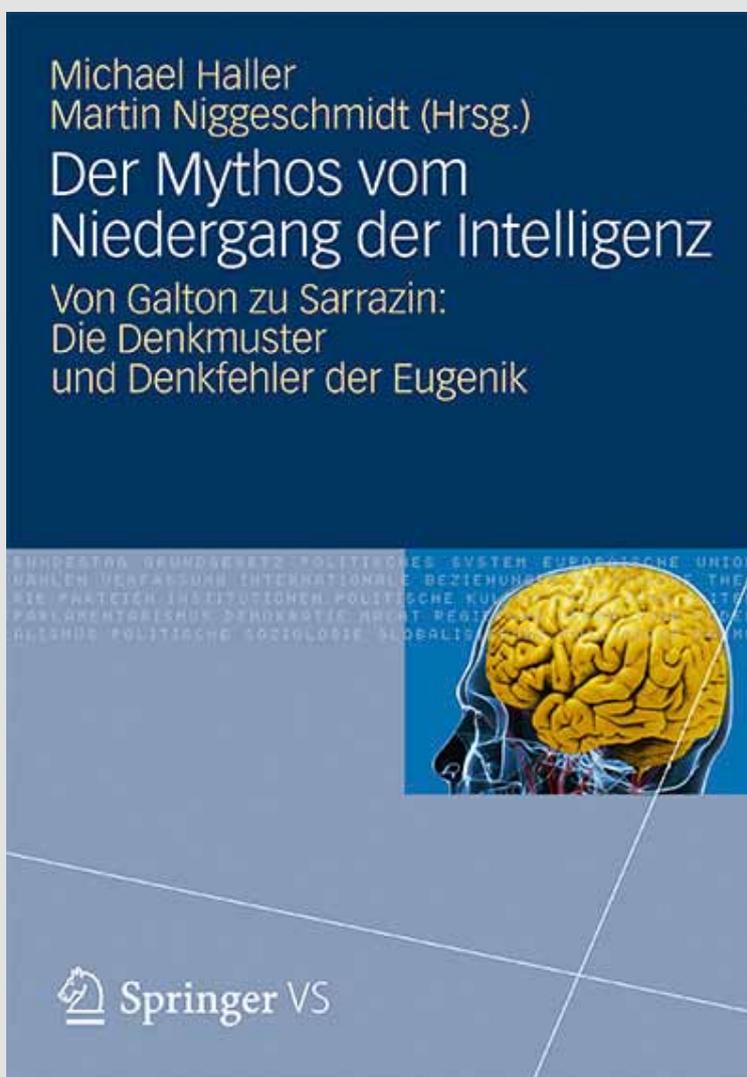
# Auf beiden Augen blind

Deutschland blickt nach rechts – und erkennt sich selbst nicht. Denn die Mordserie der NAZITERRORISTEN wurzelt in derselben Verachtung von Türken und Muslimen, die Thilo Sarrazin zum Volkshelden gemacht hat.

Hans-Ulrich Jörges in Stern 248/2011

Die von Thilo Sarrazin heraufbeschworenen Untergangsszenarien sind uralt. Schon im vorletzten Jahrhundert waren es angeblich die »Falschen«, die am meisten Kinder bekamen: Ungebildete, Unterschichten und Volksfremde. Doch die befürchtete Degeneration blieb aus; die offene, moderne Gesellschaft erwies sich als leistungsfähiges Erfolgsmodell.

212 Seiten EUR 29,95  
ISBN 978-3-531-18447-0



**IM BUCHHANDEL AB ENDE JANUAR 2012**



# NEW MEDIA JOURNALISM

Europäisch vernetzt für Crossmedia weiterbilden

Hamburg  
Leipzig  
Luzern  
Salzburg

## STUDIENGANG

viersemestriger berufsbegleitender Masterstudiengang  
staatlich anerkannter Abschluss „Master of Arts“  
Studienorte: Leipzig, Salzburg, Hamburg und Luzern

## ZULASSUNGSVORAUSSETZUNGEN

Hochschulstudium mit berufsqualifizierendem Abschluss  
Berufserfahrung im Medienbereich

## STUDIENBEDINGUNGEN

maximal 14 Teilnehmer  
ca. 18 Studientage pro Semester an den Studienorten  
Fernstudium, Präsenzunterricht und E-Learning

## STUDIENGEBÜHREN

3.300 EUR (zzgl. Prüfungsgebühren) pro Semester

## BEWERBUNGSUNTERLAGEN

[www.newmediajournalism.net](http://www.newmediajournalism.net)

## BEWERBUNGSFRIST

Je früher Sie ihre Unterlagen für den nächsten  
Studienbeginn (Oktober 2012) einreichen,  
umso größer Ihre Chancen!

**Akademie für Publizistik Hamburg e.V.**  
Warburgstraße 8-10 | D-20354 Hamburg  
[www.akademie-fuer-publizistik.de](http://www.akademie-fuer-publizistik.de)

**Leipzig School of Media gGmbH**  
Poetenweg 28 | D-04155 Leipzig  
[www.leipzigschoolofmedia.de](http://www.leipzigschoolofmedia.de)

**MAZ - Die Schweizer Journalistenschule**  
Murbacherstraße 3 | CH-6003 Luzern  
[www.maz.ch](http://www.maz.ch)

**Kuratorium für Journalistenausbildung**  
Karolingerstraße 40 | A-5020 Salzburg  
[www.kfj.at](http://www.kfj.at)

new media journalism

**n m j**  
Internationaler Masterstudiengang